

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 2.20 M., auswärts 3.50 M., Stellenausschreibungen 0.45 M., Geschäfts-Vertrags- und Wohnungs-Anzeigen 0.45 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.30 M., das feste Wort 1.00 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4-6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die wertfällige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graunertstraße Nr. 5 und durch alle Aussträger zu beziehen. Wöchentlich 1.50 M., monatlich 4.50 M., vierteljährlich 13.50 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., (ohne Postgebühren), frei ins Haus durch die Post monatlich 0.30 M., vierteljährlich 1.00 M.

Die USP-Bedingungen für Regierungseintritt.

Die Antwort der U. S. P.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen und die unabhängige Reichstagsfraktion beantworteten die Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betreffend Eintritt in eine Koalitionsregierung, wie folgt:

Berlin, den 1. Oktober 1921.

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Werte Genossen!

Auf Ihren Brief vom 1. Oktober erwidern wir Ihnen das folgende:

Die USPD hat bisher die seit Annahme des Londoner Ultimatums gebildete Regierung Wirth in der sozialen Erfüllung des Ultimatums und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats, das für die Politik unserer Partei bestimmend ist.

Der immer akuter werdende Kampf gegen die Reaktion und für die wirksame Heranziehung des Volkes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatums, ein Kampf, in dem die Massen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und kirchlich-dunkelsten Arbeitern sowie den republikanisch gesinnten Angestellten und Beamten Schulter an Schulter stehen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse fordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziele hat.

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungspflichten durch ausreichendes Heranziehen des Budgets, insbesondere auf dem Wege der Erhöhung der Goldwerte.

2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich grundlegende Justizreform durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche und direkte und geheime Wahlrecht nach dem Grundsatze der Verhältnismäßigkeit; gleiche Maßnahmen, die die Entfernung von Beamten im öffentlichen Dienste, Angehörigen und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes befanden.

3. Fortführung der Sozialpolitik.

4. Sozialisierung des Bergbaues.

5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen.

Wenn die USPD an uns die Frage stellt, „ob und unter welchen Bedingungen die USPD bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten“, so müssen wir vor der Beantwortung dieser Frage unterzweifeln, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der USPD eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung obenstehender Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet.

Deshalb erlauben wir die Leitung der USPD, zunächst darüber Klarheit zu schaffen und uns das Resultat ihrer Feststellungen mitzuteilen.

Die Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung in Preußen, wo es sich für uns in erster Linie um die Demokratisierung der Verwaltung und die Reform der Justiz handelt, ist hinlänglich die gleiche.

Mit sozialistischem Gruß
Zentralleitung und Reichstagsfraktion
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
J. A. A. Crispian.

Sis in die späten Abendstunden des Sonnabends war unsere Parteivorstand diese Antwort nicht schriftlich zugegangen, so daß es ihm also unmöglich war, schon Stellung hierzu zu nehmen. Wie wir erfahren, werden die Vertreter der Sozialdemokratie in der am Montag vormittags in der Reichstagskanzlei stattfindenden interfraktionellen Besprechungen die Antwort der Unabhängigen zur Beratung stellen und die Demokraten wie das Zentrum erlauben, in aller Kürze Mitteilung zu machen, ob sie bereit sind, mit den Unabhängigen eine gemeinsame Regierung zu bilden. Sollten die genannten bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung mit Einschluß der USPD ablehnen, wie es die demokratische Presse und die Blätter des Zentrums bisher getan haben, so ist die Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts für uns zugleich entfallen.

Der Inhalt der unabhängigen Antwort selbst beweist, daß die USPD inzwischen umgelernt hat und vorläufig nicht daran denkt, noch weiterhin die Koalition mit bürgerlichen Parteien abzulehnen. Auffallend ist, daß das Zentralkomitee und die unabhängige Reichstagsfraktion in ihrem Schreiben lediglich von „allen Koalitionsparteien“ sprechen und weder auf das Zentrum noch auf die Demokraten oder gar die Volkspartei besonders Bezug nehmen. Nachdem auch die grundsätzliche Ablehnung einer Koalition mit der Volkspartei vorläufig vermieden ist, bleibt anzunehmen, daß die klugen Politiker innerhalb der USPD, die weiter denken, wie nun heute auf morgen, in ihrer Partei die Mehrheit bilden. Wir dürfen schon heute betonen, daß die Sozialdemokratie bereit ist, das Programm der USPD, wie es oben durch die Mindestforderungen zum Ausdruck kommt, in ein fünfjähriges Regierungsprogramm einzufügen und daß sie alles tun wird, um die große Arbeiterbewegung zu verwickeln.

Am falschen Behauptungen in der bürgerlichen wie der kommunistischen Presse jeden Grund zu nehmen, weisen wir in diesem Zusammenhang nochmals ausdrücklich darauf hin, daß der sozial-

demokratische Parteivorstand schon nach der Annahme des bürgerlichen Beschlusses der Ansicht war, daß zunächst an die Unabhängigen und nicht an die Volkspartei zwecks Erweiterung der Regierung heranzutreten werden muß. In Durchführung dieser Ansicht hat die Sozialdemokratie bereits am vergangenen Mittwoch anläßlich einer interfraktionellen Sitzung in der Reichstagskanzlei dem Reichstagskanzler und den bürgerlichen Parteien gegenüber keinen Hehl daraus gemacht, daß sie in aller Kürze die Unabhängigen bitten wird, sich zu einer Erweiterung der Regierung nach links zu äußern. Durch den Beschluß der Reichstagsfraktion vom Sonnabend ist der gehegte und angekündigte Schritt zur Wirklichkeit geworden.

Münchener „Wurffommando“.

Die „Münchener Post“ bringt umfangreiche Enthüllungen über die in Bayern unter dem Decknamen „Wurffommando“ existierende Mörderzentrale und dem Hauptorganisationsleiter vom Freikorps Oberland und von der Nachrichtenzentrale München, den von der Polizei gesuchten Hauptmann v. Kessel. Von diesem wird berichtet: Er wohnt in einem Vorort Münchens in einer von ihm gemieteten Villa und verfügt über außerordentlich große Geldmittel. Die Nachrichtenzentrale München hat verschiedene Abteilungen, so eine Spionageabteilung „gegen das feindliche Ausland“, eine Einbruchsabteilung, eine Abteilung für Beseitigung und Überwachung Unzuverlässiger in den eigenen Reihen und eine Spionageabteilung gegen politische „Rechtslose“. Zum „Befehlsempfang“ werden die einzelnen Leute, in der überwiegenden Mehrzahl frühere Offiziere, zu verschiedenen Zeiten in die einzelnen Bureaus bestellt. Eine Mordkette existiert tatsächlich. Einzelheiten darüber sind nur sehr schwer zu erfahren, da in dieser Abteilung ausschließlich „zuverlässige“ Offiziere Verwendung finden. Der Leiter dieser Zentrale ist ein Hauptmann Osterreicher, Kampagnenführer im Freikorps Oberland. Stabsleiter von Oberland ist ein Major Fektor. Derselbe ist auch Verbindungsmann der Polizeidirektion, und zwar der politischen Abteilung.

Außerdem existiert ein Leiter der Auslands-Spionage. Diese Abteilung stellt fest, was die Internationale Kommission bereit in bezug auf Maßnahmen gegen Freikorps, Reichswehr, Einwohnerwehr, Entwarnung usw. Bei Konsulaten und Entente-Kommissionen liegende belastende Akten werden von der Spionageabteilung festgestellt und dann von der Einbruchskommission entwendet. Einer der Verbindungsleute der Polizeidirektion erklärte, daß er einen Akt von 8 Seiten über die Nachrichtenzentrale Oberland auf der Polizeidirektion habe einsehen können. Der Akt enthält belastendes Material gegen die Zentrale und gegen v. Kessel. Der Akt wurde von einer auswärtigen Kriminalbehörde zur Münchener Polizeidirektion geschickt. Der Verbindungsmann erklärte, daß er von der Polizeidirektion das bestimmte Versprechen erhalten habe, daß sie in der Angelegenheit nichts unternehmen würde.

Die Mordkommission bestand in Oberschlesien unter dem Namen „Wurffommando“. Sie besaß eigenen eigenen Waffenoffizier. Die Organisation verfügt über große Mengen Waffen aller Art.

Zu einem solchen Waffenlager wurden Waffen mit vier Lastautomobilen mehrere Nächte hindurch transportiert, zu einem anderen Lager dauerte der Transport mehrere Wochen. Die Zentrale in Breslau verfügt über sehr große Geldmittel. Wie in hervorragender Stellung befindlichen Angehörigen haben Decknamen. Die Zentrale hat außerdem eine eigene Waffen- und Munitionsbeschaffungsabteilung, eine Abteilung für Transportmittel und Kraftfahrzeuge, sowie eine eigene Abteilung für Anfertigung von Dokumenten, die von Offizieren, vor einigen Tagen wurde Hauptmann v. Kessel verhaftet. Die Nachrichtenzentrale Oberland wurde hierauf sofort verständigt. Da v. Kessel nach Breslau übergeführt werden sollte, wollte man seine Befreiung auf dem Transport betreiben.

Eine Werbestelle in Tirol wurde im Hotel Maria Theresia in Innsbruck aufgestellt. In einem der Münchener Bureaus befinden sich sämtliche Stammbücher der Offiziere und Mannschaften und ihre Adressen, damit die Leute sich jederzeit auf telegraphischen Anruf einfinden könnten. Die Turn- und Sportabteilung der Nationalsozialisten arbeitet zusammen mit den Zeitschriftentempocompagnien 4 und 13 des Freikorps Oberland. Sämtliche Angehörigen der Sturmtruppen sind mit Gummihüpfeln und Pistolen ausgerüstet. Anlässlich der großen Teuerungsdemonstration in München sollten die Angehörigen der nationalsozialistischen Sturmtruppen, des Freikorps Oberland und der Polizei mit Waffen, darunter auch mit Maschinengewehren, ausgestattet werden.

Der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten gegen einen neuen Aufstand.

Herr Merit, der Vorsitzende des Verbandes ehemaliger polnischer Insurgenten, sandte an die interalliierte Kommission in Oppeln folgende telegraphische Mitteilung: Der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten, der über 8000 Mitglieder umfaßt, richtet an die interalliierte Kommission das dringende Gesuchen, gegen die Angehörigen der kongreppolnischen Mordkommissionen und alle noch auf oberschlesischem Boden, besonders in Kattowitz, Beuthen und Myslowitz befindlichen kongreppolnischen Offiziere und Mannschaften einzuschreiten, die einen neuen Aufstand organisieren. Ebenso verlangen wir die Entfernung der landfremden deutschen Organelemente, Namen und Wohnungen der Angehörigen der kongreppolnischen Mordkommissionen werden gleichgültig durch Einschreibebrief mitgeteilt. Verband ehemaliger polnischer Insurgenten.
Franz Merit, Vorsitzender, Beuthen.

Deutscher Reichstag.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Das stärkste Gefühl nach der Griesbacher Tat war im deutschen Volke das einer entsetzlichen Schande. Nichts liegt dem deutschen Volke ferner, als

Geheimbündelei und Mord

aus dem Hinterhalt. In einer Zeit, wo Deutschland um seinen guten Namen in der Welt kämpft, ist die Serie politischer Morde, die man bei uns erlebt hat, ein unverhoffter Gewinn für alle Feinde Deutschlands im Ausland. Es ist auf die Dauer undenkbar, daß die Führer bestimmter politischer Richtungen nach der Reihe abgeschossen werden, ohne daß die Anhänger dieser Richtung, die sich damit selbst getroffen fühlen, zur Abwehr schreiten. Eine Abwehr kann nicht ausbleiben, es fragt sich bloß, ob sie in gesetzmäßiger oder ungesetzmäßiger Weise geleistet wird. Dennoch war es Pflicht der Regierung, diese Abwehr selbst in die Hand zu nehmen, anstatt dem Gefühl der Masse freien Lauf zu lassen. Das Letztere hätte zum Bürgerkrieg geführt. In unverständlichem Optimismus hat der Reichskanzler geglaubt, diese Sachlage auch den Deutschen nationaler Art machen zu können. Als Antwort darauf erklärte Herr Hergt dann in seiner Berliner Rede, daß sie in einer zweiten Revolution schon fertig werden würden. Daraus sprach eine unverhohlene Freude am Bürgerkrieg. Die Entwidlung wäre bei uns so gelaufen, wie in Bayern, wo nach dem Mord Eisners und dem kurzen Zwischenpiel der Räterepublik das Ordnungsrégiment Rahr aus Würzburg kam.

Die bayerischen Zustände, die Zuluage der Mordorganisationen in Bayern, möchte Herr Hergt in ganz Deutschland

haben. (Unruhe rechts.) Welch eine Spekulation auf Blindheit und Unverständlichkeit ist es, in demselben Augenblick, wo man gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten protestiert, für den bayerischen Ausnahmezustand einzutreten, der viel tiefer in die Rechte des einzelnen eingreift. Wenn die Reichsregierung, um den politischen Menscheneinbruch einzudämmen, die Verordnung erließ, so billigen wir das, so wenig wir sonst für Ausnahmegeetze übrig haben. Helfen kann uns nur eine Abwehr aller Gewaltbestrebungen. Die Einkehr der Deutschen nationaler Art muß beginnen, mit dem Eingeständnis, daß sie die Mitschuld tragen an Erzbergers Tod. Diesen Menschen haben Sie (nach rechts) auf dem Gewissen. (Lebhafte Unruhe rechts.) Gewiß haben keine Deutschen nationaler Art hinter dem Busch gelegen, als der Mord geschah, haben auch nicht die Mörder begünstigt, aber Sie haben Erzberger nicht bekämpft, wie man politische Gegner bekämpft, sondern Sie haben den Mann gehegt, bis er lag, und als er lag, hat man in Ihren Wahlkreisen gesiegt. Der Mordmord gegen Erzberger hat begonnen, als man diesen Mann, der irren konnte, wie jeder andere, mit einer Methode bekämpfte, die uns Sozialdemokraten bekannt ist: Als man ihn im bewachten Landeserrat zum Vorwurf machte. Dann wollte man ihn durch andere Verleumdungen politisch anmöglich machen. Der Mordmord wurde weitergeführt von den Attentäter Jahrbich v. Hirschfeld. Die Mörder der Schulz und Tiffelsen haben nur vollendet, was andere begonnen haben. Nicht nur an ihren Händen klebt das vergossene Blut. Deutschen nationale Generale haben den Mord mit Selbstgelagen gefeiert. (Unruhe rechts.) Die Ermordung Erzbergers war kaum in Berlin bekannt geworden, da schmähte ihn die Reichspresse bereits in der schlimmsten Weise. Ein Artikel des frommen „Reichsboten“ schließt mit den Worten: „Durch Erzbergers Tod ist Deutschland vor einem zweiten Bürgerkrieg demütigt worden.“ Es fehlt nur noch die Dankagung an die Mörder. In der monarchistischen Zeitschrift „Die Krone“ wird Erzberger als Briefdieb, Schieber und Schurke bezeichnet und dann heißt es weiter: „Der Reichskanzler greift in den Gang der Gerechtigkeit mit der Hunderttausendmark-Belohnung für die Ermittlung der Mörder ein.“ Dazu kann man nur Pflil Teufel sagen. Die „Kreuzzeitung“ des Grafen Khevenhüller schreibt: „Nichts ist billiger, als die Täter, deren Mord noch unbekannt sind, zu schmähen. Die Krone denkt manchmal ganz anders. Die heutigen Lobpreisler Erzbergers und Angreifer seiner Gegner scheinen ganz außer Acht zu lassen, daß der ganze Kampf, der gegen Erzberger geführt wurde, ein Abwehrkampf war.“ Die „Kreuzzeitung“ hat versucht, die Geschichte ein wenig zu verflücheln. Dadurch wird sie aber nur noch schlimmer. In der „Täglichen Rundschau“ heißt es: „Nachdem Herr C. i. gestern seinen roten Lappen zu seinem Palast herausgehängt hat...“ dagegen hat Herr Wulle damals, als er noch mehr Angst als Vaterlandsstiehe hatte, die schwarz-rot-goldene Fahne in der begeisterten Weise gefeiert. Meine Rede, in der ich angeklagt das Offizierskorps beschimpft haben soll, ist von einem Deutschen nationaler Art, der hier sitzt, in der niederträchtigsten Weise gefälscht worden. Mir würde es niemals einfallen, einen ganzen Stand zu beschimpfen. Das tut aber Oberst Bauer in seiner bekannten Schrift, wenn er sagt: daß die ganzen 500 Offiziere der Obersten Heeresleitung am 9. November 1918 gedrückt haben, und nur nach 3 Offizieren hinter dem obersten Kriegsherrn standen. Genau so, wie jetzt jeder Minister des neuen Staates der Korruption bezichtigt wird, genau so ist man mit Bismarck verfahren.

Bismarck hat die Kreuzzeitungs-methode gekennzeichnet

und seine Worte gelten noch heute für die ganze deutsche nationale Presse. Wir haben Verständnis auch für den Wut der alten Soldaten, ihre Gedenktage zu feiern, aber man sollte diese Feiern nicht so schändlich zur Verhöhnung missbrauchen. Bayern ist das Justizland aller dieser Heber und Reaktionäre. Dort konnte sich die Mordzentrale ruhig entwickeln. Stiefelstiefel verjagte Verbrecher sind dort bei den höchsten Beamten ein und ausgegangen. Ein großes Schlaglicht auf die bayerischen Verhältnisse wirft auch die letzte Proklamation, Hochmeyer, des Kammers, der aus den wichtigsten Anlässen die Straßen Münchens mit Arbeiterblut besetzt hat. Mit der großen Mehrheit des Unge-

den Volkes, das ich kenne und möge, wollen wir wieder zurück zu geordneten Zuständen. Nicht das bayerische Volk war Schuld an diesen Verhältnissen. Was sich dort breit machte, war vielmehr das übelste reaktionäre Preußentum, das sich in der ganzen Welt vergrößert hat. Wir haben dem Vertrauen zu der Regierung nicht gegeben, das sie alles tun wird, um die Republik zu verteidigen und der Vergiftung des öffentlichen Lebens Einhalt zu tun. Wir werden nicht dulden, daß diese Politik ausgeübt oder nach rechts abgedrängt wird.

Sondern dafür wirken, den bisherigen Kurs nur noch klarer und schärfer zu steuern. Wer uns dabei helfen will, ist als Mitarbeiter willkommen. Wer uns aber dabei zu stören sucht, den betrachten wir als Feind. Mit Verordnungen allein ist nichts zu tun. Wir brauchen die demokratische Herrschaft der Bevölkerung, die Republikarisierung der Reichswehr, die Reform der Justiz. Den Gesandten der Unabhängigen bitten wir dem Reichsausschuß zu überreichen und werden dort Verbesserungsanträge stellen. Wir fürchten uns nicht vor den Vorkäufen der Reaktion und rufen alle, die guten Willens sind, zur gemeinsamen Arbeit auf. (Lebhafte Beifälle links.)

Ein Verfassungsantrag wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Herz (Dnt.): erklärt, daß er die vom Reichsanstler erwähnte Bezeichnung nicht für vertraulich gehalten habe.

Abg. Dr. Helfferich (Dnt.) weist Scheidemanns Vorwurf, daß er der intellektuelle Urheber des Marbes sei, zurück, und gibt eine ausführliche Darstellung des angeblichen Ueberfalles auf seinen Sommeraufenthalt.

Abg. Scheidemann (Soz.): Dr. Helfferich hat das richtige Gefühl gehabt, daß er hier der Hauptangeklagte ist. Warum hat er sein lebhaftes Bedauern, unser Leben von Revolutionen zu reinigen, nur bei Erzberger zum Ausdruck gebracht und nicht auch bei Reichsherrn? Herr Helfferich möge keine Sorge haben; er möge nicht nur von den Deutschnationalen, sondern vom ganzen deutschen Volke wie ein heiliger Verehrter werden, damit er als lebendiges Zeugnis dafür erhalten bleibe, wie tief gewisse Schichten des deutschen Volkes sinken können. (Gr. Unruhe rechts. Ordnungsruf des Präsidenten.) Reichsanstler Dr. Wirth stellt fest, daß das fragliche Gespräch mit Herz vertraulich gewesen sei.

Präsident Lohse teilt mit, daß der Untersuchungsausschuß für Opau aus 8 Mitgliedern bestehen soll. Jede Fraktion stellt einen Vertreter.

Die Interpellation Herz (Dnt.) über den Stand der deutschen Valuta soll in der geschäftsordnungsmäßigen Sitzung beantwortet werden.

Fortsetzung der politischen Debatte.

Mit der allgemeinen Aussprache wird noch ein von den Kommunisten eingebrachtes Amendement verbunden.

Abg. Herz (Soz.): Wir hoffen uns doch zur gemeinsamen Arbeit zusammenfinden, um unserem Volke zu helfen. Wenn jemand dem Ertrinken nahe ist, so reicht er sich nach einer Rettungsplanke um. Diese Rettungsplanke ist die Verfassung, die Grundlage unseres Staatswesens. In Weimar haben wir nach mühsamer Arbeit die Verfassung mit großer Mehrheit angenommen. An ihr müssen wir festhalten, wenn wir Ruhe und Ordnung im Lande haben wollen. Wir lehnen zurzeit jede Aenderung der Verfassung als bedenklich und ungesetzlich ab. (Beifall i. Ztr.) Wir werden uns allen Versuchen auf gewaltsame Aenderung widersetzen, sowohl von rechts, als auch von links. Die Deutschnationalen lassen als Hüter der Ordnung allen Sinn für reale Dinge vermissen. Wie verhält es sich mit nationaler Gesinnung, wenn in ihren Reden gegen die verantwortungsmäßigen Vertreter der Republik mit gütigem Hohn und Spott Sturm gelaufen wird? Sie vergiften damit die Volkssee. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Verordnung des Reichspräsidenten richtet sich nicht gegen bestimmte Personen, Klassen, Stände, sondern gegen alle Staatsbürger, die gewisse Verbrechen begehen, allerdings außergewöhnliche Verbrechen. Das braucht ein Staat, wenn er bestehen will. (Sehr richtig!) Wir stehen geschlossen hinter unserem Kanzler, hinter Dr. Wirth. (Beifall im Ztr.) Einen Eingriff in die Rechte Bayerns, die verfassungsmäßig festgelegt sind, können wir allerdings nicht mitmachen. Wir danken dem Kanzler, daß er in langwierigen, mühsamer Verhandlungen die Sache mit Bayern geordnet hat. Unseren Nationalgefühl dienen. Gerade wir im Westen, am Rhein, haben unter solchen Dingen zu leiden. (Lebhafte Zustimmung im Ztr.) Die Franzosen benutzen das als Vorwand, militärische Sanktionen aufrecht zu erhalten. Wenn man solche Sanktionen telegraphisch aufnimmt, und wenn man sie auch im besetzten Gebiet so ist das antinational. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Das Zentrum sucht auch in der Regierung einen Ausgleich zwischen den Parteien. Darum hat es unter großen Opfern das Kreuz der Regierung stets auf sich genommen. Das ist nationale Tat. (Beifall im Zentrum.) Wohl kann aber der Augenblick kommen, wo unsere Geduld auch zu Ende ist. (Sehr richtig! im Ztr.) Wenn unsere Männer in der Regierung immer wieder als Vertreter hingestellt

werden, Angesichts des Grimes unserer Gegner müssen wir uns die Hände reichen. Das Opfer ist schwer, der Lohn aber groß: Das Wohl des Vaterlandes. (Lebhafte Beifälle im Ztr.)

Abg. Thiel (D. Vpt.): Die Verordnung des Reichspräsidenten kann nur dann dem inneren Frieden dienen, wenn sie mit großem Nachhalten durchgeführt wird. — Redner geht ausführlich auf zahlreiche Fälle von Zeitungsverboten und Versammlungsstörungen ein. Ist die Regierung gewillt, wenigstens für die Zukunft so hohe einseitige Anwendung der Ausnahmeverordnung gegen rechts zu verhindern? Auch die Red. des Kanzlers war wieder ausschließlich gegen rechts gerichtet. Warum wird sie die inneren Kämpfe nicht beenden. (Sehr wahr! rechts.) Eine Verordnung zum Schutze der Uniform erscheint uns dringend notwendig. Wir hoffen, daß sie in den nächsten Tagen bestimmt erscheint. Die angekündigten Hilfsmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung begrüßen wir.

Minister des Innern Dr. Gradnauer:

Die Vorgänge, die der Redner erwähnt hat, gehören zumeist vor das Forum der einzelnen Landtage. Ich habe das Material von den Landesregierungen eingefordert, sobald es vorliegt, werde ich es dem hohen Hause unterbreiten. Der Vordränger hat zweifellos recht darin, daß sich in den letzten Wochen eine Fülle von Vorgängen zugezogen hat, die für jeden, mag er rechts oder links stehen, schwer bezeichnend sind. Aber wir wollen uns doch darüber klar sein, daß alle diese Vorgänge doch zurückzuführen sind auf die unglückselige Tat von Griesbach. (Sehr richtig! links. — Unruhe rechts.) Nach dem Kapp-Putsch kam eine Linksbewegung, die weit über die Furcht hinausging. Das ist immer noch solchen Ereignissen der Fall. In der Arbeiterkammer erwachten dann Begehrnisse, die weit über die Furcht hinausgingen. Die Vorgänge der letzten Wochen sind nur auf diese Tat zurückzuführen. (Zuruf rechts: Nein, auf die Verordnungen!) Nein, das ist vollkommen falsch, nur auf die Gewalttat von Griesbach sind diese Vorgänge zurückzuführen. (Lebhafte Zustimmung links. — Große Unruhe rechts.) Ich kann nicht zugeben, daß die Verordnungen den Unfrieden erwecken könnten, als ob sie sich gegen alle die Parteien richtete, die nicht zu den Regierungsparteien gehören. Das war nicht die Absicht der Regierung und kann auch nicht aus der Verordnung herausgesehen werden. Ich habe im Reichstag nachher sofort erklärt, daß sich die Verordnungen nicht gegen die Parteien richteten, sondern gegen Elemente, die den öffentlichen Frieden gefährden. Ich habe auch versprochen, daß nur in diesem Sinne vorgeschritten werden sollte. Von diesen Grundfragen habe ich mich bei dieser undankbaren Aufgabe leiten lassen, die Verordnungen durchzuführen. Glauben Sie denn, daß es einem Manne, der jahrelang in den Zeitungsleben gestanden hat, Vergnügen macht, Gesetzen zu schikanieren? Die Schuld daran allein tragen die, die solche Dinge veröffentlichen. (Große Unruhe rechts. — Große Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Abg. Thiel hat kommunisistische Anforderungen zur Gewalt angeführt. Die Auslassung der kommunisistischen Augenzeugenberichte faante ich nicht. Er wäre aber höher unter die Verordnungen gefallen. Die Verordnungen sind zweifellos durch die rechtsbolschewistischen Treiben veranlaßt worden, aber nachdem sie da war, mußte ich sie nach allen Seiten anwenden. Ich habe mich bemüht, nach Möglichkeit eine ungerechte Handhabung der Verordnungen zu verhindern und einzelne Verbote zu mildern. In den Richtlinien wurde erklärt, daß die heftigste Kritik nicht unterbunden werden sollte, sondern daß nur grobe Ausschreitungen vermieden werden mußten. Bei leichten Verbrechen sollte man sich auf Verwarnungen beschränken. Bei Versammlungen sollte durch Vereinbarungen möglichst das Verbot vermieden werden. In vielen Fällen hat diese Methode auch Erfolg gehabt. Ich richte auch an die Arbeiterkammer das lebhafteste Ersuchen, alles dazu beizutragen, um unbesonnenen Elemente von Ausschreitungen abzuhalten. Mit Selbsthilfe terroristischer Art kann von keiner Seite gearbeitet werden. Es ist Pflicht der Behörden, solche Akte zu verhindern und für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sonst kommen wir zum Kampf aller gegen alle. Eine gewisse Entspannung ist allerdings im öffentlichen Leben bereits eingetreten. Ohne diese Verordnungen hätten wir viel Schlimmeres erlebt. Die allesseitige

Wirkung der Verordnungen (Zuruf rechts: Scheidemann!) Mit allen Anstrengungen machen Sie Ihre Schuld nicht ab. Den Luxus einer überhöhten, leidenschaftlichen und bis zu Gewalttätigkeiten gehenden Kampfesweise können wir uns nicht leisten. Unser Volk muß kein Schicksal mit Würde tragen. Ich will im Sinne eines gelunden, vernünftigen Ausgleichs wirken.

Lehringenieur Staatsminister

Freiherr v. Brandenburger:

Ich muß den Ausführungen des Abg. Thiel über den Deutschnationalen Handlungsgehilfenbund energisch widersprechen; mir dünkt die Erregung der Bevölkerung nicht noch weiterzuführen lassen, die durch die Ernennung Erzbergers hervorgerufen worden ist. Es war zu befürchten, daß sich diese Tagung zu einer großen Kundgebung gegen die Verordnungen entwickeln würde. Der Deutsche Handlungsgehilfenbund hätte solche Kundgebungen nicht verhindern können. Es wäre wohl besser gewesen, wenn der

Deutschnationalen Handlungsgehilfenbund auf seine Verantwortung verachtet hätte. (Lachen rechts.) Diese Dinge werden hier ja überhaupt nur benutzt, um die Rechte als Märtyrer hinzustellen. (Sehr richtig! links.) Die Verordnung ist notwendig gewesen, und ein Staat, der sie in der damaligen Lage nicht erlassen hätte, den würde mit Recht der Vorwurf treffen, er sei ein Nachtwächterstaat. (Lebhafte Beifälle links. — Lachen rechts.)

Abg. Koch (Dem.): Mit der Unterscheidung zwischen nationaler und antinationaler Gesinnung sollte es ein Ende haben. Eine andere Unterscheidung ist aber heute nötig, die zwischen national und nationalistisch. Wir halten es für nationalistisch, wenn man versucht, nationale Forderungen auch dann von sich zu geben, wenn sie dem Vaterlande schaden. Auch nach unserer Meinung kann diese Verordnung nicht auf die Dauer bestehen, denn der moderne demokratische Staat kann nicht ewig mit den Mitteln des Polizeistaates regieren. Die erblichen Privilegien müssen genügen, auch um Gewalttätigkeiten zu vermeiden. Wir wollen die Erfüllung, wir wollen eine Einigung der Mitte, und ich wünsche, daß aus dem Kabinett der Erfüllung bald ein Kabinett der Versöhnung werden möge.

Bevorteilung (D. Vpt.): Gegenüber den Angriffen gegen den bisherigen Ministerpräsidenten v. Kahr habe ich die Lauterkeit und Reinheit seiner Gesinnung und seines Willens betont. Die jetzige Fassung der Verordnung bedeutet einen erfreulichen Schritt auf dem Wege des Föderalismus. In Weimar fanden wir bayerischen Föderalisten fast nie die Unterstützung der Deutschnationalen. Der Friede ist durch die Tätigkeit der Bayerischen Volkspartei, nicht durch die Tätigkeit der Deutschnationalen, geschaffen worden. Uns kommt es auf positive Pflege des Reichsgedankens an.

Abg. Frau Reikin (Komm.): Zwischen uns und dem übrigen Haupte liegt ein tiefer Gegensatz. Einig sind wir uns nur in der Forderung des Schutzes der Republik, die das Werk des Proletariats ist. Der Republik fehlt allerdings noch der soziale Gehalt. Die Verordnung des Reichspräsidenten jedoch ist kein Schutz für die Republik.

Abg. Dr. Levi (Komm.): Die Geister, die Sie riefen, die werden Sie nun nicht wieder los (nach rechts). Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Diktatur des Proletariats, aber wir verteidigen auch die gegenwärtige Republik.

Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums Dr. Oster: Wir haben in Braunschweig

34 dem „Stahlfeld“ angehörige Polizisten entlassen. Der „Stahlfeld“ ist eine Organisation, angeblich zur Pflege der Kameradschaft, aber sie will auch die öffentliche Ordnung verschütten. Zu diesem Zweck schickt man junge Surichen von 18, 19 Jahren als Patrouille mit Revolvern aus. Es war daher unvereinbar, daß der Schutz der öffentlichen Ordnung von Polizisten auf der einen, von Organisationen auf der anderen Seite aufrechterhalten wird. Wir werden diesen Weg weitergehen und solche Beamten entlassen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Der Jahrbuch v. Hirschfeld ist erst nach einer Anfrage bei der Deutschnationalen Partei als Sommerheft in Kaimbach aufgenommen worden. (Zuruf rechts: Erlangen!) Der deutschnationale Parteisekretär Start hat angegeben, sich vor Jugendlichen mit dem Wort an Erzberger einverstanden erklärt zu haben. Die Deutschnationale Partei, die sich im November 1918 nicht ans Licht wagte, ist schon wieder sehr groß geworden. (Abg. Dr. Helfferich (Dnt.): Wer ist denn die Canaille? — Abg. Ruht (U. Soz.): Das sind Sie! Abg. Hennig (Dnt.): „Dummer Himmel!“ — Große Unruhe.) Ein zweites Mal wird die Arbeiterkammer (Sie nach rechts) nicht so schonen, wie nach dem Kapp-Putsch. Wir fordern die Säuberung der Verwaltung und Justiz, Wahl der Richter durch das Volk. Die Schulen und Universitäten müssen in republikanischem Geiste wirken. Jede monarchistische Betätigung im Dienst muß mit Entlassung bestraft werden. Das Eigentum der ehemaligen Landesherren, besonders der Hohenzollern, ist entschädigungslos zu enteignen. Auch die Deutsche Volkspartei gehört zur Reaktion. Auch gegen sie muß die Einheitsfront der Arbeiterkammer erhalten bleiben.

Abg. Graf Westarp (Dnt.): Der Reichsanstler hat leider die Ehrenerklärung für unsere Partei, auf die wir Anspruch haben, nicht abgegeben. (Oh-Rufe.) (Zuruf: Freiheit! Värm.) Der Abg. Scheidemann hat sich erlaubt, auszusprechen, daß uns die Schuld an dem Marbe Erzbergers trifft. (Sehr richtig, links!) Diese Behauptung ist und bleibt eine bewusste, wider besseres Wissen ausgesprochene Unwahrheit. Mit gleicher Entrüstung weisen wir die ungeheuerliche Heze gegen Dr. Helfferich zurück. Die Verordnung des Reichspräsidenten auch in der Form der Novelle aufrechtzuerhalten, ist kein Grund vorhanden. Unbeantwortet ist unsere Frage, wann die Entlassungen über den Geheimbund in Baden gemacht worden sind, und unsere Frage, was geschehen ist, solchen Bestrebungen entgegenzutreten. Die Anschuldigungen über Verschwörungen gegen die Republik im Munde des Reichsanstlers waren ganz unbestimmt, und wir haben mit solchen Behauptungen des Reichsanstlers bisher schlechte Erfahrungen gemacht. Jedenfalls steht die Deutschnationale Volkspartei mit diesen Behauptungen

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Wolff-Verlag, Berlin-Halenlee.
(Nachdruck verboten.)

5)

Je länger Peter nachdachte, desto empörter wurde er. Es war unangebracht, er sei. Sie auf, hatte grimmig in das schwarze Dunkel. Er sprach zu sich selbst, sprach zu der Welt dort draußen, zu dem Imperium, das seine Erziehung verweigerte hatte. Er sah, er meinte. Er kniet auf, durchdringt die Zelle, die sechs Fuß im Quadrat maß und deren niedrig war, daß er nicht aufrecht stehen konnte. Er schlug mit der gebundenen Hand gegen die Tür, trat mit dem Fuß dagegen, schrie. Doch es kam keine Antwort, weit und breit war niemand da, der ihn zu hören vermochte.

Als er völlig erschöpft war, kam er abermals zu Boden, versank in einen unruhigen Schlaf, und da er erwachte, war dieses Erwachen ärger, als der furchtbare Alpdruck. Dieser entsetzliche Mann wird wiederkommen. Wird ihn von neuem folgen, damit er ausjagt, was er nicht weiß. Alle Risiken und Verluste, die er erlitten werden, um die Einbildungskraft der Kinder zu zerstören, waren wie nichts im Vergleich zu der Gefahr des Mannes namens Guffey, wie Peter ihn sah vorstellte, als er in diesem Maße lag.

Erliche Ereignisse, nachdem Peter eingesperrt worden war, vernahm er Geräusche, die Tür öffnete sich. Peter lauerte in einer Ecke, glaubte, Guffey wäre gekommen. Etwas Schärfe auf dem Fußboden, daran wurde alles wieder still. Peter blinzelte sich um und sah ein Stück Brot und einen Becher mit Wasser.

Dann vernahm er weitere Ereignisse, Peter tatte weiter in ohnmächtiger Wut, abermals nach Brot und Wasser gebittet, und Peter fragte sich, ob dies zweimal am Tage geschehe, aber ob bereits ein neuer Tag angebrochen sei. Wie lange würden sie ihn hier halten? Bekam sie ihn zum Schwanen treiben? Er wollte diese Fragen an den Mann, der ihm Brot und Wasser brachte, doch gab der Mann keine Antwort, sprach kein einziges Wort. Peter hatte im „Dach“ keine andere Gesellschaft als seinen Gott, und Peter konnte seinen Gott nicht gut, hätte sich im Himmel nicht mit ihm nicht wohl.

Es meinten wurde Peter von der Halle gerufen; sie trug ihn in die Küche, keine Hände klapperten. Inzwischen er lag rasselte bewegte, verzehrte er sich nicht zu erwärmen. Sobald der Mann die Tür öffnete, hat Peter an eine Decke, und über der Decke lag ein Stück Brot und einen Becher mit Wasser.

Das vernahm er weitere Ereignisse, Peter tatte weiter in ohnmächtiger Wut, abermals nach Brot und Wasser gebittet, und Peter fragte sich, ob dies zweimal am Tage geschehe, aber ob bereits ein neuer Tag angebrochen sei. Wie lange würden sie ihn hier halten? Bekam sie ihn zum Schwanen treiben? Er wollte diese Fragen an den Mann, der ihm Brot und Wasser brachte, doch gab der Mann keine Antwort, sprach kein einziges Wort. Peter hatte im „Dach“ keine andere Gesellschaft als seinen Gott, und Peter konnte seinen Gott nicht gut, hätte sich im Himmel nicht mit ihm nicht wohl.

Es meinten wurde Peter von der Halle gerufen; sie trug ihn in die Küche, keine Hände klapperten. Inzwischen er lag rasselte bewegte, verzehrte er sich nicht zu erwärmen. Sobald der Mann die Tür öffnete, hat Peter an eine Decke, und über der Decke lag ein Stück Brot und einen Becher mit Wasser.

müher. Er sei krank, sei bei der Explosion verstorben, ver-lange nach einem Arzt, werde sterben. Doch kam niemals eine Antwort. Peter lag auf dem Boden, zitterte und meinte, warte sich, redete irrt, verlor auf kurze Zeit das Bewußtsein, wachte schließ- lich nicht, ob er wache oder schlief, lebe oder gestorben sei. Die Berührungen lösten ihn heim, was sich mit ihm ereignete, die Berührungen, die ihn gequält hatten und noch quälten, wurden für ihn zu Ungeheuren und Tenzeln, die ihn weit fortstießen, ihn in Abgründe der Angst und der Fölserrassen führten.

Und dennoch, wie auch immer klein und fremdbartig die Symptome waren, die Peters trante Phantasie heraufbeschwor, keines von ihnen war betari fürchtbar, wie es die Wirklichkeit war, die zu jener Zeit das Leben von American-City bedrückte und die über das Schicksal eines arbeitslosen Mannes namens Peter Guffey beschloß. In American-City lebte eine Gruppe Männer, die sich der Industrie der Stadt bemächtigt hatte und das Leben der Bevölkerung beherrschte. Diese Gruppe, unangehörig in der Industrie sowie in der Stadterwaltung, stand der Opposition einer neuen, radikal anstehenden Macht gegen- über, nämlich der des organisierten Proletariats, das entschlossen war, die Gewalt der Oligarchie zu brechen und deren Macht zu überwinden. Der Kampf zwischen diesen beiden Gruppen nahm keinen Höhepunkt. Sie gingen zwei gewaltigen Ringkämpfen, im Lebenskampf verwickelt, zwei kämpfenden Riesen, die Wärme mit den Barzela ausstrichen, Felsen von den Gebirgen abdrücken, um einander die Schmelde einzuschlagen. Und was war der arme Peter? Eine Ameise, die über das Feld dahinstoch, auf dem die Riesen zusammenprallten. Die Erde erbebt unter ihren Füßen, der Schwanz flug angewirbelt nach allen Seiten, die unselbige Ameise wurde hierhin und dort hin geschoben, fiel, ward unter Füßtritten zertrampelt; und schließlich trat ein Riesentap auf die Stelle, wo sie trauernd und ringend lag!

Peter war vielleicht drei Tage, vielleicht auch eine Woche im „Dach“ — er wachte nicht, wie lange und auch länger lagte es ihm niemand — da ward plötzlich die Tür abermals geöffnet und er vernahm zum ersten Mal wieder eine Stimme: „Kommen Sie heraus.“

Peter hatte sich danach gefühlt, eine Stimme zu hören, nun jedoch verlor er sich in eine Ecke. Es war Guffeys Stimme und Peter wachte, was dies bedeutete. Seine Hände klugten gegen einander, er jammerte auf: „Ich weiß nichts. Ich kann nichts sagen.“

Eine Hand griff in die Zelle, packte ihn beim Kratzen. Einen Augenblick später hörte er vor Guffey den Korridor entlang. „Geben Sie das Maul!“ war die einzige Antwort auf Peters Klagen und Klagen. Der Mann hob ihn in ein Zimmer, warf ihn auf einen Stuhl, als ob er ein Stück Holz wäre, und

„Hören Sie mich an“, sagte der Mann. „Ich möchte mit Ihnen ins Einverständnis kommen. Wollen Sie in jenes „Dach“ zurückgehen?“

„Nein“, jammerte Peter.

„Gut“, sagte der Mann, „ich möchte Ihnen bloß mitteilen, daß Sie den Rest Ihres Lebens in diesem Loch verbringen werden, ausgenommen, die Zeiten, da ich mit Ihnen spreche. Und wenn ich mit Ihnen spreche, werde ich Ihnen den Arm ausstrecken. Dieser Arm zwischen die Fingerringel treten. Ihnen die Hand mit Streichhölzern vorbrengen — bis Sie mir sagen, was ich wissen will. Niemand wird Ihnen helfen, niemand wird irgendetwas von der ganzen Angelegenheit wissen. Sie werden in meiner Gewalt bleiben, bis Sie in ein besseres Jenseits übersteigen.“

Peter vermochte bloß zu schluchzen und zu stöhnen.

„Ich habe“, fuhr Guffey fort, „über Sie alles erfahren, kenne Ihre Lebensgeschichte von Ihrer Geburt an; geben Sie sich die Mühe, mir etwas zu verheimlichen. Ich kenne Ihren Anteil an dem Bombenattentat und kann Sie ohne die geringste Mühe an den Geleisen bringen. Doch gibt es etliche Einzelheiten, die ich den anderen Leuten nicht nachzumerken vermag. Und diese anderen sind die Adelsführer, die wahren Teufel; auf diese mache ich Jagd. Sie haben also die Möglichkeit, sich zu retten und sollten dafür dankbar sein.“

Peter schüttelte und schüttelte noch immer.

„Halten Sie das Maul!“ schrie der Mann. Doch dann hielt er Peters erschrockenem Blick mit seinem eigenen fest und sprach: „Bekennen Sie recht. Sie haben die Möglichkeit, sich selbst zu retten. Brauchen bloß alles zu erzählen, was Sie wissen. Dann werden Sie freigelassen und sollen keine Unannehmlichkeiten mehr haben. Wir werden für Sie sorgen, alles wird Ihnen leicht gemacht werden.“

Peter stierte ihn an, wie ein verzaubertes Kaninchen. Eine unerhörte Schmach lag in seiner Seele auf — frei sein, von allen Unannehmlichkeiten erlöst, verstorbt! Hätte er doch etwas zu berichten gehabt, wüßte er doch, wie er einen Bericht erfinden könnte!

VII.

Jähling schloßen des Mannes Arme vor, er packte Peters Hand. Wieder drehte er ihm das Handgelenk um, das manne Handgelenk, das noch immer von der ersten Folter schmerzte. „Werden Sie ansagen?“

„Ich täte es, könnte ich es“, schrie Peter. „Aber mein Gott, wie kann ich?“

„Sagen Sie nicht!“ schüttelte ihn der Mann an. „Ich weiß alles über Sie, mich können Sie nicht narren. Sie kennen Jim Goober.“

„Ich habe nie von ihm gehört“, wimmerte Peter.

„Sie lügen!“ erklärte der andere und drehte abermals Peters Hand.

wir dagegen, daß der behördliche Schutz gegen den ungeheuren Terror der Sozialdemokraten versagt hat.

Damit schließt die Aussprache. Die Abg. Hoffmann und Kaiser (Soz.) werden wegen beleidigender Jurisprudenz zur Ordnung gerufen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Stämpfer (Soz.): Der Artikel, in dem angeblich gestanden hat, daß Reaktionen an dem Laternenpfahl gehängt werden müßten, hat niemals im „Vorwärts“ gestanden.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.): Ich habe in meiner Rede keineswegs zu Gewalttaten gegen die deutschnationalen Abgeordneten aufgerufen. Ein Laternenpfahl wäre auch für einen Deutschnationalen zu schade.

Abg. Scheidemann (Soz.): Graf Westarp fühlt sich beschwert, daß die Deutschnationalen eine Schuld am Morde Erzbergers aufwänden. Ich habe in meiner Rede, Sie (nach rechts) haben die ständige Atmosphäre geschaffen, die zu dem Morde führte.

Darauf wurden sämtliche Anträge, die die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern und ein Gesetz zum Schutze der Republik fordern, dem Rechtsausschuß überwiesen.

Das Gesetz über die drei-Umstürter wird dem Steuer-Ausschuß überwiesen. — Haus verläßt sich.

Der Präsident wird eingeladen, die nächste Sitzung nach dem Ende der Steuerberatung, einzuberufen, mit der Maßgabe, daß diese nicht nach dem 3. November erfolgen darf.

Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche im Landtag.

Die Sonnabend-Sitzung des Preussischen Landtages wies eine nur sehr schlechte Beteiligung des Hauses auf. Die meisten Abgeordneten zogen es wohl vor, sich in den Wandelgängen dem Kombinationspiel darüber hinzugeben wie die neuen Regierungen im Reich und in Preußen ausfallen werden.

Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag, leider mit einigen abmildernden Zusätzen der D. Wp., angenommen. Darauf begründete der Deutschnational Herrmann-Friedersdorf langatmig und langweilig einige Anträge, mit denen die Deutschnationalen die Wahlberechtigten der Lehrenschaft zu fangen suchen.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Spekulation in Devisen. — Steigen der Industrieaktien. — Zur Bekämpfung der Börsenspekulation. — Die Regelung der Ueberproduktion im Kaliberbau.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

Die Freirei auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte.

entwertet es den Aktienbesitz zu dem Zweck, die Gewinnquoten kleiner erscheinen zu lassen, denn es handelt sich in solchen Fällen nicht darum, Betriebskapital zu gewinnen, sondern große Profite zu realisieren.

Wir müssen das Gebahren der Aktiengesellschaften unter staatliche Kontrolle nehmen, damit dieses spekulative Treiben, das auch der Steuerhinterziehung dienlich verhindert werden kann.

Das ist ein gelingendes Mittel, weil es die Gewinnstreben zu unterdrücken, ist nicht anzunehmen, denn es gibt leider Mittel und Wege genug, um auch der schärfsten Kontrolle ein Schnippen zu schlagen.

Für den Devisenmarkt wird es gleichfalls ohne einen Eingriff in das freie Spiel nicht gehen. Hier müssen diejenigen vom Devisenkauf zurückgehalten werden, die nicht den Nachweis führen können, daß sie für eine im Warenverkehr eingegangene Verpflichtung die Summe ausländischer Devisen bedürfen.

Beschränkt man den Devisenhandel auf die Zahl derjenigen, die den Verkauf aus ihren Geschäftsunternehmungen nachweisen können, so würde sicherlich ein großer Teil der Spekulationen ausscheiden.

Die Voraussetzung wäre, daß die Banken die Kontrolle ausüben und daß Einrichtungen getroffen werden, die die Durchführung einer solchen Kontrolle an der Hand einer vorzulegenden Einfuhrbescheinigung ermöglichen.

Allerdings wird es nicht zu vermeiden sein, daß dann die Spekulation sich der Auslandsbörse zuwendet. Sollte es dann dieser nicht möglich sein, mit den hauptsächlichsten hier in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung anzubahnen, damit dort im gleichen Sinne die Spekulation gehindert wird?

Das wäre um so eher zu erreichen, als auch das Ausland ein Interesse daran hat, daß wir aus dem unsicheren Stand unserer Valuta herauskommen.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, für unsere Warenausfuhr anzuordnen, daß die Bezahlung in ausländischer Valuta erfolgen muß und die eingehenden Werte an die Reichsbank abzuliefern sind, damit von dieser Stelle aus die Devisen nach Bedarf verwendet werden.

Die Durchführung dieses Planes stößt auf größere Schwierigkeiten, als bei einer oberflächlichen Betrachtung anzunehmen ist. Eine Ausfuhr von 60 Milliarden in Papiermark, wie wir sie im Jahre 1920 zu verzeichnen hatten, läßt sich schwer kontrollieren.

Es wäre für eine gute Kontrolle ein riesen-Reamtenapparat notwendig, nicht nur um den tatsächlichen Eingang an Devisen zu beaufsichtigen, sondern auch, um nunmehr weiter zu prüfen, daß diejenigen, die Rohstoffe vom Ausland einführen, nur auf diese Einfuhr die Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Wie bekannt, hat eine solche Verpflichtung, ausländische Devisen an die Reichsbank abzuliefern, eine Zeit lang bestanden, sie ist wieder aufgehoben, weil die Kontrolle ungenügend war.

Mit Recht wird aber weiter eingewendet, daß nicht in jedem Fall die Zahlungspflichtigkeit für den Exporteur durch lauten kann, daß er den Wert in ausländischer Valuta einbringt.

Vielfach wehren sich die ausländischen Geschäftshäuser dagegen, in der Valuta ihres Landes Kaufabschlüsse in Deutschland zu machen. Es erscheint ihnen vorteilhafter, die Markbeiträge im Ausland zu verwenden, oder ihre Guthaben in Deutschland flüssig zu machen.

Natürlich befinden wir uns auch nicht in jedem Fall in der Position, um die Bedingungen den Abnehmern restlos vorzuschreiben, sondern Handel und Industrie sind gezwungen, die Chancen auszunutzen, die sich ihnen bieten.

Im übrigen ist seit langem vom Reichswirtschaftsministerium bei den Außenhandelsstellen darauf gedrängt, da, wo es möglich ist, in Auslandszahlung zu fakturieren. Diesem Verlangen ist in immer größerem Umfang nachgekommen.

Geringer wird unter Interesse natürlich den Ländern gegenüber, die in ihrer Valuta noch ungünstiger stehen als Deutschland. Hier wird im Gegenteil die Fakturierung in Mark vorteilhafter sein, als eine Zahlung in minderwertiger Valuta.

Es ergibt sich somit, daß die Mittel, um die Spekulation auf dem Devisenmarkt zu unterbinden, vor sehr zweifelhaftem Wert sind und einen sicheren Erfolg nicht versprechen.

Die vielgerühmte freie Entfaltung im Wirtschaftsgetriebe, die uns als rettende Tat so oft gepriesen wird, kommt recht hoch in Mitleid, wenn wir uns einmal die Entwicklung im Kaliberbau näher ansehen.

Der Kaliberbau kehrt seit geraumer Zeit vor einer Ueberproduktion, die zu einer schweren Krise ausgeht. Wir hatten im Jahre 1919 bei 164 Kaliberwerken in Deutschland eine Gesamtproduktion von 11,1 Millionen Doppelzentnern Keintahl.

Diese Produktion ist im Jahre 1920 nach Abgang der 17 stillgelegten Werke auf 9,2 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Aber wir sind in derselben Zeit nicht zu einem Rückgang der Kaliberunternehmungen gekommen, sondern die Zahl der Kaliberwerke hat sich auf 201 erhöht.

Der Auslandsabfall im Jahre 1919 umfaßte die Hälfte der Gesamtproduktion, während im Jahre 1920 nur noch 25,37 v. H. zur Ausfuhr gelangten. Diese Auslandsquote konnte zwar zu hohen Preisen abgelehrt werden, brachte die Werke reichen Gewinn, führte aber schließlich doch zu einer weiteren Verdrängung vom Auslandsmarkt.

So daß Mitte dieses Jahres nur noch 8,82 % des Gesamtjahres nach dem Ausland gingen. Die Werke waren deshalb genötigt, zum Teil ihre Produktion vollständig einzustellen oder doch erheblich zu vermindern.

Die Interessenten, die früher schon in ihren Sniditäten vergeblich den Versuch gemacht hatten, zu einer Produktionsregelung zu kommen, verlangen nunmehr, daß auf Grund des Kaliberbaugesetzes, das im Jahre 1919 erlassen wurde, eine Einschränkung in der Produktion herbeigeführt wird.

Diesem Verlangen entsprechend hat das Reichswirtschaftsministerium dem Reichstag eine Verordnung unterbreitet, wonach die Neuanlage von Schächten verhindert wird, sofern sie nicht aus technischen Gründen notwendig sind.

Ferner soll eine freiwillige oder auch zwangsweise Stilllegung der Bergwerke herbeigeführt werden. Bemerkenswert ist, daß die Interessenten sehr eifrig bemüht waren, diese Maßnahme zur Durchführung der Stilllegung der Werke unbehindert in Händen zu behalten.

Es sind auch, noch ehe die Verordnung bekannt gegeben war, drei Konzerne entstanden, die darauf hinausgehen, schwache Werke aufzunehmen, um die Beteiligungsquoten, die bisher für die einzelnen Werke festgelegt wurden, zu erlangen.

Dann will man die technisch und in der Ausbeute am besten gestellten Unternehmungen mit Hochdruck arbeiten lassen. In der Verordnung hat sich aber das Reichswirtschaftsministerium das Recht vorbehalten, diese Uebertragung von Beteiligungsquoten an andere Unternehmungen zu prüfen, damit nicht evtl. solche stillgelegten Betriebe ihre Aktionäre noch mit hohen Dividenden belächeln können.

Im dieses Recht der freien Gestaltung kapitalistischer Konzerne ist im Reichswirtschaftsrat und auch im Reichstag sehr hart gekämpft worden, aber schließlich sind die Unternehmer mit ihren Anprüchen abgewiesen. Der freie Wettbewerb muß im Kaliberbau seinen Bankrott erklären.

Die Fortsetzung der freien Wirtschaft hätte dazu führen müssen, daß eine große Anzahl von Werken vollständig zu Bruch gegangen wäre und nur noch die bestgestellten lebensfähig blieben. Man kann im Zweifel sein, ob man nicht, so lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, diese Radikalkur als die richtige und beste ruhig auswirken läßt, denn der Staat übernimmt eine Verpflichtung, die recht unangenehm ist. Er bemüht sich, Unternehmungen durchzuschleppen, die produktiv vollständig lahmgelagert werden.

Diese Betriebe werden in ihrer Kapitalanlage verfaßt vom Ertrag der arbeitenden. Wir schleppen also eine Last mit, die ganz unproduktiven Zwecken dient und erhöhen damit die Preise des Kalis. Die Maßnahme kann nur von dem Gesichtspunkt aus gerechtfertigt werden, daß bei einem Zubruchgehen der nicht mehr lebensfähigen Werke wichtige Naturkräfte, die einmal wiederum für unersetzbar gemacht werden können, verloren gehen.

Würde man die Zusammenbruch reifen Unternehmungen ihrem Schicksal überlassen, so würden die Kalischnäbe erlaufen und damit wertvoller Besitz verloren gehen.

Wenn aber die Gefahr der Sozialisierung ihre hohen Töne anstimmte, um wieder zu zeigen, daß nur die private kapitalistische Produktionsweise zueinander und ordnung in den Produktionsprozess einwirft, so wird man ihnen mit Recht dieses Beispiel aus der Kaliberindustrie entgegenhalten können, das beweist, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht Ordnung, sondern die schlimmste Unordnung bringt und aus eigenem Recht die Kraft

Anleihen durch Deutschland.

Der Friedensvertrag von Versailles legt Deutschland die Pflicht der Rückzahlung in Goldmark der von Belgien im Laufe des Krieges von den Alliierten, besonders von Frankreich, aufgenommenen Anleihen auf.

Diese Rückzahlung ist den 132 Milliarden Goldmark der Reparationssumme zuzufügen. Da die Belgien geleisteten Vorküsse von den einzelnen Ländern in der Währung des betreffenden Landes, das heißt von Frankreich in Francs, aufgenommen wurde, so wurde die Frage aufgeworfen, ob für die Rückzahlung die Umwechslung in Goldmark vorgenommen werden soll.

Frankreich ist in weit höherem Maße als England oder Amerika an der Umwechslungsfrage interessiert infolge der Wertverminderung des Francs gegenüber dem Gold. Die seit der an den belgischen Staatsbankrott erfolgten Zahlung eintrat. Wenn die von den Alliierten vorgeschlagene Art verteidigt wurde, daß Frankreich die gleiche Anzahl Francs, die es Belgien vorküßte, zurückhalten würde, so würde der Kursverlust mehr als die Hälfte der belgischen Schuld betragen.

Frankreich erhob Einspruch gegen diese Lösung der Frage, die der Finanzkonferenz am 13. September vorgelegt wurde.

Nach langen Debatten schlugen die französischen Delegierten vor, die Meinungsverschiedenheiten dem Schiedspruch des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Bonden, vorzulegen. Der Vorschlag wurde angenommen. Es gelang, den englischen Schatzkanzler zu überzeugen, daß sich England der französischen These anschloß und sie vor dem Schiedsrichter verteidigte. Bonden hat jetzt seinen Schiedspruch gefällt und ist Frankreichs Standpunkt beigetreten.

Die Rückzahlung der belgischen Schuld durch Deutschland, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, wird auf der Grundlage von Goldmark zum Wechselkurs vom 11. November 1918, dem Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, umgerechnet. Frankreich erhält eine Summe, welche 2 Milliarden übersteigt. Wäre die Umrechnung, so wie sie die Alliierten vorschlugen, erfolgt, so hätte es einen Betrag von weniger als einer Milliarde erhalten.

Die parlamentarische Genehmigung des deutsch-amerikanischen Friedens.

Nach einer vorgezogenen späten Besprechung des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Bonden, über die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn, die Redezeit für jeden Senator auf eine Stunde. Die Debatte beginnt am 14. Oktober.

Deutsche Wiedergutmachungslieferungen an Rumänien.

Deutschland hat eingewilligt, Rumänien einen Teil des zum Wiederaufbau nötigen elektrischen Materials auf Reparationskonto zu liefern. Eine rumänische Kommission wird die Menge des zu liefernden Materials auf Grund des deutschen Marktpreises feststellen.

Der frühere König von Württemberg ist im Alter von 78 Jahren verstorben.

Der frühere König von Württemberg ist im Alter von 78 Jahren verstorben.

Gebt für Oppau!

Spendenannahme: Alle Reichsbankamtskassen, alle Banken, alle Postamtskassen.

Postcheckkonten: Ludwigsplatz Nr. 15000 Frankfurt a. M. Nr. 55000, Berlin Nr. 117000.

Geschäftsstelle des Reichsbankamts für Oppau, Reichsarbeitsministerium Berlin, Schornhorststr. 35.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die prägnanteste Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Au die Eisenbahndirektion.

Im Amtszimmer des Herrn Güterinspektors Brauner, Güterabfertigung, hängt das Bild des Deserteurs Lehmann, zurzeit auf Schloss Amerongen, nebst Gemahlin. Wir fragen an, ob eine derartige Ausschmückung von republikanischen Amtszimmern noch zeitgemäß ist. Vielleicht bequemt sich Herr Brauner dazu, die beiden Bilder ins Museum zu überweisen oder einem Antiquarhändler zu verkaufen. Jedenfalls beweist uns dieser Zimmereschmuck die Gefinnung desjenigen, der in dem Zimmer amtiert. Es lebe die Reaktion!

Wasserstand vom 30. September 1921.

Rasthof	2,07	Neisse (Unter-Regel)	1,87
Kroppitz	2,07	Breslau (Ober-Regel)	4,06
Cöpel	1,35	„ (Unter-Regel)	2,40
Brieg (Krausenkan)	1,11	Tröbsen	0,54
Kottwitz	3,78	Hörsing	0,20
Neisse (Ober-Regel)			
Wassersumme: 12,1°			

Bereinstalender.

Verband freireligiöser Gemeinden, Süd-Ost-Deutschland, Montag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr, in der Zentralhalle, Westendstraße 50/52: Desinfizierender Vortrag mit Diskussion. Redner: Herbert Puschmann aus Waldburg. Thema: Die heiligen Knochen und der Staatsanwalt. Alles Nähere siehe Inserat am 29. September und 1. Oktober.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Mittwoch, den 5. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses wichtige Mitgliederversammlung. Die Ortsverwaltung.

DUNLOP Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Oktober.

Bundestag deutscher Bodenreformer.

Nach Erstattung des Jahresberichts sprach Prof. Dr. Kühler über die Bodenreform in der modernen Steuer-
gesetzgebung. Auch der nächste Redner behandelte die Steuerfrage in seinem Vortrage. Bodeneinschätzungsfragen und ihre Bedeutung. Soweit man aus der „ferne“ beobachten konnte, gehörten beide Redner zu einer „bürgerlichen“ Partei. Was beide über die Bevorzugung des Großgrundbesitzes und der Bodenrenten in der Steuerzahlung sagten, ergänzte noch alle bisher von der sozialistischen Presse gemachten Vorwürfe. Hier muß das deutsche Volk Klarheit bekommen, hier muß es mitreden. Jetzt verstehen wir auch, weshalb man die Republik bekämpft: Diese Herren sehen klar, die Grundmauer, auf denen das Gebäude ihrer Vorrechte aufgebaut ist, hat einen Riß bekommen.

Aus einem Vortrage des Oberregierungsrates Dr. Wenzele-Berlin, „Ademische Jugend und Bodenreform“, sei besonders die Stelle erwähnt, in der er einem Teile der Jugend den Vorwurf machte, daß sie sich parteipolitisch zerplitzere und so bitter bekämpfe. Nationale Politik kann ohne Sozialpolitik nicht geschrieben werden. In der Bodenreform könnten sich alle Richtungen finden. Am zweiten Tage sprach der Vertreter der evangelischen Kirche zu der Versammlung. Er weiß, daß die Bodenreform auf die Mitarbeit der Geistlichen Wert legen. Mitwirkung der Kirche bei Regelung der Steuerfragen usw. lehnt er ab, dagegen vertritt er die Hilfe der Kirche im Kampfe gegen das Wohnungselend und im Kampfe für das Heim. Der vom Vorsitzenden vorgelesene Brief des Kardinalbischofs Dr. Bertoni berührte die Versammlung angereicher als die Erklärung des evangelischen Kirchenrats. Auch die vorgelesene Zuschrift des Vertreters der jüdischen Religion begrüßt die Bestrebungen der Bodenreformer. Der Versammlungsleiter antwortet dem evangelischen Kirchenrat: Wir müssen klar erkennen, auch der Kampf für Steuern, um Enticungung usw., ist nicht nur ein Kampf für den Leib, um materielle Güter, sondern es ist auch ein Kampf für die Seele. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon. Die Bodenreformer aus England und die aus Schottland haben telegraphisch ihre Grüße überandt. Es sind dies seit 1813 die ersten Zeichen des internationalen Kampfes für ein besseres Bodenrecht.

Geheimer Admiralsrat Dr. Schrameier-Berlin, ehemaliger Kommandant des Kiautschougebietes, spricht nun über ein sehr interessantes Thema „Die Bodenfrage in der großen Umwälzung unserer Zeit“. Was tun wir? Während wir Tausende von Arbeitslosen haben, beschäftigen wir uns mit dem polnischen Weizen für die Adressierten und die Dörfer sind als viele schienen. Sie haben die Hilfe einer uns feindlichen Nation, wir stehen allein.

Endlos ist die Liste der Länder, in denen sich jetzt neue Agrarverhältnisse bilden. Heberall verlangt das Volk, daß es am Boden Anteil habe. Die Bodenreform ist die größte Ungerechtigkeit, die sich überall rächt. Auch bei uns hören wir schon seit langer Jahren den Ruf: Zurück zum Boden! Doch mo bleiben die Taten? Wir bedauern diese traurige Stumpfheit, mit der man den letzten Kampf, der uns nicht erspart bleibt, wenn nicht bald gründliche Änderungen kommen, abwartet! Wir haben gepredigt, daß das Volk Boden haben muß, wir haben Kriegerehrlichkeiten verlangt, wir haben Gelegenheiten vorgelegt und Wege für ihre Durchführung gezeigt. Wieder erheben wir in dem gefährdeten Osten unsere mahrende Stimme. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge des Friedensvertrages eine ganz andere. Der Jung von Lande zur Stadt muß eingebremst werden. Die Behauptung, daß der Deutsche auf dem Lande nicht arbeiten wolle, ist falsch. Seht euch Statistiken an: In Bayern wanderten 18% aus, in Ostpreußen 75%. In diesem Lande der Latifundien wurde diesen Auswanderern die Heimat zu eng. Schon beschäftigt unsere Landwirtschaft wieder 700 000 polnische Wanderarbeiter. Dafür zahlen wir unseren Arbeitslosen Arbeitslosenunterstützung. Der deutsche Großgrundbesitz muß sich endlich mal daran gewöhnen, daß er deutsche Arbeiter beschäftigt. Kein Volk der Erde würde sich Zustände, wie wir sie haben, gefallen lassen. Wie weiteln an dem Willen und an dem Verständnis des Großgrundbesitzes für diese so wichtigen Fragen. Heute erheben wir unsere mahrende Stimme, morgen wird es vielleicht zu spät sein! (Langanhaltender Beifall.)

Dann schilderte Oberregierungsrat Köppl die Tätigkeit der schlesischen Landgesellschaft und des „Schlesischen Heims“. Er nannte Schließen das Land der kleinen Leute (Zwergerwirtschaften). 253 neue Stellen hat die Landgesellschaft geschaffen, 1771 Zwergerwirtschaften hat sie bis zur selbständigen Adressierung ausgebaut. Das „Schlesische Heim“ hat 400-500 Heimstätten errichtet. Als nächster Redner sprach Hillmann, Geschäftsführer des Schlesischen Kleinbauernbundes: „Siedlungsarbeiten in Schlesien, Geschichtliches und Tatsächliches“. Von der geschichtlichen Schilderung der Siedlung Schließens kam Redner auf die Steinige Befreiung vor 100 Jahren zu sprechen. Ein Handel-Donnerstag steht durch, daß die ober-schlesischen Bauern nicht frei wurden. Bis 1850 hatte der Großgrundbesitz 25 000 ober-schlesische Bauerngüter aufgezogen. Dann schilderte Redner die Siedlungsschwierigkeiten. Er führte Beispiele an, daß die Oppelner Regierung staatliche Domänen, deren Pachtvertrag 1923 ablaufen mußte, bereits 1818 für weitere 18 Jahre verpachtet habe. Als 1919 die Siedlungsverordnung erlassen, habe er Tausende von Schreibern von Kleinbauern (Zwergerbetrieben) bekommen, die mehr Land verlangen. Trotzdem das Volk nach Land lechzt, lagen 1919 Tausende von Morgen Land brach. Die Antiegründung wird noch sehr bekämpft. In Schlesien stehen 1 200 000 Morgen Acker und Wiesen zur Siedlung zur Verfügung. 1000 neue Ortschaften können wir damit aus dem Boden zaubern. Wenn wir so weiter arbeiten wie bisher, dann sind wir in 1000 Jahren noch nicht fertig. Vor allen Dingen fehlt uns ein richtiger Siedlungsplan.

Dann sprach Hillmann über Selbstbestimmung der landwirtschaftlichen Arbeiter. Der Landbesitzerverband in Oberschlesien ist noch nicht geschäftsfähig. Der Redner wünscht, daß die Kommunalverbände die Träger der Siedlungsunternehmungen werden. Wir wissen jetzt, daß wir genügend Siedlungsland auf Grund unserer Gesetze nicht bekommen. Wir müssen das Land frei bekommen durch neue gerechte Grundrentensteuer. Keine Bevorzugung des Großbesitzes. Der Grund und Boden darf nicht als Ware behandelt werden. Es ist einfach ein Skandal, wenn man hört, daß die Pachtpreise oft bis 1000 Prozent gesteigert sind. Heutzutage werden die Pächter der 1500 000 Morgen hart getroffen. Wir müssen die Bauernschaft aufklären, daß die Befreiung an Verlust der Heimstätten und Siedlungsland kein schlechteres Recht ist, im Gegenteil, wir können dadurch die Heimstätte vor Wucherhänden.

Dann sprach Falkenberg-Berlin: „Die Notlage der Beamten und die Bodenreform“. Er hat nicht deshalb das Thema gewählt, weil er für die Beamten eine Sonderpolitik treiben wolle, sondern er wolle den Beamten zeigen, die sich haben von der Bodenreform zur Beamtenhilfe. Die Beamten müssen eine breitere Basis schaffen, sie dürfen sich nicht allein mit Besoldungsfragen beschäftigen, sie müssen sich mehr um volkswirtschaftliche Fragen kümmern. Bei staatsbürgerlicher Freiheit entwickelt sich der Wille zur wirtschaftlichen Freiheit. Das Vertrauen nach oben darf nicht schwinden. Der Reichslangler hat kürzlich in Offen betont, daß Arbeiter-

Angestellte und Beamte 10 Prozent Steuern ohne Murren gezahlt hätten. Wir begrüßen es, daß die Regierung dieses anerkannt hat, aber wir verlangen auch, daß nun auch andere Steuerzahler ihre Steuern zahlen. Dann kommt er auf die Bodenreform zu sprechen und weist nun hier auf eine Rückwirkung auf die Arbeiter und Soldaten hin. Der nächste und letzte Redner, Dr. Betzler-Lein-Hannover, spricht über „Bodenreform und technischer Neuaufbau“.

Am Sonnabend nachmittag fand eine allgemeine Aussprache der Mitglieder statt.

Rettung aus Wohnungsnot, Teuerung und Verelendung.

Unter diesem Motto fand als Abschluß der Tagung des Bundes der deutschen Bodenreformer am Sonntag im vollbesetzten „Dom der Demokratie“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Als Redner waren angeordnet: Reichstagspräsident Löbe, Dr. Adolf Damalsche und Dr. Fronober aus Tarnowitz. Leider war Genosse Löbe infolge wichtiger Amtsgeschäfte verhindert, nach Breslau zu kommen; es gelangte nur ein Telegramm von ihm zur Verlesung, worin er der Versammlung einen guten Erfolg wünschte.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Breslau des Bundes deutscher Bodenreformer, Lehrer Bentler, begrüßte die erschienenen und erteilte dann dem Bundesvorsitzenden der D. B. Dr. Damalsche, das Wort. Dieser legte seinen Ausführungen folgenden Aufbau zu Grunde:

In entscheidungsvoller Stunde ergelst aus Breslau der Ruf: „Geht uns ein neues Bodenrecht!“ Schwere Fehler in der Aufteilung, Verteilung und Besteuerung des deutschen Bodens wurden unserem Volke zum Verhängnis. Aus ihnen entsprangen Mietskafenselend und Landflucht; sie ließen auf Kosten der arbeitenden Volksmassen den privaten Grundrentenbesitzern unverdienten Reichtümer zufließen, verhängten doch seit dem industriellen Aufschwung unseres Volkes die Grundrente von dem Ertrage der deutschen Volkswirtschaft einen größeren Teil, als in anderen gleichart industrialisierten Ländern.

Wenn eine zeitlang infolge der Niedrighaltung der Mieten und durch die Entwertung des Geldes eine Gesundung der Verhältnisse näher gerückt schien, so treten jetzt die alten Mißstände auf dem Lande bei Verkäufen und Verpachtungen wieder hervor, und auch bei den häßlichen Mieten leben die früheren Monopolrechte wieder auf.

Wir, zu vielen Tausenden in der Breslauer Jahreshenftliche Versammlungen vom Bunde deutscher Bodenreformer und den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen beruhigen Männer und Frauen bekennen uns als Anhänger einer durchgreifenden Bodenreform und fordern demgemäß, daß jedem Mißbrauch mit der Heimatsholle aufs schärfste entgegengetreten und damit der drohenden Verelendung der Volksverelendung Teuerung aller Lebensnotwendigkeiten ein Ziel gesetzt werde.

Die Reichsverfassung verleiht in Artikel 155 jedem Deutschen ein festes Recht an Heimathoden und erklärt das Anrecht der Volksgemeinschaft auf die Grundrente. Diese Verheißungen sind bisher unerfüllt geblieben. Zur Erfüllung dieses unseres verfassungsmäßigen Grundrechtes fordern wir:

Zu 1. Die schnelle Verwirklichung des vom „ständigen Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ aufgestellten Entwurfs eines Bodenreformgesetzes zum Schutz des deutschen Bodens gegen jeden Mißbrauch durch in- und ausländisches Spekulationskapital.

Zu 2. Die entschlossene Anwendung des Siedelungs- und Heimstättengesetzes und eine eifrigste Durchführung des sozialen Schutzes der Mieter, Pächter, Kleinbauern und Kleingärtner.

Zu 3. Eine durchgreifende, den Kleinbesitz schonende, aber den Großbesitz gerecht erfassende Grundrentensteuer, die außerdem mit allem immer gefordert, ja geradezu geförderter Steuerbegünstigungen. Sie wird reiche Mittel erschließen für alle Kulturaufgaben, ohne die Arbeit zu belasten und die Lebenshaltung zu verkümmern. Diese Forderungen sind das Gebot der Stunde! Handelt, ehe es zu spät ist, geht uns Boden! Ist der Schrei des Volkes. Land, heißt die Lösung, Land!

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen trug Opernsänger Kamel u. a. ein von Dr. Damalsche verfasstes Lied „Land“ vor. Die Orgelbegleitung lag in den bewährten Händen des Oberorganisten W. Kretzer, der auch zu Beginn und am Schluß der Versammlung durch Solovorträge auf der in dem Raume immer wieder herrlich klingenden Orgel eine weisevolle Stimmung hervorrief.

An Stelle des verhinderten Reichstagspräsidenten Löbe sprach Landtagsabg. Feus-Deffau. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es in Zukunft keine Mietskafenern, nur Einfamilienhäuser geben wird und führte England an, das in dieser Hinsicht vorbildlich sei. Die Sache der Bodenreform muß siegen, wenn sie nur allseitig verstanden wird. Der Redner erteilte großen Beifall mit seiner Ausrufung, daß Menschen, die nur vom Besitz ihres Landes leben, vollkommen überflüssig sind.

Als Vertreter Oberschlesiens spricht der katholische Pfarrer Dr. Fronober, der darauf hinweist, daß die ober-schlesische Bewegung eine soziale Bewegung ist, und wenn die Bodenreform dort nicht bald durchgeführt werde, dann müsse mit dem Ausbruch kommunistischer Unruhen gerechnet werden.

Nach einstimmiger Annahme obigen Aufrufs hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die Preise gehen sprunghaft in die Höhe und trotzdem künden Platte an den Schaufenstern, daß die Waren noch teurer werden. Ganz erheblich jähbar macht sich die Teuerung beim Gemüse, Obst und in den Kolonialwaren. Gemüse ist für die minderbemittelte Bevölkerung überhaupt unerreichbar. Wer kann für ein Pfund Spinat 3,50 Mark bezahlen? Oder für eine Mandel Oberröben 6 Mark? Und dies in der ausgeprochenen Gemüsezzeit. Das sind unhaltbare Zustände, die zur Zuspitzung führen müssen. Der Körper, insbesondere der des Kindes, braucht unbedingt die Nährstoffe des Gemüses, was soll bei diesen dauernden Entzügen aus unserem Nahrungsmittel werden? Die Kolonialwaren blieben auf der alten Preishöhe, ja wurden zum Teil noch etwas teurer. Der Konsumverein „Vorwärts“ bietet gegenwärtig guten Kohl zu erheblich niedrigerem Preise an, als die Markthallen und Säubeleien. An vielen Stellen werden noch Wachsbohnen angeboten. Das Pfund muß aber mit 6 Mark bezahlt werden. Zwiebeln ideln an dem Pfundpreis von 1,20 Mark und 1,30 Mark stehen bleiben zu wollen. Mit Tomaten und Gurken kann man sich noch immer verlotgen. Trotzdem wir vor Wochen einige Regentage hatten, bleiben die Grünzeug, wie Petersilie, Sellerie, Porree, Schnittlauch usw., unerhört teuer. Kartoffeln kosten überall 65 Pf. das Pfund, müssen doch beim Bauern für den Zentner 60 Mark bezahlt werden. In prächtigen Exemplaren ist der Kürbis vertreten; für das Pfund aber 60 bis 80 Pfennig verlangt.

Der Obstmarkt ist sehr gut versorgt, sowohl mit gewöhnlichem, als auch mit Lokobst. Die Blumen stellen sich bereits auf 4 Mark das Pfund; die hiesigen Weintrauben auf 6 Mark, während ausländische 9 und 10 Mark kosten. Vollständig schwankend ist der Preis der Bananen. Kleine werden zu 6 Mark das Pfund angeboten, große sind erheblich teurer. Unverändert bleibt das Obst in den Feld- und Gärten. Gänse, Enten, Suppenhühner, Brathühner, Rebhühner, Tauben und sonstiges Federwild bieten sich in Massen an. In ebenso großen Mengen wird aber auch Wild- und Zickelfleisch angeboten; das Pfund von 6 Mark an.

Die Kosten bereits 2,20 Mark das Stück. Der Preis der Tafelbutter kann wohl nicht mehr in die Höhe geschraubt werden; denn sie wird ja jetzt schon nicht mehr viel gekauft. In manchen Geschäften kann man gereinigtes Wurfkett kaufen, das im Geschäft ganz gut ist und 17 Mark das Pfund kostet. Die Fleischpreise zeigen in der letzten Woche tiefen an; so daß wir wieder bei den früheren Schlachthandelspreisen angelangt sind. Ein farbenfreudiges Bild bieten die Blumenstände und Blumenhändler; die vieler, zum Teil neuen Blumenarten, sind wirklich des Anschauens wert.

Aus dem politischen Sumpf.

Ein Keimfall der Breslauer politischen Polizei.

Ein großer Prozeß beschäftigte am Freitag und Sonnabend das Breslauer Schwurgericht. Angeklagt ist der unter dem Namen Josef Klein bekannte Kommunist, der Ende 1920 in Breslau viel von sich reden machte. Nachdem er lange Zeit hindurch sich hartnäckig weigerte, seinen richtigen Namen zu nennen, steht nun fest, daß er der 31 Jahre alte Eugen Scheyer aus Königsberg ist. Als solcher wurde er von der Staatsanwaltschaft gesucht, wegen eines politischen Aufrufs in Jahre 1919 und da, wie er sagt, er sich nicht einperren lassen wollte, um seine Tätigkeit nicht zu unterbrechen, sei er unter dem falschen Namen ins Ausland gegangen, habe dem Vorstand der kommunistischen Partei in Oesterreich angehört und sei dann wieder nach Deutschland gekommen. Die Anklage wirft ihm Landfriedensbruch und Aufreizung zur Unruhe vor, ferner die verschiedenen Vergehen, wegen Verlesung eines falschen Namens, intellektuelle Kränklichkeit und Unfähigkeit usw. Seine Verteidiger sind Rechtsanwalt Simon-Breslau und Theodor Liebknecht-Berlin. Zur Person vernommen, erzählt er, daß er bereits wegen Hochverrat, 1918 vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Königsberg mit zwei Jahren Zerstörung bestraft ist, außerdem wegen Bedrohung mit sieben Monaten Gefängnis.

Diesmal handelt es sich um die Versammlung, die von der kommunistischen Partei am 27. Dezember 1920 nach dem Schloßplatz einberufen worden war. Redner war Scheyer. Nach Beendigung der Rede forderte er zu einer Demonstration nach dem Rathaus auf. Diesem Vorhaben setzte sich aber die Polizei entgegen, so daß es zum Handgemenge zwischen Demonstranten und Polizei kam, wobei dann auch von dem Waffen Gebrauch gemacht wurde.

Scheyer sagt nun, daß ihm das Demonstrationsverbot erst in dem Augenblick vom Kriminalkommissar Loh überreicht wurde, als sich der Zug bereits in Bewegung befand; er also keinen Einfluß mehr auf die Menge hatte. Zuvor sei ihm sowohl, wie der Leitung nichts davon bekannt gewesen, daß die Demonstration verboten war.

Als erster Zeuge wurde Kriminalkommissar Loh vernommen. Auf Antrag der Verteidigung blieb er unvereidlicht, da er des Landfriedensbruchs verdächtig sei. Seine Vernehmung war sehr eingehend und es wurde ihm manche Frage vorgelegt, die ihm sichtlich unangenehm war. Und allem Anschein nach spielt er sowohl, wie Herr Liebermann, Polizeipräsident a. D., eine wenig rühmliche Rolle im republikanischen Staate. Wenigstens behauptet der Angeklagte, daß die Haupttätigkeit dieser beiden darin liegt, der Versammlung entgegen zu arbeiten. Auch das mußte Zeuge Loh zugeben, daß er Nachrichten über sozialdemokratische Beamte, insbesondere über sozialdemokratische Vorgesetzte entgegengenommen und auch bis zu 500 Mark bezahlt habe.

Ueber die Versammlung auf dem Schloßplatz befragt, erklärt er, daß er die ganze Rede des Scheyer gehört habe, er habe sie aufreißend empfunden; überhaupt habe er das Gefühl gehabt, daß alles zu Gewalttätigkeiten vorbereitet war.

Die Frage der Verteidigung, ob er den Aufruf hatte, den Zusammenstoß zu provozieren, beantwortete er mit nein. Trotzdem bleibt unverständlich, warum Loh das Verbot, das er doch in der Tasche hatte, dem Redner, oder der Leitung nicht vor, oder während der Rede überreichte, sondern erst zur Demonstration aufzujornen ließ.

In der stundenlangen Vernehmung kam noch manches aus der Tätigkeit des Herrn Loh zur Sprache, das, wenn dafür die Beweise erbracht werden können, es geradezu skandalös für einen republikanischen Beamten wäre.

Oberpräsident Zimmer verweigerte als Beamter die Auskunft und verweigerte auch die Vernehmung seiner Beamten. Als Privatmann ist ihm nichts bekannt, daß er beipflichtet wird. Polizeipräsident a. D. Liebermann wird ebenso wie Kriminalkommissar Loh unvereidlicht vernommen. Auf Grund seiner vielen einseitigen Maßnahmen stellt die Verteidigung fest, daß er parteiisch handelte, wogegen er sich zu vermahnen versucht. Er wird schließlich verurteilt, da er sich selbst, nach Auffassung des Gerichts, nicht als Räubersführer strafbar gemacht habe.

Die Sonnabend-Verhandlung begann mit der wöchentlichen Vernehmung des Kriminalkommissars Loh, der von Verteidigung und Angeklagten in ein neues Kreuzfeuer genommen wurde. Die Frage, ob er (Loh), außer seinem Gehalt noch andere Gelder bezogen habe, verneinte er, dagegen lehnte er die Beantwortung der Frage, ob er Gelder zur Bekämpfung der kommunistischen Partei bekommen habe, als nicht zur Sache gehörig ab. Schließlich wollte die Verteidigung von ihm wissen, ob er einen Landrat in der Nähe Breslaus benachrichtigt habe, die Kommunisten wollen ein Waffenlager der Orgel ausheben. Das Gericht war der Ansicht, daß diese Frage nicht zur Sache gehört. Nun wurde mit der Vernehmung der Polizeibeamten begonnen. Die Verteidigung widerspricht deren Vernehmung, da sie sämtlich der Mittäterschaft verdächtig seien. Das Gericht beschloß ihre Vernehmung.

Polizeioberwachmeister Kixen sagte, der Angeklagte habe in seiner Rede gehetzt; auch habe sich der Zug erst in Bewegung gesetzt, als der Angeklagte gesagt hatte: „Antreten, los, los!“ und zwar er dies erst gesagt, nachdem er das Demonstrationsverbot erhalten habe. Zeuge habe nun die Papiere des Angeklagten verlangt, sie lauteten auf den Namen „Klein“ und sie haben sich nach eingezogenen Erklärungen als gefälscht ergeben. Bei seiner Vernehmung verweigerte Klein die Aussage über seine Person und erklärte schließlich, daß er genau so auf falsche Papiere haben könne, wie die Reaktionsäre, denen Herr Loh duhndweise Ausweise ausgestellt habe.

Nun wurden eine Reihe Entlastungszeugen. Angehörige der kommunistischen Partei, vernommen, die nichts wesentliches auszusagen konnten. Nur der Parteisekretär Gruschwitz bestätigte, daß ein Demonstrationsverbot weder schriftlich noch telefonisch auf dem Parteibüro eingegangen sei.

Ein Sipsobeamter behauptete, daß er von den Demonstranten hart bedrängt worden sei, so daß er zur Waffe greifen mußte und einen Luftschuß abgegeben habe.

Nachdem nach einer abermaligen Vernehmung Polizeipräsident a. D. Liebermann vereidlicht worden war, wurde als Sachverständiger Landtagsabgeordneter Genosse Theodor Müller-Breslau vernommen. Nach seiner Ansicht sei das Verhalten der Polizei an dem fraglichen Tage geradezu ungeheuerlich gewesen. Hier habe die Polizei nicht vorzugehen, sondern im gegenteiligen Sinne gewirkt. Eine Versammlung oder eine Demonstration könne nur während eines Belagerungszustandes verboten werden; mit Kommunisten könne man keine Ausnahme machen; denn sie seien genau so gut Staatsbürger wie alle übrigen. Wäre das Demonstrationsverbot nicht im letzten Augenblick erlassen, so wäre es gewiß zu keinem Zusammenstoß gekommen. Ein Eingreifen der Polizei ohne Grund würde auf die Massen immer verbitternd, wie er selbst aus seinem langjährigen Wirken weiß.

Durch alle deutschen Gauen hallt der Ruf nach Wiederarbeit. Und überallhin ist dieser Ruf auch gedrungen, nur noch nicht restlos in die Arbeiterbewegung. Betrachten wir uns die Wirklichkeit der Gewerkschaften in den Vorkriegszeiten, so kommen wir zu der Überzeugung, daß diese trotz ihrer zahlenmäßig geringeren Stärke als heute, doch wohl beweglicher waren und begonnene Aktionen durchzuführen verstanden.

Heute umfassen die Gewerkschaften ungeheuer mehr Berufsangehörige, als früher, wenn auch noch nicht die Berufsgruppen vollständig. Aber doch sind die Gewerkschaften noch nicht das, was sie sein sollten. Es ist dies ein Mangel, der in den Differenzen der Arbeiterparteien begründet, seinen einen Arbeiter Zeit zur Vertiefung in die gewerkschaftlichen Ideen und überhaupt in den Gedanken der Arbeiterbewegung übrig lassen. Noch woggen die Meinungen hin und her. Noch hat sich nicht die Revolution abgeklärt und doch, wie notwendig ist gerade hier aufbauende, vertiefende Arbeit!

Möchte die beginnende Arbeit „Gewerkschaftliches“ zur Erreichung des Zieles recht viel beitragen.

Den Titel dieses Aufsatzes beantwortete ich mit einigen Hinweisen auf kleine, dem Einzelnen „unheimbare“ Erfolge der Gewerkschaften.

In einer Fabrik, für deren Arbeitnehmer ein zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber-Verband gefällter Tarifvertrag gilt, werden einigen Leute nicht die richtigen Löhne gezahlt. Bei der Nachprüfung wird das festgestellt und ein einseitiges Vorgehen des Gewerkschaftsleiters erbrachte den Berechtigten zusammen eine Lohnerhöhung von 600 Mark pro Woche, für den Einzelnen durchschnittlich 20 Mark.

In einem Handelsgeschäft mit einer größeren Anzahl Arbeitnehmer hatte sich der Chef geweigert, den allgemein rechtsverbindlichen Tariflohn zu zahlen, was ihm einen Streit vor den zuständigen Instanzen brachte und 12 000 Mark Nachzahlung für die beteiligten 6 Handelsreisenden ergab. Eine ganze Reihe solcher Fälle könnten hier angeführt werden.

Der „Deutsche Transportarbeiterverband, D. T. Breslau“, hat allein im zweiten Quartal des laufenden Jahres in Interessenwahrung seiner Mitglieder diesen nahezu 80 000 Mark an zu wenig gezahlten Löhnen aus den Geldkassettären der Handelsherren herausgeholt.

Eine nichtumstrittene Frage ist zurzeit die Einrichtung des Lohnamtes Breslau. Kaum einer der Opponenten wird richtig die Dinge zu beurteilen verstehen. Sind doch von Monat zu Monat während der nunmehr 17 Monate seines Bestehens Schwankungen in der Lohnfrage hauptsächlich nach oben, das sind Streikereignisse, eingetreten und diese Streikereignisse fast ausschließlich kampflös herbeigeführt worden. Wieviel Ärger und Verdruß ist Lautehenden von Arbeitnehmern dadurch gespart worden? Es läßt sich nicht zahlenmäßig belegen, aber eins steht fest: Wenn die vielen kleinen Berufsgruppen z. B. des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes jede in Einzelbewegung eine Anpassung ihrer Löhne angeht hätte, kaum eine wäre so schnell in den Besitz einer Verbesserung gelangt, wie es mit Hilfe des Lohnamtes geschehen ist. Und wie steht es mit den Handwerkern, insbesondere in der Industrie, wo doch mehr als Zwanzigtausende in Frage kommen? Auch sie haben mit Hilfe der „Industriellen“ schnell und kampflös eine Erhöhung ihrer Löhne erreicht.

Das alles sind nur kleine Beweise für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges. Aber sie mögen zur Zeit hinreichen, um jeden Vetter zu überzeugen, daß restlose Zusammenfassung aller Arbeitnehmer in den freien Gewerkschaften Lebensbedingung ist. Die christlichen und anderen Gewerkschaften sind schon auf Grund ihrer geringen Mitgliederzahlen bedeutungslos geworden in dem Kampf um Befreiung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Viel wichtigere Gründe zur Ablage gegenüber diesen Verbänden liegen auf anderen Gebieten.

Eins zum Schluß: Ob es möglich sein wird, in absehbarer Zeit durch große Aktionsfähigkeit allumfassender Gewerkschaften den Reallohn, d. h. den Lebensbedarf der Arbeiter, zu erheben, wird davon abhängen, daß alle Arbeitnehmer sich als Glied in der Kette der Arbeiterbewegung finden und den Weg zum bezeichneten Ziele beschreiten. Helfen wird uns hierbei das Bestehen aus der Masse, wie in den Vorkriegszeiten, aufklärende, bildende und vertiefende Vorträge von den Gewerkschaften zu fordern.

Von der „Volkswacht“ soll an dieser Stelle zum Verständnis des gewerkschaftlichen Gedankens beigetragen werden.
Richard Hahn.

ist. Wie verhält es sich in Wirklichkeit damit?

Der Deutsche Buchdrucker-Verband (Prinzipalverband) ist nach mehr als einjährigem Bestehen des Reichstariffes für das Deutsche Buchbinder- und verwandte Berufsweige dieser Tarifgemeinschaft beigetreten. Doch wie steht es um die Tariftreue dieser Arbeitgeberchaft?

Obgleich die Erneuerung des Tarifvertrages im Juni d. Js. der Arbeitgeberchaft keine weiteren materiellen Vorteile gebracht hat, als einzeln und allein die Verziehung einzelner Orte Schlesiens in höhere Ortsklassen, hat die schlesische Prinzipalität, obgleich sie an den Tarifvertrag gebunden ist, denselben als für sie ungeeignet mehrfach abgelehnt. Erst am 29. September hat eine solche Kreisversammlung der Prinzipalität getagt, die wiederum zu dem gleichen Beschluß gekommen ist.

Dieser mehrfach gefaßte Beschluß wirkt sich auch praktisch aus, indem man mehrfach der Arbeitgeberchaft die ihnen tariflich zuzuliehenden Löhne vorenthält. Klagen beim Tarifschiedsgericht führten bei Stimmengleichheit zur Abweisung der von den Arbeitnehmern angestrebten Klagen. In neuerer Zeit läßt man das Tarifschiedsgericht überhaupt nicht mehr zusammenrufen. So werden u. a. bei der Firma A. Hülsen an den Maschinen, an denen nach den tariflichen Bestimmungen nur männliche Arbeitskräfte beschäftigt werden dürfen, Arbeiterinnen beschäftigt. Das angerufene Tarifschiedsgericht wurde von der Prinzipalität sabotiert. Die Arbeitnehmerorganisation wandte sich nunmehr an den Schlichtungsausschuß, der zweifellos hätte tätig werden müssen, nachdem die Tarifinstanzen verlagert haben. Die Arbeitgeber fordern jedoch mit Erfolg die sachliche Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses an.

Bei den zentralen Reichstariffverhandlungen im Juni hat die Arbeitgeberchaft unter anderem auch die Verziehung Breslaus als Großstadt von der 3. in die 2. Lohnklasse beantragt. Die Zentralvorstände der Arbeitgeberverbände stimmten dem Antrage zu. Sachlich war damit der Ortsklassenstreit erledigt. Doch formell konnte er nicht erledigt werden, weil keiner der Breslauer Arbeitgeber zu diesen Verhandlungen erschienen war. Der Empfehlung der Vorstände der Arbeitgeberverbände, die Arbeitgeberchaft in Breslau vom 1. Juli ab nach der Tarifklasse 2 zu bezahlen, wurde nicht entsprochen.

Anfang September fanden neue zentrale Reichstariffverhandlungen statt. Diesmal nahm einer der Breslauer Arbeitgeber an den Verhandlungen teil. Doch wurde auch hier der Ortsklassenstreit noch nicht formell erledigt, weil der Herr angeblich auf telegraphischen Ruf aus seiner Sommerfrische an den Verhandlungsort nicht gekommen ist und sein Material nicht zur Stelle hatte. Er drückte es bei den Verhandlungen in Leipzig durch, daß die formelle Erledigung des Ortsklassenstreits durch örtliche Verhandlungen in Breslau erfolgen soll. Das war am 4. September. Erst auf mehrfachen Drängen der hiesigen Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder wurden endlich Verhandlungen für den 26. September angelegt. Bei diesen Verhandlungen wurde von allen Arbeitgebern übereinstimmend unter Führung der Innungsmeister der Arbeitnehmervertreter erklärt, daß man die Löhne der Tarifklasse 2 nicht zahlen könne. Ein weiteres Verhandeln war aussichtslos.

Schon im August hatte infolge der sonderlichen Haltung der Arbeitgeber die Arbeitgeberchaft die Forderung erhoben, die derzeitigen Löhne der Gehilfen um 100 Mark pro Woche, die der Arbeiterinnen um 75 Mark pro Woche, zu erhöhen. Die Leuzerswerthelche richtigerweise diese Forderung. In der Annahme, daß die Arbeitgeber das Zentralverhandlungsergebn wiederum nicht anerkennen würden, entschloß sich die Arbeitgeberchaft in Breslau zu diesem selbständigen Vorgehen. Das sich die Arbeitgeberchaft mit Bezug auf die Leistung der Arbeitgeber nicht zufrieden hat, bestätigt der Ausgang der Kreisstagung der Prinzipalität am 29. September.

Die örtlichen Verhandlungen am 22. August forderten jedoch nur eine Notvereinbarung, in der man der Arbeitgeberchaft für den Monat August eine geringfügige Wirtschaftsbeihilfe zusprach und die Verhandlungen über die weiteren Forderungen bis nach Abschluß der zentralen Verhandlungen zurückstellte. Die Arbeitgeberchaft ging, um einen Kampf zu vermeiden, noch einmal darauf ein. Bei den zentralen Verhandlungen wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne beschlossen, die bei den Gehilfen bis zu 90 Pfg. und bei den Arbeiterinnen bis zu 60 Pfg. die Stunde beträgt. Die Zulagen sollten von der 1. Septemberwoche bezahlt werden. Der Buchbinderarbeiter in den Buchdruckerereien wurden diese Zulagen nicht gezahlt. Die Arbeitgeber erachteten vielmehr diese Zulagen durch die Wirtschaftsbeihilfe für abgegolten, obgleich der Tarif ausdrücklich vorseht, daß diese Stundenlohnzulagen auf die bisher gezahlten Löhne kommen soll. So ist denn durch die un-

ter Schlichtungsausschuß denn auch gründlich befragt. Er entschied sich mehr als dreistündiger Verhandlung und Beratung, daß er einen Tarifbruch der Arbeitgeberchaft nicht als vorliegend erachtete und demzufolge auch den Streik nicht als unberechtigt erklärte.

Wer nun glaubte, daß die Arbeitgeber nunmehr auch mit den Vertretern der Arbeiterchaft über die sachlichen Streitpunkte verhandeln würde, der sah sich gründlich getäuscht. Darüber wurden Verhandlungen von ihnen rundweg abgelehnt mit der Behauptung, daß sie auf Grund einer mit Unrecht herangezogenen Tarifbestimmung örtlich nicht verhandeln dürften. So geht denn der Kampf weiter, der mit jedem Tage an Ausdehnung gewinnt.

Ausstand in der Großbäckerei des Breslauer Consum-Bereins.

Heute früh traten sämtliche Bäcker des Breslauer Consum-Bereins in den Streik.

Die Ursache ist eine von Seiten der Direktion vorgenommene Arbeitszeitverkürzung von täglich 8 auf 5½ Stunden. Durch diese Arbeitszeitverkürzung ist der Verdienst so niedrig, daß eine Existenzmöglichkeit für die dort beschäftigten Bäcker nicht mehr gegeben ist. Nach dem Bericht des Verbandes der Bäcker und Konditoren ist eine Begründung auf dieser Maßnahme nicht gegeben. Bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandler, wo dasselbe beschäftigt war, konnte im letzten Augenblick die Angelegenheit noch beigelegt werden. Die Bäcker in diesem Unternehmen arbeiten wieder volle acht Stunden.

Streik der Steingutwerke A.-G. Betrieb Breslau und Carlowitz.

Die gesamte Arbeiterchaft der Steingutfabrik, Werk Matthiasstraße und Carlowitz, befindet sich seit Sonnabend infolge negativen Resultats zentraler Lohnverhandlungen in Eisenach i. Th. im Streik.

Die Direktion der Werke weigerte sich beharrlich, mit der Lohnverhandlungskommission in örtliche Verhandlungen einzutreten, worauf die gesamte Belegschaft beider Werke auf der Stelle geschlossen die Arbeit niederlegte.

Die technischen Angestellten nehmen vorläufig abwartende Stellung ein.

Vor Arbeitsannahme in beiden vordennannten Werken warnt die Zahlstellenverwaltung des Porzellanarbeiterverbandes.

Die Streikleitung.

Der Streik der Tabakarbeiter

bei der Firma Barth & Betschmann, Kurze Straße, ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Die Firma erklärte sich bereit, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Die Arbeit ist Montag früh wieder aufgenommen worden.

Aus der Provinz Schlesien.

Die „Schlesische Bergwacht“ 10 Jahre alt.

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, konnte am 1. Oktober auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Zunächst als Kopfbild unserer „Volkswacht“ begründet, hat sich das Parteiblatt des wichtigen niederschlesischen Industriebezirks rasch zu voller Selbstständigkeit entwickelt und ist heute eines der durch seine große Verbreitung auch wirtschaftlich mit am besten begründeten Blätter unserer Partei. Sachlich hat die „Bergwacht“ in scharfen Kämpfen gegen rechts sich immer wieder hervorgetan und zuletzt durch die Veröffentlichung des Waldenburger Aufmarschplans der Orgesch und anderes Orgeschmaterial, das nicht demontiert werden konnte, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie ist natürlich auch von links heftig angegriffen worden, ohne sich dadurch in ihrer Stellungnahme für Sozialismus und Demokratie anfechten zu lassen. Wir wünschen dem zukunftsreichen Bruderblatt eine Entwicklung in den nächsten 10 Jahren, die der Entwicklung im ersten Lebensjahrzehnt entspricht.

Mit Gott für König und Vaterland.

Am 25. September fand in Plüschkau unter großem Trara die Einweihung des Kriegerdenkmals für die Gefallenen des Feldzuges 1914-1918 statt.

Sieben Kriegervereine mit ihren Fahnen mit der Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland!“ hatten sich aus den umliegenden Dörfern eingefunden. Die Großgrundbesitzer, ehemalige Offiziere aus den umliegenden Dörfern, waren trotz dem Verbot des Herrn Reichspräsidenten in der alten Uniform mit den wählmännlichen Abzeichen erschienen. Es fehlte auch an großen Reden nicht, worin mit allem Nachdruck betont wurde, wie 1914 „der König rief und alle, alle kamen!“ und wie die stolze Armee: „Mit Gott für König und Vaterland!“ ins Feld zog. (Für wen?) hinausgeschickt wurde, weist nun dieses Kriegerdenkmal mit den 37 Inschriften auf.

Trotz alledem erdrückten sich diese Herren, wieder Stimmung zu machen für neues Blutvergießen.

Sitzberg. Warnung vor wilden Arbeitsgemeinschaften. Von amtlicher Seite wird dem Boten aus dem Riesengebirge geschrieben: Ehemalige Führer und Angehörige des Selbstschutzes sammeln in manchen Gegenden Geld, um neue sogenannte „wilde Arbeitsgemeinschaften“ wieder zu gründen. Auch Hochstapler und Schwindler scheinen unter dem Deckmantel „ehemaliger Selbstschutz“ ihr Unwesen zu treiben. Bornemlich wird an Familien, Großindustrielle und Großgrundbesitzer, aber auch an Vertreter von Behörden, herangetreten. Vor dem Treiben vorerwähnter Personen kann demnach nur gewarnt werden.

Petersberg. Ein entsetzlicher Tod. Der im 20. Lebensjahre lebende Sohn des Hausbesizers Julius Mat in Lagenendorf, der Arbeiter Hermann Mat, stürzte am Donnerstag in der Glanzfabrik in einen Kessel lodernder Lauge. Er trug so schreckliche Verletzungen davon, daß er am Freitag im Warmbrunner Krankenhaus seinen schweren Qualen erliegen ist.

Reichenbach. Ein Kurz eines Bergsteigers. Auf der Nordostseite des Eulengebirges in der Gegend von Reuborf bei Waldgrund hörten Waldarbeiter plötzlich ein eigenartiges Geräusch, das der polternden Bewegung größerer Erdmassen gleichklang, dazwischen das Besten von Bäumen. Als sie dem Geräusch nachgingen, bot sich ihnen ein überwältigendes Bild. Der Berg des Reichenbach hatte sich hier ausgebreitet. Die Erklärung liegt darin, daß vor nahezu hundert Jahren in jenen Berg ein Rastkessel eingestürzt und lange betrieblen wurde, wovon der Berg auch seinen Namen hat. Diese Länge nicht mehr beachtete Untergrabung des Berges hat sich nun in einem Zusammenbruch gelöst. Wie zusammengeknüllte Streichhölzer liegen die starken Bäume zerbrochen auf dem Trümmerfeld und gähnend hat sich darunter die Klüft des alten Stollens geöffnet.

Konzerte.

Berner Quartett.

Selten ist einem Quartett gegenüber die Aufgabe des Kritikers so schwierig, wie gegenüber dem Berner Streichquartett, das am 26. September zum ersten Mal in Breslau spielte: in diesem Hinsicht, in manchem zu lebhaftem Widerspruch herausfordernd.

Zunächst das Programm: Am Anfang und zu Ende ein Mozart (e-moll) und ein Schubert (d-moll), die beide zu den besten Kammermusikwerken der beiden Komponisten gehören, beide von einem Gedankentiefen und vor allem gefühlmächtiger wie intellektueller Klarheit, wie sie eben für die Produkte des Gipfelpunktes einer Kulturrepoche eigenständig ist. Dazwischen ein Claude Debussy (g-moll, op. 10). Es ist immer etwas riskiert, eine ausgeprochen moderne Komposition neben zwei älteren Klassiker zu stellen. Ich finde jedoch, daß die große innere Diskanz der Kompositionen zweier so verschiedener Epochen hier gar nicht störte. Auch das Debussysche Quartett ist so klar, daß eine Umstellung des Hörers, wie sie sonst beim Uebergang von klassischer zu moderner Musik so oft nötig ist, und die völlige Auffassung der letzteren eine Weile erschwert, hier gar nicht erforderlich war. Was jedoch diese Nummer des Programms nach dem Abklingen des ersten Hingertenscheinens doch für mein Gefühl hart zurücktreten ließ, war zweierlei: einmal, daß diese Komposition dem in der deutschen Musik aufgewachsenen innerlich fremd ist. Menschen, für deren Innenleben diese Musik den Ausdruck bildet, erleben völlig anders als wir. Dies war, das die sofortige Erfahrung erschwere, was einen Zwang, gewissermaßen härter, kritischer hinzuhören, um dem geistigen Gehalt näher zu kommen, und was um so unerbilliger erkennen ließ, daß diese Musik einfach auf einem anderen Niveau steht, als Mozart und Schubert. Sie ist enorm schwungvoll, aber zu erploßen, zu sehr der Ausdruck bloß eines lebhaften Naturells und nicht so sehr tiefer, überwältigender Leidenschaft, um einen wirklich nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Man hätte wünschen mögen, daß diese feine Musik in einem Rahmen geboten worden wäre, wo man mehr auf ihre Schönheit, als darauf hingewiesen worden wäre, daß sie — wenigstens nach unseren Begriffen — keinen Höhepunkt bedeutet.

Bei der Uebergabe des Mozart mochten die Herren die nicht so völlig eingespielet gewesen sein, wie in den beiden letzten Quartetten. Es wurde sehr schön, aber nicht so geklimmt wie ich ihn schon von manchen anderen Quartettvereinigungen gehört habe. Er bietet gerade dem Berner Quartett wohl am nicht so sehr Gelegenheit, seine ganz besonderen Eigenschaften zu entfalten, wie der darauf folgende Debussy, der ein — bezahrgelobt wurde. So etwas von Jugendlichkeit und Heftigkeit — ein Stimmung zwischen dem Gemütsart der Spielenden — der erste Geiger ist der bei weitem dominierende — und dem Geiste, aus dem diese Musik geboren ist, erlebt man wohl kaum ein zweites

Mal. Intellektueller, schwungvoller und im Klange schöner kann man sich die Wiedergabe dieses Quartetts gar nicht vorstellen.

Ganz eigenartige Empfindungen erregte die Auffassung, in welcher der Schubert gespielt wurde.

Schwung und Stimmung schienen noch von Debussy her in den Spielenden nachzuwirken. Aber das spezifisch französische Temperament, das in Debussy so prägnant wirkte, weil es dort der Komposition entsprach, paßt nicht zu Schubert. Es brachte etwas unruhiges in diese heitere, klare, auch in den lebhaftesten Sätzen immer ruhige Musik, hinein. Ein nervöser Schubert — groß aus, drückt — ist eigentlich ein Unding. Und doch rief einen auch hier das hin, was den alles entzückenden Reiz schwungvoller Jugendlichkeit bildet: ihre Echtheit, ihre tiefe Verwurzelung in der künstlerischen Natur des Ausführenden.

Hoffentlich kommen die Herren noch oft nach Breslau und machen uns weiterhin mit einer uns noch weniger bekannten Musik vertraut, die sie zweifellos besser spielen als unsere Musiker.
Dr. S.

„Kammermusikabend“ der freien Sängervereinigung „Vorwärts“.

Was ist ein Kammermusikabend?

Ein Kammermusikabend ist, daß wenn ein Gelangverein ein Tanzkränzchen entriert, dabei anstandslos ein paar Höre singt und der Besinnlichkeit halber Kaffee, Kuchen und Bier von den Toncluten einer ungeniert Bach, Mozart, Beethoven, Wagner, Kreisler, Godard, Schreiner nebeneinander verzapfenen Salskapelle hinuntergipfen läßt, man ein für Inzertationszwecke günstiges Aushängeschild hat, das wenn es sich bei der Anpreisung nicht um geistige, sondern um leibliche Nahrung handelt würde, unsehbar als Vergehen wider das Lebensmitttelgesetz das Gericht beschlagnahmen müßte. Daß ein Kammermusik-Abend um 3½ Uhr nachmittags beginnt, wird höchstens jene gewissenhaften Bürokraten in Hartnäck bringen, die sich auch darüber mokieren, daß z. B. das 8 Uhr-Abendblatt schon um 7 Uhr oder um 6 Uhr geltend durch die Straßen schwirrt. Aber vielleicht sollte man diesen eigenartigen „Kammermusikabend“, dessen neuacommene Definition eine Lücke meiner mangelhaften Bildung schließt, als interne Veranstaltung der freien Sängervereinigung „Vorwärts“ auf sich beruhen lassen? Wenn man jedoch auf der anderen Seite die mühevollen, planmäßigen, auf Hebung und Pflege des Schöneheitsfines hinzielenden Bestrebungen verfolgt, so muß man öffentlich gegen die Vergiftung des Gesichts Stellung nehmen, wenn diese Symptome auch öffentlich in Erscheinung treten. Wie soll man gegen Geschmackverderbnis, gegen Vermilderung des Geistes, gegen Eitiz und Schund ankämpfen, wenn der Feind in den eigenen Reihen liegt?

Ich weiß nicht, wer für diese großtätige Zerführung der öffentlichen Meinung verantwortlich ist, aber ich denke mir, daß ein Dirigent, der ein Führer sein will, so viel Autorität und so viel kultiviertes Empfinden besitzen muß, um auf dem Niveau bestimmend einwirken zu können.

Warten.

Durch alle deutschen Gauen hallt der Ruf nach Wiederaufbauarbeit. Und überallhin ist dieser Ruf auch gedrungen, nur noch nicht restlos in die Arbeiterbewegung. Betrachten wir uns die Wirksamkeit der Gewerkschaften in den Vorkriegszeiten, so kommen wir zu der Ueberzeugung, daß diese trotz ihrer zahlenmäßig geringeren Stärke als heute, doch wohl beweglicher waren und begonnene Aktionen durchzuführen verstanden.

Heute umfassen die Gewerkschaften ungeheuer mehr Berufsangehörige, als seiner Zeit, wenn auch noch nicht die Berufsgruppen vollständig. Aber doch sind die Gewerkschaften noch nicht das, was sie sein wollen und sein sollten. Es ist dies ein Mangel, der in den Differenzen der Arbeiterparteien begründet, fesselt einem Arbeiter Zeit zur Vertiefung in die gewerkschaftlichen Ideen und überhaupt in den Gedanken der Arbeiterbewegung übrig lassen. Noch wagen die Meinungen hin und her. Noch hat sich nicht die Revolution abgeklärt und doch, wie notwendig ist gerade hier aufbauende, vertiefende Arbeit!

Wäre die beginnende Rubrik „Gewerkschaftliches“ zur Erziehung des Lesers recht viel beitragen.

Den Titel dieses Aufsatzes beantwortete ich mit einigen Hinweisen auf kleine, dem Einzelnen „unscheinbare“ Erfolge der Gewerkschaften.

In einer Fabrik, für deren Arbeitnehmer ein zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber-Verband gefällter Tarifvertrag gilt, werden einigen Leute nicht die richtigen Löhne gezahlt. Bei der Nachprüfung wird das festgesetzt und ein einziges Wort des Gewerkschaftsvertreeters erbrachte den Beteiligten zusammen eine Lohnerhöhung von 600 Mark pro Woche, für den Einzelnen durchschnittlich 20 Mark.

In einem Handelsgeschäft mit einer größeren Anzahl Arbeitnehmer hatte der Chef geweigert, den allgemein rechtsverbindlichen Tariflohn zu zahlen, was ihm einen Streit vor den zuständigen Instanzen brachte und 12 000 Mark Nachzahlung für die hundertfünfzig Handelshilfsarbeiter ergab. Eine ganze Reihe solcher Fälle können hier angeführt werden.

Der Deutsche Transport-Verkehrsverband, D.-V. Breslau, hat allein im zweiten Quartal des laufenden Jahres in Interessenwahrung seiner Mitglieder diesen nahezu 80 000 Mark an zu wenig gezahlten Löhnen aus den Geschäftskonten der Handelsherren herausgeholt.

Eine nichtumstrittene Frage ist zurzeit die Einrichtung des Lohnamtes Breslau. Raum einer der Opponenten wird richtig die Dinge zu beurteilen verstehen. Sind doch von Monat zu Monat während der nunmehr 17 Monate seines Bestehens Schenkungen in der Lohnfrage hauptsächlich nach oben, das sind Steigerungen, eingetreten und diese Steigerungen fast ausschließlich kampflös herbeigeführt worden. Wieviel Ärger und Verdruß ist Tausenden von Arbeitnehmern dadurch gespart worden? Es läßt sich nicht zahlenmäßig belegen, aber eins steht fest: Wenn die vielen kleinen Berufsgruppen, z. B. des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes jede in Einzelbewegung eine Anpassung ihrer Löhne angestrebt hätte, kaum eine wäre so schnell in den Besitz einer Verbesserung gelangt, wie es mit Hilfe des Lohnamtes geschehen ist. Und wie steht es mit den Handwerkern, insbesondere in der Industrie, wo doch mehr als zwanzigtausende in Frage kommen? Auch sie haben mit Hilfe der „Inzestiffern“ schnell und kampflös eine Erhöhung ihrer Löhne erreicht.

Das alles sind nur kleine Beweise für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges. Aber sie mögen zur Zeit hinreichen, um jeden Leser zu überzeugen, daß restlose Zusammenfassung aller Arbeitnehmer in den freien Gewerkschaften Lebensbedingung ist. Die christlichen und anderen Gewerkschaften sind schon auf Grund ihrer geringen Mitgliederzahlen bedeutungslos geworden in dem Kampf um Besserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Viel wichtigere Gründe zur Abgabe gegenüber diesen Verbänden liegen auf anderen Gebieten.

Eins zum Schluß: Ob es möglich sein wird, in absehbarer Zeit durch große Aktionsfähigkeit allumfassender Gewerkschaften den Reallohn, d. h. den Lebensbedarf der Arbeiter zu erkämpfen, wird davon abhängen, daß alle Arbeitnehmer sich als Glied in der Kette der Arbeiterbewegung finden und den Weg zum bezeichneten Ziele beschreiten. Helfen wird uns hierbei das Verbindende aus der Masse, wie in den Vorkriegszeiten, aufbauende, bildende und vertiefende Vorträge von den Gewerkschaften zu fordern.

Von der „Volkswacht“ soll an dieser Stelle zum Verständnis des gewerkschaftlichen Gedankens beigetragen werden.

Richard Schn.

behauptet, daß der Streik unberechtigt und vom Jaune gebochen ist. Wie verhält es sich in Wirklichkeit damit?

Der Deutsche Buchbinderverein (Prinzipalverband) ist nach mehr als einjährigem Bestehen des Reichstarifes für das Deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufsweige dieser Tarifgemeinschaft beigetreten. Doch wie steht es um die Tariftreue dieser Arbeitgeberchaft?

Obgleich die Erneuerung des Tarifvertrages im Juni d. J. der Arbeitgeberchaft keine weiteren materiellen Vorteile gebracht hat, als einzig und allein die Verlegung einzelner Orte Schlesiens in höhere Ortsklassen, hat die schlesische Prinzipalität, obgleich sie an den Tarifvertrag gebunden ist, denselben als für sie ungeeignet mehrfach abgelehnt. Erst am 29. September hat eine solche Kreisversammlung der Prinzipalität stattgefunden, die wiederum zu dem gleichen Beschlusse gekommen ist.

Dieser mehrfach gefasste Beschluß wirkt sich auch praktisch aus, indem man mehrfach der Arbeitgeberchaft die ihnen tariflich zuzurechnenden Löhne vorenthält. Klagen beim Tarifschiedsgericht führten bei Stimmengleichheit zur Abweisung der von den Arbeitnehmern angelegten Klagen. In neuerer Zeit läßt man das Tarifschiedsgericht überhaupt nicht mehr zusammentreten. So werden u. a. bei der Firma A. Hülsen an den Maschinen, an denen nach den tariflichen Bestimmungen nur männliche Arbeitskräfte beschäftigt werden dürfen, Arbeiterinnen beschäftigt. Das angerufene Tarifschiedsgericht wurde von der Prinzipalität sabotiert. Die Arbeitnehmerorganisation wandte sich nunmehr an den Schlichtungsausschuß, der zweifellos hätte tätig werden müssen, nachdem die Tarifinstanzen verijgt haben. Die Arbeitgeberchaften jedoch mit Erfolg die sachliche Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses an.

Bei den zentralen Reichstarifverhandlungen im Juni hat die Arbeitgeberchaft unter anderem auch die Verlegung Breslaus als Großstadt von der 3. in die 2. Lohnklasse beantragt. Die Zentralvorstände der Arbeitgeberverbände stimmten dem Antrage zu. Sachlich war damit der Ortsklassenstreit erledigt. Doch formell konnte er nicht erledigt werden, weil keiner der Breslauer Arbeitgeber zu diesen Verhandlungen erschienen war. Der Empfehlung der Vorstände der Arbeitgeberverbände, die Arbeitgeberchaft in Breslau vom 1. Juli ab nach der Tarifklasse 2 zu bezahlen, wurde nicht entsprochen.

Anfang September fanden neue zentrale Reichstarifverhandlungen statt. Diesmal nahm einer der Breslauer Arbeitgeber an den Verhandlungen teil. Doch wurde auch hier der Ortsklassenstreit noch nicht formell erledigt, weil der Herr angeblich auf telegraphischen Ruf aus seiner Sommerfrische an den Verhandlungstisch gestellt ist und kein Material richtig zur Stelle hatte. Er brückte es bei den Verhandlungen in Leipzig durch, daß die formelle Erledigung des Ortsklassenstreits durch örtliche Verhandlungen in Breslau erfolgen soll. Was war am 4. September. Erst auf mehrfachen Drängen der hiesigen Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder wurden endlich Verhandlungen für den 26. September angesetzt. Bei diesen Verhandlungen wurde von allen Arbeitgebern übereinstimmend unter Führung der Innungsmeister der Arbeitnehmervertreter erklärt, daß man die Löhne der Tarifklasse 2 nicht zahlen könne. Ein weiteres Verhandeln war aussichtslos.

Schon im August hatte infolge der sonderlichen Haltung der Arbeitgeber die Arbeitgeberchaft die Forderung erhoben, die derzeitigen Löhne der Gehilfen um 100 Mark pro Woche, die der Arbeiterinnen um 75 Mark pro Woche, zu erhöhen. Die Forderungswelle reichte für diese Forderung. In der Annahme, daß die Arbeitgeber das Zentralverhandlungsergebnis wiederum nicht anerkennen würden, entschloß sich die Arbeitgeberchaft in Breslau zu diesem selbständigen Vorgehen. Das sich die Arbeitgeberchaft mit Bezug auf die Leitung der Arbeitgeber nicht getäuscht hat, bezeugt der Ausgang der Kreisversammlung der Prinzipalität am 29. September.

Die örtlichen Verhandlungen am 22. August forderten jedoch nur eine Notvereinbarung, in der man der Arbeitgeberchaft für den Monat August eine geringfügige Wirtschaftsbefehle ausprach und die Verhandlungen über die weiteren Forderungen bis nach Abschluß der zentralen Verhandlungen zurückstellte. Die Arbeitgeberchaft ging, um einen Kampf zu vermeiden, noch einmal darauf ein. Bei den zentralen Verhandlungen wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne beschlossen, die bei den Gehilfen bis zu 90 Pfg. und bei den Arbeiterinnen bis zu 60 Pfg. die Stunde beträgt. Die Zulagen sollten von der 1. Septemberwoche bezahlt werden. Der Buchbinderarbeiterschaft in den Buchdruckereien wurden diese Zulagen nicht gezahlt. Die Arbeitgeberchaft erachtete vielmehr diese Zulagen durch die Wirtschaftsbefehle für abgegolten, obgleich der Tarif ausdrücklich vorsieht, daß diese Stundenlohnzulagen auf die bisher gezahlten Löhne kommen soll. So ist denn durch die un-

dem Tarifbruch die Abgabe von Gehilfen, Lehrlingen, etc. ein Tarifbruch ist und demzufolge ungerechtfertigt wäre. Das hat der Schlichtungsausschuß denn auch gründlich getäuht. Er entschied nach mehr als dreistündiger Verhandlung und Beratung, daß er einen Tarifbruch der Arbeitgeberchaft nicht als vorliegend erachten könne und demzufolge auch den Streik nicht als unberechtigt erklären könne.

Wer nun glaubte, daß die Arbeitgeber nunmehr auch mit den Vertretern der Arbeitgeberchaft über die sachlichen Streitpunkte verhandeln würde, der sah sich gründlich getäuht. Darüber wurden Verhandlungen von ihnen rundweg abgelehnt mit der Behauptung, daß sie auf Grund einer mit Unrecht herangezogenen Tarifbestimmung örtlich nicht verhandeln dürften. So geht denn der Kampf weiter, der mit jedem Tage an Ausdehnung gewinnt.

Ausstand in der Großbäckerei des Breslauer Consum-Vereins.

Heute früh traten sämtliche Bäcker des Breslauer Consum-Vereins in den Streik.

Die Ursache ist eine von Seiten der Direktion vorgenommene Arbeitszeitverkürzung von täglich 8 auf 5½ Stunden. Durch diese Arbeitszeitverkürzung ist der Verdienst zu niedrig, daß eine Existenzmöglichkeit für die dort beschäftigten Bäcker nicht mehr gegeben ist. Nach dem Bericht des Verbandes der Bäcker und Konditoren ist eine Begründung zu dieser Maßnahme nicht gegeben. Bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandler, wo dasselbe beabsichtigt war, konnte im letzten Augenblick die Angelegenheit noch beigelegt werden. Die Bäcker in diesem Unternehmen arbeiten wieder volle acht Stunden.

Streit der Steingutwerke A.-G. Betrieb Breslau und Carlswitz.

Die gesamte Arbeiterchaft der Steingutfabrik, Werk Matthiasstraße und Carlswitz, befindet sich seit Sonnabend infolge negativen Resultats zentraler Lohnverhandlungen in Eisenach i. Th. im Streik.

Die Direktion der Werke weigerte sich beharrlich, mit der Lohnverhandlungskommission in örtliche Verhandlungen einzutreten, worauf die gesamte Belegschaft beider Werke auf der Stelle geschlossen die Arbeit niederlegte.

Die technischen Angestellten nehmen vorläufig abwartende Stellung ein.

Vor Arbeitsaufnahme in beiden vorbenannten Werken wartet die Zahlstellenverwaltung des Porzellanarbeiterverbandes.

Die Streikleitung.

Der Streit der Tabakarbeiter

bei der Firma Barth & Bettmann, Kurtrasse, ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Die Firma erklärte sich bereit, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Die Arbeit ist Montag früh wieder aufgenommen worden.

Aus der Provinz Schlesien.

Die „Schlesische Bergwacht“ 10 Jahre alt.

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, konnte am 1. Oktober auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Zunächst als Kopfbild unserer „Volkswacht“ begründet, hat sich das Parteiblatt des mächtigen niederschlesischen Industriebezirks rasch zu voller Selbstständigkeit entwickelt und ist heute eines der durch seine große Verbreitung auch wirtschaftlich mit am besten begründeten Blätter unserer Partei. Sachlich hat die „Bergwacht“ in ihren Kämpfen gegen rechts sich immer wieder hervorgetan und zuletzt durch die Veröffentlichung des Waldenburger Aufmarschplans der Orgeß und anderes Orgeßmaterial, das nicht demontiert werden konnte, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie ist natürlich auch von links heftig angegriffen worden, ohne sich dadurch in ihrer Stellungnahme für Sozialismus und Demokratie ansetzen zu lassen. Wir wünschen dem zukunftsreichen Bruderblatt eine Entwidlung in den nächsten 10 Jahren, die der Entwicklung im ersten Lebensjahrzehnt entspricht.

Mit Gott für König und Vaterland.

Am 25. September fand in Pilschau unter großem Trara die Einweihung des Kriegerdenkmals für die Gefallenen des Feldzuges 1914—1918 statt.

Sieben Kriegervereine mit ihren Fahnen mit der Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland!“ hatten sich aus den umliegenden Dörfern eingefunden. Die Großgrundbesitzer, ehemalige Offiziere aus den umliegenden Dörfern, waren trotz dem Verbot des Herrn Reichspräsidenten in der alten Uniform mit den wilhelmischen Abzeichen erschienen. Es fehlte auch an großen Reden nicht, worin mit allem Nachdruck betont wurde, wie 1914 „der König rief und alle, alle kamen“, und wie die stolze Armee: „Mit Gott für König und Vaterland“ ins Feld zog. Die Opfer dieser Armee, die „Mit Gott für König und Vaterland“, (für wen?) hinausgeschickt wurde, weiß nun dieses Kriegerdenkmal mit den 37 Inschriften auf.

Trotz alledem erdreisten sich diese Herren, wieder Stimmung zu machen für neues Blutvergießen.

Hitzberg. Warnung vor wilden Arbeitsgemeinschaften. Von amtlicher Seite wird dem „Boten aus dem Riesengebirge“ geschrieben: Ehemalige Führer und Angehörige des Selbstschutzes sammeln in manchen Gegenden Geld, um neue Logen anzuheben. Diese Arbeitsgemeinschaften wieder zu gründen. Auch Hochstapler und Schwindler scheinen unter dem Deckmantel „ehemaliger Selbstschutz“ ihr Unwesen zu treiben. Vor dem Treiben vorerwähnter Personen kann demnach nur gewarnt werden.

Peterst. s. Ein entsetzlicher Tod. Der im 20. Lebensjahre stehende Sohn des Hausbesizers Julius Rai in Anelendorf, der Arbeiter Hermann Rai, stürzte am Donnerstag in der Glanzfabrik in einen Kessel kochender Lauge. Er trug so schreckliche Verletzungen davon, daß er am Freitag im Wambrunner Krankenhaus seinen schweren Qualen erlegen ist.

Reichenbach. Einsturz eines Berglegels. Auf der Reudorf Seite des Eulengebirges in der Gegend von Reudorf bei Waldgrund hörten Waldarbeiter plötzlich ein eigenartiges Geräusch, das der polternden Bewegung größerer Erdmassen gleichklang, dazwischen das Besten von Bäumen. Als sie dem Geräusch nachgingen, bot sich ihnen ein übermächtiger Erdbild. Der Berg des Reichenbachs war in Bewegung geraten, der Gipfel war gerutscht und polterte nach weiter in sich zusammen. Die Anfänge des gewaltigen Naturchauspiels mußten sich schon in der vorhergehenden Nacht abgespielt haben und jetzt handelte es sich nur noch um den fortgesetzten Nachrück weiterer Massen des Berges. Ein großes Trümmerfeld hatte sich hier ausgebreitet. Die Erklärung liegt darin, daß vor nahezu hundert Jahren in jenen Berg ein Raststollen eingeführt und lange betrieben wurde, wovon der Berg auch seinen Namen hat. Diese Stollen nicht mehr beachtete Untergrabung des Berges hat sich nun in einem Zusammenbruch geäußert. Die zusammengeschichteten Streichhölzer liegen die starken Bäume zerbrochen auf dem Trümmerfeld und während hat sich darunter die Kluff des alten Stollens geöffnet.

Konzerte.

Berner Quartett.

Selten ist einem Quartett gegenüber die Aufgabe des Kritikers so schwierig, wie gegenüber dem Berner Streichquartett, das am 26. September zum ersten Mal in Breslau spielte: in diesem Hinsicht, in manchem zu lebhaftem Widerspruch herausfordernd.

Zunächst das Programm: Am Anfang und zu Ende ein Mozart (e-dur) und ein Schubert (d-moll), die beide zu den besten Kammermusikwerken der beiden Komponisten gehören, beide von einem Gedankentiefen und vor allem gefühlmäßiger und intellektueller Klarheit, wie sie eben für die Produkte des Gipfelpunktes einer Kulturperiode eigentümlich ist. Dazwischen ein Claude Debussy (g-moll, op. 10). Es ist immer etwas riskiert, eine ausgeprochen moderne Komposition neben zwei strengeren Klassiker zu stellen. Ich finde jedoch, daß die große innere Distanz der Kompositionen zweier so verschiedener Epochen hier gar nicht hörte. Auch das Debussysche Quartett ist so klar, daß eine Umstellung des Stüvers, wie sie sonst beim Übergang von klassischer zu moderner Musik so oft nötig ist, die völlige Auffassung der letzteren eine Weile erschwert, hier gar nicht erforderlich war. Was jedoch diese Nummer des Programms nach der Art des Hltingens des ersten Hingertensins doch für mein Gefühl hart zurücktreten ließ, war zweierlei: einmal, daß diese Komposition dem in der deutschen Musik aufgewachsenen innerlich fremd ist. Menschen, für deren Innenleben diese Musik den Ausdruck bildet, erleben völlig anders als wir. Dies war, das die sofortige Erfahrung erschwerte, was einen Zwang, gewissermaßen härter, kritischer hinzuhören, um dem geistigen Gehalt näher zu kommen, und was um so unerträglich erkennen ließ, daß diese Musik einfach auf einem anderen Niveau steht, als Mozart und Schubert. Sie ist enorm schwungvoll, aber zu explosiv, zu sehr der Ausbruch bloß eines lebhaften Naturells und nicht so sehr tiefer, überwältigender Leidenschaft, um einen wirklich nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Man hätte wünschen mögen, daß diese keine Musik in einem Rahmen geboten worden wäre, wo man mehr auf ihre Schönheit, als darauf hingewiesen worden wäre, daß sie — wenigstens nach unseren Begriffen — keinen Höhepunkt bezeugt.

Bei der Wiedergabe des Mozart mochten die Herren die nicht so völlig eingespült gewesen sein, wie in den beiden vorhergehenden Quartetten. Es wurde sehr schön, aber nicht so gekonnt, wie ich schon von manchen anderen Quartettvereinigungen gehört habe. Er bietet gerade dem Berner Quartett wohl aber nicht so sehr Gelegenheit, seine ganz besonderen Eigenschaften zu entfalten, wie der darauf folgende Debussy, der ein — — — — — herber gestaltet wurde. So etwas von Jugendlichkeit und tiefer — — — — — einstimmig zwischen der Gemütsart der Spielenden — — — — — der erste Geiger ist der bei weitem dominierende — — — — — und dem Geiste, aus dem diese Musik geboren ist, erlebt man wohl kaum ein zweites

Mal. Intellektuell, schwungvoller und im Klang schöner kann man sich die Wiedergabe dieses Quartetts gar nicht vorstellen.

Ganz eigenartige Empfindungen erregte die Auffassung, in welcher der Schubert gespielt wurde.

Schwung und Stimmung schienen noch von Debussy her in den Spielenden nachzuwirken. Über das spezifisch französische Temperament, das in Debussy so sichtbar wirkte, weil es dort der Komposition entsprach, paßt nicht zu Schubert. Es brachte etwas unruhiges in diese heitere, klare, auch in den lebhaftesten Sätzen immer ruhige Musik, hinein. Ein nervöser Schubert — groß aus — — — — — ist eigentlich ein Unding. Und doch rief einen auch hier das hin, was den alles entzückenden Reiz schwungvoller Jugendlichkeit bildet: ihre Echtheit, ihre tiefe Verwurzelung in der künstlerischen Natur des Ausführenden.

Hoffentlich kommen die 4 Herren noch oft nach Breslau und machen uns weiterhin mit einer uns doch weniger bekannten Musik vertraut, die sie zweifellos besser spielen als unsere Musiker.

Dr. S.

„Kammermusikabend“ der freien Sängervereinigung „Vorwärts“.

Was ist ein Kammermusikabend? —

Ein Kammermusikabend ist, daß, wenn ein Gesangsverein ein Tanzkränzchen entriert, dabei anstandslos ein paar Chöre singt und der Besömmlichkeit halber Kaffee, Kuchen und Bier von den Konjurten einer ungeniert Bach, Mozart, Beethoven, Wagner, Kreisler, Godard, Schreiner nebeneinander verzapfenden Saitenkapelle hinuntergespielt läßt, man ein für Injektionszwecke geeignetes Aushängeschild hat, das, wenn es sich bei der Anpreisung nicht um geistige, sondern um leibliche Nahrung handelt, unerschütterlich als Verzeihen wider das Lebensmitteliges das Gericht beschaffen müßte. Daß ein Kammermusik-Abend um 3½ Uhr nachmittags beginnt, wird höchstens jene gewissenhaften Bürokraten in Harnisch bringen, die sich auch darüber mokieren, daß 3. B. das 8 Uhr-Abendblatt schon um 7 Uhr oder um 6 Uhr gelend durch die Straßen schwirrt. Aber vielleicht sollte man diesen eigenartigen „Kammermusikabend“, dessen neuemommene Definition eine Vide meiner mangelhaften Bildung schließt, als interne Veranstaltung der freien Sängervereinigung „Vorwärts“ auf sich beruhen lassen? Wenn man jedoch auf der anderen Seite die mühsollen, planmäßigen, auf Hebung und Pflege des Schönheitsfines hinzielenden Bestrebungen verfolgt, so muß man öffentlich gegen die Vergiftung des Geschmacks Stellung nehmen, wenn diese Symptome auch offensichtlich in Erscheinung treten. Wie soll man gegen Geschmacksverderbnis, gegen Verwilderung des Gefühls, gegen Rißig und Schund ankämpfen, wenn der Feind in der eigenen Reihen liegt?

Ich weiß nicht, wer für diese große Verführung der öffentlichen Meinung verantwortlich ist, aber ich denke mir, daß ein Dirigent, der ein Führer sein will, so viel Autorität und so viel kultiviertes Empfinden besitzen muß, um auf das Niveau bestimmend einzuwirken zu können.

—g.—

Hierauf wurde auch der Zeuge Loh verurteilt. Staatsanwalt Groß betonte in seinem Plädoyer zunächst, daß Scheyer für ihn nicht Kommunist sei, sondern ein deutscher Staatsbürger, der gegen die Gesetze verstoßen hat. Besonderen Wert habe auch die Staatsanwaltschaft darauf gelegt, daß diese Straftat nur dem Schwurgericht verhandelt wurde, um sich den Vorwurf der Klassenjustiz zu ersparen. Er hielt den Angeklagten im vollen Sinne der Aufgabe für schuldig, billigte ihm aber mildernde Umstände zu, da er Idealist sei und wohl an seine Worte glaube.

Die Verteidiger plädierten auf Freisprechung, da die Verhandlung nicht ergeben habe, daß der Angeklagte von dem Demonstrationsverbot gewußt hätte. Sie forderten von der Staatsanwaltschaft, die Zeugen Loh und Rigen auf die Anklagebank zu setzen.

Die Geschworenen verneinen die Schuldfragen nach schwerem Landfriedensbruch und intellektueller Urkundenfälschung und bejahen die Fragen, daß er von falschen Legitimationspapieren Gebrauch gemacht und sich einen falschen Namen beigelegt habe.

Abends 10 Uhr erging das Urteil. Das Gericht erkannte auf 150 Mark Geldstrafe oder für je 15 Mark ein Tag Haft, die durch die ersttens Untersuchungsfrist für verhängt erachtet wurden. Der in dieser Sache gegen ihn erlassene Haftbefehl wurde aufgehoben.

Viehermann klagt!

Daß Herr Viehermann ein sehr sonderbarer Republikaner ist, geht wieder aus folgendem neuen Briefe hervor, den er uns kürzlich und von dem wir zunächst wieder durch die „Schlesische Zeitung“ Kenntnis erhielten. Er schreibt uns also:

Ich habe versucht, über die von Ihnen erhobenen Vermutungen, trotzdem sie in ihrer allgemein gehaltenen Form nicht darauf berechnet waren, sachliche Kritik an meiner Amtsführung zu üben, sondern mich in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Sie haben, wie ich voraussetzen habe, darauf verzichtet müssen, Ihr Material vorzubringen, weil Sie kein solches haben können. Sie wagen daher nicht, meine zweite dringliche Aufforderung zur Kenntnis Ihrer Leser zu bringen und suchen die Schwäche Ihrer Lage durch Wichtigtuerei über meine Reichthümer, Wichtigkeit und ansehnliche Unbeschäftigkeit zu maskieren. Ich werde mich in meinem Kampfe für meine Amts- und persönliche Ehre und gegen ein Angebot, das ein Krebsgeschwür des öffentlichen Lebens zu werden droht, nicht beirren lassen. Ich habe nämlich Strafantrag wegen Verleumdung gegen Sie gestellt und gleichzeitig die Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen mich beantragt.

Mit ausgezeichneter Hochachtung,

Viehermann, Polizeipräsident a. D.

Daß Herr Viehermann gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt hat, kommt reichlich spät. Für die politische Beurteilung seines vertraulichen Schriftwechsels mit der verstorbenen Gräfin kommt das Verfahren in jedem Falle zu spät. Gewisse Töche hat darüber das Notwendige in seinem vertraulichen Antwortschreiben an Herrn Viehermann bereits gesagt, und alles, was Viehermann darauf zu antworten hat, ist angesichts der Tatsachen, die er nicht bestreitet, und die nicht auf Angeberium beruhen, sondern seinen vorzüglichen Minister und parlamentarischen Räte unterbreitet sind, nur noch lächerlich. Das im pressischen Landtag vorgelegte Material hat ja auch zur Disposition des Präsidenten durch das bürgerliche pressische Ministerium gelangt, das ihn parlamentarisch nicht mehr verteidigt hat und ein Wiederanmahmeverfahren gegen diese Gräueltat nicht erreichen, die immer wieder nach neuem Material verlangen, obgleich das alte ihn doch genügend erledigt. Mag er nun versuchen, uns eine andere Fassung nachzusenden, er selbst wird sich dadurch nur unwirksam in den Dienst eines Querulanten bringen, was er uns hoffentlich nicht als neue Verleumdung anrechnet.

Ebenfalls hat Viehermann durch des Urteil im Kommunistenprozess ja übrigens eine neue, nachträgliche Kritik seiner Amtsführung erhalten. Er scheint das auch zu wissen, wie sein Verhalten als Zeuge ankommt. Immerhin wollen wir anerkennen, daß er sich als solcher erheblich objektiver äußerte, als sein früherer Mitarbeiter Loh, der die Dinge ganz anders schilderte, als sein demagogischer Vorgesetzter. Wie wir hören, soll Viehermann künftig auf einem unparteiischen Hofen verwendet werden, wogegen Empfehlungen nicht erhoben werden sollen. Er sollte sich nur mit seiner unglücklichen politischen Amtseigenschaft die Öffentlichkeit möglichst wenig mehr aufhalten.

Wochenzettel der Arbeiterjugendheime.

Samstag - 2. August.

- Sein 1: Mittwoch: Singen von Volks- und Wanderliedern. - Freitag: Vortrag von Genossen Beck über „Kommunismus“.
- Sein 2: Wegen Mangel an Räumlichkeiten bis auf weiteres geschlossen.
- Sein 3: Vorstraße 57/59, Schulhaus. Mittwoch: Spielabend. - Freitag: Bierjahresversammlung. - Sonntag: Fahrt nach Strahlen. Näheres im Heim.
- Sein 4: Vorderstraße, Schulhaus. Dienstag: Spielabend. - Freitag: Gesellschaft. - Sonntag: Gruppenwanderung nach dem Schießstand. Näheres im Heim.
- Sein 5: Köpferstraße. Wegen Mangel an Räumlichkeiten bis auf weiteres geschlossen.
- Sein 6: Schulstraße. Mittwoch: Gesellschaft. - Freitag: Wegen Mangel an Räumlichkeiten geschlossen. - Sonntag: nachmittags 5 Uhr: Unterhaltung. - Jeden Montag, Dienstag und Donnerstag: Sitzung der Theaterkommission bei Schießstand, Hubenstraße 21. - Bei allen Veranstaltungen Eintritt nur gegen Mitgliedsbeitrag. Gern sind durch Mitglieder einzuführen.
- Sein 7: Vorderstraße, Schulhaus. Mittwoch: Siedereisen. - Freitag: Eröffnung neuer Volkshäuser. - Sonntag: Gesellschaft.
- Sein 8: Vorderstraße. Mittwoch: Singabend. - Freitag: Eröffnung neuer Volkshäuser. - Sonntag: Gesellschaft.
- Sein 9: Vorderstraße. Mittwoch: Singabend. - Freitag: Eröffnung neuer Volkshäuser. - Sonntag: Gesellschaft.
- Sein 10: Vorderstraße. Mittwoch: Singabend. - Freitag: Eröffnung neuer Volkshäuser. - Sonntag: Gesellschaft.

Abend: Sonntag, den 2. November, nachmittags 10 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Bezirkskonferenz. Alle Helfer, die sich zur Verfügung stellen, müssen bis zu 10 Uhr, alle Ehrenmitglieder um 10 Uhr einfinden.

Jeden Dienstag findet der Jugendchor im Klubzimmer der Rathhausstraße.

Jeden Freitag abends 7 Uhr ist die Musikabteilung in der Rathhausstraße.

Die Jugendbibliothek im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses ist Montag und Donnerstag von 7-8 Uhr geöffnet. Sprechstunden in allen Jugendangelegenheiten Dienstag und Donnerstag im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses.

Belohnungen für den nächsten Wochenzettel müssen Dienstag abgegeben werden, sonst können sie nicht berücksichtigt werden.

Rom Arbeiterbildungs-Kursus.

1. Doppelkursus.

Die in diesem Jahre beabsichtigte Reihe von Arbeiterkurse beginnt mit einem Vorkursus über die Geschichte der Arbeiterbewegung am Sonntag, den 2. August, in der Silesianer-Jugendheim, Ritsch...

nicht auswählen zwischen diesen beiden Konzerten, sondern beide besuchen, weil er nur so einen wirklich umfassenden Eindruck der Bach'schen hohen Kunst bekommt.

Eine besondere Anziehungskraft gewinnt das Mittwochskonzert noch dadurch, daß außer einer Suite für Orchester, einem Violin-Konzert, das Lotti Wohl spielen wird, und der Sirtchenmusik, einer der vollständigsten und innigsten Schöpfungen des Meisters, im ersten Teil des Programms, der zweite Teil die wohl erste groß-öffentliche Aufführung der „Bauern-Kantate“ von Bach in Breslau bringt, die in früheren, lange zurückliegenden Aufführungen hier nur kleinen Kreisen von Musikliebhabern bekannt geworden ist und die durch ihre Verwendung von Volksmelodien und Tanzweisen für unseren Bach-Abend ganz besonders geeignet ist. Die Sopran- und Bass-Arien und Duette der Kantate werden von Luise Vint und Theodor Martin gesungen.

Karten zum Preise von 3 Mark (einschl. Steuer) sind in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Unterichtsstufe.

Neben den wöchentlichen Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus werden von Arbeiterbildungsanstalt noch eine große Anzahl von Unterrichtsstunden abgehalten, deren Besuch jedem Arbeiter sehr zu empfehlen ist. Wer im Leben vorwärts kommen will, muß etwas Nützliches wissen und darf keine Gelegenheit verkümmern, um sich Wissen anzueignen.

Mancher wird sich besonders für die fremdsprachlichen Kurse in Englisch, Französisch und Russisch usw. interessieren; aber auch für das praktische Leben wird den Arbeitern manches geboten. Kurse in Deutsch und Rechnen sollen die nützlichste Schulbildung ergänzen und sind darum für jeden Arbeiter von großem Wert. Das Honorar für jede Unterrichtsstunde beträgt Mk. 1,00.

Für die Frauen verdient ein Kursus in Säuglingspflege besondere Beachtung, der acht Stunden umfaßt und im Gewerkschaftshaus stattfindet. Für ihn beträgt die Stundengebühr nur 50 Pf. Anmeldungen zu sämtlichen Kursen werden bis zum 10. Oktober einzureichen entgegengenommen im Zimmer 44 des Gewerkschaftshaus, oder telephonisch bei Nr. 6067 oder Ring 4288. Dort sind auch nähere Auskunft und Anstellungen sämtlicher Unterrichtsstufe zu haben.

Eine Hilfsaktion des Landbundes.

Zu unserer Weibung von der Forderung billigen Mehles an den Adelsverband wird uns von Landbund unter Vorlegung von Gemeindefakten glaubhaft versichert, daß es sich um eine Hilfsaktion handelt, die sich keineswegs auf den Adel, sondern auf weite Kreise von Notleidenden erstreckt. Bisher sind etwa 1000 Zentner billiges Mehl abgegeben worden, darunter dreihundert Zentner an den Adelsverband, der ebenfalls notleidende Mitglieder aufweist. In den Mühlen sind noch 6000 Zentner Getreide für die Hilfsaktion vorhanden, von denen 700 Zentner vermahlen sind. Aus der langen Liste der mit solchem Mehl bedachten Vereine, Korporationen und öffentlichen Anstalten nennen wir den Adelsverband mit 200 Zentnern, die Breslauer Kriegsblinden mit 50 Zentnern, den Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter mit 50 Zentnern, den Verband der Beamtenwitwen und Pensionäre der Kronprinzenermalung mit 40 Zentnern, den Schlesischen Arbeiter-Vereinigungen mit gratis gelieferten 5 Zentnern, für weitere Mäurer im Gesamtsumme 100 Zentner usw.

Das an den Adelsverband geteilte Mehl sollte bis am 1. 1. 1917 nach dem Mehl, und wenn es für 150 Mark abgegeben wird, dann ist die Verbilligung aus anderen Mitteln erfolgt.

Auf unsere Frage, warum von dieser Seite der Presse keine Mitteilung gemacht wurde, das Bekanntheit der Forderung an den Adelsverband würde dann keinen Widerstand begegnen, wurde uns die folgende Auskunft mitgeteilt: man habe die Sache zunächst vertraulich behandelt, weil sonst bei der herrschenden Not die Anforderungen so groß geworden wären, daß es der Landbund auch nicht erlauben hätte erfüllen können. Man habe die Sache mit Vertretern der Korporationen besprochen, unter denen sich auch Mitglieder anderer Vereine befanden hätten.

Wir freuen uns sehr, feststellen zu können, daß die Mehl-Forderung an den Adelsverband zu unserer Freude nicht aufgeföhrt ist, und daß das nur zu berechnete Verhalten anderer Gewerkschaften gegen rechts hin in diesem Falle als zurechenbar erwiesen hat. Wenn der Landbund sich entschließen würde, alle rechts-bürgerlichen Vereine öffentlich und unabweisbar zurückzuweisen und in seinem Bundesrat mit dem Adelsverband zu drohen, könnte er sich viel zur Verwirrung des gegen ihn gerichteten Widerstandes und zur Schwächung des Bundes tun. Dem schließlich Mehl den Staat und Land doch immer auf einander angewiesen.

25 Jahre Breslauer Schlächthof.

Am Sonntag waren 25 Jahre verflossen, seit der Breslauer Schlächthof seinen Betrieb aufgenommen hat. Die Stadt hat für seine Einrichtung mehr als 100 Millionen Mark aufgewandt. Der Schlächthof ist ein Werk der modernen Hygiene, das die Gesundheit der Bevölkerung sichert. Der Schlächthof ist ein Werk der modernen Hygiene, das die Gesundheit der Bevölkerung sichert. Der Schlächthof ist ein Werk der modernen Hygiene, das die Gesundheit der Bevölkerung sichert.

Geist der Blinden!

Die Not der selbständig arbeitenden Blinden ist unter der ärmsten wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart aufs schmerzhafteste zu spüren. Derzeitige Hilfe kann nur durch eine großzügige organisierte Beschäftigung von Arbeit geleistet werden. Um den Blinden nützliche und lohnende Arbeit zu verschaffen, ist unter Mithilfe der Blinden und Sehender die „Arbeitsbeschaffungsanstalt für die Blinden der Provinz Schlesien in Breslau“ ins Leben gerufen worden. Das Arbeitsbeschaffungsamt vermittelt den Blinden geeignete Beschäftigung und erleichtert ihnen den Zugang durch Gewährung billiger Hilfsmittel.

Das Arbeitsbeschaffungsamt ist kein Bureau und verfolgt nicht den Zweck, regelmäßige Beiträge zu sammeln, die — nach wie vor — den bisher bestehenden Organisationen der Blinden für die Beschäftigung der Blinden nützliche und lohnende Arbeit zu verschaffen, ist unter Mithilfe der Blinden und Sehender die „Arbeitsbeschaffungsanstalt für die Blinden der Provinz Schlesien in Breslau“ ins Leben gerufen worden. Das Arbeitsbeschaffungsamt vermittelt den Blinden geeignete Beschäftigung und erleichtert ihnen den Zugang durch Gewährung billiger Hilfsmittel.

Das Arbeitsbeschaffungsamt ist kein Bureau und verfolgt nicht den Zweck, regelmäßige Beiträge zu sammeln, die — nach wie vor — den bisher bestehenden Organisationen der Blinden für die Beschäftigung der Blinden nützliche und lohnende Arbeit zu verschaffen, ist unter Mithilfe der Blinden und Sehender die „Arbeitsbeschaffungsanstalt für die Blinden der Provinz Schlesien in Breslau“ ins Leben gerufen worden. Das Arbeitsbeschaffungsamt vermittelt den Blinden geeignete Beschäftigung und erleichtert ihnen den Zugang durch Gewährung billiger Hilfsmittel.

Das Arbeitsbeschaffungsamt ist kein Bureau und verfolgt nicht den Zweck, regelmäßige Beiträge zu sammeln, die — nach wie vor — den bisher bestehenden Organisationen der Blinden für die Beschäftigung der Blinden nützliche und lohnende Arbeit zu verschaffen, ist unter Mithilfe der Blinden und Sehender die „Arbeitsbeschaffungsanstalt für die Blinden der Provinz Schlesien in Breslau“ ins Leben gerufen worden. Das Arbeitsbeschaffungsamt vermittelt den Blinden geeignete Beschäftigung und erleichtert ihnen den Zugang durch Gewährung billiger Hilfsmittel.

Zur Durchführung des Geschäftsbetriebes werden freiwillige Spenden, über die öffentlich quittiert wird — erbeten an unseren Schatzmeister Friedrich von Wallenberg i. Ja. von Wallenberg, Wachs u. Co., Breslau 5, Tauenhienstraße 5, Postfachkonto Nr. 40800, auf Konto „Arbeitsbeschaffungsamt für die Blinden der Provinz Schlesien“.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche statt: Dienstag, den 4. Oktober, von 12-1 1/2 Uhr, und Freitag, den 7. Oktober, von 12-1 1/2 Uhr. Eingang Grünstraße 46. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung des Abkommensquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Abendkurse für Metallhandwerker.

Die heute von der Direktion der Staatlichen Höheren Maschinenbauerschule angekündigten Abendkurse bezwecken, die praktischen Erfahrungen des Metallhandwerkers durch leichtverständliche, wissenschaftliche Erklärungen zu ergänzen, also zur Verbesserung der Werkstattdarbeit beizutragen. Nur eine Fortbildung in dieser Richtung ist für unsere Metallhandwerker das Richtige, nur sie bietet ihnen eine Handhabe zum Fortkommen, nicht aber eine Fortbildung, die als Endziel die konstruktiv-rechnerische Bütigkeit im Auge hat. Der praktische und theoretisch durchgebildete Werkstattdarbeiter ist für unsere Zukunftsaufgaben tausendmal wichtiger als ein lückenhaft vorbereiteter Techniker, der fast stets auf der niedrigsten Stufe der Bütigkeit hängen bleibt.

Der häßliche Arbeitsnachweis im Monat August.

Die Verhältnisse am Breslauer Arbeitsmarkt haben sich im August weiterhin etwas günstiger entwickelt, obwohl die Zahl der Arbeitsuchenden absolut gestiegen ist. Es meldeten sich insgesamt 21 627 Arbeitsuchende gegen 21 613 im Vormonat. Gleichzeitig wuchs aber das Stellenangebot erheblich, so daß auf 100 offene Stellen 177,8 Arbeitsuchende entfielen (im Juli 194,2). Leider nahm die Beschäftigungsziffer etwas ab; von 100 offenen Stellen konnten 96,6 (im Juli 99,4) besetzt werden.

Natürgemäß war die Landwirtschaft in abnehmendem Maße aufnahmefähig. Es konnten nur 329 Stellen aufs Land vermittelt werden, davon 58 für Frauen und Mädchen (gegen 734 und 176 im Vormonat).

Die Lage in der Metallindustrie war weiterhin gebessert. Auf 100 offene Stellen kamen 136,6 Arbeitsuchende und 99,2 Befragungen. Das Holzgewerbe hatte eine besonders große Zunahme des Stellenangebots für Tischler, Schreiner und Maschinenarbeiter zu verzeichnen. Keine offene Stelle blieb unbesetzt; auf das Hundert des Stellenangebots kamen 201,5 Bewerber (gegen 79,2 im Juli). Im Bekleidungs-gewerbe war die Lage für Schneider erheblich günstiger. Auf 100 offene Stellen entfielen nur noch 244,5 Arbeitsuchende (gegen 332,6 des Vormonats). Für Näherinnen, Schneiderinnen und Fuhrmädcheninnen überlag sich die Zahl der offenen Stellen die der Arbeitsuchenden (auf das Hundert offene Stellen kamen 90,8 Arbeitsuchende gegen 142,2 im Vormonat). Auch die günstige Konjunktur des Nahrungs-mittel-gewerbes hielt an.

Die männlichen Handelsangestellten bewarben sich zu 472 um 100 offene Stellen, doch konnten nur 62 (gegen 63) besetzt werden. Bei den weiblichen Handelsangestellten handelte es sich um 234 Stellen (im Juli 293). Bewerberinnen gegenüber und 37 (im Juli 44,8) Befragungen.

Das Baugewerbe war fast aufnahmefähig. Es kamen auf das Hundert des Stellenangebots nur 140 Arbeitsuchende und 99,2 Befragungen, während die Zahlen im Juli noch 170 und 100 lauteten. Das bedeutet eine erhebliche Besserung der Lage, die sogar auch für ungelernete Arbeit sich feststellen läßt. Zwar nahm die Zahl der männlichen und weiblichen ungelernen Arbeitkräfte beträchtlich zu, doch es hing gleichzeitig auch das Stellenangebot, das für Frauen und Mädchen sogar die Bewerberinnenzahl übertraf. Es kamen in der männlichen Abteilung auf 100 offene Stellen 244,7 Arbeitsuchende und 98,9 Befragungen, in der weiblichen 95,2 und 58,2. Von 1424 Kriegsverletzten konnten nur 137 vermittelt werden, noch wie vor ein bekümmend geringer Bruchteil.

* Die Hofkammer auf der Städtischen Straßenbahn ist nunmehr in Funktion getreten. Zwischen Postamt 2 am Hauptbahnhof und dem Postpostamt in der Weiden Gasse verkehren vier von der Hofverwaltung der Straßenbahn abgetaufte Motorwagen mit der Aufschrift „Reichspost“ an der Seite.

* Große Schmiedeleien eines Schneidemeisters. In diesen Tagen ist ein Schneidemeister von der Promnitzstraße festgenommen worden, der mährisch klingende Schmiedeleien an hiesigen Bürgern veräußert hat. Er mußte einem Kaufmann von der Seibitzstraße 7000 Mark als Darlehen abnehmen, indem er ihm glaubhaft machte, er habe ein Rennpferd erworben, auf das er bereits 80 000 Mark Anzahlung geleistet habe, es fehlten ihm zur Rückzahlung noch 7000 Mark. Von einem hiesigen Dentisten erhielt er im Juli mehrere tausend Mark als Darlehen, nachdem er ihm vorgeschwindelt, er besäße in Hoppegarten 2 Rennpferde und als Sicherheit einen gefüllten Beutel über 35 000 Mark übergeben hätte. Einem hiesigen Zigarrenkaufmann entlockte er einige tausend Mark durch das Versprechen, sein Rennpferd „Primadonna“, das im Grunewald laufen werde, habe nach dem Urteil aller Kenner den Sieg unter allen Umständen sicher. Der Kaufmann legte daraufhin 2000 Mark auf das Pferd, das der Schneider aber gar nicht besaß, ja, das überhaupt gar nicht lief.

* Im Reichshof-Gesängnis erhängt hat sich am Freitag eine dortige Insassin. Ueber die Einzelheiten des Vorgangs war bisher nichts zu erfahren.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktion:

Stadttheater. Heute abend 7 1/2 Uhr. „Eine Nacht in Venedig“. Dienstag, 7 Uhr. „Tannhäuser“. Mittwoch, 7 1/2 Uhr. „Die lustigen Weiber von Windsor“. Heute vormittags 10 Uhr beginnt an der Tageskasse und den beiden Vorverkaufsstellen, Verkehrs-kasse Scharlach und Norddeutscher Nord, der Vorverkauf für die beiden Gespielt des Baritonisten George Baklanoff, der am 10. den „Rigoletto“ und am 12. den „Othello“ singt.

Wegen Erkrankung von Fräulein Marga Reich muß die für heute angelegte Vorstellung „Eine Nacht in Venedig“ ausfallen. Es wird dafür „Traviata“ gegeben.

Reichhaltige Theater. Das Roberttheater bringt heute, Montag, eine Wiederholung von „Der gehärrte Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“ für den Bühnenpöbelbund, Ritschlied Nr. 1331 bis 1371. Morgen, Dienstag, ist für Serie A der Kunstgenossenschaft die zweite Vorstellung mit „Kriegslied nach“ angelegt. Für beide Aufführungen sind Karten im freien Verkauf erhältlich.

Das Thalia-Theater wiederholt heute „Die Hummelbrüder“, morgen den „Ramm ohne Vergangenheit“.

Heute. Nach dem süßlichen Film „Iris“ geht wieder frische und herbe Luft durch. „Prinzessin“ in seiner ergreifenden Schönheit mit der Film „Seeferret in Rot“ vorüber, dem der gleichnamige Roman von Gorch God zugrunde liegt. Der Sohn eines Seefähers wird in noch jüngerem Alter vom Vater mit auf See genommen. Die Mutter, die jede Nacht vor Angst um das Schicksal der ihren vergeht, hat, als das Schiff einmal auf der See anlegt, ihren Jungen ab. Sie hat sie gerettet. Der Vater aber erliegt in Sturmnot das Los so vieler Seelente: er kommt nicht mehr wieder. Der Junge sucht seinen Vater, bis er, selbst im Ramm, den Vater seines verstorbenen Vaters entdeckt. Die Kunde und wackere Handlung ist von

Gewerkschaftsbewegung.

Etwas von der Bedeutung der Gewerkschaften.

Durch alle deutschen Gauen hallt der Ruf nach Wiederaufbauarbeit. Und überallhin ist dieser Ruf auch gedrungen, nur noch nicht restlos in die Arbeiterbewegung. Betrachten wir uns die Wirksamkeit der Gewerkschaften in den Vorkriegszeiten, so kommen wir zu der Ueberzeugung, daß diese trotz ihrer zahlenmäßig geringeren Stärke als heute, doch wohl beweglicher waren und begonnene Aktionen durchzuführen verstanden.

Heute umfassen die Gewerkschaften ungeheuer mehr Berufsangehörige als früher, wenn auch noch nicht die Berufsgruppen vollständig. Aber doch sind die Gewerkschaften noch nicht da, wo sie sein wollen und sein sollten. Es ist dies ein Mangel, der in den Differenzen der Arbeiterparteien begründet, seinen einen Arbeiter Zeit zur Vertiefung in die gewerkschaftlichen Ideen und überhaupt in den Gedanken der Arbeiterbewegung übrig lassen. Noch wogen die Meinungen hin und her. Noch hat sich nicht die Revolution abgeklärt und doch, wie notwendig ist gerade hier aufbauende, vertiefende Arbeit!

Möchte die beginnende Rubrik „Gewerkschaftliches“ zur Erreichung des Zieles recht viel beitragen.

Den Titel dieses Aufsatzes beantwortete ich mit einigen Einwürfen auf kleine, dem Einzelnen „unheimbare“ Erfolge der Gewerkschaften.

In einer Fabrik, für deren Arbeitnehmer ein zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber-Verband getätigter Tarifvertrag gilt, werden einigen Leute nicht die richtigen Löhne gezahlt. Bei der Nachprüfung wird das festgesetzt und ein einziges Bestreben des Gewerkschaftsvertreeters erbrachte den Beteiligten zusammen eine Lohnerhöhung von 600 Mark pro Woche, für den Einzelnen durchschnittlich 20 Mark.

In einem Handelsgeschäft mit einer größeren Anzahl Arbeitnehmern hatte sich der Chef geweigert, den allgemein rechtsverbindlichen Tariflohn zu zahlen, was ihm einen Streit vor den zuständigen Instanzen brachte und 12 000 Mark Nachzahlung für die beteiligten 6 Handelsreisenden ergab. Eine ganze Reihe solcher Fälle könnten hier angeführt werden.

Der „Deutsche Transitarbeiterverband, D. T. Breslau“, hat allein im zweiten und im letzten Jahre, in Interessenwahrung seiner Mitglieder diesen nahezu 80 000 Mark an zu wenig gezahlten Löhnen aus den Geldschränken der Handelsherren herausgeholt.

Eine vielumstrittene Frage ist zurzeit die Einrichtung des Lohnamtes in Breslau. Kaum einer der Opponenten wird richtig die Dinge zu beurteilen verstehen. Sind doch von Monat zu Monat während der nunmehr 17 Monate seines Bestehens Schwankungen in der Lohnfrage hauptsächlich nach oben, das sind Erhöhungen, eingetreten und diese Erhöhungen oft ausschließlich kampflös herbeigeführt worden. Wieviel Ärger und Verdruß ist durch den Arbeitnehmern dadurch gespart worden? Es läßt sich nicht zahlenmäßig belegen, aber eins steht fest: Wenn die vielen kleinen Berufsgruppen, z. B. des Handels, Transport- und Verkehrsgewerbes jede in Einzelbewegung eine Anpassung ihrer Löhne angeht, kaum eine wäre so schnell in den Besitz einer Verbesserung gelangt, wie es mit Hilfe des Lohnamtes geschehen ist. Und wie steht es mit den Handwerkern, insbesondere in der Industrie, wo doch mehr als Zwanzigtausende in Frage kommen? Auch sie haben mit Hilfe der „Inbestrittenen“ schnell und lapplos eine Erhöhung ihrer Löhne erreicht.

Das alles sind nur kleine Beispiele für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges. Aber sie mögen zur Zeit hinreichen, um jeden Leser zu überzeugen, daß restlose Zusammenfassung aller Arbeitnehmer in den freien Gewerkschaften Lebensbedingung ist. Die christlichen und anderen Gewerkschaften sind schon auf Grund ihrer geringen Mitgliederzahlen bedeutungslos geworden in dem Kampf um Besserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Viel wichtiger Gründe zur Abgabe gegenüber diesen Verbänden liegen auf anderen Gebieten.

Eins zum Schluß: Ob es möglich sein wird, in absehbarer Zeit durch große Aktionsfähigkeit allumfassender Gewerkschaften den Reallohn, d. h. den Lebensbedarf der Arbeiter, zu erkämpfen, wird davon abhängen, daß alle Arbeitnehmer sich als Glied in der Kette der Arbeiterbewegung finden und den Weg zum bezeichneten Ziele beschreiten. Helfen wird uns hierbei das Verlangen aus der Masse, wie in den Vorkriegszeiten, aufklärende, bildende und vertiefende Vorträge von den Gewerkschaften zu fordern.

Von der „Volkswacht“ soll an dieser Stelle zum Verständnis des gewerkschaftlichen Gedankens beigetragen werden.

Richard Hahn.

Konzerte.

Berner Quartett.

Selten ist einem Quartett gegenüber die Aufgabe des Kritikers so schwierig, wie gegenüber dem Berner Streichquartett, das am 26. September zum ersten Mal in Breslau spielte: in diesem Hinsicht, in manchem zu lebhaftem Widerspruch herausfordernd.

Zunächst das Programm: Am Anfang und zu Ende ein Mozart (c-dur) und ein Schubert (d-moll), die beide zu den besten Kammermusikwerken der beiden Komponisten gehören, beide von einem Gedankenreichtum und vor allem geschäftsmäßiger wie intellektueller Klarheit, wie sie eben für die Produkte des Gipfelpunktes einer Kulturperiode eigenständig ist. Dazwischen ein Claude Debussy (g-moll, op. 10). Es ist immer etwas riskiert, eine ausgeprochen moderne Komposition neben zwei streng klassischer zu stellen. Ich finde jedoch, daß die große innere Distanz der Kompositionen zweier so verschiedener Epochen hier gar nicht stört. Auch das Debussysche Quartett ist so klar, daß eine Umstellung des Hörers, wie sie sonst beim Uebergang von klassischer zu moderner Musik so oft nötig ist, und die völlige Auffassung der letzteren eine Weile erschwert, hier gar nicht erforderlich war. Was jedoch diese Nummer des Programms nach dem Abklingen des ersten Hingerrückens doch für mein Gefühl stark zurückdrängen ließ, war zweierlei: einmal, daß diese Komposition dem in der deutschen Musik aufgewachsenen innerlich fremd ist. Menschen, für deren Innenleben diese Musik den Ausdruck bildet, erleben völlig anders als wir. Dies war, das die sofortige Erfahrung erschwerte, was einen Zwang, gewissermaßen härter, kritischer hinzuhören, um dem geistigen Gehalt näher zu kommen, und was um so unerträglich erkennen ließ, daß diese Musik einfach auf einem anderen Niveau steht, als Mozart und Schubert. Sie ist enorm schwungvoll, aber zu explosiv, zu sehr der Ausdruck bloß eines lebhaften Naturells und nicht so sehr tiefer, überwältigender Leidenschaft, um einen wirklich nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Man hätte wünschen mögen, daß diese keine Musik in einem Rahmen geboten worden wäre, wo man mehr auf ihre Schönheit, als darauf hingewiesen worden wäre, daß sie — wenigstens nach unseren Begriffen — keinen Höhepunkt bezeugt.

Bei der Wiedergabe des Mozart mochten die Herren die nicht so völlig eingepreist gewesen sein, wie in den beiden anderen Quartetten. Es wurde sehr schön, aber nicht so gekonnt wie ich ihn schon von manchen anderen Quartettvereinigungen gehört habe. Er bietet gerade dem Berner Quartett wohl am nicht so sehr Gelegenheit, seine ganz besonderen Eigenschaften zu entwickeln, wie der darauf folgende Debussy, der ein „unabsehbar“ gespielt wurde. So etwas von Jugendlichkeit und tiefer Lebendigkeit.

Die heutige Tagespresse brachte vor einigen Tagen Berichte über den Buchbinderstreik, die von Arbeitgeberseite herzuführen, die nicht unumstößlich bleiben können. Es wird darin der Arbeitnehmerschaft glatter Tarifbruch zum Vorwurf gemacht und behauptet, daß der Streik unberechtigt und vom Jaune gebrochen ist. Wie verhält es sich in Wirklichkeit damit?

Der Deutsche Buchdrucker-Verband (Prinzipsalverband) ist nach mehr als einjährigem Bestehen des Reichstarifgesetzes für das Deutsche Buchbinder- und verwandte Berufszweige dieser Tarifgemeinschaft beigetreten. Doch wie steht es um die Tariftreue dieser Arbeitgeberchaft?

Obgleich die Erneuerung des Tarifvertrages im Juni d. J. der Arbeitnehmerschaft keine weiteren materiellen Vorteile gebracht hat, als einzeln und allein die Verlegung einzelner Orte Schließens in höhere Ortsklassen, hat die schlesische Prinzipsalität, obgleich sie an den Tarifvertrag gebunden ist, denselben als für sie ungeeignet mehrfach abgelehnt. Erst am 29. September hat eine solche Kreisversammlung der Prinzipsalität getagt, die wiederum zu dem gleichen Beschluß gekommen ist.

Dieser mehrfach gefasste Beschluß wirkt sich auch praktisch aus, indem man mehrfach der Arbeitnehmerschaft die ihnen tariflich zustehenden Löhne vorenthält. Klagen beim Tarifschiedsgericht führten bei Stimmengleichheit zur Abweisung der von den Arbeitnehmern angebrachten Klagen. In neuerer Zeit läßt man das Tarifschiedsgericht überhaupt nicht mehr zusammentreten. So werden u. a. bei der Firma A. Hüllen an den Maschinen, an denen nach den tariflichen Bestimmungen nur männliche Arbeitskräfte beschäftigt werden dürfen, Arbeiterinnen beschäftigt. Das angerufene Tarifschiedsgericht wurde von der Prinzipsalität sabotiert. Die Arbeitnehmerschaft wendete sich nunmehr an den Schlichtungsausschuß, der zweifellos hätte tätig werden müssen, nachdem die Tarifinstanzen verjagt haben. Die Arbeitgeber suchten jedoch mit Erfolg die sachliche Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses an.

Bei den zentralen Reichstarifverhandlungen im Juni hat die Arbeitnehmerschaft unter anderem auch die Verlegung Breslaus als Großstadt von der 3. in die 2. Lohnklasse beantragt. Die Zentralvorstände der Arbeitgeberverbände stimmten dem Antrage zu. Sachlich war damit der Ortsklassenstreik erledigt. Doch formell konnte er nicht erledigt werden, weil keiner der Breslauer Arbeitgeber zu diesen Verhandlungen erschienen war. Der Empfehlung der Vorstände der Arbeitgeberverbände, die Arbeitnehmerschaft in Breslau vom 1. Juli ab nach der Tarifklasse 2 zu bezahlen, wurde nicht entsprochen.

Anfang September fanden neue zentrale Reichstarifverhandlungen statt. Diesmal nahm einer der Breslauer Arbeitgeber an den Verhandlungen teil. Doch wurde auch hier der Ortsklassenstreik noch nicht formell erledigt, weil der Herr angeblich auf telegraphischen Ruf aus seiner Sommerfrische an den Verhandlungstisch geeilt ist und sein Material nicht zur Stelle hatte. Er drückte es bei den Verhandlungen in Leipzig durch, daß die formelle Erledigung des Ortsklassenstreiks durch örtliche Verhandlungen in Breslau erfolgen soll. Das war am 4. September. Erst auf mehrfaches Drängen der hiesigen Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder wurden endlich Verhandlungen für den 26. September angesetzt. Bei diesen Verhandlungen wurde von allen Arbeitgebern übereinstimmend unter Führung der Innungsmeister den Arbeitnehmerschaft erklärt, daß man die Löhne der Tarifklasse 2 nicht zahlen könne. Ein weiteres Verhandeln war ausbleibend.

Schon im August hatte infolge der harten Haltung der Arbeitgeber die Arbeitnehmerschaft die Forderung erhoben, die derzeitigen Löhne der Gehilfen um 100 Mark pro Woche, die der Arbeiterinnen um 75 Mark pro Woche, zu erhöhen. Die Feuerungswelle richtiger diese Forderung. In der Annahme, daß die Arbeitgeber das Zentralverhandlungsergebn wiederum nicht anerkennen würden, entschloß sich die Arbeitnehmerschaft in Breslau zu diesem selbständigen Vorgehen. Daß sich die Arbeitnehmerschaft mit Bezug auf die Leitung der Arbeitgeber nicht getäuscht hat, bezeugt der Ausgang der Kreisversammlung der Prinzipsalität am 29. September.

Die örtlichen Verhandlungen am 22. August führten jedoch nur eine Notvereinarbeitung, in der man der Arbeitnehmerschaft für den Monat August eine geringfügige Wirtschaftsbeihilfe zusprach und die Verhandlungen über die weiteren Forderungen bis nach Abschluß der zentralen Verhandlungen zurückstellte. Die Arbeitnehmerschaft ging, um einen Kampf zu vermeiden, noch einmal darauf ein. Bei den zentralen Verhandlungen wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne beschlossen, die bei den Gehilfen bis zu 90 Pfg. und bei den Arbeiterinnen bis zu 60 Pfg. die Stunde beträgt. Die Zulagen sollten von der 1. Septemberwoche bezahlt werden. Der Buchbinderarbeiterschaft in den Buchdruckerbetrieben wurden diese Zulagen nicht gezahlt. Die Arbeitgeber erachteten vielmehr diese Zulagen durch die Wirtschaftsbeihilfe für abgegolten, obgleich der Tarif ausdrücklich vorsieht, daß diese Stundenlohzulagen auf die bisher gezahlten Löhne kommen soll. So ist denn durch die un-

Mal. Intellektueller, schwungvoller und im Klang schöner kann man sich die Wiedergabe dieses Quartetts gar nicht vorstellen. Ganz eigenartige Empfindungen erregte die Auffassung, in welcher der Schubert gespielt wurde.

Schwung und Stimmung schienen noch von Debussy her in den Spielenden nachzuwirken. Aber das spezifisch französische Temperament, das in Debussy so sichtbar wirkte, weil es dort der Komposition entsprach, paßt nicht zu Schubert. Es brachte etwas unruhiges in diese heitere, klare, auch in den lebhaften Tönen immer ruhige Musik, hinein. Ein neuer Schubert — groß ausgedrückt — ist eigentlich ein Umding. Und doch ist ein auch hier das Hin, was den alles entzuckenden Reiz schwungvoller Jugendlichkeit bildet: ihre Echtheit, ihre tiefe Verwurzelung in der künstlerischen Natur des Ausführenden.

Hoffentlich kommen die 4 Herren noch oft nach Breslau und machen uns weiterhin mit einer uns noch weniger betamten Musik vertraut, die sie zweifellos besser spielen als unsere Musiker. Dr. S.

„Kammermusikabend“ der freien Sängervereinigung „Vorwärts“.

Was ist ein Kammermusikabend? — Ein Kammermusikabend ist, daß, wenn ein Gesangsverein ein Tanzkränzchen entriert, dabei anstandslos ein paar Chöre singt und der Besömmlichkeit halber Kaffee, Kuchen und Bier von den Konsumisten einer ungenierten Bach, Mozart, Beethoven, Wagner, Kreisler, Godard, Schreiner nebeneinander verzapfenden Salonkapelle hinuntergespielt läßt, man ein für Inzertationszwecke günstiges Aushängeschild hat, das, wenn es sich bei der Anpreisung nicht um geistige, sondern um leibliche Nahrung handelt, ungeschicklich als Vergehen wider das Lebensmittelgesetz das Gericht beschlagnahmen müßte. Daß ein Kammermusik-Abend um 3 1/2 Uhr nachmittags beginnt, wird höchstens jene gewissenhaften Bürokraten in Harnisch bringen, die sich auch darüber mokieren, daß z. B. das 8 Uhr-Abendblatt schon um 7 Uhr oder um 6 Uhr geltend durch die Straßen schreit. Aber vielleicht sollte man diesen eigenartigen „Kammermusikabend“, dessen neuemodernere Definition eine Lücke meiner mangelhaften Bildung schließt, als interne Veranstaltung der freien Sängervereinigung „Vorwärts“ auf sich beruhen lassen? Wenn man jedoch auf der anderen Seite die mühsellen, planmäßigen, auf Hebung und Pflege des Schönen bezüglichen hinführenden Bestrebungen verfolgt, so muß man öffentlich gegen die Vergiltung des Geschmacks Stellung nehmen, wenn diese Symptome auch öffentlich in Erscheinung treten. Wie soll man gegen Geschmacksverderbnis, gegen Verminderung des Gefühls, gegen Rißig und Schund ankämpfen, wenn der Feind in den eigenen Reihen liegt?

Ich weiß nicht, wer für diese großstädtische Inzertierung der öffentlichen Meinung verantwortlich ist, aber ich denke mir, daß

gezahlte Löhne die Arbeitnehmerschaft um jede Lohnerhöhung gekommen. Das schlug dem Tag den Boden aus und es kam deshalb zum Streik.

Die Arbeitgeber riefen sofort den Schlichtungsausschuß an, dem sie lediglich die Aufgabe zuwießen, festzustellen, ob der Streik ein Tarifbruch ist und demzufolge ungerechtfertigt wäre. Das hat der Schlichtungsausschuß denn auch gründlich befragt. Er entschied sich mehr als dreistündiger Verhandlung und Beratung, daß er einen Tarifbruch der Arbeitnehmerschaft nicht als vorliegend erachtete und demzufolge auch den Streik nicht als unberechtigt erachtete.

Wer nun glaubte, daß die Arbeitgeber nunmehr auch mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft über die sachlichen Streitpunkte verhandeln würde, der sah sich gründlich getäuscht. Darüber wurden Verhandlungen von ihnen rundweg abgelehnt mit der Behauptung, daß sie auf Grund einer mit Unrecht herangezogenen Tarifbestimmung örtlich nicht verhandeln dürften. So geht denn der Kampf weiter, der mit jedem Tage an Ausdehnung gewinnt.

Ausstand in der Großbäckerei des Breslauer Consum-Vereins.

Heute früh traten sämtliche Bäcker des Breslauer Consum-Vereins in den Streik.

Die Ursache ist eine von Seiten der Direktion vorgenommene Arbeitszeitverkürzung von täglich 8 auf 5 1/2 Stunden. Durch diese Arbeitszeitverkürzung ist der Verdienst so niedrig, daß eine Existenzmöglichkeit für die dort beschäftigten Bäcker nicht mehr gegeben ist. Nach dem Bericht des Verbandes der Bäcker und Konditoren ist eine Begründung zu dieser Maßnahme nicht gegeben. Bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhändler, wo dasselbe beabsichtigt war, konnte im letzten Augenblick die Angelegenheit noch beigelegt werden. Die Bäcker in diesem Unternehmen arbeiten wieder volle acht Stunden.

Streit der Steingutwerke A.-G. Betrieb Breslau und Carlowitz.

Die gesamte Arbeiterschaft der Steingutfabrik, Werk Matthiasstraße und Carlowitz, befindet sich seit Sonnabend infolge negativen Resultats zentraler Lohnverhandlungen in Eisenach i. Th. im Streik.

Die Direktion der Werke weigerte sich beharrlich, mit der Lohnverhandlungskommission in örtliche Verhandlungen einzutreten, worauf die gesamte Belegschaft beider Werke auf der Stelle geschlossen die Arbeit niederlegte.

Die technischen Angestellten nehmen vorläufig abwartende Stellung ein.

Vor Arbeitsaufnahme in beiden vorbenannten Werken warnt die Zahlstellenerwaltung des Porzellanarbeiterverbandes.

Die Streikleitung.

Der Streit der Tabakarbeiter

bei der Firma Barisch & Böttermann, Kurstraße, ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Die Firma erklärte sich bereit, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Die Arbeit ist Montag früh wieder aufgenommen worden.

Aus der Provinz Schlesien.

Die „Schlesische Bergwacht“ 10 Jahre alt.

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, konnte am 1. Oktober auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Zunächst als Kopfblatt unserer „Volkswacht“ begütert, hat sich das Parteiblatt des mächtigen niederschlesischen Industriebezirks rasch zu voller Selbständigkeit entwickelt und ist heute eines der durch seine große Verbreitung auch wirtschaftlich mit am besten begründeten Blätter unserer Partei. Sachlich hat die „Bergwacht“ in scharfen Kämpfen gegen rechts sich immer wieder hervorgetan und zuletzt durch die Veröffentlichung des Waldenburger Aufmarschplans der Ortschaft und anderes Ortschaftsmaterial, das nicht demontiert werden konnte, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie ist natürlich auch von links heftig angegriffen worden, ohne sich dadurch in ihrer Stellungnahme für Sozialismus und Demokratie anzusehen zu lassen. Wir wünschen dem zukunftsreichen Bruderblatt eine Entwicklung in den nächsten 10 Jahren, die der Entwicklung im ersten Lebensjahrzehnt entspricht.

Mit Gott für König und Vaterland.

Am 25. September fand in Pilschkau unter großem Trara die Einweihung des Kriegerdenkmals für die Gefallenen des Feldzuges 1914—1918 statt.

Sieben Kriegervereine mit ihren Fahnen mit der Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland“ hatten sich aus den umliegenden Dörfern eingefunden. Die Großgrundbesitzer, ehemalige Offiziere aus den umliegenden Dörfern, waren trotz dem Verbot des Herrn Reichspräsidenten in der alten Uniform mit dem wilhelminischen Abzeichen erschienen. Es fehlte auch an großen Reden nicht, worin mit allem Nachdruck betont wurde, wie 1914 „der König rief und alle, alle kamen“, und wie die stolze Armee: „Mit Gott für König und Vaterland“ ins Feld zog. Die Opfer dieser Armee, die „Mit Gott für König und Vaterland“, (für wen?) hinausgeschickt wurde, weiß nun dieses Kriegerdenkmal mit den 37 Inschriften auf.

Trotz alledem erdreisten sich diese Herren, wieder Stimmung zu machen für neues Blutvergießen.

Hilfsberg. Warnung vor wilden Arbeitsgemeinschaften. Von amtlicher Seite wird dem „Boten aus dem Riesengebirge“ geschrieben: Ehemalige Führer und Angehörige des Selbstschutzes sammeln in manchen Gebirgs- und Bergorten neue sogenannte „wilde Arbeitsgemeinschaften“ wieder zu gründen. Auch Hochstapler und Schwindler scheinen unter dem Deckmantel „ehemaliger Selbstschutz“ ihr Unwesen zu treiben. Vornehmlich wird an Fanken, Großindustrielle und Großgrundbesitzer, aber auch an Vertreter von Behörden, herangetreten. Vor dem Treiben vorerwähnter Personen kann demnach nur gewarnt werden.

Pete. aborf. Ein entsetzlicher Tod. Der im 20. Lebensjahre lebende Sohn des Hausbesizers Julius Rai in Aqnetendorf, der Arbeiter Hermann Rai, stürzte am Donnerstag in der Glasfabrik in einem Kessel tosender Lauge. Er trug so schreckliche Verletzungen davon, daß er am Freitag im Warmbrunner Krankenhaus seinen schweren Qualen erlegen ist.

Reichsbach. Einsturz eines Berglegels. Auf der Reudorf Seite des Culenberges in der Gegend von Reudorf bei Waldgrund hörten Waldarbeiter plötzlich ein eigenartiges Geräusch, das der polternden Bewegung größerer Erdmassen gleichklang, dazwischen das Bersten von Bäumen. Als sie dem Geräusch nachgingen, bot sich ihnen ein überwältigender Anblick. Der Berg des Culenberges war in Bewegung geraten, der Gipfel war gerutscht und polterte noch weiter in sich zusammen. Die Anfänge des gewaltigen Naturkauspiels mußten sich schon in der vorhergehenden Nacht abgespielt haben und jetzt handelte es sich nur noch um den fortgesetzten Nachruß weiterer Massen des Berglegels. Ein großes Trümmerfeld hatte sich hier ausgebildet. Die Erklärung liegt darin, daß vor nahezu hundert Jahren in jenen Berg ein Kalkstein eingeleitet und lange betrieben wurde, wovon der Berg auch seinen Namen hat. Diese Länge nicht mehr beachtete Untergrabung des Berges hat sich nun in einem Augenblick vollzogen.

er diesen Vorwand, um Was hat dem nicht mehr, was er nicht
das übelste reaktionäre Prekariat, das sich in der ganzen Welt
verfügt gemacht hat. Wir haben das Vertrauen zu der Regierung
Wirth, daß sie alles tun wird, um die Republik zu verteidigen
und der Vergiftung des öffentlichen Lebens Einhalt zu tun. Wir
werden
nicht dulden, daß diese Politik ausgeübt oder nach rechts
abgeändert wird.

sondern dafür wirken, den bisherigen Kurs nur noch klarer und
scharfer zu heuern. Wer uns dabei helfen will, ist als
Mitarbeiter willkommen. Wer uns aber dabei zu stören
sucht, den betrachten wir als Feind. Wir fordern nun
allein ist nichts getan. Wir brauchen die Demokratisierung
allein ist nichts getan. Wir brauchen die Demokratisierung
allein ist nichts getan. Wir brauchen die Demokratisierung

Ein Verfassungsantrag wird angenommen. Es folgen ver-
ständliche Bemerkungen.
Hr. Hergt (Dnt.) erklärt, daß er die vom Reichskanzler
ermählte Bezeichnung nicht für vertraulich gehalten habe.
Hr. Dr. Helfferich (Dnt.) weist Scheidemanns Vorwürfe, daß
er der intellektuelle Urheber des Mordes sei, zurück, und gibt eine
ausführliche Darstellung des angeblichen Ueberfalls auf seinen
Sommeraufenthalt.

Hr. Scheidemann (Soz.): Dr. Helfferich hat das richtige
Beispiel gewählt, daß er hier der Hauptangeklagte ist. Warum hat
er kein lebhaftes Bedauern, unter Verden von Konventionen zu
reinen, nur bei Geberger zum Ausdruck gebracht, und nicht auch
bei Herzlich. Herr Helfferich möge seine Sorge haben; er möge
nicht nur von den Deutschnationalen, sondern vom ganzen deutschen
Volk wie ein Heiliger verehrt werden. Damit er als lebendiges
Zeugnis dafür erhalten bleibe, wie die gewisse Schichten des deut-
schen Volkes hüten können. (Gr. Unruhe rechts. Ordnungsruf des
Präsidenten.) Reichskanzler Dr. Wirth stellt fest, daß das frag-
liche Gespräch mit Hergt vertraulich gewesen sei.

Präsident v. Hübe teilt mit, daß der Untersuchungsausschuß
für Opau aus 8 Mitgliedern bestehen soll. Jede Fraktion stellt
einen Vertreter.

Die Interpellation Hergt (Dnt.) über den Stand der
deutschen Walfurta soll in der geordnetenmäßigen Zeit
beantwortet werden.

Fortsetzung der politischen Debatte.

Mit der allgemeinen Zustimmung wird noch ein von den
Kommissionen eingebrachtes Amendement angenommen.

Hr. Hergt (Dnt.): Wir sollten uns doch zur gemeinsamen
Arbeit zusammenschließen, um unsern Volk zu helfen. Wenn je-
mand dem Ertrinken nahe ist, so hilft er sich nach einer Rettungs-
planke um. Diese Rettungsplanke ist die Verfassung, die Grund-
lage unseres Staatswesens. In Weimar haben wir nach mühsa-
mer Arbeit die Verfassung mit großer Mehrheit angenommen.
In ihr müssen wir festhalten, wenn wir Ruhe und Ordnung im
Land haben wollen. Wir lehnen zurzeit jede Veränderung der
Verfassung als bedenklich und ungesetzlich ab. (Beifall i. Z.)
Wir werden uns allen Versuchen zur gewaltsamen Veränderung
widerlegen, sowohl von rechts, als auch von links. Die Deutschna-
tionalen lassen sich nicht von der Dornenkrone aller Sinn
für reale Dinge verweisen. Sie vertragen es nicht mit
nationaler Ehre, wenn in ihren Reihen gegen die ver-
fassungsmäßigen Vertreter der Reichsregierung mit Gewalt ver-
fahren wird. (Zurückweisung bei der Mehrheit.) Die Verordnung des
Reichspräsidenten ist nicht gegen bestimmte Personen,
Klassen, Stände, sondern gegen alle Staatsbürger, die gewisse
Verbrechen begehen, allerdings außergewöhnliche Verbrechen. Das
braucht ein Staat, wenn er bestehen will. (Sehr richtig.) Wir
sind geblieben hinter unserm Kanzler, hinter Dr. Wirth,
(Beifall im Z.) Einen Eingriff in die Rechte des Kanzlers,
die verfassungsmäßig festgelegt sind, können wir allerdings nicht
mitmachen. Wir danken dem Kanzler, daß er in langwierigen, mühsa-
meren und manche Feiern veranstaltet worden, die nicht dem
seligen Verhandlungen die Sache mit Sauer geordnet hat. Un-
sern Nationalgefühl dienen. Gerade wir im Reich, im
Rhein, haben unter solchen Dingen zu leiden. (Beifall im
Z.) Die Franzosen benutzen das als Vorwand,
unabhängigen Sanktionen aufrecht zu erhalten. Wenn man
solche Sanktionen unangenehm findet, und wenn man sie
auch im höchsten Grade ablehnt, so ist das unnational. (Be-
ifallige Zustimmung bei der Mehrheit.) Das Zentrum sucht auch
in der Regierung einen Ausgleich zwischen den Parteien. Darum
hat es unter großen Opfern das Kreuz der Regierung hier
auf sich genommen. Das ist nationale Tat. (Beifall im Z.)
Wohl kann aber der Augenblick kommen, wo unsere Ge-
duld auch zu Ende ist. (Sehr richtig! im Z.) Wenn unsere
Männer in der Regierung immer wieder als Vertreter hingestellt

Hr. Thiel (D. Vrt.): Die Verordnung des Reichspräsidenten
kann nur dann dem inneren Frieden dienen, wenn sie mit
großem Maßhalten durchgeführt wird. — Redner geht ausführlich
auf zahlreiche Fälle von Festsetzungsverboten und Versammlungs-
sprengungen ein. Ist die Regierung gewillt, wenigstens für die
Zukunft so hohe einseitige Anwendung der Ausnahmeverordnung
gegen rechts zu verhindern? Auch die Rede des Kanzlers war
wieder ausschließlich gegen rechts gerichtet. Darum wird sie die
inneren Kämpfe nicht beenden. (Sehr wahr! rechts.) Eine Ver-
ordnung zum Schutze der Uniform erscheint uns dringend notwen-
dig. Wir hoffen, daß sie in den nächsten Tagen bestimmt er-
scheint. Die angeführten Maßnahmen für die notleidende
Bevölkerung begrüßen wir.

Minister des Innern Dr. Gumbert:

Die Vorgänge, die der Redner erwähnt hat, gehören zumeist
vor das Forum der einzelnen Landtage. Ich habe das Material
von den Landesregierungen eingefordert, sobald es vorliegt,
werde ich es dem hohen Hause unterbreiten. Der Redner hat
sicherlich recht darin, daß sich in den letzten Wochen eine Fülle
von Vorgängen ereignet hat, die für jeden, mag er rechts oder
links stehen, schwer bedrückend sind. Aber wir wollen uns doch
darüber klar sein, daß alle diese Vorgänge doch zurückzuführen
sind auf die unglückliche Tat von Griesbach. (Sehr richtig!
links. — Unruhe rechts.) Nach dem Kapp-Putsch kam eine Links-
bewegung, die weit über die Abwehr hinausging. Das ist immer
nach solchen Ereignissen der Fall. In der Arbeiterkammer erwachten
dann Bestrebungen, die weit über die Abwehr hinausgingen. Die
Vorgänge der letzten Wochen sind nur auf diese Tat zurückzu-
führen. (Zurückweisung bei der Mehrheit.) Nein, das ist
nicht vollkommen falsch, nur auf die Gewalttat von Griesbach sind
diese Vorgänge zurückzuführen. (Beifallige Zustimmung links. —
Große Unruhe rechts.) Ich kann nicht sagen, daß die Verord-
nung den Frieden wiederherstellen könnte, als ob sie sich gegen alle die
Parteien richtete, die nicht zu den Regierungsparteien gehören.
Das war nicht die Absicht der Regierung und kann auch nicht
aus der Verordnung herausgesehen werden. Ich habe im Reichs-
tag nachher erklärt, daß sich die Verordnung nicht gegen die
Parteien richtete, sondern gegen Elemente, die den öffentlichen
Frieden gefährden. Ich habe auch versprochen, daß nur in diesem
Sinne vorgeschritten werden sollte. Von diesen Grundfragen habe
ich mich bei dieser unangenehmen Aufgabe lösen lassen, die Ver-
ordnung durchzuführen. Glauben Sie denn, daß es einem Kanne,
der jahrelang im Zeitungswesen gestanden hat, Vergnügen
macht, Gassen zu schreien? Die Schuld daran allein
tragen die, die solche Dinge veröffentlichen. (Große Unruhe
rechts. — Große Zustimmung des Abg. Helfferich.) Der Abg.
Thiel hat kommunisistische Auffassungen zur Gewalt angeführt.
Die Auslösung der kommunisistischen Jugendbewegung konnte ich
nicht, er wäre eher unter die Verordnungsgegner zu rechnen.
Verordnung ist zweifellos durch die rechtschöpferischen Treibe-
reien notwendig geworden, aber nachdem sie da war, mußte ich sie
nach allen Seiten anwenden. Ich habe mich bemüht, nach Mög-
lichkeit eine ungetrübte Handhabung der Verordnung zu ver-
stehen und einzeln Verordnungen zu mildern. In den Reichstagen
wurde erklärt, daß die wichtige Kritik nicht unterdrückt werden
sollte, sondern daß nur gute Ausrichtungen vermieden werden
müßten. Bei früheren Verordnungen sollte man sich auf Verord-
nungen beschränken. Bei Verordnungen sollte durch Verord-
nungen möglich das Verbot verstanden werden. In vielen
Fällen hat die Methode auch Erfolg gehabt. Ich richte auch
an die Arbeiterkammer, das lebhafteste Erleben,
alles dazu beizutragen, um anbelangende Elemente von
Gewalttätigkeiten abzuhalten. Wir Selbständige zerrin-
nenlicher Art kann von keiner Seite geachtet werden. Es ist
Pflicht der Behörden, solche Akte zu verhindern und für Ruhe und
Ordnung zu sorgen. Ich kann mir um keinen Fall gegen alle
eine gewisse Unterordnung im öffentlichen
Leben herrscht eingetretet. Ohne diese Verordnung hätten wir
viel schlimmeres erlebt. Die allseitige

Antwort der Reichspräsidenten:

mich das sehr bedauern. (Zurückweisung bei der Mehrheit.) Mit
allen Bedauern haben Sie den Schuld nicht ab. Den
Dank einer überaus leidenschaftlichen und bis zu Gewalt-
tätigkeiten gebenden Kampfbewegung können wir nicht leisten.
Aber soll mich ein Schicksal mit Würde tragen. Ich will im
Sinne eines gebildeten, vernünftigen Republikans stehen.
Herrnüber Staatsminister:

Antwort der Reichspräsidenten:

Ich habe den Ausführungen des Abg. Thiel über den Deutschna-
tionalen Handlungsweise sehr wohl zugehört; mir
durfen die Entregung der Verordnungen nicht noch weiterführen
lassen, die durch die Ermordung Griesbachs hervorgerufen worden
sind. Es ist zu bedauern, daß die diese Leistung zu einer großen
Anstrengung der Regierung entlockt hat. Der Deutsche
Handlungsweise ist, ich habe keine solche Anstrengungen nicht
verhindern können. Es wäre wohl noch besser gewesen, wenn der

Antwort der Reichspräsidenten:

Ich habe den Ausführungen des Abg. Thiel über den Deutschna-
tionalen Handlungsweise sehr wohl zugehört; mir
durfen die Entregung der Verordnungen nicht noch weiterführen
lassen, die durch die Ermordung Griesbachs hervorgerufen worden
sind. Es ist zu bedauern, daß die diese Leistung zu einer großen
Anstrengung der Regierung entlockt hat. Der Deutsche
Handlungsweise ist, ich habe keine solche Anstrengungen nicht
verhindern können. Es wäre wohl noch besser gewesen, wenn der

Antwort der Reichspräsidenten:

Ich habe den Ausführungen des Abg. Thiel über den Deutschna-
tionalen Handlungsweise sehr wohl zugehört; mir
durfen die Entregung der Verordnungen nicht noch weiterführen
lassen, die durch die Ermordung Griesbachs hervorgerufen worden
sind. Es ist zu bedauern, daß die diese Leistung zu einer großen
Anstrengung der Regierung entlockt hat. Der Deutsche
Handlungsweise ist, ich habe keine solche Anstrengungen nicht
verhindern können. Es wäre wohl noch besser gewesen, wenn der

Antwort der Reichspräsidenten:

Ich habe den Ausführungen des Abg. Thiel über den Deutschna-
tionalen Handlungsweise sehr wohl zugehört; mir
durfen die Entregung der Verordnungen nicht noch weiterführen
lassen, die durch die Ermordung Griesbachs hervorgerufen worden
sind. Es ist zu bedauern, daß die diese Leistung zu einer großen
Anstrengung der Regierung entlockt hat. Der Deutsche
Handlungsweise ist, ich habe keine solche Anstrengungen nicht
verhindern können. Es wäre wohl noch besser gewesen, wenn der

ihren Anstrengungen. (Sehr richtig! links.) Die Verordnungen sind
wendig gewesen, und ein Staat, der sie in der damaligen Lage
nicht erlassen hätte, den würde mit Recht der Vorwurf treffen,
er sei ein Nachwächterstaat. (Lebhafte Beifall links. — Unruhe
rechts.)

Hr. Koch (Dem.): Mit der Unterscheidung zwischen nationa-
ler und antinationaler Gesinnung sollte es ein Ende haben.
Eine andere Unterscheidung ist aber heute nötig, die zwischen
national und nationalitätlos. Wir halten es für nationalitätlos,
wenn man versucht, nationale Forderungen auch dann von sich zu geben,
wenn sie dem Vaterlande schaden. Auch nach unserer Meinung
kann diese Verordnung nicht auf die Dauer bestehen, denn der
moderne demokratische Staat kann nicht ewig mit den Mitteln
des Polizeistaates regieren. Die ordentlichen Gesetze müssen ge-
nügen, auch um Gewalttätigkeiten zu vermeiden. Wir wollen
die Erfüllung, wir wollen eine Einigung der Mitte, und ich
wünsche, daß aus dem Kabinett der Erfüllung bald ein Kabi-
nett der Verständigung werden möge.

Herrnüber den Angriffen gegen den
bisherigen Reichspräsidenten v. Raab habe ich die Vaterkeit
und Reinheit seiner Gesinnung und seines Willens hervor. Die
jetzige Fassung der Verordnung bedeutet einen erfreulichen
Schritt auf dem Wege des Liberalismus. In
Weimar fanden wir bayerischen Föderalisten fast nie die Unter-
stützung der Deutschnationalen. Der Friede ist durch die Tätig-
keit der Bayerischen Volkspartei, nicht durch die Fähigkeit der
Deutschnationalen, geschaffen worden. Uns kommt es auf posi-
tive Pflege des Reichsgedankens an.

Hr. Frau Jettin (Komm.): Zwischen uns und dem
übrigen Hause klafft ein tiefer Gegenatz. Einig sind wir uns
nur in der Forderung des Schutzes der Republik, die das Wert
des Proletariats ist. Der Republik fehlt allerdings noch der
soziale Gehalt. Die Verordnung des Reichspräsidenten jedoch ist
kein Schutz für die Republik.

Hr. Dr. Levi (Komm.): Die Geister, die Sie rufen, die
werden Sie nun nicht wieder los (nach rechts). Wir stehen nach
wie vor auf dem Boden der Diktatur des Proletariats, aber wir
verteidigen auch die gegenwärtige Republik.

Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums
Dort: Wir haben in Braunschweig

54 dem „Stahlhelm“ angehörige Polizisten entlassen.

Der „Stahlhelm“ ist eine Organisation, angeblich zur Pflege der
Kameradschaft, aber sie will auch die öffentliche Ordnung
schützen. Zu diesem Zwecke schickt man junge Menschen von 18,
19 Jahren als Patrouille mit Revolvern aus. Es war daher
unvermeidbar, daß der Schutz der öffentlichen Ordnung von Poli-
zisten auf der einen, von Organisationen auf der anderen Seite
aufrechterhalten wird. Wir werden diesen Weg weitergehen und
solche Beamten entlassen. (Beifall links.)

Hr. Dr. Koenig (U.-Soz.): Der Führer v. Hirschfeld
ist erst nach einer Anfrage bei der Deutschnationalen Partei als
Sommerfriseur in Ralmbach aufgenommen worden. (Zurück-
weisung: Erliegen!) Der deutschnationale Parteiführer darf
ausgegeben, sich vor Jugendlichen mit dem Wort an Erzieher ein-
vernehmen erklärt zu haben. Die Deutschnationale Partei, die sich
im November 1918 nicht ans Licht wagte, ist schon wieder sehr
groß geworden. (Abg. Dr. Helfferich (Dnt.): Wer ist denn
die Canaille! — Abg. Kuhn (U.-Soz.): Das sind Sie! Abg.
Heunig (Dnt.): „Dummer Ummel!“ — Große Unruhe. —
Die Abg. Kuhn und Heunig erhalten Ordnungsrufe.) Ein
zweites Mal wird die Arbeiterkammer (nach rechts) nicht so
schön, wie nach dem Kapp-Putsch. Wir fordern die Erhebung
der Verwaltung und Justiz, Wahl der Richter durch das Volk.
Die Schulen und Universitäten müssen in republikanischem Geiste
wirken. Jede monarchistische Betätigung im Dienst muß mit Ent-
lassung bestraft werden. Das Eigentum der ehemaligen Landes-
herren, besonders der Hohenzollern, ist entschädigungslos zu ent-
ziehen. Auch die Deutsche Volkspartei gehört zur Reaktion. Auch
gegen sie muß die Einheitsfront der Arbeiterkammer erhalten
bleiben.

Hr. Graf Bekamp (Dnt.): Der Reichskanzler hat leider die
Ehrenerkennung für unsere Partei, auf die wir Anspruch haben,
nicht abgegeben. (Oho-Rufe.) (Zurückweisung: Räum.) Der
Abg. Scheidemann hat sich erlaubt, auszusprechen, daß uns die
Schuld an dem Morde Gebergers trifft. (Sehr richtig, links!)
Diese Behauptung ist und bleibt eine bewusste, wider besseres
Wissen ausgesprochene Unwahrheit. Mit gleicher Entrüstung
weisen wir die ungeheuerliche Hege gegen Dr. Helfferich zurück.
Die Verordnung des Reichspräsidenten auch in der Form der No-
velle aufrechterhalten, ist kein Grund vorhanden. Unbeantwortet
ist unsere Frage, wann die Entschuldigungen über den Geheimbund in
Sachen gemacht werden sind, und unsere Frage, was geschehen ist,
solchen Behauptungen entgegenzutreten. Die Anschuldigungen über
Verschwörungen gegen die Republik im Munde des Reichskanzlers
waren ganz unbegründet, und wir haben mit solchen Behauptungen
des Reichskanzlers bisher schlechte Erfahrungen gemacht. Jeden-
falls heißt die Deutschnationale Volkspartei mit diesen Behaup-

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright by Knoff-Verlag, Berlin-Halensee.
(Nachdruck verboten.)

Je länger Peter nachdachte, desto empörter wurde er. Es
war unangebracht, er legte sich auf, dachte grübelnd in das
schwarze Dunkel. Er sprach zu sich selbst, sprach zu der Welt dort
draußen, zu dem Unipertium, das seine Existenz verneinend hatte.
Er sagte, er meinte, er schmeckte auf, durchdringt die Zelle, die
sich aus dem Dunkel zog und dem Licht entgegenstand, daß er nicht
einzig sein konnte. Er schlug mit der gebundenen Faust gegen
die Tür, um mit dem Zug dagegen, hörte, daß es kein lautes
Anstöß, weit und breit war niemand da, der ihn zu hören ver-
mochte.

Als er völlig erschöpft war, ließ er abermals zu Boden,
verfiel in einen mühsamen Schlaf, und da er erwachte, war
dieses Erwachen ängstlich, als der jähwärtige Alpdruck. Dieser
angstliche Mann war wiederkommen. Wie ihn nun neuem
Leben, damit er auslauge, was er nicht weiß. Die Dämonen und
Teufel, die ersehen wurden, um die Eingebildungen der
Kinder zu jähren, waren wie nichts im Vergleich zu der Gestalt
des Mannes namens Guffen, wie Peter ihn sah, wie er, als
er in diesem Saal lag.

Guffen erwachte, nachdem Peter eingesperrt worden war,
vernahm er Geräusche, die Tür öffnete sich. Peter konnte in
einer Ecke, glaubte, Guffen wäre gekommen. Einmal schrie er
dem Jüngling, dann wurde alles wieder still. Peter blinzelte
zu und sah ein Stück Brot und einen Becher mit Wasser.

Dann verließen mehrere Gewächser, Peter sollte weiter in
oberschlafiger Ruhe, abermals ward Brot und Wasser gebracht,
und Peter fragte sich, ob dies zweimal am Tage geschähe, oder
ob bereits ein neuer Tag angebrochen sei. Wie lange würden
sie ihn hier halten? Woher kam ihm zum Nachdenken treiben? Er
sah die Fragen an den Mann, der ihm Brot und Wasser
brachte, doch sah der Mann keine Antwort, sprach kein einziges
Wort. Peter hatte im „Loch“ keine andere Gesellschaft als seinen
Gott, und Peter konnte keinen Gott nicht gut, nicht in
seiner Art mit ihm nicht mehr.

Am nächsten wurde Peter von der Kette gelöst, sie
trug ihn in die Kammer, keine Jähre Kasperlein. Inzwischen er
sah nichts bewegen, verstand er sich nicht zu erinnern. So
dachte der Mann die Tür öffnete, hat Peter um eine Decke, und

mit ihm. Er ist krank, ist bei der Grippe erkrankt, — den ver-
lange nach einem Tag, werde werden. Doch kam niemals eine
Antwort. Peter lag auf dem Boden, immer und weinte, wachte
auf, redete im, redete auf kurze Zeit des Bewusstseins, wachte
auf, redete nicht, ob er wurde oder nicht, lebte oder gestorben sei.
Nicht mehr sah er sein, was sich mit ihm ereignete, die
Menschen, die ihn gesehen hatten und nach quälten, wurden für
ihn zu Ungehörigen und Teufeln, die ihn weit hinterließen, ihn
in Abgründe der Nacht und der Hölle hinein warfen.

Und dennoch, wie auch immer kämen und irrsinnig die
Sperren waren, die Peters trachtete Kämpfe herauszuwerfen,
kam es immer wieder herauf, wie es die Wirklichkeit
war, die zu jeder Zeit des Lebens von Amerika-Gütern bedrängte
und die über das Schicksal eines unglücklichen Mannes
namens Peter Guffen beherrschte. In Amerika-Gütern lebte eine
Gruppe Männer, die sich der Verbannung der Stadt bemächtigt
hatten und das Leben der Bevölkerung bedrängten. Diese Gruppe,
unabhängig in der Zukunft, lebte in der Stadtverwaltung,
über der Opposition einer neuen, nicht unabhängigen Macht gegen-
über, nämlich der des organisierten Proletariats, des empfindlichen
war, die Gewalt der Oligarchie zu brechen und deren Macht zu
übernehmen. Der Kampf zwischen diesen beiden Gruppen hatte
keinen Ausgang. Sie grübelten zwei gewaltigen Kämpfern, im
Todeskampf, während, wie Kämpfer, die Hände mit
den Händen ausstreckten, schickten von der Gefangen, um
einander der Schuld einzulassen. Und was war der arme
Peter? Eine Ameise, die über das Reich beherrschte, auf dem die
Kämpfer zusammenstießen. Die Erde erbebt unter ihren Füßen,
der Schmutz lag ungeordnet nach einem Seiten, die ungeliebte
Ameise wurde hergehoben und hergehoben, weil, ward unter
Zuführung gebracht, und schließlich mit ein Kämpfer auf die
Stelle, wo sie lebte und rumpelte lag!

Peter war vollständig bei Tage, vielleicht auch eine Woche
im „Loch“ — er sagte nicht, wie lange, und auch wieder sagte es
ihm niemand — da ward plötzlich die Tür obenmals geöffnet und
er vernahm zum ersten Mal wieder eine Stimme: „Kommen Sie
heran.“

Peter hatte sich danach geholt, eine Stimme zu hören, um
jedenfalls zu sich zu setzen in eine Ecke. Es war Guffens
Stimme und Peter sagte, was dies bedeutete. Seine Hände schlugen
gegen einander, er jammerte auf: „Ich weiß nicht, ich kann
nichts sagen.“

Ein Hand griff in die Zelle, schickte ihn beim Fragen. Eine
Hundertmal wieder schickte er der Guffen der Kammer entlang.
„Sagen Sie das Wort!“ war die einzige Antwort auf Peters
Fragen und Fragen. Der Mann sah ihn in ein Zimmer, warf
ihn auf einen Stuhl, als ob er ein Stück Holz wäre, warf

„Hören Sie mich an“, sagte der Mann. „Ich möchte mit
Ihren ins Einverständnis kommen. Wollen Sie in jenes „Loch“
zurückgehen?“

„Nein“, jammerte Peter.

„Gut“, sagte der Mann, „ich möchte Ihnen bloß mitteilen, daß Sie den Rest
ihres Lebens in diesem Loch verbringen werden, ausgenommen,
die Zeiten, da ich mit Ihnen spreche. Und wenn ich mit Ihnen
spreche, so habe ich Ihnen den Arm ausgestreckt. Guffen
wünschen die Hingehungel trete. Ihnen die Hand mit Streich-
hölzchen vorstrecken — bis Sie mir sagen, was ich wissen will.
Niemand wird Ihnen helfen, niemand wird irgendwas von der
ganzen Angelegenheit wissen. Sie werden in meiner Gewalt
bleiben, bis Sie in ein besseres Versteck überflücht.“

Peter vermochte bloß zu schluchzen und zu stöhnen.

„Ich habe“, fuhr Guffen fort, „über Sie alles erfahren, kenne
Ihre Lebensgeschichte von Ihrer Geburt an; geben Sie sich die
Mühe, mir etwas zu verheimlichen. Ich kenne Ihren Anteil an
dem Bombenattentat und kann Sie ohne die geringste Mühe an
den Gelfen bringen. Doch gibt es eifrige Einzelheiten, die ich den
anderen Teilen nicht nachzuweisen vermag. Und diese anderen
sind die Kämpfer, die wahren Teufel, auf die made ich
sagte. Sie haben also die Möglichkeit, sich zu retten und sollten
dafür dankbar sein.“

Peter schluchzte und könnte noch immer.

„Sagen Sie das Wort!“ schrie der Mann. „Doch dann hielt
er Peters erdrückten Blick mit seinem eigenen fest und sprach:
„Sagen Sie recht. Sie haben die Möglichkeit, sich selbst zu
retten. Sagen Sie bloß alles zu erzählen, was Sie wissen. Dann
werden Sie freigelassen und sollen keine Unannehmlichkeiten mehr
haben. Wir werden für Sie sorgen, alles wird Ihnen leicht
gemacht werden.“

Peter merkte ihn an, wie ein verzagtes Kaninchen. Eine
unendliche Sehnsucht stieg in seiner Seele auf — frei sein, von
allen Unannehmlichkeiten erlöst, verlorst! Hätte er doch etwas
zu berichten gehabt, würde er doch, wie er einen Bericht erfinden
könnte!

VII.

Jähling hoben des Mannes Arme vor, er packte Peters
Hand. Wieder drehte er ihn das Handgelenk an, das wurde
Handgelenk, das noch immer von der ersten Folter schmerzte.
„Werden Sie auslauge?“

„Ich habe es, kante ich es“, schrie Peter. „Aber mein Gott,
wie kann ich?“

„Sagen Sie nicht!“ schickte ihn der Mann an. „Ich weiß alles
über Sie, mich können Sie nicht narren. Sie kennen Jim Goober.“

„Ich habe nie von ihm gehört“, wimmerte Peter.

„Sie lügen!“ erklärte der andere und drehte abermals
Peters Hand.

Kaiser (Soz.) werden wegen beleidigender Jurise zur Ordnung gerufen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Hg. Stämpfer (Soz.): Der Artikel, in dem angeblich gestanden hat, daß Reaktionäre an dem Vaternenpfehl gehindert werden müßten, hat niemals im „Vorwärts“ gestanden. In diesem Artikel stand aber das Gegenteil, von dem, was der Hg. Thiel daraus machte. Ich habe niemals den Wunsch geäußert, daß den Herren von rechts persönlich etwas Uebles widerfahren sollte.

Hg. Rosenfeld (U. Soz.): Ich habe in meiner Rede keineswegs zu Gewalttaten gegen die deutschen Abgeordneten aufgerufen. Ein Vaternenpfehl wäre auch für einen Deutschenationalen zu schade. (Er erhält einen Ordnungsruf.)

Hg. Siedemann (Soz.): Graf Weizsäcker hat sich bei dem Reichspräsidenten eine Schuld am Morde Erzbergers zuschreiben lassen. Ich habe in meiner Rede, Sie (nach rechts) haben die fünfzig Urmörder geschaffen, die zu dem Morde führten, wenn Sie das bezeugen wollen, dann führen Sie den Beweis, daß die von mir zitierten Presseäußerungen nicht gefallen sind, daß nach dem Morde in deutschen Nationalen Kreisen nicht gejubelt und der tote Mann beschimpft wurde. Wenn Sie das beweisen haben, dann erst haben Sie das Recht, mir die Unwahrheit vorzuwerfen.

Darauf wurden sämtliche Anträge, die die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern und ein Gesetz zum Schutze der Republik fordern, dem Rechtsausschuß überwiesen. Dagegen stimmten die Deutschenationalen und Kommunisten, die sofortige Entziehung verlangten. Die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen die Hg. Reich (Komm.) und Siedemann (Soz.) wird verweigert. Der Antrag auf Aufhebung der Straftat des Hg. Thomas (Komm.) wird mit schwacher Mehrheit gegen die Rechte und das Zentrum angenommen. Bei Beratung des unabhängigen Antrages auf Erhöhung der Renten der Sozialversicherung leit Reichsarbeitsminister Braun mit, daß eine entsprechende Vorlage in kürzester Frist an den Reichstag gelangen soll. Für die Opfer in Oppau ist vollständig Sorge für die nötigen Mittel sind vorhanden. Der Antrag, weitere 10 Millionen für Oppau zu bewilligen, wird genehmigt. Die Beratung des Antrages auf Erhöhung der Renten wird zurückgestellt.

Das Gesetz über die Einkommensteuer wird dem Steuer-Ausschuß überwiesen. — Das Gesetz verliert.

Der Präsident wird ermächtigt, die nächste Sitzung nach dem Stande der Steuerberatung einzuberufen, mit der Maßgabe, daß diese nicht nach dem 3. November erfolgen darf.

Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche im Landtag.

Die Sonnabend-Sitzung des Preussischen Landtages wies eine nur sehr schwache Befragung des Hauses auf. Die meisten Abgeordneten zogen es wohl vor, sich in den Wandlungen dem Kombinationspiel darüber hinzugeben wie die neuen Regierungen im Reich und in Preußen auszuwirken werden. Die Weiterberatung des sozialdemokratischen Antrages über die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften brachte nach einer Jungferrede des Kommunisten Schneider, der sich jede Wirkung dadurch verwehrte, daß er von vornherein erklärte, es komme ihm nicht darauf an, den Landtag zu überzeugen, eine kritische Abwehr der deutschen Nationalen Schmähen auf die Republik durch unseren Genossen König-Swinemünde. — Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag, leider mit einigen abgewandten Stimmen der D. Vp., angenommen. Darauf begründete der Deutsche Nationaler Herrmann-Friedersdorf langatmig und langweilig einige Anträge, mit denen die Deutschenationalen die Wahlrenten der Lehrerschaft zu fangen suchten. Offenbar hatte Herr Herrmann das Haus so in Schlaf geredet, daß es nach einer kurzen Regierungserklärung in die Sonntagsruhe ging.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Spekulation in Devisen. — Steigen der Industriestimmen. — Zur Bekämpfung der Börsenspekulation. — Die Regelung der Ueberproduktion im Kalibergbau.

Die Treiberien auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Außerachtlichkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte. Es kann nicht bestritten werden, daß außer der Spekulation, die an der Börse sich austobt, um aus dem Sinken der Mark einen Gewinn zu ziehen, auch Handel und Industrie ein Interesse an einer weiteren Entwertung der Mark haben, besonders gilt das von der Exportindustrie. Im Ausland erhebt man deshalb gegen uns bereits den Vorwurf, daß wir uns gar nicht ernstlich bemühen, unsere Mark zu stabilisieren, sondern im Gegenteil recht zufrieden seien, daß die Mark im Wert sinkt, weil damit unsere Ueberlegenheit im Export gestärkt wird. Das wäre eine sehr kurzfristige Politik, um die Erlangung eines augenblicklichen Vorteils zu verlieren die Blid für die Zukunft. Rein, wir müssen mit banger Sorge einer derartigen Entwicklung unserer Mark entgegengehen.

Die Preissteigerungen, die allgemein auf dem Warenmarkt einsetzt, ist nicht zuletzt auf die Entwertung unserer Mark zurückzuführen, und damit ist für Millionen, die ihr Einkommen aus ihrer Arbeitsleistung beziehen, die wirtschaftliche Bedrängnis verschärft. Für das Ungeheure unserer Verhältnisse ist es bezeichnend, daß in derselben Zeit, wo die Lebenshaltung von Millionen von Menschen zurückgeschraubt wird, das Anwachsen der Kapitalien riesenhafte Schritte macht. Die großen Industrieunternehmen sind mit ihren Aktien in einen Kursstand getrieben, der über 1000 hinausgeht und an einigen Tagen waren sogar Kurssteigerungen von 500 und mehr Prozent für einige Gesellschaften zu verzeichnen. Das Unzerbrechliche in dieser Beziehung bietet wohl das Hiniausgehen der Kurse der Gewerkschaft Wintershall, die an einem Tage um 80 000 Mark stiegen und mit 525 000 Mark bezahlt wurden.

Was bedeuten diese enorm aufwärtsgehenden Börsenkurse für die Besitzer dieser Aktien? Nach den Ermittlungen, die die „Frankfurter Zeitung“ über die Kurssteigerungen von 25 Aktien bedeutender Industrieunternehmen regelmäßig anstellt, ergibt sich eine Steigerung im Januar 1920 von 7896; Mitte September 1921 ist diese Zahl gestiegen auf 19 964; d. h. diese Industrieanteile sind in weniger als ein Jahr um rund das 1 1/2 fache im Werte gestiegen. — Gegenüber diesen Feststellungen nimmt es sich eigenartig aus, wenn immer wieder behauptet wird, den Nachweis zu führen, daß die Herrschaft der Aktionäre, gemessen an dem Börsenkurs, ja nur eine Verzinsung von 3 bis höchstens 3 1/2 % zu verzeichnen haben, mithin eine sehr mäßige Rendite. Daß sich aber der Vermögenswert dieses Aktienbestandes um das 1 1/2 fache erhöht hat, davon ist in der Berechnung nichts zu halten. Wäre die Treibererei der industriellen Werte vermieden, würde der Aktienbesitzer sich mit einer gleich bescheidenen Verzinsung zufriedengeben wie der Gläubiger, der fest verzinsliche Wertpapiere besitzt, so hätten wir die enormen Gewinnquoten im Produktionsprozess nicht herauszuholen und die Preisgestaltung im Warenverkehr würde eine größere Beschränkung erfahren.

Unter der allgemeinen Mißstimmung über diese wüsten Treiberien an der Börse werden wiederum Vorschläge ventiliert, die darauf hinausgehen, durch die Gesetzgebung diesem Treiben ein Ende zu bereiten. In der Tat, ist es möglich, diese Auswüchse der kapitalistischen Herrschaft auszuräumen, so sollte es geschehen; je eher, je besser. Allerdings darf man sich darüber nicht im Unklaren sein, daß es Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise sind, gegen die es kein Mittel gibt. — Und noch wäre ein ruhiges Zusehen gegenüber dem ungeheuren Treiben verfehlt. Wir müssen zu einem richtigen Maßstab für die Gewinne der Unternehmen — gemessen an dem tatsächlich eingesetzten Kapital — kommen. Wenn ein Unternehmen, wie es in den letzten

nicht darum, Betriebskapital zu gewinnen, sondern große Profite zu verzeichnen. Wir müssen das Gebaren der Aktiengesellschaften unter staatliche Kontrolle nehmen, damit dieses spekulative Treiben, das auch der Steuerhinterziehung dient, verhindert werden kann. Daß es gelingen könnte, reiflos die Gewinnstreben zu unterdrücken, ist nicht anzunehmen, denn es gibt leider Mittel und Wege genug, um auch der stärksten Kontrolle ein Schnippchen zu schlagen.

Für den Devisenmarkt wird es gleichfalls ohne einen Eingriff in das freie Spiel nicht gehen. Hier müssen diejenigen vom Devisenkauf zurückgehalten werden, die nicht den Nachweis führen können, daß sie für eine im Warenverkehr eingegangene Verpflichtung die Summe ausländischer Devisen bedürfen. Beschränkt man den Devisenhandel auf die Zahl derjenigen, die den Kauf aus ihren Geschäftsunternehmungen nachweisen können, so würde höchstens ein großer Teil der Spekulanten ausscheiden. Die Voraussetzung wäre, daß die Banken die Kontrolle ausüben und daß Einrichtungen getroffen werden, die die Durchführung einer solchen Kontrolle an der Hand einer vorzulegenden Einfuhrbescheinigung ermöglichen. Allerdings wird es nicht zu vermeiden sein, daß dann die Spekulation sich der Auslandsbörse zuwenden sollte. Es wäre dann dieser nicht möglich, mit den hauptsächlichsten hier in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung anzubahnen, damit dort im gleichen Sinne die Spekulation gehindert wird? Das wäre um so eher zu erreichen, als auch das Ausland ein Interesse daran hat, daß wir aus dem unklaren Stand unserer Mark herauskommen.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, für unsere Warenausfuhr anzuordnen, daß die Bezahlung in ausländischer Markta erfolgen muß und die eingehenden Werte an die Reichsbank abzuliefern sind, damit von dieser Stelle aus die Devisen nach Bedarf verwendet werden. Die Durchführung dieses Planes führt auf größere Schwierigkeiten, als bei einer oberflächlichen Betrachtung anzunehmen ist. Eine Ausfuhr von 60 Milliarden in Papiermark, wie wir sie im Jahre 1920 zu verzeichnen hatten, läßt sich schwer kontrollieren. Es wäre für eine gute Kontrolle ein riesen-Berichtungsapparat notwendig, nicht nur um den tatsächlichen Eingang an Devisen zu beaufsichtigen, sondern auch, um nimmere weiter zu prüfen, daß diejenigen, die Rohstoffe vom Ausland einführen, nur auf diese Einfuhr die Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Wie bekannt, hat eine solche Verpflichtung, ausländische Devisen an die Reichsbank abzuliefern, eine Zeit lang bestanden, sie ist wieder aufgehoben, weil die Kontrolle ungenügend war. Mit Recht wird aber weiter eingewendet, daß nicht in jedem Fall die Zahlungspflichtigkeit für den Exporteur lauten kann, daß er den Wert in ausländischer Markta einbringt. Diesfalls wehren sich die ausländischen Geschäftshäuser dagegen, in der Markta ihres Landes Kaufabschlüsse in Deutschland zu machen. Es erscheint ihnen vorteilhafter, die Marktbeträge im Ausland zu verwenden, oder ihre Guthaben in Deutschland flüssig zu machen. Natürlich befinden wir uns auch nicht in jedem Fall in der Position, um die Bedingungen den Abnehmern reiflos vorzuschreiben, sondern Handel und Industrie sind gezwungen, die Chancen auszunutzen, die sich ihnen bieten. Im übrigen ist seit langem vom Reichswirtschaftsministerium bei den Außenhandelsstellen darauf gedrängt, daß, wo es möglich ist, in Auslands-Währung zu fakturieren. Diesem Verlangen ist in immer größerem Umfange nachgekommen. Geringer wird unser Interesse natürlich den Ländern gegenüber, die in ihrer Markta noch ungenügender stehen als Deutschland. Hier wird im Gegenteil die Fakturierung in Mark vorzuziehen sein, als eine Zahlung in minderwertiger Markta. Es ergibt sich somit, daß die Mittel, um die Spekulation auf dem Devisenmarkt zu unterbinden, von sehr zweifelhaftem Wert sind und einen sicheren Erfolg nicht versprechen.

Die vielgerühmte freie Entfaltung im Wirtschaftsbetriebe, die uns als rettende Tat so oft gepriesen wird, kommt recht stark in Mitleidenschaft, wenn wir uns einmal die Entwicklung im Kalibergbau näher ansehen. Der Kalibergbau steht seit geraumer Zeit vor einer Ueberproduktion, die zu einer schweren Krise ausgeartet ist. Wir hatten im Jahre 1913 bei 184 Kaliverken in Deutschland eine Gesamtproduktion von 11,1 Millionen Doppelzentnern Kalkstein. Diese Produktion ist im Jahre 1920 nach Abgang der 17 stillgelegten Werke auf 9,2 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Aber wir sind in derselben Zeit nicht zu einem Rückgang der Kalivernehmen gekommen, sondern die Zahl der Kaliverke hat sich auf 201 erhöht. Der Auslandsabsatz im Jahre 1913 umfaßte die Hälfte der Gesamtproduktion, während im Jahre 1920 nur noch 25,37 v. H. zur Ausfuhr gelangten. Diese Auslandsquote konnte zwar zu hohen Preisen abgesetzt werden, brachte den Werken reichen Gewinn, führte aber schließlich doch zu einer weiteren Verdrängung vom Auslandsmarkt, so daß Mitte dieses Jahres nur noch 8,82 % des Gesamtbedarfes nach dem Ausland gingen. Die Werke waren deshalb gezwungen, zum Teil ihre Produktion vollständig einzustellen oder doch erheblich zu vermindern. Die Interessenten, die früher schon in ihren Sendungen vorgibt den Versuch gemacht hatten, zu einer Produktionsregelung zu kommen, verlangten nunmehr, daß auf Grund des Kalivernehmensgesetzes, das im Jahre 1919 erlassen wurde, eine Einschränkung in der Produktion herbeigeführt wird. Diesem Verlangen entsprechend hat das Reichswirtschaftsministerium dem Reichstag eine Verordnung unterbreitet, wonach die Neuanlage von Schächten verhindert wird, sofern sie nicht aus technischen Gründen notwendig sind. Ferner soll eine freiwillige oder auch zwangsweise Stilllegung der Bergwerke herbeigeführt werden. Bemerkenswert ist, daß die Interessenten sehr eifrig bemüht waren, diese Maßnahme zur Durchführung der Stilllegung der Werke unbehindert in Händen zu behalten. Es sind auch, nach ehe die Verordnung bekannt gegeben war, drei Konzerne entstanden, die darauf hinausgehen, schwache Werke aufzunehmen und die Betriebsquoten, die bisher für die einzelnen Werke festgelegt wurden, zu erlangen. Dann will man die technisch und in der Ausbeute am besten gestellten Unternehmen mit Hochdruck arbeiten lassen. In der Verordnung hat sich aber das Reichswirtschaftsministerium das Recht vorbehalten, diese Uebertragung von Betriebsquoten an andere Unternehmen zu prüfen, damit nicht evtl. solche stillgelegten Betriebe ihre Aktionäre noch mit hohen Dividenden belassen können. Im dieses Recht der freien Gestaltung kapitalistischer Konzerne ist im Reichswirtschaftsrat und auch im Reichstag sehr hart gekämpft worden, aber schließlich sind die Unternehmer mit ihren Anträgen abgewiesen. Der freie Wettbewerb muß im Kalibergbau seinen Bankrott erklären. Die Fortsetzung der freien Wirtschaft hätte dazu führen müssen, daß eine große Anzahl von Werken vollständig zu Bruch gegangen wäre und nur noch die bestgestellten lebensfähig blieben. Man kann im Zweifel sein, ob man nicht, so lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, diese Maßnahme als die richtige und beste ruhig auswirken läßt, denn der Staat übernimmt eine Verpflichtung, die recht unangenehm ist. Er bemüht sich, Unternehmen durchzuschleppen, die produktiv vollständig lahmgelegt werden. Diese Betriebe werden in ihrer Kapitalanlage verzinkt vom Ertrag der arbeitenden. Wir schleppen also eine Last mit, die ganz unproduktiven Zwecken dient und erhöht damit die Preise des Kalks. Die Maßnahme kann nur von dem Gesichtspunkt aus gerechtfertigt werden, daß bei einem Zubruchgehen der nicht mehr lebensfähigen Werke wichtige Naturkräfte, die einmal wiederum für uns nutzbar gemacht werden können, verloren gehen. Würde man die im Zusammenbruch seien Unternehmen ihrem Schicksal überlassen, so würden die Kalkschächte erfassen und damit wertvoller Besitz verloren gehen.

Wenn aber die Gegenüber der Sozialisierung ihre hohen Löhne annehmen, um wieder zu setzen, daß nur die private kapitalistische Produktionsweise regelnd und ordnend in den Produktionsprozess eingreift, so wird man ihnen mit Recht und Recht dieses Beispiel aus der Kalkindustrie entgegenhalten können, das beweist, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht Ordnung, sondern die schlimmste Unordnung bringt und aus eigenem nicht die Kraft besitzt, wertvolle Naturkräfte vor dem Verfall zu bewahren.

Der Friedensvertrag von Versailles legt Deutschland die Pflicht der Rückzahlung in Goldmark der von Belgien im Laufe des Krieges von den Alliierten, besonders von Frankreich, aufgenommenen Anleihen auf. Diese Rückzahlung ist den 132 Milliarden Goldmark der Reparationssumme zuzufügen. Da die Belgien gelieferten Vorschüsse von den einzelnen Ländern in der Währung des betreffenden Landes, das heißt von Frankreich in Francs, aufgenommen wurde, so wurde die Frage aufgeworfen, ob für die Rückzahlung die Umrechnung in Goldmark vorgenommen werden soll. Frankreich ist in weit höherem Maße als England oder Amerika an der Umrechnungsforderung interessiert infolge der Wertverminderung des Francs gegenüber dem Gold, die seit der an den belgischen Staatsbank erfolgten Zahlung eintrat. Wenn die von den Alliierten vorgeschlagene Art verteidigt wurde, daß Frankreich die gleiche Anzahl Francs, die es Belgien vorstieß, zurückerhalten würde, so würde der Kursoerlust mehr als die Hälfte der belgischen Schuld betragen. Frankreich erhob Einspruch gegen diese Lösung der Frage, die der Finanzkonferenz am 18. September vorgelegt wurde.

Nach langen Debatten schlugen die französischen Delegierten vor, die Meinungsverschiedenheiten dem Schiedsgericht des Völkerrechts der Vereinigten Staaten, Boyden, vorzulegen. Der Vorschlag wurde angenommen. Es gelang, den englischen Schiedsrichter zu überzeugen, daß England der französischen These angeschlossen und sie vor dem Schiedsrichter vertrat. Boyden hat jetzt seinen Schiedsrichter gestellt und ist Frankreichs Standpunkt beigetreten. Die Rückzahlung der belgischen Schuld durch Deutschland, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, wird auf der Grundlage von Goldmark zum Wechselkurs vom 11. November 1918, dem Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, umgerechnet. Frankreich erhält eine Summe, welche 2 Milliarden übersteigt. Wäre die Umrechnung, so wie sie die Alliierten vorschlugen, erfolgt, so hätte es einen Betrag von weniger als einer Milliarde erhalten.

Die parlamentarische Genehmigung des deutsch-amerikanischen Friedens.

Nach einer vorgestern spät abends zustandekommenen Vereinbarung beschloß der Senat bei den Verhandlungen über die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn die Redezeit für jeden Senator auf eine Stunde. Die Debatte beginnt am 14. Oktober.

Deutsche Wiedergutmachungslieferungen an Rumänien.

Deutschland hat eingewilligt, Rumänien einen Teil des zum Wiederaufbau nötigen elektrischen Materials auf Reparationskonto zu liefern. Eine rumänische Kommission wird die Menge des zu liefernden Materials auf Grund des deutschen Marktpreises feststellen.

Der frühere König von Württemberg ist im Alter von 73 Jahren verstorben.

Gebt für Oppau!

Spendenannahme: Alle Reichsbankstellen alle Banken, alle Postämter
Postcheckkonten: Ludwigshafen Nr. 15000
Frankfurt a. M. Nr. 55000, Berlin Nr. 117000
Geschäftsstelle
des Reichsbankdirektoriums für Oppau
Reichsarbeitsministerium Berlin
Scharnhorststr. 35

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die prägelegliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Au die Eisenbahndirektion.

Im Amtszimmer des Herrn Güterinspektors Brauner, Güterabfertigung, hängt das Bild des Deserteurs Lehmann, zuletzt auf Schloß Amerongen, nebst Gemahlin. Wir fragen an, ob eine derartige Ausschmückung von republikanischen Amtszimmern nicht zeitgemäß ist. Vielleicht bequemt sich Herr Brauner dazu, die beiden Bilder ins Museum zu überweisen oder einem Altwarenhandlender zu verkaufen. Jedenfalls bemeist uns dieser Zimmereschmuck die Gefinnung desjenigen, der in dem Zimmer amtiert. Es lebe die Reaktion!

Wasserstand

zum 30. September 1921.

Kaliber	Reife (Unter-Pegel) 1,37
Krappitz 2,07	Breslau (Ober-Pegel) 4,06
Colf	(Unter-Pegel) 2,40
Brig (Kaltenbrunn) 1,35	Treßfen 0,84
Kottwitz 1,11	Pöpelwitz - 0,20
Reife (Ober-Pegel) 3,78		

Wasserwärme: 12,1°

Bereinstalender.

Verband freireligiöser Gemeinden, Süd-Ost-Deutschland, Montag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr, in den Zentralhallen, Westendstraße 50/52: Desfentlicher Vortrag mit Diskussion. Redner: Herbert Puschmann aus Waldenburg. Thema: Die heiligen Knochen und der Staatsanwalt. Alles Nähere siehe Inserat am 29. September und 1. Oktober.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Mittwoch, den 5. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses wichtige Mitgliederversammlung. Die Ortsverwaltung.

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität

Waffen.

Durch alle deutschen Gauen hallt der Ruf nach Wiederaufbauarbeit. Und überallhin ist dieser Ruf auch gedrungen, nur noch nicht restlos in die Arbeiterbewegung. Betrachten wir uns die Wirksamkeit der Gewerkschaften in den Vorkriegszeiten, so kommen wir zu der Überzeugung, daß diese trotz ihrer zahlenmäßig geringeren Stärke als heute, doch wohl beweglicher waren und begonnene Aktionen durchzuführen verstanden.

Heute umfassen die Gewerkschaften ungeheuer mehr Berufsangehörige, als früher, wenn auch noch nicht die Berufsgruppen vollständig. Aber doch sind die Gewerkschaften nicht mehr das, was sie früher waren und sein sollten. Es ist dies ein Mangel, der in den Differenzen der Arbeiterparteien begründet, seinen einseitigen Standpunkt zur Verwirklichung der gewerkschaftlichen Ideen und überhaupt in den Gedanken der Arbeiterbewegung übrig lassen. Noch wogten die Meinungen hin und her. Noch hat sich nicht die Revolution abgeklärt und doch, wie notwendig ist gerade hier aufbauende, vertiefende Arbeit!

Wohnte die beginnende Rubrik „Gewerkschaftliches“ zur Erreichung des Zieles recht viel beitragen.

Den Titel dieses Aufsatzes beantwortete ich mit einigen Hinweisen auf kleine, dem Einzelnen „unscheinbare“ Erfolge der Gewerkschaften.

In einer Fabrik, für deren Arbeitnehmer ein zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber-Verband geschlossener Tarifvertrag gilt, werden einigen Leute nicht die richtigen Löhne gezahlt. Bei der Nachprüfung wird das festgestellt und ein einziges Wort der Gewerkschaftsvertreter erbrachte den Beteiligten zusammen eine Lohnerhöhung von 600 Mark pro Woche, für den Einzelnen durchschnittlich 20 Mark.

In einem Handelsgeschäft mit einer größeren Anzahl Arbeitnehmer hatte sich der Chef geweigert, den allgemein rechtsverbindlichen Tariflohn zu zahlen, was ihm einen Streit vor den zuständigen Instanzen brachte und 12 000 Mark Nachzahlung für die beteiligten 6 Handelsreisenden ergab. Eine ganze Reihe solcher Fälle könnten hier angeführt werden.

Der „Deutsche Transportarbeiterverband, D.-A. Breslau“, hat allein im zweiten Quartal des laufenden Jahres, in Interessenwahrung seiner Mitglieder, diesen nahezu 80 000 Mark an zu wenig gezahlten Löhnen aus dem Geldschatz der Handelsherren herausgeholt.

Eine vielumstrittene Frage ist zurzeit die Einrichtung des Lohnamtes in Breslau. Kaum einer der Opponenten wird richtig die Dinge zu beurteilen verstehen. Sind doch von Monat zu Monat während der nunmehr 17 Monate seines Bestehens Schwierigkeiten in der Lohnfrage hauptsächlich nach oben, das sind Steigerungen, eingetreten und diese Steigerungen fast ausschließlich kampflös herbeigeführt worden. Wieviel Ärger und Verdruß ist dadurch von Arbeitnehmern dadurch gepart worden? Es läßt sich nicht zahlenmäßig belegen, aber eins steht fest: Wenn die vielen kleinen Berufsgruppen z. B. des Handels, Transport- und Verkehrsgebietes jede in Einzelbewegung eine Anpassung ihrer Löhne angeht, kaum eine wäre so schnell in den Besitz einer Verbesserung gelangt, wie es mit Hilfe des Lohnamtes geschehen ist. Und wie steht es mit den Handwerkern, insbesondere in der Industrie, wo doch mehr als Zwanzigtausende in Frage kommen? Auch sie haben mit Hilfe der „Arbeitsämter“ schnell und kampflös eine Erhöhung ihrer Löhne erreicht.

Das alles sind nur kleine Beweise für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges. Aber sie mögen zur Zeit hinreichen, um jeden Leser zu überzeugen, daß reifliche Zusammenfassung aller Arbeitnehmer in den freien Gewerkschaften Lebensbedingung ist. Die christlichen und anderen Gewerkschaften sind schon auf Grund ihrer geringen Mitgliederzahlen bedeutungslos geworden in dem Kampf um Besserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die wichtigsten Gründe zur Abgabe gegenüber diesen Verbänden liegen auf anderen Gebieten.

Eins zum Schluß: Ob es möglich sein wird, in absehbarer Zeit durch große Aktionsfähigkeit allumfassender Gewerkschaften den Reallohn, d. h. den Lebensbedarf der Arbeiter, zu erkämpfen, wird davon abhängen, daß alle Arbeitnehmer sich als Glied in der Kette der Arbeiterbewegung finden und den Weg zum bezeichneten Ziele beschreiten. Selten wird uns hierbei das Verlangen aus der Masse, wie in den Vorkriegszeiten, aufstrebende, bildende und vertiefende Vorträge von den Gewerkschaften zu fordern.

Von der „Volksmacht“ soll an dieser Stelle zum Verständnis des gewerkschaftlichen Gedankens beigetragen werden.
Richard Sahn.

Konzerte.

Berner Quartett.

Selten ist einem Quartett gegenüber die Aufgabe des Kritikers so schwierig, wie gegenüber dem Berner Streichquartett, das am 26. September zum ersten Mal in Breslau spielte: in diesem Hinsicht, in manchem zu lebhaftem Widerspruch herausfordernd.

Zunächst das Programm: Am Anfang und zu Ende ein Mozart (e-dur) und ein Schubert (d-moll), die beide zu den besten Kammermusikwerken der beiden Komponisten gehören, beide von einem Gedankenreichtum und vor allem gefühlsmäßiger wie intellektueller Klarheit, wie sie eben für die Produkte des Gipfelpunktes einer Kulturreife eigenartig sind. Dazwischen ein Claude Debussy (g-moll, op. 10). Es ist immer etwas riskiert, eine ausgeprägten modernen Komposition neben zwei strengen Klassikern zu stellen. Ich finde jedoch, daß die große innere Distanz der Kompositionen zweier so verschiedener Epochen hier gar nicht stört. Auch das Debussysche Quartett ist so klar, daß eine Umstellung des Hörers, wie sie sonst beim Übergang von klassischer zu moderner Musik so oft nötig ist, und die völlige Auffassung der letzteren eine Weile erschwert, hier gar nicht erforderlich war. Was jedoch diese Nummer des Programms nach dem Abklingen des ersten Hingertens doch für mein Gefühl stark zurücktreten ließ, war zweierlei: einmal, daß diese Komposition dem in der deutschen Musik aufgewachsenen innerlich fremd ist. Menschen, für deren Innenseelen diese Musik den Ausdruck bildet, erleben völlig anders als wir. Dies war, das die sofortige Erfahrung erschwerte, was einen Zwang, gewissermaßen härter, kritischer hinzuhören, um dem geistigen Gehalt näher zu kommen, und was um so unerträglich erkennen ließ, daß diese Musik einfach auf einem anderen Niveau steht, als Mozart und Schubert. Sie ist enorm schwungvoll, aber zu erpöht, zu sehr der Ausdruck bloß eines lebhaften Naturells und nicht so sehr tiefer, überwältigender Leidenschaft, um einen wirklich nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Man hätte wünschen mögen, daß diese keine Musik in einem Rahmen geboten worden wäre, wo man mehr auf ihre Schönheit, als darauf hingewiesen worden wäre, daß sie — wenigstens nach unseren Begriffen — keinen Höhepunkt bezeugt.

Bei der Wiedergabe des Mozart mochten die Herren die nicht so völlig eingepreist gewesen sein, wie in den beiden vorhergehenden Quartetten. Es wurde sehr schön, aber nicht so geklärt, wie ich ihn schon von manchen anderen Quartettvereinigungen gehört habe. Er bietet gerade dem Berner Quartett wohl am nicht so sehr Gelegenheit, seine ganz besonderen Eigenschaften zu entfalten, wie der darauf folgende Debussy, der ein wunderbares Gefühl wurde. So etwas von Jugendlichkeit und tieferer, aber einmündiger zwischen dem Gemütsalter der Spieler — der erste Geiger ist bei weitem dominierende — und dem Geiste, aus dem diese Musik geboren ist, erlebt man wohl kaum ein zweites

Arbeiterbewegung glatter verlaufen zum Vorwurf gemacht und behauptet, daß der Streik unbedeutend und vom Jamme getrieben ist. Wie verhält es sich in Wirklichkeit damit?

Der Deutsche Buchdruckerverein (Prinzipalverband) ist nach mehr als einjähriger Bestehen des Reichstariffes für das Deutsche Buchhändlergewerbe und verwandte Berufsweige dieser Tarifgemeinschaft beigetreten. Doch wie steht es um die Tariftreue dieser Arbeitgebererschaft?

Obgleich die Erneuerung des Tarifvertrages im Juni d. Js. der Arbeitgebererschaft keine weiteren materiellen Vorteile gebracht hat, als einzig und allein die Verlesung einzelner Orte Schlesiens in höhere Ortsklassen, hat die schlesische Prinzipalität, obgleich sie an den Tarifvertrag gebunden ist, denselben als für sie ungeeignet mehrfach abgelehnt. Erst am 29. September hat eine solche Kreisversammlung der Prinzipalität getagt, die wiederum zu dem gleichen Beschlusse gekommen ist.

Dieser mehrfach gefasste Beschluß wirkt sich auch praktisch aus, indem man mehrfach der Arbeitgebererschaft die ihnen tariflich zustehenden Löhne vorenthält. Klagen beim Tarifschiedsgericht führten bei Stimmengleichheit zur Abweisung der von den Arbeitnehmern angelegten Klagen. In neuerer Zeit läßt man das Tarifschiedsgericht überhaupt nicht mehr zusammentreten. So werden u. a. bei der Firma A. Hülsen an den Maschinen, an denen nach den tariflichen Bestimmungen nur männliche Arbeitskräfte beschäftigt werden dürfen, Arbeiterinnen beschäftigt. Das angerufene Tarifschiedsgericht wurde von der Prinzipalität labortiert. Die Arbeitnehmerorganisation wandte sich nunmehr an den Schlichtungsausschuß, der zweifellos hätte tätig werden müssen, nachdem die Tarifinstanzen versagt haben. Die Arbeitgeber sollten jedoch mit Erfolg die sachliche Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses an.

Bei den zentralen Reichstariffverhandlungen im Juni hat die Arbeitgebererschaft unter anderem auch die Verlesung Breslaus als Großstadt von der 3. in die 2. Lohnklasse beantragt. Die Zentralstände der Arbeitgeberverbände stimmten dem Antrage zu. Sachlich war damit der Ortsklassenstreit erledigt. Doch formell konnte er nicht erledigt werden, weil keiner der Breslauer Arbeitgeber zu diesen Verhandlungen erschienen war. Der Empfehlung der Verbände der Arbeitgeberverbände, die Arbeitgebererschaft in Breslau vom 1. Juli ab nach der Tarifklasse 2 zu bezahlen, wurde nicht entsprochen.

Anfang September fanden neue zentrale Reichstariffverhandlungen statt. Diesmal nahm einer der Breslauer Arbeitgeber an den Verhandlungen teil. Doch wurde auch hier der Ortsklassenstreit noch nicht formell erledigt, weil der Herr angeht auf telegraphischen Ruf aus seiner Sommerfrische an den Verhandlungstisch geht und kein Material mit zur Stelle hatte. Er brückte es bei den Verhandlungen in Leipzig durch, daß die formelle Erledigung des Ortsklassenstreits durch örtliche Verhandlungen in Breslau erfolgen soll. Das war am 4. September. Erst auf mehrfachen Drängen der hiesigen Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder wurden endlich Verhandlungen für den 26. September angelegt. Bei diesen Verhandlungen wurde von allen Arbeitgebern übereinstimmend unter Führung der Instandsetzer der Arbeitnehmervertreter erklärt, daß man die Löhne der Tarifklasse 2 nicht zahlen könne. Ein weiteres Verhandeln war aussichtslos.

Schon im August hatte infolge der sonderlichen Haltung der Arbeitgeber die Arbeitgebererschaft die Forderung erhoben, die derzeitigen Löhne der Gehilfen um 100 Mark pro Woche, die der Arbeiterinnen um 75 Mark pro Woche, zu erhöhen. Die Feuerungswelle rechtfertigte diese Forderung. In der Annahme, daß die Arbeitgeber das Zentralverhandlungsergebn wiederum nicht anerkennen würden, entschloß sich die Arbeitgebererschaft in Breslau zu diesem selbständigen Vorgehen. Daß sich die Arbeitgebererschaft mit Bezug auf die Leitung der Arbeitgeber nicht gekümmert hat, bezeugt der Ausgang der Kreisversammlung der Prinzipalität am 29. September.

Die örtlichen Verhandlungen am 22. August forderten jedoch nur eine Notvereinarbeit, in der man der Arbeitgebererschaft für den Monat August eine geringfügige Wirtschaftsbefreiung zusprach und die Verhandlungen über die weiteren Forderungen bis nach Abschluß der zentralen Verhandlungen zurückstellte. Die Arbeitgebererschaft ging, um einen Kampf zu vermeiden, noch einmal darauf ein. Bei den zentralen Verhandlungen wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne beschlossen, die bei den Gehilfen bis zu 90 Pfg. und bei den Arbeiterinnen bis zu 60 Pfg. die Stunde beträgt. Die Zulagen sollten von der 1. Septemberwoche bezahlt werden. Der Buchbinderarbeiterschaft in den Buchdruckerbetrieben wurden diese Zulagen nicht gezahlt. Die Arbeitgeber erachteten vielmehr diese Zulagen durch die Wirtschaftsbefreiung für abgegolten. Obgleich der Tarif ausdrücklich vorsieht, daß diese Stundenzulagen auf die bisher gezahlten Löhne kommen soll. So ist denn durch die un-

dem sie lediglich die Ausgabe zuweisen, festzustellen, ob der Streik ein Tarifbruch ist und demzufolge ungerichtlich wäre. Das hat der Schlichtungsausschuß denn auch gründlich befragt. Er entschied sich mehr als dreistündiger Verhandlung und Beratung, daß er einen Tarifbruch der Arbeitgebererschaft nicht als vorliegend erachtet und demzufolge auch den Streik nicht als unbedeutend erklären könne.

Wer nun glaubte, daß die Arbeitgeber nunmehr auch mit den Vertretern der Arbeitgebererschaft über die sachlichen Streitpunkte verhandeln würde, der sah sich gründlich getäuscht. Darüber wurden Verhandlungen von ihnen rundweg abgelehnt mit der Behauptung, daß sie auf Grund einer mit Unrecht herangezogenen Tarifbestimmung örtlich nicht verhandeln dürften. So geht denn der Kampf weiter, der mit jedem Tage an Ausdehnung gewinnt.

Ausland in der Großbäckerei des Breslauer Consum-Bereins.

Heute früh traten sämtliche Bäcker des Breslauer Consum-Bereins in den Streik.

Die Ursache ist eine von Seiten der Direktion vorgenommene Arbeitszeitverkürzung von täglich 8 auf 5½ Stunden. Durch diese Arbeitszeitverkürzung ist der Verdienst so niedrig, daß eine Existenzmöglichkeit für die dort beschäftigten Bäcker nicht mehr gegeben ist. Nach dem Bericht des Verbandes der Bäcker und Konditoren ist eine Begründung zu dieser Maßnahme nicht gegeben. Bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandlung, wo dasselbe beschäftigt war, konnte im letzten Augenblick die Angelegenheit noch beigelegt werden. Die Bäcker in diesem Unternehmen arbeiten wieder volle acht Stunden.

Streik der Steingutwerke A.-G. Betrieb Breslau und Carlswitz.

Die gesamte Arbeiterchaft der Steingutfabrik, Wert Matthiasstraße und Carlswitz, befindet sich seit Sonnabend infolge negativen Resultats zentraler Lohnverhandlungen in Eisenach i. Th. im Streik.

Die Direktion der Werke weigerte sich beharrlich, mit der Lohnverhandlungskommission in örtliche Verhandlungen einzutreten, worauf die gesamte Belegschaft beider Werke auf der Stelle geschlossen die Arbeit niederlegte.

Die technischen Angestellten nehmen vorläufig abwartende Stellung ein.

Vor Arbeitsaufnahme in beiden vorbenannten Werken warnt die Zahlstellenverwaltung des Porzellanarbeiterverbandes.

Die Streikleitung.

Der Streik der Tabakarbeiter

Bei der Firma Barth & Böttgermann, Hauptstraße, ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Die Firma erklärte sich bereit, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Die Arbeit ist Montag früh wieder aufgenommen worden.

Aus der Provinz Schlesien.

Die „Schlesische Bergwacht“ 10 Jahre alt.

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, konnte am 1. Oktober auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Zunächst als Kopfblatt unserer „Volksmacht“ begründet, hat sich das Parteiblatt des mächtigen niederschlesischen Industriezentrums zu voller Selbständigkeit entwickelt und ist heute eines der durch seine große Verbreitung auch wirtschaftlich mit am besten begründeten Blätter unserer Partei. Sachlich hat die „Bergwacht“ in scharfen Kämpfen gegen rechts sich immer wieder hervorgetan und zuletzt durch die Veröffentlichung des Waldenburger Aufmarschplans der Orgeß und anderer Orgeßmaterial, das nicht demontiert werden konnte, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie ist natürlich auch von links heftig angegriffen worden, ohne sich dadurch in ihrer Stellungnahme für Sozialismus und Demokratie anzusehen zu lassen. Wir wünschen dem zukunftsreichen Bruderblatt eine Entwidlung in den nächsten 10 Jahren, die der Entwidlung im ersten Lebensjahrzehnt entspricht.

Mit Gott für König und Vaterland.

Am 25. September fand in Plüschlau unter großem Trara die Einweihung des Kriegerdenkmals für die Gefallenen des Feldzuges 1914—1918 statt:

Sieben Kriegervereine mit ihren Fahnen und der Inschrift: „Mit Gott für König und Vaterland!“ hatten sich aus den umliegenden Dörfern eingefunden. Die Großgrundbesitzer, „ehemalige Offiziere“ aus den umliegenden Dörfern, waren trotz dem Verbot des Herrn Reichspräsidenten in der alten Uniform mit den wihelmischen Abzeichen erschienen. Es fehlte auch an großen Reden nicht, worin mit allem Nachdruck betont wurde, wie 1914 „der König rief und alle, alle kamen“, und wie die stolze Armee: „Mit Gott für König und Vaterland“ ins Feld zog. Die Opfer dieser Armee, die „Mit Gott für König und Vaterland“, (für wen?) hinausgeschickt wurde, weist nun dieses Kriegerdenkmal mit den 37 Inschriften auf.

Trotz alledem edelstrennten sich diese Herren, wieder Stimmungen für neues Blutvergießen.

Hirschberg. Warnung vor wilden Arbeitsgemeinschaften. Von amtlicher Seite wird dem „Boden aus dem Riesengebirge“ geschrieben: Ehemalige Führer und Angehörige des Selbstschutzes sammeln in manchen Gegenden Geld, um neue sogenannte „wilde Arbeitsgemeinschaften“ wieder zu gründen. Auch Hochkapler und Schwinder scheinen unter dem Deckmantel „ehemaliger Selbstschutz“ ihr Unwesen zu treiben. Vornehmlich wird an Banken, Großindustrielle und Großgrundbesitzer, aber auch an Vertreter von Behörden, herangezogen. Vor dem Treiben vorerwähnter Personen kann demnach nur gewarnt werden.

Petersdorf. Ein entsetzlicher Tod. Der im 20. Lebensjahre lebende Sohn des Hausbesizers Julius Mat in Agnetendorf, der Arbeiter Hermann Mat, stürzte am Donnerstag in der Glasfabrik in einen Kessel kochender Lauge. Er trug so schreckliche Verletzungen davon, daß er am Freitag im Warmbrunner Krankenhaus seinen schweren Qualen erlegen ist.

Reichenbach. Einsturz eines Berggletschers. Auf der Reuzober Seite des Galsgebirges in der Gegend von Reudorf bei Waldgrund hörten Waldarbeiter plötzlich ein eigenartiges Geräusch, das der polternden Bewegung größerer Erdmassen gleichklang, dazwischen das Besten von Bäumen. Als sie dem Geräusch nachgingen, bot sich ihnen ein überwältigender Anblick. Der Regel des Reichenbach war in Bewegung geraten, der Gipfel war zertrümmert und polterte noch weiter in sich zusammen. Die Anfänge des gewaltigen Naturchaos mußten sich schon in der vorhergehenden Nacht abgespielt haben und jetzt handelte es sich nur noch um den fortgesetzten Nachruß weiterer Massen des Berggletschers. Ein großes Erämmerfeld hatte sich hier ausgebildet. Die Erklärung liegt darin, daß vor nahezu hundert Jahren in jenem Berg ein Raststollen eingeführt und lange betrieben wurde, wozu der Berg auch seinen Namen hat. Diese Stollen sind nicht mehr beachtet Untergrabung des Berges hat sich nur in einem Zusammenhang gelöst. Die zusammengedrängte Gesteinsschicht liegen die stützen Bäume zerbrochen auf dem Erämmerfeld und während hat sich darunter die Klüfte des alten Stollens geöffnet.

Mal. Intellektueller, schwungvoller und im Klang schöner kann man sich die Wiedergabe dieses Quartetts gar nicht vorstellen.

Ganz eigenartige Empfindungen erregte die Auffassung, in welcher der Schubert gespielt wurde. Schärfe und Stimmung schienen noch von Debusis her in den Spielenden nachzuwirken. Aber das spezifisch französische Temperament, das in Debusis so fahrend wirkte, weil es dort der Komposition entsprach, paßt nicht zu Schubert. Es brachte etwas unruhiges in diese heitere, klare, auch in den lebhaftesten Tönen immer ruhige Musik, hinein. Ein nervöser Schubert — groß aus, drückt — ist eigentlich ein Un Ding. Und doch ist einach hier das hin, was den alles entzückenden Reiz schwungvoller Jugendlichkeit bildet: ihre Schlichtheit, ihre tiefe Verwurzelung in der künstlerischen Natur des Ausführenden.

Hauptsächlich kommen die 4 Herren noch oft nach Breslau und machen uns weiterhin mit einer uns noch weniger bekannten Musik vertraut, die sie zweifellos besser spielen als unsere Musiker.
Dr. S.

„Kammermusikabend“ der freien Sängervereinigung „Vormärts“.

Was ist ein Kammermusikabend? — Ein Kammermusikabend ist, daß, wenn ein Gesangsverein ein Tanztränken entriert, dabei anstandslos ein paar Chöre singt und der Bekömmlichkeit halber Kaffee, Kuchen und Bier von den Tonstücken einer ungenügend Bach, Mozart, Beethoven, Wagner, Kreisler, Godeard, Schreiner, nebeneinander verzapfenden Salonkapelle hinuntergipfen läßt, man ein für Inzertationszwecke günstiges Aushängeschild hat, das, wenn es sich bei der Anprezierung nicht um geistige, sondern um leibliche Nährstoffe handeln würde, unfehlbar als Vergehen wider das Lebensmittelgesetz das Gericht beschlagnahmen müßte. Daß ein Kammermusikabend um 3½ Uhr nachmittags beginnt, wird höchstens jene gewissenhaften Bürokraten in Hornisch bringen, die sich auch darüber motivieren, daß z. B. das 8 Uhr-Abendblatt schon um 7 Uhr oder um 6 Uhr gellend durch die Straßen schreit. Aber vielleicht sollte man diesen eigenartigen „Kammermusikabend“, dessen neuacommene Definition eine Wade meiner mangelhaften Bildung schließt, als interne Veranstaltung der freien Sängervereinigung „Vormärts“ auf sich herab lassen? Wenn man jedoch auf der anderen Seite die mühseligen, planmäßigen, auf Hebung und Pflege des Schönen, heilsamen hinführenden Bestrebungen verfolgt, so muß man öffentlich gegen die Vergiftung des Gesangs die Stellung nehmen, wenn diese Symptome auch offensichtlich in Erscheinung treten. Wie soll man gegen Gesangsvereine, gegen Verwirrung des Gehörns, gegen Riß und Schund ankämpfen, wenn der Feind in den eigenen Reihen steht?

Ich weiß nicht, wer für diese größte Irreführung der öffentlichen Meinung verantwortlich ist, aber ich denke mir, daß ein Dirigent, der ein Führer sein will, so viel Autorität und so viel kultiviertes Empfinden besitzen muß, um auf dem Niveau der Kammermusik einwirken zu können.
—g.—

Die „Gassenkönigin“

Bis 1/6 Uhr gewöhnlicher Preis! Ab 1 Uhr halber Preis!

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER Beginn: 1/25 Uhr!

Die Königin der Gartenstraße oder **Duftendes Unkraut**

Wiederum ein Schlager-Programm!

Die „gelbe“ Schmach

Variétéschau: Gebürder Krämer, Musikgenies — Marx, Humorist.

DK Gewöhnliche Preise! Sensations-Schlager!

Auge um Auge 5 Akte

oder: **Die Höhle von La Christa**

Im Tal des Schreckens 3 Akte

Caro Ab!!!

Ruba-Seife

Beste Hauswaschseife.

Rudolph Balhorn

Stadt-Theater.

Montag 7 1/2 Uhr: **La Traviata.**

Dienstag 7 Uhr: **Der Opernbau.**

Samstag 7 1/2 Uhr: **Des Dreimäderlhaus.**

Orchester-Verein u. Singakademie

Heute Montag, mit 1 Uhr, letzter, einziger Termin für Ab-Konzerte u. Kammermusik bei Hainauer.

Bühnen-Vollbund.

Montag, den 3. Oktober: **Robert der Teufel.**

Boranzige.

Dienstag, den 11. Oktober: **Robert der Teufel.**

Vereinigte Theater in Breslau.

Lobe-Theater. Id. 1774 Thalia-Theater.

Montag, den 3. Oktober, 7 1/2 Uhr abends: **„Dummkopfstudenten“**

Harry Piel-Week

ZEPHERINO

Harry Piel: Der Reiter ohne Kopf

Sonntag 3 Uhr: Kinder-Vorstellung.

Barber

Tag- u. Abendunterricht

Ausbildung in allen Handelsfächern

AUSSTELLUNG

„Deutschland und der Friedensvertrag“

9.-23. Oktober

Ausstellungshallen — Schelling

Täglich Filmvorführungen

Licht-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr: **Das große Oktober-Programm.**

Zeitgarten

Eröffnung der Winter-Spielzeit.

Attraktionen

Anfang 7 1/2 Uhr

TANZ

Abends 8 Uhr: **Großes Weinlesefest**

Dominikaner!!!

Täglich Punkt 7 1/2 Uhr Täglich Auf allgemeinem Wunsch: **Schwarzbrot**

in Gummiwaren

Frau B. Zander, Breslau 9.

Luna-Park

Breslau-Morgenau

Montag-Kaffee-Kränzchen

Abends 8 Uhr: **Großes Weinlesefest**

Schöne Herrenkleidung

Militär-Mäntel

Jaschonek & Kleiner, Grunstraße 2.

Die französische Revolution

von Hans Prehm-Drewitz

Buchhandlung „Volkswacht“

Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Schuhwaren-Ausverkauf

Schuhquelle

Gartenstraße 16, an der Markthalle.

Arbeitsmarkt

Hutarbeiter

zum Strohhüten für dauernde Beschäftigung gesucht.

Heinrich Pätzold, Hutfabrik, Reuschestr. 51.

Fledermaus-Luft-Tein

Ohlauer Stadtgraben 21.

Morgen und folgende Tage: Das gewaltigste Filmwerk der Gegenwart!

Der Gefangene

2. Teil

Die entfesselte Menschheit

Original-Ausführung. 3 große Akte.

Wer kennt diesen Kopf?

Gen. Schmitt unter D 231 Gp. 2. 3g.

Breslau rast!

15.000 Mitbewerber

Inhalt: Weltkrieg 1914/18. Von Fländern nach den Karpaten. Defensive an allen Fronten.

Der politische Mord

Im Wandel der Geschichte

von Paul Livan.

270 Seiten stark, elegant gebunden

Preis nur 12.- Mk., nach auswärts Porto.

Buchhandlung „Volkswacht“, Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Böhm. Bettfedern

Sehr gelüft. Gänsefedern. Milchsäure. Keine Wärme und Dampfung. Kein zu kaltes Bett.

Fl. Köhler, Ring 2, im Hof. Telefon 200.

Die billigsten und reellsten Bettfedern

H. Richter, Fürststraße 18 (am Hauptbahnhof).

Hüte

Schwarzer, Modell 50.

Marineblaue Tackanzüge

Cataway

Wischer-Schlüpfer

Genossen!

Landleute u. Private! Beim Ein- und Verkauf von Möbeln in jeder Art werden auch nur an den

Tüchtige Rohrleger

für gute Ruffen-Druckleitungen nach auswärts gesucht

Ingenieur Richard Kliner, Gohlftr. 164.

Wächter u. Haushälter

mit Wohnungsbereitigung und Gehalt zum sofortigen Antritt. Offerten unter R. 24 an Anzeigen-Annahme der Volkswacht, Nummer 54.

Schneider

nur für Raglans und Schlüpfer für dauernde Beschäftigung sucht

S. Guttentag, Althäuserstraße 5.

Strohhutnäherinnen

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Heinrich Pätzold, Hutfabrik, Reuschestraße 51.

Genossen!

Landleute u. Private! Beim Ein- und Verkauf von Möbeln in jeder Art werden auch nur an den

Altmetalle

Winter, Friedrichstraße 61.

Zeitungs-Trägerinnen

für Kaiser Wilhelmstr. u. Grabhener Tor sofort gesucht. Meldungen in der Expedition des „Volkswacht“ Flurstr. 4/6.

Botenfrauen

Bitte bei allen Einsparungen, werden gefast die Inferenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Möbel

auf Kredit

Zum Verkauf

Sehr schöne Möbel

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Oktober.

Bundestag deutscher Bodenreformer.

Nach Erstattung des Jahresberichts sprach Prof. Dr. Büchel-Münster über die Bewertung des Bodens in der modernen Steuer- gesetzgebung. Auch der nächste Redner behandelte die Steuerfrage in seinem Vortrage „Bodeneinschätzungsfragen und ihre Bedeutung.“

Aus einem Vortrage des Oberregierungsrates Dr. Wenzel-Berlin, „Abwärtige Jugend und Bodenreform“, sei besonders die Stelle erwähnt, in der er einem Teil der Jugend den Vorwurf macht, daß sie sich parteipolitisch zerplittere und so bitter kämpfe. Nationale Politik kann ohne Sozialpolitik nicht getrieben werden.

Geheimer Admiraltätsrat Dr. Schramm-Berlin, ehemalsiger Kommissar des Reichsjustizministeriums, spricht nun über ein sehr interessantes Thema „Die Bodenfrage in der großen Umwälzung unserer Zeit.“

Dann schilderte Oberregierungsrat Köppl die Tätigkeit der schlesischen Landgesellschaft und des „Schlesischen Heims“. Er nannte Schlefien das Land der kleinen Leute (Zwergerwirtschaften). 233 neue Stellen hat die Landgesellschaft geschaffen.

Als nächster Redner sprach Hillmann, Geschäftsführer des schlesischen Kleinbauernbundes. „Siedlungsarbeiten in Schlefien, Geschäftliches und Tatsächliches.“ Von der geschichtlichen Entwicklung der Siedlung Schlefien kam Redner auf die Steinliche Befreiung vor 100 Jahren zu sprechen.

Dann sprach Falkenberg-Berlin: „Die Rolle der Beamten und die Bodenreform.“ Er hat nicht deshalb das Thema so gewählt, weil er für die Beamten eine Sonderpolitik treiben wolle, sondern er wolle den Beamten zeigen, wie sich haben von der Bodenreform zur Beamtenenschaft hinziehen.

Angestellte und Beamte 10 Prozent Steuern ohne Murren gezahlt hätten. Wir begrüßen es, daß die Regierung dieses anerkannt hat, aber wir verlangen auch, daß nun auch andere Steuerzahler ihre Steuern zahlen.

Am Sonnabend nachmittag fand eine allgemeine Aussprache der Mitglieder statt.

Retung aus Wohnungsnot, Teuerung und Vereinfachung.

Unter diesem Motto fand als Abschluß der Tagung des Bundes der deutschen Bodenreformer am Sonntag im vollbesetzten „Dom der Demokratie“ eine öffentliche Volksversammlung statt.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Breslau des Bundes deutscher Bodenreformer, Lehrer Bentler, begrüßte die erschienenen und erklärte dann dem Bundesvorsitzenden der D. B., Dr. Damalschke, das Wort.

Wenn eine zeitlang infolge der Mietrückhaltung der Mieten und durch die Entwertung des Geldes eine Gefährdung der Verhältnisse näher gerückt hätte, so treten jetzt die alten Mißstände auf dem Lande bei Verkäufen und Verpachtungen wieder hervor.

Wir, zu vielen Tausenden in der Breslauer Jahrhunderthalle versammelten vom Bunde deutscher Bodenreformer und dem Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen

Die Reichsversammlung verheißt in Artikel 155 jedem Deutschen ein festes Recht am Heimatboden und erklärt das Anrecht der Volksgemeinschaft auf die Grundrente.

Zu 1. Die schnelle Verwirklichung des vom „ständigen Seirat für Heimatstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ aufgestellten Entwurfs eines Bodenreformgesetzes zum Säug des deutschen Bodens gegen jeden Mißbrauch durch in- und ausländisches Spekulationskapital.

Zu 2. Die entschlossene Anwendung des Siedlungs- und Heimstättengesetzes und eine eifrigste Durchführung des sozialen Schutzes der Mieter, Pächter, Kleinbauern und Kleingärtner.

Zu 3. Eine durchgreifende, den Kleinbesitz schonende, aber den Großbesitz gerecht erfassende Grundrentensteuer, die aufräumt mit allem noch immer gelegentlich geduldeten, ja geradezu geförderten Steuerbegünstigungen.

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen trug Oberpräsident Rapp u. a. ein von Dr. Damalschke verfaßtes Lied „Land“ vor.

An Stelle des verabschiedeten Reichstagspräsidenten Lobe sprach Landtagsabg. Reus-Deßau. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es in Zukunft keine Mietskämpfe, nur Einfamilienhäuser geben wird und führte England an, das in dieser Hinsicht vorbildlich sei.

Als Vertreter Oberschlesiens spricht der katholische Pfarrer Dr. Fronaber, der darauf hinweist, daß die katholische Bewegung eine soziale Bewegung ist, und wenn die Bodenreform dort nicht bald durchgeführt werde, dann müsse mit dem Ausbruch kommunistischer Unruhen gerechnet werden.

Nach einstimmiger Annahme obigen Aufrufs hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Vom Lebensmittelmangel.

Die Preise gehen sprunghaft in die Höhe und trotzdem künden Plakate an den Schaufenstern, daß die Waren noch teuer werden. Ganz erheblich fühlbar macht sich die Teuerung beim Gemüse, Obst und in den Kolonialwaren.

Der Obstmarkt ist sehr gut verzehrt, sowohl mit gemäßigtem, als auch mit Tafelobst. Die Pfäffchen stellen sich bereits auf 4 Mark das Pfund; die hiesigen Weinstrauben auf 6 Mark, während ausländische 9 und 10 Mark kosten.

Die Kosten bereits 2,20 Mark das Stück. Der Preis der Tafelbutter kann wohl nicht mehr in die Höhe geschraubt werden; denn sie wird ja jetzt schon nicht mehr viel gekauft.

Aus dem politischen Sumpf.

Ein Reizfall der Breslauer politischen Polizei.

Ein großer Prozeß beschäftigte am Freitag und Sonnabend das Breslauer Schwurgericht. Angeklagt ist der unter dem Namen Josef Klein bekannte Kommunist, der Ende 1920 in Breslau viel von sich reden machte.

Diesmal handelt es sich um die Versammlung, die von der kommunistischen Partei am 27. Dezember 1920 nach dem Schloßplatz einberufen worden war. Redner war Schöner. Nach Beendigung der Rede forderte er zu einer Demonstration nach dem Rathaus auf.

Schöner sagt nun, daß ihm das Demonstrationsverbot erst in dem Augenblick vom Kriminalkommissar Lohz überreicht wurde, als sich der Zug bereits in Bewegung befand; er also keinen Einfluß mehr auf die Menge hatte.

Als erster Zeuge wurde Kriminalkommissar Lohz vernommen. Auf Antrag der Verteidigung blieb er unverschiedet, da er des Landfriedensbruchs verdächtig sei. Seine Vernehmung war sehr eingehend und es wurde ihm manche Frage vorgelegt, die ihm sichtlich unangenehm war.

Über die Versammlung am dem Schloßplatz befragt, erklärt er, daß er die ganze Rede des Schöner gehört habe, er habe sie aufreizend empfunden; überhaupt habe er das Gefühl gehabt, daß alles zu Gewalttätigkeiten vorbereitet war.

Die Frage der Verteidigung, ob er den Aufruf hatte, den Zusammenstoß zu provozieren, beantwortete er mit nein. Trotzdem bleibt unverändert, warum Lohz das Verbot, das er doch in der Tasche hatte, dem Redner, oder der Leitung nicht vor, oder während der Rede überreichte, sondern erst zur Demonstration aufzudrängen ließ.

In der hundertjährigen Berechnung kam noch manches aus der Tätigkeit des Herrn Lohz zur Sprache, das, wenn dafür die Beweise erbracht werden können, es geradezu skandalös für einen republikanischen Beamten wäre.

Oberpräsident Zimmerer verweigerte als Beamter die Auskunft und verweigerte auch die Vernehmung seiner Beamten. Als Privatmann ist ihm nichts bekannt, daß er beipflichtet wird.

Polizeipräsident a. D. Liebermann wird ebenso wie Kriminalkommissar Lohz unverschiedet vernommen. Auf Grund seiner vielen einseitigen Maßnahmen stellt die Verteidigung fest, daß er parteiisch handelte, wogegen er sich zu vermahnen versucht. Er wird schließlich verurteilt, da er sich selbst, nach Auffassung des Gerichts, nicht als Räubersführer strafbar gemacht habe.

Die Sonnabend-Verhandlung begann mit der nochmaligen Vernehmung des Kriminalkommissars Lohz, der von Verteidigung und Angeklagten in ein neues Kreuzfeuer genommen wurde. Die Frage, ob er (Lohz), außer seinem Gehalt noch andere Gelder bezogen habe, verneinte er, dagegen lehnte er die Beantwortung der Frage, ob er Gelder zur Bekämpfung der kommunistischen Partei bekommen habe, als nicht zur Sache gehörig ab. Schließlich wollte die Verteidigung von ihm wissen, ob er einen Landrat in der Nähe Breslaus benachrichtigt habe, die Kommunisten wollen ein Waffenlager der Dragoi aushoben. Das Gericht war der Ansicht, daß diese Frage nicht zur Sache gehört. Nun wurde mit der Vernehmung der Polizeibeamten begonnen. Die Verteidigung widersprach deren Vernehmung, da sie sämtlich der Mittäterschaft verdächtig seien. Das Gericht beschloß ihre Vernehmung.

Polizeioberwachmeister Rixen sagte, der Angeklagte habe in seiner Rede geäußert, auch habe sich der Zug erst in Bewegung gesetzt, als der Angeklagte gesagt hatte: „Antreten, los, los!“, und zwar habe er dies erst gesagt, nachdem er das Demonstrationsverbot gelesen habe. Zeuge habe nun die Papiere des Angeklagten verlangt, sie lauteten auf den Namen Klein; und sie haben sich nach eingezogenen Erkundigungen als gefälscht ergeben. Bei seiner Vernehmung verweigerte dann Klein die Aussage über seine Vernehmung und erklärte schließlich, daß er genau so gut falsche Papiere haben könne, wie die Reaktionäre, denen Herr Lohz dünkendweise Ausweise ausgestellt habe.

Nun wurden eine Reihe Entlastungszeugen, Anwärter der kommunistischen Partei, vernommen, die nichts wesentliches aussagen konnten. Nur der Parteimitglied Gruschwitz bestätigte, daß ein Demonstrationsverbot weder schriftlich noch telephonisch auf dem Parteibüro eingegangen sei.

Ein Sipobeamter bezeugte, daß er von den Demonstranten hart bedrängt worden sei, so daß er zur Waffe greifen mußte und einen Luftschuß abgegeben habe.

Nachdem nach einer abermaligen Vernehmung Polizeipräsident a. D. Liebermann verurteilt worden war, wurde als Sachverständiger Landtagsabgeordneter Genosse Theodor Müller-Breslau vernommen. Nach seiner Ansicht sei das Verhalten der Polizei an dem fraglichen Tage geradezu ungeheuerlich gewesen. Hier habe die Polizei nicht vorbeugend, sondern im gegenteiligen Sinne gewirkt. Eine Versammlung oder eine Demonstration könne nur während eines Belagerungszustandes verboten werden; mit Kommunisten könne man keine Ausnahme machen; denn sie seien genau so gut Staatsbürger wie alle übrigen. Wäre das Demonstrationsverbot nicht im letzten Augenblick ergangen, so wäre es gewiß zu keinem Zusammenstoß gekommen. Ein Eingreifen der Polizei ohne Grund würde ange-

Hierauf wurde auch der Zeuge Doh verurteilt. Staatsanwalt Groß betonte in seinem Plädoyer zunächst, daß Scheyer für ihn nicht Kommunist sei, sondern ein deutscher Staatsbürger, der gegen die Gesetze verstoßen hat. Besonderen Wert habe auch der gegen die Gesetze verstoßen hat. Besonderen Wert habe auch der gegen die Gesetze verstoßen hat.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen nach schwerem Landfriedensbruch und intellektueller Urkundenfälschung und bejahten die Fragen, daß er von falschen Bestimmungspapieren Gebrauch gemacht und sich einen falschen Namen beigelegt habe.

Abends 10 Uhr erging das Urteil. Das Gericht erkannte auf 150 Mark Geldstrafe oder für je 15 Mark ein Tag Haft, die durch die erstellte Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Der in dieser Sache gegen ihn erlassene Haftbefehl wurde aufgehoben.

Liebermann Hagt!

Daß Herr Liebermann ein sehr sonderbarer Republikaner ist, geht wieder aus folgendem neuen Briefe hervor, den er uns schickt, und von dem wir zunächst wieder durch die „Schlesische Zeitung“ Kenntnis erhielten. Er schreibt uns also:

Ich habe versucht, über die von Ihnen erhobenen Vorwürfe mich sachlich vor der Öffentlichkeit mit Ihnen auseinanderzusetzen, trotzdem sie in ihrer allgemein gehaltenen Form sachlich nicht durch berechnete, sachliche Kritik an meiner Amtsführung zu üben, sondern mich in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Sie haben, wie ich vorausgesehen habe, darauf verzichtet, Ihr Material vorzubringen, weil Sie kein solches haben können. Sie wagen daher nicht, meine zweite dringliche Aufforderung zur Kenntnis Ihrer Leser zu bringen und jucken die Schwäche Ihrer Lage durch Wiselen über meine Verschwiegenheit, Wichtigkeit und anstehende Unbeschäftigung zu maskieren. Ich werde mich in meinem Kampfe für meine Amts- und persönliche Ehre und gegen ein Angeber, der ein Arbeitsleben des öffentlichen Lebens zu verderben droht, nicht beirren lassen. Ich habe nämlich Strafantrag wegen Verleumdung gegen Sie gestellt und gleichzeitig die Eröffnung des förmlichen Disziplinarverfahrens gegen mich beantragt.

Wit ausgerechneter Hochachtung.

Liebermann, Polizeipräsident z. D.

Daß Herr Liebermann gegen sich ein Disziplinarverfahren beantragt hat, kommt reichlich spät. Für die politische Beurteilung seines vertraulichen Schriftwechsels mit der verbotenen Organe kommt das Verfahren in jedem Falle zu spät. Genosse Löbe hat darüber das Notwendige in seinem veröffentlichten Antwortbrief an Herrn Liebermann bereits gesagt, und alles, was Liebermann darauf zu antworten hat, ist angelehnt an Tatsachen, die er nicht bestritt, und die nicht auf Angeber beruhen, sondern seinen angelegten Mäntel auf parlamentarischen Wege unterbreitet sind, nur noch lächerlich. Das im meißner Landtag vorgelegte Material hat ja auch zur Disziplinierung des Präsidenten durch das bürgerliche preussische Ministerium geführt, das im parlamentarisch nicht mehr verteidigt hat und ein Liebermanns-Verfahren gegen diese Entgegnung und Herr Liebermann durch Pressepolitik und Presseprozeß nicht erreichen, die immer wieder nach neuem Material verlangen, obgleich das alte ihm doch genügend erliegt. Mag er nun versuchen, uns eine andere Kränkung nachzuschieben, er selbst wird sich dadurch nur umso mehr in der Beurteilung eines Querschnitts bringen, was er uns hoffentlich nicht als neue Verleumdung ansehen wird.

Sachlich hat Liebermann durch das Urteil im Kommunitarprozess ja übrigens eine neue, nachträgliche Art seiner Ausföhrung erlitten. Er scheint das auch zu wissen, wie sein Verhalten als Zeuge andeutet. Immerhin wollen wir annehmen, daß er sich als solcher erheblich objektiver äußert, als sein früherer Mitarbeiter Doh, der die Dinge ganz anders schilderte, als sein demagogischer Vorgesetzter. Wie wir hören, soll Liebermann künftig auf einem unpolitischen Posten verwendet werden, wogegen Einwendungen nicht erhoben werden sollen. Er sollte sich nur mit seiner unglücklichen politischen Antiseptik die Öffentlichkeit möglichst wenig mehr aufheben.

Wochenzeitel der Arbeiterjugendheime.

Vom 2. - 8. August.

- Seite 1: Mittwoch: Singen von Volks- und Wanderliedern. - Freitag: Vortrag von Genossen Weiß über „Photographie“.
Seite 2: Wegen Mangel an Räumlichkeiten bis auf weiteres geschlossen.
Seite 3: Vorfrage 5/59, Schulhaus. Mittwoch: Spielabend. - Freitag: Vierteljahresversammlung. - Sonntag: Fahrt nach Ströhen. Näheres im Heim.
Seite 4: Anwesenheitsliste, Schulhaus. Dienstag: Spielabend. - Freitag: Geleitsfeier. - Sonntag: Gruppenwanderung nach dem Schiffschen Spreewald. Näheres im Heim.
Seite 5: Popelitz. Wegen Mangel an Räumlichkeiten bis auf weiteres geschlossen.
Seite 6: Eintracht. Mittwoch: Geleitsfeier. - Freitag: Wegen Mangel an Räumlichkeiten geschlossen. - Sonntag nachmittags 5 Uhr: Unterhaltung. - Jeden Montag, Dienstag und Donnerstag: Sitzung der Theatergruppe bei Schiefinger, Sudenstraße 2. - Bei allen Veranstaltungen Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch. Gänge sind durch Mitglieder einzuführen.
Seite 7: Arbeiterjugend-Schulhaus. Mittwoch: Liederabend. - Freitag: Einübung neuer Volkstänze. - Sonntag: Geleitsfeier.
Seite 8: Trinitatisstraße. Mittwoch: Einübung neuer Volkstänze. - Freitag: Vortrag über „Jugendbewegung“. - Sonntag: Winterabend.
Seite 9: Parkstraße. Mittwoch: Mitgliederversammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. - Freitag: Treffen 7 Uhr am Brandeburg. - Sonntag: Tagesausflug nach Reichenhau. Treffen 6 Uhr früh am Brandeburg.
Näheres: Sonntag, den 2. November, nachmittags 10 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Segelregatta. Alle Helfer, die sich zur Verfügung stellen, müssen sich um 9 Uhr, alle Charmitätler um 10 Uhr einfinden.
Jeden Dienstag fragt der Jugendchor im Klubzimmer der Markthausstraße.
Jeden Freitag abend 7 Uhr ist die Musikabteilung in der Markthausstraße.
Die Jugendbibliothek im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses ist Montag und Donnerstag von 7-8 Uhr geöffnet. Sprechstunden in allen Jugendangelegenheiten Dienstag und Donnerstag im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses. Redungen für den nächsten Wochenzeitel werden Dienstag abgegeben, sonst können sie nicht berücksichtigt werden.

Vom Arbeiterbildungs-Kursus.

1. Oktober-Kursus.

Die in diesem Jahre beabsichtigte Reihe von Vorlesungen beginnt mit einem Johann Sebastian Bach-Kursus, den ein zweites Bach-Konzert am Sonntag, den 2. h. in der Eifanstraße, Jungfernstieg, Kirche folgt. Im Gewerkschaftshaus findet am 2. Oktober ein Vortrag über die Arbeiterbewegung statt. Jeden Freitag abend 7 Uhr ist die Musikabteilung in der Markthausstraße. Die Jugendbibliothek im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses ist Montag und Donnerstag von 7-8 Uhr geöffnet. Sprechstunden in allen Jugendangelegenheiten Dienstag und Donnerstag im Zimmer 38 des Gewerkschaftshauses. Redungen für den nächsten Wochenzeitel werden Dienstag abgegeben, sonst können sie nicht berücksichtigt werden.

nicht auszuweichen, während diesen beiden Abschnitten, sondern seine belüchen, weil er nur so einen wirklich umfassenden Eindruck der Bach'schen hohen Kunst bekommt.

Eine besondere Anziehungskraft gewinnt das Mittwoch-Konzert noch dadurch, daß außer einer Suite für Orchester, einem Violin-Konzert, das Lari Pohl spielen wird, und der Sittensmusik, einer der vollständigsten und innigsten Schöpfungen des Meisters, im ersten Teil des Programms, der zweite Teil die wohl erste groß-öffentliche Aufführung der „Bauern-Kantate“ von Bach in Breslau bringt, die in früheren, lange zurückliegenden Aufführungen hier nur kleinen Kreisen von Musikliebhabern bekannt geworden ist und die durch ihre Verwendung von Volksmelodie- und Tanzweisen für unseren Bach-Abend ganz besonders geeignet ist. Die Sopran- und Bass-Arien und Duette der Kantate werden von Luise Fitt und Theodor Martin gesungen.

Karten zum Preise von 3 Mark (einschl. Steuer) sind in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben.

Unterrichtsstufe.

Neben den wöchentlichen Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus werden von Arbeiterbildungs-Kursus noch eine große Anzahl von Unterrichtsstunden abgehalten, deren Besuch jedem Arbeiter sehr zu empfehlen ist. Wer im Leben vorwärts kommen will, muß etwas Tägliches wissen und darf keine Gelegenheit verstreuen, um sich Wissen anzueignen.

Mancher wird sich besonders für die fremdsprachlichen Kurse in Englisch, Französisch und Russisch interessieren, aber auch für das praktische Rechnen wird den Arbeitern manches geboten. Kurse in Deutsch und Rechnen sollen die mangelhafte Schulbildung ergänzen und sind darum für jeden Arbeiter von großem Wert. Das Honorar für jede Unterrichtsstunde beträgt Mk. 1.00.

Für die Frauen verdient ein Kursus in Sänglingspflege besondere Beachtung, der acht Stunden umfaßt und im Gewerkschaftshaus stattfindet. Für ihn beträgt die Stundengebühr nur 50 Pf. Anmeldungen zu sämtlichen Kursen werden bis zum 10. Oktober einschließlich entgegengenommen im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses, oder telefonisch bei Nr. 6087 oder Ring 4228. Dort sind auch nähere Auskünfte und Aufstellungen sämtlicher Unterrichtsstunden zu haben.

Eine Hilfsaktion des Landbundes.

Zu unserer Rettung von der Dürre bedürftigen Hilfe an den Arbeitsstand wird uns vom Landbund unter Vorlegung von Gemeindefürsorge glaubhaft versichert, daß es sich um eine Hilfsaktion handelt, die sich keineswegs auf den Adel, sondern auf weite Kreise von Arbeitenden erstreckt. Bisher sind etwa 1000 Zentner billiges Mehl abgegeben worden, darunter dreihundert Zentner an den Arbeitsstand, der ebenfalls bestehende Mitglieder aufweist. In den nächsten Tagen sind noch 500 Zentner Getreide für die Hilfsaktion vorhanden, von denen 700 Zentner vermahten sind. Aus der langen Liste der mit solchem Mehl bedachten Vereine, Korporationen und öffentlichen Anstalten nennen wir den Kreisverband mit 200 Zentnern, die Breslauer Kriegsbeschädigten mit 3 Zentnern, den Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter mit 30 Zentnern, den Verband der Rekrutierten mit 20 Zentnern, den Provinzialverband mit 40 Zentnern, den Schlesischen Arbeiterverband mit 20 Zentnern, den Kreisverband mit 20 Zentnern, für stützende Mitglieder im Landbunde 100 Zentner usw.

Das an den Arbeitsstand gelieferte Mehl stellt sich auf 1.57 Mark das Pfund, und wenn es für 1.50 Mark abgegeben wird, dann ist die Verbilligung aus anderen Gründen erfolgt.

Auf unsere Frage, warum von dieser Seite keine Mitteilung gemacht wurde, das Befinden der Dürre an den Arbeitsstand würde dann keinen Widerstand begegnen, wurde uns die stichhaltige Antwort gegeben, daß die Sache zunächst sachlich behandelt, weil sonst bei der herrschenden Not die Inanspruchnahme zu groß geworden wäre, daß für den Landbund auch sonst ein solches Mehl erhalten können. Was aber die Sache mit Vertretern der Korporationen betrafen, unter denen sich auch Mitglieder anderer Parteien befinden können.

Wir freuen uns also, feststellen zu können, daß die Hilfsaktion an den Arbeitsstand zu unserer Freude und Aufheiterung ist, und daß das nur zu berechtigten Wünschen unseres Gemeindeganges gegen alles, was in diesem Falle als unangebracht erwieken würde, dem der Landbund sich entgegenstellen würde, alle rechtlichen und sachlichen Gründe vernünftig und unvoreingenommen abwägen und in keinem Falle mehr mit dem Bedauern zu dröben, sondern es sich viel um die Dürre des gegen die gestrichenen Maßnahmen und die Verbilligung des Mehlens mit dem schlesischen Mehlens Markt und Land noch immer auf einander abzusprechen.

5 Jahre Breslauer Schlichthof.

Am Sonntag, den 5. August, feierten wir den 5. Jahrestag des Schlichthofes. Der Schlichthof hat sich in den 5 Jahren sehr entwickelt. Er hat sich von einem kleinen Hof zu einem großen Hof entwickelt. Er hat sich von einem kleinen Hof zu einem großen Hof entwickelt. Er hat sich von einem kleinen Hof zu einem großen Hof entwickelt.

Heißt den Blinden!

Die Art der selbständig arbeitenden Blinden ist unter den jüngeren menschlichen Geschlechtern der Gegenwart aufs höchste geschätzt. Durchgehende Hilfe kann nur durch eine großzügig organisierte Beschäftigung von Arbeit geblinder sein. Um den Blinden reichliche und lohnende Arbeit zu verschaffen, ist unter Mithilfe der Blinden und lohnende Arbeit zu verschaffen, ist unter Mithilfe der Blinden reichliche und lohnende Arbeit zu verschaffen, ist unter Mithilfe der Blinden reichliche und lohnende Arbeit zu verschaffen.

Das Arbeitsbeschäftigungsgesetz ist kein Gesetz, das die Arbeit geblinder nur zu dem Zweck der Beschäftigung zu lassen. Es ist ein Gesetz, das die Arbeit geblinder zu dem Zweck der Beschäftigung zu lassen. Es ist ein Gesetz, das die Arbeit geblinder zu dem Zweck der Beschäftigung zu lassen.

Spenden, über die öffentlich quittiert wird - erbeten an unseren Schachmeister Friedrich von Wallenberg i. Fa. von Wallenberg, Schachklub u. Co., Breslau 5, Tauenzienstraße 5, Postfachkonto Nr. 40800, auf Konto „Arbeitsbeschäftigungsgesetz für die Blinden der Provinz Schlesien“.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche statt: Dienstag, den 4. Oktober, von 12-1 1/2 Uhr, und Freitag, den 7. Oktober, von 12-1 1/2 Uhr. Eingang Grünstraße 46. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung des Abkommensquittung, erteilt. Schriftliche werden nicht gefertigt.

Abendkurse für Metallhandwerker.

Die heute von der Direktion der Staatlichen Höheren Maschinenbauerschule angekündigten Abendkurse bezwecken, die praktischen Erfahrungen der Metallhandwerker durch leichtverständliche, wissenschaftliche Erklärungen zu ergänzen, also zur Verbesserung der Wertarbeit beizutragen. Nur eine Fortbildung in dieser Richtung ist für unsere Metallhandwerker das Richtige, nur sie bietet ihnen eine Handhabe zum Vorankommen, nicht aber eine Fortbildung, die als Endziel die konstruktiv-rechnerische Bürokratie im Auge hat. Der praktische und theoretisch durchgebildete Werkstattemann ist für unsere Zukunftsaufgaben tausendmal wichtiger als ein lüdenhaft vorbereiteter Techniker, der fast stets auf der niedrigsten Stufe der Bürokratie hängen bleibt.

Der städtische Arbeitsnachweis im Monat August.

Die Verhältnisse am Breslauer Arbeitsmarkt haben sich im August weiterhin etwas günstiger entwickelt, obwohl die Zahl der Arbeitsuchenden absolut geblieben ist. Es meldeten sich insgesamt 21627 Arbeitsuchende gegen 21613 im Vormonat. Gleichzeitig wurde aber das Stellenangebot erheblich, so daß auf 100 offene Stellen 177,6 Arbeitsgeloche entfielen (im Juli 194,2). Leider nahm die Besetzungsziffer etwas ab; von 100 offenen Stellen konnten 88,6 (im Juli 90,4) besetzt werden.

Naturngemäß war die Landwirtschaft in abnehmendem Maße aufnahmefähig. Es konnten nur 329 Stellen aufs Land vermittelt werden, davon 58 für Frauen und Mädchen (gegen 734 und 176 im Vormonat).

Die Lage in der Metallindustrie war weiterhin gebessert. Auf 100 offene Stellen kamen 186,6 Arbeitsuchende und 99,2 Besetzungen. Das Holzgewerbe hatte eine besonders große Zunahme des Stellenangebots für Tischler, Schreiner und Maschinenarbeiter zu verzeichnen. Keine offene Stelle blieb unbelegt; auf das Hundert des Stellenangebots kamen 291,5 Bewerber (gegen 795,2 im Juli). Im Bekleidungs-gewerbe war die Lage für Schneider erheblich günstiger. Auf 100 offene Stellen entfielen nur noch 244,5 Arbeitsuchende (gegen 632,6 des Vormonats). Für Näherinnen, Schneiderinnen und Pymacherrinnen überwiegt sogar die Zahl der offenen Stellen die der Arbeitsgeloche (auf das Hundert offene Stellen kamen 90,8 Arbeitsuchende gegen 142,2 im Vormonat). Auch die günstige Konjunktur des Brauergewerbes ergreift sich an.

Die männlichen Handelsangestellten bemerkten sich zu 472 um 100 offene Stellen, doch konnten nur 62 (gegen 65) besetzt werden. Bei den weiblichen Handelsangestellten fanden dem Hundert offener Stellen 234 (im Juli 293) Bewerberinnen gegenüber und 37 (im Juli 44,8) Besetzungen.

Das Baugewerbe war fast aufnahmefähig. Es kamen auf das Hundert des Stellenangebots nur 140 Arbeitsuchende und 93,2 Besetzungen, während die Zahlen im Juli noch 170 und 160 lauteten. Das bedeutet eine erhebliche Besserung der Lage, die sogar auch für ungelernete Arbeit sich feststellen läßt. Zwar nahm die Zahl der männlichen und weiblichen ungelernen Arbeitsträger beträchtlich zu, doch es trat gleichzeitig auch das Stellenangebot, das für Frauen und Mädchen sogar die Bewerberinnenzahl übertraf. Es kamen in der männlichen Abteilung auf 100 offene Stellen 244,7 Arbeitsuchende und 98,9 Besetzungen, in der weiblichen 95,2 und 58,2. Von 1424 Kriegsverletzten konnten nur 137 vermittelt werden, nach wie vor ein bedauernd geringer Bruchteil.

Die Polizeibehörde auf der Städtischen Straßenbahn ist nunmehr in Funktion getreten. Zwischen Postamt 2 am Hauptbahnhof und dem Postpostamt in der Weipen Ohle verkehren vier von der Rotverwaltung der Straßenbahn abgekaufte Motorwagen mit der Aufschrift „Reichspost“ an der Seite.

Große Schwindelaktion eines Schneidemeisters. In diesen Tagen in ein Schneidemeister von der Promnitzstraße festgenommen worden, der mährisch klingende Schwindel an hiesigen Bürgern verübt hat. Er mußte einem Kaufmann von der Seidlstraße 7000 Mark als Darlehen abnehmen, indem er ihm glaubhaft machte, er habe ein Rennpferd erworben, auf das er bereits 50 000 Mark Anzahlung geleistet habe, es fehlten ihm zur Neuzahlung noch 7000 Mark. Von einem hiesigen Dentisten erhielt er im Juli mehrere tausend Mark als Darlehen, nachdem er ihm vorgeschwindelt, er besitze in Hoppegarten 2 Rennpferde und als Sicherheit einen gefälligen Wechsel über 55 000 Mark übergeben hätte. Einem hiesigen Zigarrenkaufmann entlockte er einige tausend Mark durch das Vorspielen, sein Rennpferd „Primadonna“, das im Grunewald laufen werde, habe nach dem Urteil aller Kenner den Sieg unter allen Umständen sicher. Der Kaufmann legte daraufhin 2000 Mark auf das Pferd, das der Schneider aber gar nicht besaß, ja, das überhaupt gar nicht lief.

Im Kreisbauern-Gesangverein erhängt hat sich am Freitag eine dorrige Infantin. Ueber die Einzelheiten des Vorgangs war bisher nichts zu erfahren.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen:

Stadttheater. Heute abend 7 1/2 Uhr „Eine Nacht in Venedig“. Dienstag, 7 Uhr „Jannhäuser“, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, „Die lustigen Weiber von Windsor“. Heute nachmittags 10 Uhr beginnt an der Tagesstube und den beiden Vorverkaufsstellen, Verkehrsbüro Satalah und Norddeutscher Lloyd, der Vorverkauf für die beiden Gastspiele des Baritonisten George Ballanoff, der am 10. den „Nigoleto“ und am 12. den Jago in „Otello“ singt.

Wegen Entrennung von Jrl. Marga Keißel muß die für heute angekündigte Vorstellung „Eine Nacht in Venedig“ ausfallen. Es wird dafür „Traviata“ gegeben. Vereinstheater. Das Lobethaler bringt heute, Sonntag, eine Wiederholung von „Der gekürzte Siegfried“ und „Siegfrieds Tod“ für den Bühnennachschub, Mitglieds-Nr. 1381 bis 171. Morgen, Dienstag, ist für Serie A der Kunstgemeinde die zweite Vorstellung mit „Kriemhilds Rache“ angekündigt. Für beide Aufführungen sind Karten im freien Verkauf erhältlich. Das Thalia-Theater wiederholt heute „Die Hummelkudener“, morgen den „Ramm ohne Vergangenheit“. Hof-Theater. Nach dem letzten Film „Trix“ geht wieder Früh und heute „Der Prinz von Neapel“ vorüber, dem der gleichnamige Roman von Gorch Fock zugrunde liegt. Der Sohn eines Seefahrers wird in noch jüngerem Alter vom Vater mit auf See genommen. Die Mutter, die jede Nacht vor Angst auf das Schicksal der ihren verzeht, holt, als das Schiff einmal auf der Reise anlegt, ihren Jungen ab. Im hat sie gestreut. Der Vater aber erzieht in Sturmesnot das Los so vieler Seelen: er kommt nicht mehr wieder. Der Junge sucht seinen Vater, bis er, halb in Ruin, den Beruf seines verstorbenen Vaters ergreift. Die frappe und packende Handlung ist von schillernden Bildern begleitet, die das Fiktionale mit plausiblen Tatsachen verbinden. „Die Hummelkudener“ ist ein hervorragendes Schauspiel.

Etwas von der Bedeutung der Gewerkschaften.

Durch alle deutschen Gauen hallt der Ruf nach Wiederaufbauarbeit. Und überallhin ist dieser Ruf auch gebrungen, nur noch nicht so laut in die Arbeiterbewegung. Betrachten wir uns die Wirksamkeit der Gewerkschaften in den Vorkriegszeiten, so kommen wir zu der Ueberzeugung, daß diese trotz ihrer zahlenmäßig geringeren Stärke als heute, doch wohl beweglicher waren und begonnene Aktionen durchzuführen verstanden.

Sie umfassen die Gewerkschaften ungeschweizer mehr Berufsangehörige als jeher Zeit, wenn auch noch nicht die Berufsgruppen vollständig. Aber doch sind die Gewerkschaften noch nicht das, was sie sein wollen und sein sollten. Es ist dies ein Mangel, der in den Differenzen der Arbeiterparteien begründet, seinen einem Arbeiter Zeit zur Vertiefung in die gewerkschaftlichen Ideen und überhaupt in den Gedanken der Arbeiterbewegung übrig lassen. Noch wegen der Meinungen hin und her. Noch hat sich nicht die Resonanz abgekühlt und doch, wie notwendig ist gerade hier aufbauende, vertiefende Arbeit!

Möchte die beginnende Rubrik „Gewerkschaftliches“ zur Erreichung des Zieles recht viel beitragen.

Den Titel dieses Aufsatzes beantwortete ich mit einigen Hinweisen auf kleine, dem Einzelnen „unscheinbare“ Erfolge der Gewerkschaften.

In einer Fabrik, für deren Arbeitnehmer ein zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber-Verband getätigter Tarifvertrag gilt, werden einigen Leute nicht die richtigen Löhne gezahlt. Bei der Nachprüfung wird das festgestellt und ein einziges Bestreben des Gewerkschaftsleiters erbrachte den Bestreben zusammen eine Lohnerhöhung von 600 Mark pro Woche, für den Einzelnen durchschnittlich 20 Mark.

In einem Handelsgeschäft mit einer größeren Anzahl Arbeitnehmern hatte sich der Chef gewiegt, den allgemein rechtserheblichen Tariflohn zu zahlen, was ihm einen Streit vor den zuständigen Instanzen brachte um 2000 Mark Nachzahlung für die beteiligten 6 Handwerker. Er ergab. Eine ganze Reihe solcher Fälle könnten hier angeführt werden.

Der „Deutsche Transportarbeiterverband, D.-V. Breslau“, hat allein im zweiten Quartal des laufenden Jahres in Interessenwahrung seiner Mitglieder diesen nahezu 80 000 Mark an zu wenig gezahlten Löhnen aus den Geldschränken der Handelsherren herausgeholt.

Eine vielumstrittene Frage ist zurzeit die Einrichtung des Lohnsystems. Eine vom Gegner der Opponenten wird nicht die Dinge zu beurteilen verstehen. Sind doch von Monat zu Monat während der nunmehr 17 Monate seines Bestehens Schwankungen in der Lohnfrage hauptsächlich nach oben, das sind Steigerungen, eingetreten und diese Steigerungen fast ausschließlich kamplos herbeigeführt worden. Wieviel Ärger und Verdruß ist Tausenden von Arbeitnehmern dadurch gespart worden? Es läßt sich nicht zahlenmäßig belegen, aber eins steht fest: Wenn die meisten kleinen Berufsgruppen, z. B. des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes jede in Einzelbewegung eine Anpassung ihrer Löhne angeht hätte, kaum eine wäre so schnell in den Besitz einer Aufbesserung gelangt, wie es mit Hilfe des Lohnamtes geschehen ist. Und wie steht es mit den Handwerkern, insbesondere in der Industrie, wo doch mehr als Zwanzigttausende in Frage kommen? Auch sie haben mit Hilfe der „Industriellen“ schnell und tadellos eine Erhöhung ihrer Löhne erreicht.

Das alles sind nur kleine Beweise für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges. Aber sie mögen für heut hinreichen, um jeden Leser zu überzeugen, daß reifliche Zusammenfassung aller Arbeitnehmer in den freien Gewerkschaften Lebensbedingung ist. Die christlichen und anderen Gewerkschaften sind schon auf Grund ihrer geringen Mitgliederzahlen bedeutungslos geworden in dem Kampf um Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Viel wichtigere Gründe zur Abgabe gegenüber diesen Verbänden liegen auf anderen Gebieten.

Eins zum Schluß: Ob es möglich sein wird, in absehbarer Zeit durch große Aktionsfähigkeit allumfassender Gewerkschaften den Reallohn, d. h. den Lebensbedarf der Arbeiter, zu erkämpfen, wird davon abhängen, daß alle Arbeitnehmer sich als Glied in der Kette der Arbeiterbewegung finden und den Weg zum bezeichneten Ziele beschreiten. Helfen wird uns hierbei das Verhalten aus der Masse, wie in den Vorkriegszeiten, aufklärende, bildende und vertiefende Vorträge von den Gewerkschaften zu fordern.

Von der „Volksmacht“ soll an dieser Stelle zum Verständnis des gewerkschaftlichen Gedankens beigetragen werden.

Richard Sahn.

Konzerte.

Berner Quartett.

Selten ist einem Quartett gegenüber die Aufgabe des Kritikers so schwierig, wie gegenüber dem Berner Streichquartett, das am 26. September zum ersten Mal in Breslau spielte: in diesem Hinsicht, in manchem zu lebhaftem Widerspruch herausfordernd.

Zunächst das Programm: Am Anfang und zu Ende ein Mozart (c-dur) und ein Schubert (d-moll), die beide zu den bekanntesten Kammermusikwerken der beiden Komponisten gehören, beide von einem Gedankenreichtum und vor allem gefühlsmäßiger wie intellektueller Klarheit, wie sie eben für die Produkte des Gipfelpunktes einer Kulturperiode eigenständig ist. Dazwischen ein Claude Debussy (g-moll, op. 10). Es ist immer etwas riskiert, eine ausgeprägten moderne Komposition neben zwei strengen Klassiker zu stellen. Ich finde jedoch, daß die große innere Distanz der Kompositionen zweier so verschiedener Epochen hier gar nicht hörte. Auch das Debussysche Quartett ist so klar, daß eine Umstellung des Hörers, wie sie sonst beim Uebergang von klassischer zu moderner Musik so oft nötig ist, und die nötige Auffassung der letzteren eine Weile erschwert, hier gar nicht erforderlich war. Was jedoch diese Nummer des Programms nach dem Abklingen des ersten Sinternehmens doch für mein Gefühl stark zurückdrückte, war zweierlei: einmal, daß diese Komposition dem in der deutschen Musik aufgewachsenen innerlich fremd ist Menschen, für deren Innenleben diese Musik den Ausdruck bildet, erleben völlig anders als wir. Dies war, das die sofortige Erfassung erschwerende, was einen Zwang gemäßigteren, härteren, kritischer hinzuhören, um dem geistigen Gehalt näher zu kommen, und was uns so unerträglich erkennen ließ, daß diese Musik einfach auf einem anderen Niveau steht, als Mozart und Schubert. Sie ist enorm schwingungslos, aber zu explosiv, zu sehr der Ausdruck bloß eines lebhaften Naturells und nicht so sehr tiefer, überwältigender Leidenschaft, um einen wirklich nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Man hätte wünschen mögen, daß diese neue Musik in einem Rahmen geboten worden wäre, wo man mehr auf ihre Schönheit, als darauf hingewiesen worden wäre, daß sie — wenigstens nach unseren Begriffen — keinen Höhepunkt bedeutet.

Bei der Wiedergabe des Mozart mochten die Herren die nicht so völlig eingestuft gemessen sein, wie in den beiden folgenden Quartetten. Es wurde sehr schön, aber nicht so gefühlvoll wie ich schon von manchen anderen Quartettvereinigungen gehört habe. Er bietet gerade dem Berner Quartett: — das nicht so sehr Gelegenheits, seine ganz besonderen Eigenschaften — entfalten, wie der darauf folgende Debussy, der einfach wunderbar gespielt wurde. So etwas von Augenblicklichkeit und tieferster erster Einkimmung zwischen der Camerata der Spielenden — der erste Geiger ist der bei weitem dominierende — und dem Geiste, aus dem diese Musik geboren ist, erlaubt man wohl kaum ein zweites Mal.

über den Buchbinderstreit, die von Arbeitgeberseite herrühren, die nicht widerprochen bleiben können. Es wird darin der Arbeitnehmerseite glatter Tarifbruch zum Vorwurf gemacht und behauptet, daß der Streit unberechtigt und vom Zaune gebrochen ist. Wie verhält es sich in Wirklichkeit damit?

Der Deutsche Buchdruckerverein (Prinzipalverband) ist nach mehr als einjährigem Bestehen des Reichstarifes für das Deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige dieser Tarifgemeinschaft beigetreten. Doch wie steht es um die Tarifstreue dieser Arbeitgeberchaft?

Obgleich die Erneuerung des Tarifvertrages im Juni d. Js. der Arbeitnehmerchaft keine weiteren materiellen Vorteile gebracht hat, als einzig und allein die Verlegung einzelner Orte Schließens in höhere Ortsklassen, hat die schließliche Prinzipalität, obgleich sie an den Tarifvertrag gebunden ist, denselben als für sie ungeeignet mehrfach abgelehnt. Erst am 26. September hat eine solche Kreisversammlung der Prinzipalität getagt, die wiederum zu dem gleichen Beschlusse gekommen ist.

Dieser mehrfach gefasste Beschlusse wirkt sich auch praktisch aus, indem man mehrfach der Arbeitnehmerchaft die ihnen tariflich zustehenden Löhne vorenthält. Klagen beim Tarifschiedsgericht führten bei Stimmengleichheit zur Abweisung der von den Arbeitnehmern angebrachten Klagen. In neuerer Zeit läßt man das Tarifschiedsgericht überhaupt nicht mehr zusammentreten. So werden u. a. bei der Firma A. Hülsen an den Maschinen, an denen nach den tariflichen Bestimmungen nur männliche Arbeitskräfte beschäftigt werden dürfen, Arbeiterinnen beschäftigt. Das angerufene Tarifschiedsgericht wurde von der Prinzipalität laboriert. Die Arbeitnehmerorganisation wandte sich nunmehr an den Schlichtungsausschuß, der zweifellos hätte tätig werden müssen, nachdem die Tarifinstanzen verjagt haben. Die Arbeitgeber jedoch mit Erfolg die sachliche Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses an.

Bei den zentralen Reichstarifverhandlungen im Juni hat die Arbeitnehmerchaft unter anderem auch die Verlegung Breslaus als Großstadt von der 3. in die 2. Lohnklasse beantragt. Die Zentralvorstände der Arbeitgeberverbände stimmten dem Antrage zu. Sachlich war damit der Ortsklassenstreit erledigt. Doch formell konnte er nicht erledigt werden, weil keiner der Breslauer Arbeitgeber zu diesen Verhandlungen erschienen war. Der Empfehlung der Vorstände der Arbeitgeberverbände, die Arbeitnehmerchaft in Breslau vom 1. Juli ab nach der Tarifklasse 2 zu bezahlen, wurde nicht entsprochen.

Anfang September fanden neue zentrale Reichstarifverhandlungen statt. Diesmal nahm einer der Breslauer Arbeitgeber an den Verhandlungen teil. Doch wurde auch hier der Ortsklassenstreit noch nicht formell erledigt, weil der Herr angeblich auf telegraphischen Ruf aus seiner Sommerfrische an den Verhandlungstisch geteilt ist und kein Material nicht zur Stelle hatte. Er brückte es bei den Verhandlungen in Leipzig durch, daß die formelle Erledigung des Ortsklassenstreits durch örtliche Verhandlungen in Breslau erfolgen soll. Das war am 4. September. Erst auf mehrfachen Drängen der hiesigen Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder wurden endlich Verhandlungen für den 26. September angelegt. Bei diesen Verhandlungen wurde noch allen Arbeitgebern übereinstimmend unter Führung der Innungsmeister den Arbeitnehmervertretern erklärt, daß man die Löhne der Tarifklasse 2 nicht zahlen könne. Ein weiteres Verhandeln war aussichtslos.

Schon im August hatte infolge der sonderlichen Haltung der Arbeitgeber die Arbeitnehmerchaft die Forderung erhoben, die derzeitigen Löhne der Gehilfen um 100 Mark pro Woche, die der Arbeiterinnen um 75 Mark pro Woche, zu erhöhen. Die Tarifkommission rechtfertigte diese Forderung. In der Annahme, daß die Arbeitgeber das Zentralverhandlungsergebnis wiederum nicht anerkennen würden, entschloß sich die Arbeitnehmerchaft in Breslau zu diesem selbständigen Vorgehen. Daß sich die Arbeitnehmerchaft mit Bezug auf die Leitung der Arbeitgeber nicht einverstanden hat, bestätigt der Ausgang der Kreisstagung der Prinzipalität am 29. September.

Die örtlichen Verhandlungen am 22. August forderten jedoch nur eine Notvereinbarung, in der man der Arbeitnehmerchaft für den Monat August eine geringfügige Wirtschaftsbeihilfe zusprach und die Verhandlungen über die weiteren Forderungen bis nach Abschluß der zentralen Verhandlungen zurückstellte. Die Arbeitnehmerchaft ging, um einen Kampf zu vermeiden, noch einmal darauf ein. Bei den zentralen Verhandlungen wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne beschlossen, die bei den Gehilfen bis zu 90 Pfg. und bei den Arbeiterinnen bis zu 60 Pfg. die Stunde beträgt. Die Zulagen sollten von der 1. Septemberwoche bezahlt werden. Der Buchbinderarbeiterstreit in den Buchdruckerbetrieben wurden diese Zulagen nicht gezahlt. Die Arbeitgeber erachteten vielmehr diese Zulagen durch die Wirtschaftsbeihilfe für abgegolten, obgleich der Tarif ausdrücklich vorsieht, daß diese Stundenlohnzulagen auf die bisher gezahlten Löhne kommen soll. So ist denn durch die un-

Mal. Intelligenter, schwungvoller und im Klang schöner kann man sich die Wiedergabe dieses Quartetts gar nicht vorstellen. Ganz eigenartige Empfindungen erregte die Auffassung, in welcher der Schubert gespielt wurde.

Schwung und Stimmung schienen noch von Debussy her in den Spielenden nachzuwirken. Aber das speziell französische Temperament, das in Debussy so seltener wirkte, weil es dort der Komposition entsprach, paßt nicht zu Schubert. Es brachte etwas unruhiges in diese heitere, klare, auch in den lebhaften Sätzen immer ruhige Musik, hinein. Ein nervöser Schubert — groß ausgedrückt — ist eigentlich ein Unding. Und doch ist ein auch hier das hin, was den alles entzweifelnden Reiz schwungvoller Jugendlichkeit bildet: ihre Echtheit, ihre tiefe Verwurzelung in der künstlerischen Natur des Ausführenden.

Hoffentlich kommen die 4 Herren noch oft nach Breslau und machen uns weiterhin mit einer uns noch weniger bekannten Musik vertraut, die sie zweifellos besser spielen als unsere Musiker.

„Kammermusikabend“ der freien Sängervereinigung „Vorwärts“.

Was ist ein Kammermusikabend? — Ein Kammermusikabend ist, daß wenn ein Gesangsverein ein Tanzkränzchen entriert, dabei anstandslos ein paar Chöre singt und der Bekömmlichkeit halber Kaffee, Kuchen und Bier von den Konstituierten einer ungeniert Bach, Mozart, Beethoven, Wagner, Kreisler, Godard, Schreiner nebeneinander verzapfenden Salonkapelle hinuntergelassen läßt, man ein für Injektionszwecke günstiges Aushängsbild hat, das, wenn es sich bei der Anpreisung nicht um geistige, sondern um leibliche Nährstoffe handelt würde, unfehlbar als Vergehen wider das Lebensmittelgesetz das Gericht beschlagnahmen müßte. Daß ein Kammermusik-Abend um 3 1/2 Uhr nachmittags beginnt, wird höchstens eine gewissenhaften Bürokraten in Harnisch bringen, die sich auch darüber mokieren, daß z. B. das 8 Uhr-Abendblatt schon um 7 Uhr oder um 6 Uhr gedruckt durch die Straßen schwirrt. Aber vielleicht sollte man diesen eigenartigen „Kammermusikabend“, dessen neuemodern Definition eine Lücke meiner mangelhaften Bildung schließt, als interne Veranstaltung der freien Sängervereinigung „Vorwärts“ auf sich beruhen lassen? Wenn man jedoch auf der anderen Seite die mühevollen, planmäßigen, auf Erholung und Pflege des Schönen, geistigen hingelenkten Bestrebungen verfolgt, so muß man offensichtlich gegen die Vergiftung des Geschmackes Stellung nehmen, wenn diese Symptome auch offensichtlich in Erscheinung treten. Wie soll man gegen Geschmackssverderbnis, gegen Verwilderung des Gefühls, gegen Rißig und Schund ankämpfen, wenn der Feind in den eigenen Reihen steht?

Ich weiß nicht, wer für diese gräßliche Verfälschung der öffentlichen Meinung verantwortlich ist, aber ich denke mir, daß ein Dirigent, der ein Führer sein will, so viel Autorität und so viel kultiviertes Empfinden besitzen muß, um auf das Niveau herabzuwürdigen zu können.

Die „Kammermusikabend“ der freien Sängervereinigung „Vorwärts“ war ein Kammermusikabend, der in der Hinsicht, in manchem zu lebhaftem Widerspruch herausfordernd. Zunächst das Programm: Am Anfang und zu Ende ein Mozart (c-dur) und ein Schubert (d-moll), die beide zu den bekanntesten Kammermusikwerken der beiden Komponisten gehören, beide von einem Gedankenreichtum und vor allem gefühlsmäßiger wie intellektueller Klarheit, wie sie eben für die Produkte des Gipfelpunktes einer Kulturperiode eigenständig ist. Dazwischen ein Claude Debussy (g-moll, op. 10). Es ist immer etwas riskiert, eine ausgeprägten moderne Komposition neben zwei strengen Klassiker zu stellen. Ich finde jedoch, daß die große innere Distanz der Kompositionen zweier so verschiedener Epochen hier gar nicht hörte. Auch das Debussysche Quartett ist so klar, daß eine Umstellung des Hörers, wie sie sonst beim Uebergang von klassischer zu moderner Musik so oft nötig ist, und die nötige Auffassung der letzteren eine Weile erschwert, hier gar nicht erforderlich war. Was jedoch diese Nummer des Programms nach dem Abklingen des ersten Sinternehmens doch für mein Gefühl stark zurückdrückte, war zweierlei: einmal, daß diese Komposition dem in der deutschen Musik aufgewachsenen innerlich fremd ist Menschen, für deren Innenleben diese Musik den Ausdruck bildet, erleben völlig anders als wir. Dies war, das die sofortige Erfassung erschwerende, was einen Zwang gemäßigteren, härteren, kritischer hinzuhören, um dem geistigen Gehalt näher zu kommen, und was uns so unerträglich erkennen ließ, daß diese Musik einfach auf einem anderen Niveau steht, als Mozart und Schubert. Sie ist enorm schwingungslos, aber zu explosiv, zu sehr der Ausdruck bloß eines lebhaften Naturells und nicht so sehr tiefer, überwältigender Leidenschaft, um einen wirklich nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Man hätte wünschen mögen, daß diese neue Musik in einem Rahmen geboten worden wäre, wo man mehr auf ihre Schönheit, als darauf hingewiesen worden wäre, daß sie — wenigstens nach unseren Begriffen — keinen Höhepunkt bedeutet.

kommen. Das schlug dem Jag von Boden aus und es kam deshalb zum Streit.

Die Arbeitgeber zogen sofort den Schlichtungsausschuß an, dem sie lediglich die Aufgabe zuwiesen, festzustellen, ob der Streit ein Tarifbruch ist und demzufolge ungerichtlich wäre. Das hat der Schlichtungsausschuß denn auch gründlich bejaht. Er entschied nach mehr als dreistündiger Verhandlung und Beratung, daß er einen Tarifbruch der Arbeitnehmerchaft nicht als vorlegend erachten könne und demzufolge auch den Streit nicht als unberechtigt erachten könne.

Wer nun glaubte, daß die Arbeitgeber nunmehr auch mit den Vertretern der Arbeitnehmerchaft über die sachlichen Streitpunkte verhandeln würde, der sah sich gründlich getäuscht. Darüber wurden Verhandlungen von ihnen rundweg abgelehnt mit der Behauptung, daß sie auf Grund einer mit Unrecht herangezogenen Tarifbestimmung örtlich nicht verhandeln dürften. So geht denn der Kampf weiter, der mit jedem Tage an Ausdehnung gewinnt.

Ausstand in der Großbäckerei des Breslauer Consum-Vereins.

Heute früh traten sämtliche Bäcker des Breslauer Consum-Vereins in den Streit.

Die Ursache ist eine von Seiten der Direktion vorgenommene Arbeitszeitverkürzung von täglich 8 auf 5 1/2 Stunden. Durch diese Arbeitszeitverkürzung ist der Verdienst so niedrig, daß eine Existenzmöglichkeit für die dort beschäftigten Bäcker nicht mehr gegeben ist. Nach dem Bericht des Verbandes der Bäcker und Konditoren ist eine Begründung zu dieser Maßnahme nicht gegeben. Bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandlung, wo daselbst beschäftigt war, konnte im letzten Augenblicke die Angelegenheit noch beigelegt werden. Die Bäcker in diesem Unternehmen arbeiten wieder volle acht Stunden.

Streit der Steingutwerke A.-G. Betrieb Breslau und Carlowitz.

Die gesamte Arbeitnehmerchaft der Steingutfabrik, Werk Matthiasstraße und Carlowitz, befindet sich seit Sonnabend infolge negativen Resultats zentraler Lohnverhandlungen in Eisenach i. Th. im Streit.

Die Direktion der Werke weigerte sich beharrlich, mit der Lohnverhandlungskommission in örtliche Verhandlungen einzutreten, worauf die gesamte Belegschaft beider Werke auf der Stelle geschlossen die Arbeit niederlegte.

Die technischen Angestellten nehmen vorläufig abwartende Stellung ein. Vor Arbeitsannahme in beiden vorgenannten Werken warnt die Zahlstellungsverwaltung des Porzellanarbeiterverbandes.

Der Streit der Tabakarbeiter

bei der Firma Barisch & Bekermann, Fürststraße, ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Die Firma erklärte sich bereit, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Die Arbeit ist Montag früh wieder aufgenommen worden.

Aus der Provinz Schlesien.

Die „Schlesische Bergwacht“ 10 Jahre alt.

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, konnte am 1. Oktober auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Zunächst als Kopfbild unserer „Volksmacht“ begründet, hat sich das Parteiblatt des wichtigen niederschlesischen Industriebezirks rasch zu voller Selbständigkeit entwickelt und ist heute eines der durch seine große Verbreitung auch wirtschaftlich mit am besten begründeten Blätter unserer Partei. Sachlich hat die „Bergwacht“ in scharfen Kämpfen gegen rechts sich immer wieder hervorgetan und zuletzt durch die Veröffentlichung des Waldenburger Aufmarschplans der Orgesch und anderes Orgeschmaterial, das nicht demontiert werden konnte, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie ist natürlich auch von links heftig angegriffen worden, ohne sich dadurch in ihrer Stellungnahme für Sozialismus und Demokratie anzusehen zu lassen. Wir wünschen dem zukunftsreichen Bruderblatt eine Entwicklung in den nächsten 10 Jahren, die der Entwicklung im ersten Lebensjahrgehn entspricht.

Mit Gott für König und Vaterland.

Am 25. September fand in Puschau unter großem Tare die Einweihung des Kriegerdenkmals für die Gefallenen des Feldzuges 1914—1918 statt:

Sieben Kriegervereine mit ihren Fahnen mit der Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland!“ hatten sich aus den umliegenden Dörfern eingefunden. Die Großgrundbesitzer, „ehemalige Offiziere“ aus den umliegenden Dörfern, waren trotz dem Verbot des Herrn Reichspräsidenten in der alten Uniform mit den wilhelminischen Abzeichen erschienen. Es fehlte auch an großen Reden nicht, worin mit allem Nachdruck betont wurde, wie 1914 „der König rief und alle kamen“, und wie die stolze Armee: „Mit Gott für König und Vaterland“ ins Feld zog. Die Opfer dieser Armee, die „Mit Gott für König und Vaterland“, (für wen?) hinausgeschickt wurde, w nun dieses Kriegerdenkmal mit den 37 Inschriften auf.

Trotz alledem erdrehten sich diese Herren, wieder Stimmung zu machen für neues Blutvergießen.

Hirschberg. Warnung vor wilden Arbeitsgemeinschaften.

Von antilider Seite wird dem „Boten aus dem Riesengebirge“ geschrieben: Ehemalige Führer und Angehörige des Selbstschutzes sammeln in manchen Gegenden Geld, um neue sogenannte „wilde Arbeitsgemeinschaften“ wieder zu gründen. Auch Hochstapler und Schwindler scheinen unter dem Deckmantel „ehemaliger Selbstschutz“ ihr Unwesen zu treiben. Vornehmlich wird an Sankten, Großindustrielle und Großgrundbesitzer, aber auch an Vertreter von Behörden, herangezogen. Vor dem Treiben vorerwähnter Personen kann demnach nur gewarnt werden.

Reichenbach. Ein entsetzlicher Tod. Der im 20. Lebensjahre stehende Sohn des Hausbesizers Julius Mai in Agnetendorf, der Arbeiter Hermann Mai, kürzte am Donnerstag in der Glanzfabrik in einen Kessel kochender Lauge. Er trug 10 schreckliche Verletzungen davon, daß er am Freitag im Warmbrunner Krankenhaus seinen schweren Qualen erliegen ist.

Reichenbach. Ein furchtbares Bergereignis. Auf der Reutendorfer Seite des Culengebirges in der Gegend von Reudorf bei Waldgrund hörten Waldarbeiter plötzlich ein eigenartiges Geräusch, das der polternden Bewegung größerer Erdmassen gleichklang, dazwischen das Besten von Bäumen. Als sie dem Geräusch nachgingen, bot sich ihnen ein überwältigender Anblick. Der Kegel des Kalkberges war in Bewegung geraten, der Gipfel war gerutscht und polterte noch weiter in sich zusammen. Die Anstöße des gewaltigen Naturchauspiels murrten sich schon in der vorhergehenden Nacht abgepielt haben und jetzt handelte es sich nur noch um den fortgesetzten Nachruß weiterer Massen des Bergereignis. Ein großes Trümmerfeld hatte sich hier ausgebildet. Die Erklärung liegt darin, daß vor nahezu hundert Jahren in jenen Berg ein Kalkstein eingeführt und lange betrieben wurde, wozu der Berg auch seinen Namen hat. Dies hängt nicht mit dem beabsichtigten Untergraben des Berges hat sich nun in einem Zusammenbruch gelöst. Die zusammengefallenen Streichhölzer liegen die harten Bäume zerbrochen auf dem Trümmerfeld und gab es hat sich darunter die Röhre des alten Stollens geöffnet.

Meine Breslauer Mitbürger.

Breslauer Schulfragen.

Die städtische Schulverwaltung hatte dieser Tage die Rektoren der Volksschulen, sowie die Vertreter der Lehrerschaft zu einer Aussprache über eine Reihe, das Breslauer Schulwesen berührender, wichtiger Fragen geladen. Als erster Punkt der Tagesordnung kam die Einziehung der 90 Volksschulklassen zur Sprache, die auch bereits in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 22. September angehängt worden war. Stadtschulrat Dr. Gautekhauf führte hierzu aus, daß bei Aufrechterhaltung der bisherigen Klassenzahl für Beschäftigung der 2 1/2 Millionen Mark in den Haushaltsplan hätten eingestellt werden müssen, daß also schon von dem Gesichtspunkt der notwendigen Sparhaftigkeit aus an den Gedanken der Einziehung von Klassen hätte herangeführt werden müssen und daß zollends nach Erlaß des Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetzes die Beibehaltung der 90 Klassen nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Es schreibt nämlich dieses Gesetz vor, daß der Staat zur vollen Leistung an die Landesschullehrer verpflichtet sei, wenn auf eine Lehrkraft 40 Schüler entfallen. Bei uns wären es aber zu Ostern 1921 nur 38,4 Schüler. Wir hätten also 90 Lehrkräfte zu viel, deren Kosten mit 1 Million Mark zu Lasten der Stadt gefallen wären. Es mußte also unbedingt an die Einziehung von Klassen herangegangen werden, wobei noch zu bemerken ist, daß durch den Rückgang der Einschulungen zu Ostern 1921 um 1400 das Verhältnis von Schülerzahl und Lehrkraft sich trotz der Aufhebung der 90 Schulklassen erst wie 39 zu 1 stellen wird. Es wird demnach, entwickeln sich die Verhältnisse in gleicher Richtung weiter, sich nicht vermeiden lassen, zu Ostern 1922 weitere Schul-

des Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetzes darauf hinaus läuft, daß diejenigen Städte, die, wie Breslau, etwas für ihre Schulen getan und die individuelle Erziehung nach Möglichkeit gefördert haben, gegenüber den anderen Städten ins Hintertreffen geraten, die sich auf Mindestleistungen beschränkt haben.

An diese Darlegungen schlossen sich Ausführungen über die durch das Grundschulgesetz notwendig gebundene Neuorganisation des technischen Unterrichts. Hier hat es sich durch Aufrechterhaltung des Nadelarbeitsunterrichts in der 4. und 5. Klasse mit der bisherigen Stundenzahl und durch Hinzutritt einer dritten Turnstunde in 7-8 Mädchenklassen ermöglichen lassen, eine Entlastung der auf Privatlehrerentgelt angestellten technischen Hilfslehrerinnen zu vermeiden.

Auch die Eröffnung einer deutschen Aufbau- und Berufsschule in Breslau wurde zur Sprache gebracht. Der Stadtschulrat erwähnte, er habe bei den Rektoren der Knabenschulen eine Umfrage veranstaltet, wie hoch die Zahl derjenigen Schüler sei, die ab Ostern 1922 in die Aufbau- und Berufsschule einziehen würden. Es meldeten sich aus allen Schulen zusammen nur 8 Knaben, was vielleicht darin seinen Grund hat, daß der Unterricht an der Aufbau- und Berufsschule nicht kostenlos erteilt werden kann und daß in Breslau das Mittelschulwesen besonders hoch entwickelt ist. Es soll aber die Aufnahmefähigkeit in den Elternkreisen fortgesetzt und besonders darauf hingewiesen werden, daß ein Übergang nach der Aufbau- und Berufsschule von besonderem Vorteil ist, als er die Möglichkeit bietet, die Kinder noch einige Jahre länger in der Volksschule zurückhalten und dort auf ihre Fähigkeit hin prüfen zu können.

Elternkreisen über angeblich reaktionäre Beeinflussung der Schüler eingegangen. Sie hatten sich meist in allgemeinen Formen und lassen die Angaben bestimmter Tatsachen vermissen. Soweit aber tatsächlich eine Herabsetzung der Verfassung oder der Regierung durch einzelne Lehrkräfte vorgekommen sein sollte, warnte der Stadtschulrat vor Wiederholungen, die er unabsichtlich ahnden werde.

Am Schluß der Sitzung machte die Hauptleiterin der städtischen Haushaltungsschulen, Fel. Kowale, Ausführungen über den bedauerlichen Rückgang im Besuche dieser Schulen in denen die Kinder zu Sauberkeit, Ordnung und Pünktlichkeit angehalten, zum nachdenklichen Umdenken mit Geld und Lebensmitteln erzogen würden. Als Grund wurde allgemein die Erhöhung des Schulgeldes auf 4 Mark monatlich angegeben. Es soll jedoch in Elternkreisen darauf hingewirkt werden, Kenntnis über Art und Wert des Haushaltungsunterrichts zu verbreiten, um dadurch einem weiteren Rückgang nach Möglichkeit zu steuern. Es darf hierbei auch nicht übersehen werden, daß die Kinder die von ihnen bereiteten Speisen zum Verzehr erhalten, jedoch unter Berücksichtigung der heutigen Preise von den 4 Mark kaum mehr bestritten werden kann, als die Anschaffung der erforderlichen Lebensmittel.

* Frachttüdgüter nach Berlin-Schl. Bahnhof, Görlitz Ort, den Freistaaten Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg, Hessen, den Thüringischen Staaten, können außer bei der Güterabfertigung Breslau-West bis auf weiteres auch bei der Güterabfertigung Breslau-Oberdorf aufgegeben werden.



5000 Paar Segelfuch-Schuhe
kaufen wir unter sehr günstigen Bedingungen ein. Diese Schuhe gelangen zu äußerst billigen Preisen zum Verkauf in unseren Schuhwaren-Abteilungen
Kaptiersmiedestraße 31 und Weinstraße 72.

Familiennachrichten

An 29. September verschied nach mehrwöchigen Krankenlager unser Krebskranke Herr Paul Hennig im Alter von 53 Jahren. 7223

Während seiner fast achtjährigen Tätigkeit im Kassendienst hat er sich durch seine Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit die Wertschätzung seiner Vorgesetzten und Mitarbeiter erworben. Wir bedauern seinen frühen Heimgang und werden sein Andenken in Ehren haben.

Breslau, den 1. Oktober 1921.
Der Vorstand und die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau.

An Freitag den 30. September 9 1/2 Uhr abend verschied unser Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Herr Johann Muschalle im Alter von 67 Jahren. 7224

Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Zuckerfabrik Heilsdorf.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Kottbuscher, Gaswerkstraße, aus.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
An 30. September verschied unser werter Kollege Herr Johann Muschalle im Alter von 67 Jahren. 7225

Sein Andenken werden in Ehren haben.
Die Mitglieder der Zehlfabrik Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Kottbuscher, Gaswerkstraße, aus.



Achtung, Mitglieder!
An den letzten Tagen der Woche ist der Andrang in unserer Bekleidungs-Abteilung am Neumarkt so stark, daß eine ordnungsgemäße Bedienung schwer möglich ist. Wir bitten deshalb diejenigen unserer Mitglieder, denen dies möglich ist, ihre Einkäufe an den ersten Tagen der Woche zu tätigen.
Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“

5000 Mark Belohnung!
Am 29. September ist in der Zeit von 1-3 Uhr nachmittags in der Gebäuderegierung die braunleberne Geldtasche mit 200 000 Mark in neuer Silbermarkenprägung gefunden worden.
Die Tasche ist ohne Inhalt mitgegeben worden.
Für Angaben, die zur Ermittlung des Täters oder zur Wiederherstellung des Geldes führen, wird Belohnung bis zu 5000 Mark ausgesetzt. Bei Bestätigung mehrerer an der Ermittlung teilnehmender Personen wird die Belohnung unter Ausschluss des Zufallsweges die Einzelbelohnung sein.
Zweidienstliche Angaben sind an die Lieberwärtigungs-Abteilung der Eisenbahndirektion, Hauptbahnhofsgebäude, Kottbuscher, 1. Stock, Zimmer 6, zu machen.

In dem nächsten Fällen Schmerzloser Zahnziehen!
R. Barthel, Poststr. 1
Zahnärztliche

Stolze-Schrenk
Montag, den 3. Oktober und Donnerstag, den 6. Oktober abends 7 1/2 Uhr im Regaleisen-Konzertsaal Neuer Jungferngasse für Damen und Herren. Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 Mark. Stenographenverein R. 152, Zanderstraße 14 L.

Sozialdemokratie und Schule
Von Heinrich Schulz. — 250 S. — 1/2 Preis 1 Mark. Bestellungen werden an die Expedition dieses Blattes oder an sämtliche Buchhandlungen entgegengenommen.

Stenographie!
(Gabelberger). Anfangs-Unterricht 2. 10. 21, abends 8 Uhr. Kottbuscher, (Kottbuscher 29 51).
Abbitte!
Die Beerdigung gegen Herrn M. Gornitz nahm ich nach christlichen Gebräuchen wahr.
Josef Paschwitz.

Bekanntmachung.
Som 1. Oktober ab können Kohlschiffchen ohne Begrenzung, also maximaler, ausgegeben werden. Kohlschiffchen haben einen Heizwert von 6500 Wärmeinheiten und eignen sich insbesondere für Zentralheizungen und Kesselanlagen. Sie können aber auch als Strohmittel für Strohlofen Verwendung finden. Der Zentner wird ab Bruttofabrik frei Fabrik mit 19,00 Mark verkauft, bei größerer Abnahme wird Rabatt gewährt. Die Anfuhr übernimmt auf Wunsch die Bruttofabrik zu den vorerwähnten Preisen. Bestellungen sind an die hies. Bruttofabrik, Obendstraße 3, oder an das Büro der Gaswerke, Bräustraße 28, zu richten. — Lediglich für den Fernverkehr müssen Sonderzuschläge, die auf das Kohlenkontingent keinen Einfluß haben, beim Kohlschiffchen mitgeführt werden, bei deren Beifügung die Bruttofabrik befreit sein wird. 7211
Städtische Bruttofabrik.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis		Der Leser bei Einlässen einzusehen.
Canth Kattal, Gas-, Pausenwaren Kogel, Siffen, Ring 34	Kolonialwaren Gehrig, R., Breslauerstr. 23 Kretzer, G., Breslauerstr. 57 Witt, Carl, Anstaltstr. 2	Trachenberg Bestat. Ungeachtet, Kolonialw. Kohdehoffer, R. 56 Teleph. 56 Eisenhandlung, Baumaterialien, Kass- und Kettengeräte
Stein, Adolf , Ring 6 Nachtwaren, Kolonialw.	Ulman, Goldwaren Sternberg, R., Breslauerstr. 35 Sternberg, R., Breslauerstr. 35	Reichenbach Klempner, Installation Kranz, Adolf, Trentstr. 6 Modo-Bazar
Cavalien Gastwirtschaft J. Singsch, Ring 2, 3. Stock Kassens, Carl, Gärten-Gasse	Ulman, Goldwaren Woll, Val., Karz, Spielwaren Kottbuscher, Ring 2	Danziger, Ludwig , Ring 22 Madewara, Danzschke, Kottbuscher, Wische
Dybarner Kolonialwaren, Dest., Fruchts. Kottbuscher, Ring 22	Frankenstein I. Schil. Harn- und Kuchengeschäfte Spez.: Anstaltstr. 11 Gedewer, Alfred, Ring 13	Rothsürben Bäckerei Jgel, Reinhold Gastwirtschaften Gieser, Paul, Nr. 56 Saul- u. Garten-Köchl. Deutsches Haus, Kottbuscher
H. Ussa, Stahlw. Kolonialwaren, Kolonialw.	L. Seibt, H. Seibt Kolonialwaren, Wata, Leder, Spezialwaren	Schmolz Bäckerei- und Gastwirtschaften Hilber, Paul Gastwirtschaft Kottbuscher, Ring 2
Brauer Arbeits-Bekleidung, Schil-waren Kottbuscher, Ring 22	H. Königler, Ring Kolonialwaren, Feinwaren, Kolonialwaren, Spezialwaren Kottbuscher, Ring 22	Obernigk Gastwirtschaften Kottbuscher, Ring 22
Großmann Gastwirtschaft Kottbuscher, Ring 22	Herrmannsdorf Kolonialwaren, Feinwaren, Kolonialwaren, Spezialwaren Kottbuscher, Ring 22	Oppeln Brauwaren, Werkzeuge Kottbuscher, Ring 22
Kobornitz Kolonialwaren, Feinwaren, Kolonialwaren, Spezialwaren Kottbuscher, Ring 22	Wassner's Festsale Kolonialwaren, Feinwaren, Kolonialwaren, Spezialwaren Kottbuscher, Ring 22	Steine Bäckerei Kottbuscher, Ring 22
Wassner's Festsale Kolonialwaren, Feinwaren, Kolonialwaren, Spezialwaren Kottbuscher, Ring 22	Kobornitz Kolonialwaren, Feinwaren, Kolonialwaren, Spezialwaren Kottbuscher, Ring 22	Wobau Kolonialwaren Kottbuscher, Ring 22
Kobornitz Kolonialwaren, Feinwaren, Kolonialwaren, Spezialwaren Kottbuscher, Ring 22	Wassner's Festsale Kolonialwaren, Feinwaren, Kolonialwaren, Spezialwaren Kottbuscher, Ring 22	Zeltes, Gerhan, St. Paul Gastwirtschaften

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3352.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren: „Sturkstraße 4-6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Grauburgstraße Nr. 5 und durch alle Ausleger zu beziehen. Abonnement 1.50 Mk., monatlich 0.50 Mk., vierteljährlich 1.50 Mk., (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 1.80 Mk., (ohne Postgebühren), frei ins Haus durch die Post monatlich 0.60 Mk., vierteljährlich 1.80 Mk.

Anzeigenpreis: Die 10 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.10 Mk., auswärts 1.30 Mk. Anzeigen unter Text 3.30 Mk., auswärts 3.00 Mk. Stellenangebote, Familienangelegenheiten, Wohnungsangelegenheiten, Verlobungs- und Heiratsangelegenheiten 0.45 Mk. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Mk., das letzte Wort 1.00 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Sturkstraße 4-6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die USP-Bedingungen für Regierungseintritt.

Die Antwort der U. S. P.

Das Zentralkomitee der U. S. P. und die unabhängige Reichstagsfraktion beantworten die Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betreffend Eintritt in eine Koalitionsregierung, wie folgt:

„Berlin, den 1. Oktober 1921.“

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte Genossen!

Zu Ihrem Brief vom 1. Oktober erwidern wir Ihnen das folgende:

Die USPD hat bisher die seit Annahme des Londoner Ultimatums gebildete Regierung Wirth in der sozialen Erfüllung des Ultimatums und der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt. Das entspricht dem Gesamtinteresse des Proletariats, das für die Politik unserer Partei bestimmend ist.

Der immer acuter werdende Kampf gegen die Reaktion und für die wirksame Heranziehung des Volkes zur Steuerleistung und zur Erfüllung des Ultimatums, ein Kampf, in dem die Massen unserer Partei mit den rechtssozialistischen, kommunistischen, christlichen und kirchlich-katholischen Arbeitern sowie den republikanisch gesinnten Angestellten und Beamten Schutt und Schutt liegen, schafft eine Situation, in der es das proletarische Interesse fordert, die Regierung zu unterstützen, wenn ihre Politik die Verwirklichung der nachstehenden Mindestforderungen zum Ziele hat:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungspflichten durch ausreichendes Heranziehen des Volkes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte.

2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion, namentlich grundlegende Reformen durch Übertragung der Rechtsprechung in Strafsachen auf Geschworenengerichte; Wahl der Geschworenen durch das allgemeine, gleiche und direkte und geheime Wahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl; gesetzliche Maßnahmen, die die Entzerrung von Beamten im öffentlichen Dienst, Angestellten und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oberer bei Ausübung ihres Amtes befehlen.

3. Fortführung der Sozialpolitik.

4. Sozialisierung des Bergbaues.

5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues, aufrichtiges Streben, die Verpflichtungen des Ultimatums zu erfüllen.

Wenn die USPD an uns die Frage stellt, „ob und unter welchen Bedingungen die USPD bereit wäre, in das Kabinett Wirth einzutreten“, so müssen wir vor der Beantwortung dieser Frage untererlebens fragen, ob alle Koalitionsparteien dazu bereit sind, mit der USPD eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung obenstehender Forderungen als ihr Mindestprogramm betrachtet.

Deshalb eruchen wir die Leitung der USPD, zunächst darüber Klarheit zu schaffen und uns das Resultat ihrer Feststellungen mitzuteilen.

Die Stellungnahme zur Frage der Regierungsbildung in Preußen, wo es sich für uns in erster Linie um die Demokratisierung der Verwaltung und die Reform der Justiz handelt, ist sinngemäß die gleiche.

Mit sozialistischem Gruß

Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
J. A. A. Crispian.

Bis in die späten Abendstunden des Sonnabends war unserem Parteivorstand diese Antwort nicht schriftlich zugegangen, so daß es ihm also unmöglich war, schon Stellung hierzu zu nehmen. Wie wir erfahren, werden die Vertreter der Sozialdemokratie in der am Montag vormittag in der Reichstagskanzlei stattfindenden interaktionellen Besprechungen die Antwort der Unabhängigen zur Beratung stellen und die Demokraten wie das Zentrum erlauben, in aller Kürze Mitteilung zu machen, ob sie bereit sind, mit den Unabhängigen eine gemeinsame Regierung zu bilden. Sollten die genannten bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung mit Einschluß der USPD ablehnen, wie es die demokratische Presse und die Blätter des Zentrums bisher getan haben, so ist die Frage der Erweiterung der Regierung nach rechts für uns zugleich entschieden.

Der Inhalt der unabhängigen Antwort selbst beweist, daß die USPD inzwischen umgelert hat und vorläufig nicht daran denkt, noch weiterhin die Koalition mit bürgerlichen Parteien abzulehnen. Auffallend ist, daß das Zentralkomitee und die unabhängige Reichstagsfraktion in ihrem Schreiben lediglich von „allen Koalitionsparteien“ sprechen und weder auf das Zentrum noch auf die Demokraten oder gar die Volkspartei besonders Bezug nehmen. Nachdem auch die grundsätzliche Ablehnung einer Koalition mit der Volkspartei vorläufig vermieden ist, bleibt anzunehmen, daß die klugen Politiker innerhalb der USPD, die weiter denken, wie nun heute auf morgen, in ihrer Partei die Mehrheit bilden. Wir dürfen schon heute betonen, daß die Sozialdemokratie bereit ist, das Programm der USPD, wie es oben durch die Mindestforderungen zum Ausdruck kommt, in ein fünfjähriges Regierungsprogramm reiflos einzuflechten und daß sie alles tun wird, um die große Links-Koalition zu ermöglichen.

demokratische Parteivorstand schon nach der Annahme des Gürtler Beschlusses der Ansicht war, daß zunächst an die Unabhängigen und nicht an die Volkspartei zwecks Erweiterung der Regierung heranzutreten werden muß. In Durchführung dieser Ansicht hat die Sozialdemokratie bereits am vergangenen Mittwoch anlässlich einer interaktionellen Sitzung in der Reichstagskanzlei dem Reichskanzler und den bürgerlichen Parteien gegenüber keinen Hehl daraus gemacht, daß sie in aller Kürze die Unabhängigen bitten wird, sich zu einer Erweiterung der Regierung nach links zu äußern. Durch den Beschluß der Reichstagsfraktion vom Sonnabend ist der gehegte und angekündigte Schritt zur Wirklichkeit geworden.

Münchener „Wurfkommando“.

Die „Münchener Post“ bringt umfangreiche Enthüllungen über die in Bayern unter dem Decknamen „Wurfkommando“ existierende Mörderzentrale und dem Hauptorganisator vom Freikorps Oberland und von der Nachrichtenzentrale München, den von der Polizei gesuchten Hauptmann v. Kessel. Von diesem wird berichtet: Er wohnt in einem Vorort Münchens in einer von ihm gemieteten Villa und verfügt über außerordentlich große Geldmittel. Die Nachrichtenzentrale München hat verschiedene Abteilungen, so eine Spionageabteilung „gegen das feindliche Ausland“, eine Einbruchsabteilung, eine Abteilung zur Beilegung und Überwachung Unzuverlässiger in den eigenen Reihen und eine Spionageabteilung gegen politische Persönlichkeiten. Zum „Befehls-empfang“ werden die einzelnen Leute, in der überwiegenden Mehrzahl frühere Offiziere, zu verschiedenen Zeiten in die einzelnen Bureaus bestellt. Eine Mordkette existiert tatsächlich. Einzelheiten darüber sind nur sehr schwer zu erfahren, da in dieser Abteilung ausschließlich „zuverlässige“ Offiziere Verwendung finden. Der Leiter dieser Zentrale ist ein Hauptmann Deisterreicher. Kompanieführer im Freikorps Oberland, Stellvertreter von Oberland ist ein Major Viktor. Derselbe ist auch Verbindungsmann der Polizeidirektion, und zwar der politischen Abteilung.

Außerdem existiert ein Leiter der Auslands-Spionage. Diese Abteilung stellt seit, was die Internationale Kommission berät in bezug auf Maßnahmen gegen Freikorps, Reichswehr, Einwohnerwehr, Entwarnung usw. Bei Konsulaten und Entente-Kommissionen liegende beauftragte Akten werden von der Spionageabteilung festgestellt und dann von der Einbruchskommission entwendet. Einer der Verbindungsleute der Polizeidirektion erklärte, daß er einen Akt von 8 Seiten über die Nachrichtenzentrale Oberland auf der Polizeidirektion habe einsehen können. Der Akt enthält beauftragendes Material gegen die Zentrale und gegen v. Kessel. Der Akt wurde von einer auswärtigen Kriminalbehörde zur Münchener Polizeidirektion geschickt. Der Verbindungsmann erklärte, daß er von der Polizeidirektion das bestimmte Versprechen erhalten habe, daß sie in der Angelegenheit nichts unternommen würde.

Die Mordkommission bestand in Oberschlesien unter dem Namen „Wurfkommando“. Sie besaß eigenen eigenen Waffenoffizier. Die Organisation verfuhr über große Mengen Waffen aller Art.

Zu einem solchen Waffenlager wurden Waffen mit vier Lastautomobilen mehrere Male hindurch transportiert, zu einem anderen Lager dauerte der Transport mehrere Wochen. Die Zentrale in Breslau verfügt über sehr große Geldmittel. Alle in herborragender Stellung befindlichen Angehörigen haben Decknamen. Die Zentrale hat außerdem eine eigene Waffen- und Munitionsbeschaffungsabteilung, eine Abteilung für Transportmittel und Kraftfahrwesen, sowie eine eigene Abteilung für Artilleriewesen, sämtlich geleitet von Offizieren. Vor einigen Tagen wurde Hauptmann v. Kessel hierauf sofort verhaftet. Die Nachrichtenzentrale Oberland wurde hierauf sofort verhaftet. Da v. Kessel nach Breslau übergeführt werden sollte, wollte man seine Befreiung auf dem Transport betreiben.

Eine Werkstätte in Tiro wurde im Hotel Maria Theresia in Innsbruck aufgestellt. In einem der Münchener Bureaus befinden sich sämtliche Stammbücher der Offiziere und Mannschaften und ihre Adressen, damit die Leute sich jederzeit auf telegraphischen Anruf einfinden könnten. Die Turn- und Sportabteilung der Nationalsozialisten arbeitet zusammen mit den Zeitfreiwilligenkompanien 4 und 13 des Freikorps Oberland. Sämtliche Angehörigen der Sturmtruppen sind mit Summenknüppeln und Pistolen ausgerüstet. Anlässlich der großen Feuerungsdemonstration in München sollten die Angehörigen der nationalsozialistischen Sturmtruppen, des Freikorps Oberland und der Polizei mit Waffen, darunter auch mit Maschinengewehren, ausgestattet werden.

Der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten gegen einen neuen Aufstand.

Herr Merit, der Vorsitzende des Verbandes ehemaliger polnischer Insurgenten, sandte an die interalliierte Kommission in Opatow folgende telegraphische Mitteilung: Der Verband ehemaliger polnischer Insurgenten, der über 800 Mitglieder umfaßt, richtet an die hohe interalliierte Kommission das dringende Ersuchen, gegen die Angehörigen der kongreppolnischen Mordkommissionen und allen noch auf oberschlesischem Boden, besonders in Kattowitz, Beuthen und Myslowitz befindlichen kongreppolnischen Offiziere und Mannschaften einzuschreiten, die einen neuen Aufstand organisieren. Ebenso verlangen wir die Entzerrung der landfremden deutschen Organe. Namen und Wohnungen der Angehörigen der kongreppolnischen Mordkommissionen werden allezeit durch Einsendebriefe mitgeteilt.

Deutscher Reichstag.

Abg. Scheidemann (Soz.): Das stärkste Gefühl nach der Griesbacher Tat war im deutschen Volke das einer empfindlichen Schwand. Nichts liegt dem deutschen Volke ferner, als

aus dem Hinterhalt. In einer Zeit, wo Deutschland um seinen guten Namen in der Welt kämpft, ist die Serie politischer Morde, die man bei uns erlebt hat, ein unerhoffter Gewinn für alle Feinde Deutschlands im Auslande. Es ist auf die Dauer unentbehrlich, daß die Führer bestimmter politischer Richtungen nach der Reihe abgeschossen werden, ohne daß die Anhänger dieser Richtung, die sich damit selbst getroffen fühlen, zur Abwehr schreiten. Eine Abwehr kann nicht ausbleiben, es fragt sich bloß, ob sie in geistlicher oder ungeistlicher Bahnen geleitet wird. Dennoch war es Pflicht der Regierung, diese Abwehr selbst in die Hand zu nehmen, anstatt den Gefühlen der Masse freien Lauf zu lassen. Das Letztere hätte zum Bürgerkrieg geführt. In unverständlichem Optimismus hat der Reichskanzler geglaubt, diese Sachlage auch den Deutschnationalen klar machen zu können. Als Antwort darauf erklärte Herr Hergt dann in seiner Berliner Rede, daß sie in einer zweiten Revolution schon fertig werden würden. Daraus sprach eine unbesorgene Freude am Zeitgenossen. Die Entwidlung wäre bei uns so gelaufen, wie in Bayern, wo nach dem Morde Eisners und dem kurzen Zwischenspiel der Räterepublik das Ordnungeregiment Kahr aus Rader kam.

Die bayerischen Zustände, die Duldung der Mordorganisationen in Bayern, möchte Herr Hergt in ganz Deutschland

haben. (Unruhe rechts.) Welch eine Spekulation auf Blindheit und Unverständnis ist es, in demselben Augenblick, wo man gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten protestiert, für den bayerischen Ausnahmezustand einzutreten, der nicht tiefer in die Rechte des einzelnen eingreift. Wenn die Reichsregierung, um den politischen Mord zu eindämmen, die Verordnung erließ, so billigen wir das, so wenig wir sonst für Ausnahmegehalte übrig haben. Helfen kann uns nur eine Abwehr aller Gewaltbestrebungen. Die Entzerrung der Deutschnationalen muß beginnen, mit dem Eingeständnis, daß sie die Mithild tragen an Erzbergs Tod. Diesen Menschen haben Sie (nach rechts) auf dem Gewissen. (Lebhafte Unruhe rechts.) Gewiß haben keine Deutschnationalen hinter dem Rücken geleitet, als der Mord geschah, haben auch nicht die Mörder begünstigt, aber Sie haben Erzberger nicht bekämpft, wie man politische Gegner bekämpft, sondern Sie haben den Mann gehegt, bis er lag, und als er lag, hat man in Ihren Wählerkreisen gebuhelt. Der Mordanschlag gegen Erzberger hat begonnen, als man diesen Mann, der irtren konnte, wie jeder andere, mit einer Methode bekämpfte, die uns Sozialdemokraten bekannt ist: Als man ihm bewußten Landesverrat zum Vorwurf machte. Dann wollte man ihn durch andere Verleumdungen politisch unermöglich machen. Der Mordanschlag wurde weitergeführt von dem Attentäter Fährlich v. Hirschfeld. Die Mörder Schulz und Tiffelsen haben nur vollendet, was andere begonnen haben. Nicht nur an ihren Händen steht das vergossene Blut. Deutschnationale Generale haben den Mord mit Selbigen gefeiert. (Unruhe rechts.) Die Ermordung Erzbergs war kaum in Berlin bekannt geworden, da schämte ihn die Reichspresse bereits in der schärfsten Weise. Ein Artikel des frommen „Reichsboten“ schließt mit den Worten: „Durch Erzbergs Tod ist Deutschland vor einem zweiten Bürgerkrieg bewahrt worden.“ Es fehlt nur noch die Dankagung an die Mörder. In der monarchistischen Zeitschrift „Die Krone“ wird Erzberger als Verräther, Schieber und Schurke bezeichnet und dann heißt es weiter: „Der Reichskanzler greift in den Gang der Gerechtigkeit mit der Hunderttausendmark-Belohnung für die Ermittlung der Mörder ein.“ Da zu kann man nur Pfui Teufel! sagen. Die „Kreuzzeitung“ des Grafen Helldorf schreibt: „Nichts ist billiger, als die Täter, deren Motive noch unbekannt sind, zu schmähen. Die Nachwelt denkt manchmal ganz anders. Die heutigen Lobpreisler Erzbergs und Angreifer seiner Gegner scheinen ganz außer Acht zu lassen, daß der ganze Kampf, der gegen Erzberger geführt wurde, ein Abwehrkampf war.“ Die „Kreuzzeitung“ hat versucht, die Geschichte ein wenig zu verschleiern. Dadurch wird sie aber nur noch schlimmer. In der „Täglichen Rundschau“ heißt es: „Nachdem Herr Ebert gestern seinen roten, Lappen zu keinem Kaiser herausgehängt hat ...“ dagegen hat Herr Wulle damals, als er noch mehr Angst als Vaterlandsliebe hatte, die schwarz-rot-goldene Fahne in der begeisterten Weise gefeiert. Meine Rede, in der ich angeblich das Offizierskorps beschimpft haben soll, ist von einem Deutschnationalen, der hier sitzt, in der niederträchtigsten Weise geächtet worden. Wir würde es niemals einfallen, einen ganzen Stand zu beschimpfen. Das ist aber Oberst Bauer in keiner bekannten Schrift, wenn er sagt: daß die ganzen 500 Offiziere der Obersten Heeresleitung am 9. November sich gedrückt haben, und nur noch 3 Offiziere hinter dem obersten Kriegsherrn standen. Genau so, wie jetzt jeder Minister des neuen Staates der Korruption bezichtigt wird, genau so ist man mit Bismarck verfahren.

Bismarck hat die Kreuzzeitungsmethode gelehrt

und seine Worte gelten noch heute für die ganze deutschnationale Presse. Wir haben Verständnis auch für den Wunsch aller Soldaten, ihre Gedentage zu feiern, aber man sollte diese Veranstaltungen nicht so schändlich zur Verhöhnung missbrauchen. Bayern ist das Zustandsland aller dieser Hezer und Reaktionäre. Dort konnte sich die Mordzentrale ruhig entwickeln. Stetsförmlich verfolgte Verbrecher sind dort bei den höchsten Beamten ein und ausgegangen. Ein großes Schlaglicht auf die bayerischen Verhältnisse wirft auch die letzte Proklamation, Wechsers, des Kaiser-

ingen in feinerer Zusammenhang. Ernste Beschwerden erheben sich dagegen, daß der behördliche Schutz gegen den ungeheuren Terror der Sozialdemokraten verlagert hat.

Damit schließt die Aussprache. Die Abg. Hoffmann und Laffer (Soz.) werden wegen beleidigender Jurisprudenz zur Ordnung gerufen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Stamper (Soz.): Der Artikel, in dem angeblich geandert hat, daß Reaktionen an dem Laternenpfahl gehängt werden sollten, hat niemals im „Vorwärts“ gestanden. In diesem Artikel stand aber das Gegenteil, von dem, was der Abg. Thiel daraus machte. Ich habe niemals den Wunsch geäußert, daß den Herren von rechts persönlich etwas Uebles widerfahren sollte.

Abg. Rosenfeld (U. Soz.): Ich habe in meiner Rede keineswegs zu Reaktionen gegen die deutschen Abgeordneten aufgerufen. Ein Laternenpfahl wäre auch für einen Deutschen national zu schade. (Er erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Graf Westarp hat sich beschwert, daß ich den Deutschen eine Schuld am Morde Erzbergers zuschob. Ich sagte in meiner Rede, Sie (nach rechts) haben die schuldige Atmosphäre geschaffen, die zu dem Morde führte, wenn Sie das Zeugnis wollen, dann führen Sie den Beweis, daß es von mir in der Presse äußere Aussagen nicht gegeben sind, daß nach dem Morde in deutschen Kreisen nicht geredet und der tote Mann beschimpft wurde. Wenn Sie das empfinden haben, dann erst haben Sie das Recht, mir die Unwahrheit vorzuwerfen.

Darauf wurden sämtliche Anträge, die die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern und ein Gesetz zum Schutze der Republik vorsehen, dem Reichsausschuß überwiesen. Dagegen stimmten die Deutschen und Kommunisten, die sofortige Entscheidung verlangten. Die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren gegen die Abg. Reich (Komm.) und Schimmelpfennig (Dmit.) wird verweigert. Der Antrag auf Aufhebung der Strafbestimmungen des Abg. Thomas (Komm.) wird mit schwacher Mehrheit gegen die Rechte und das Zentrum angenommen. Bei Beratung des unabhängigen Antrages auf Erhöhung der Renten der Sozialversicherung teilt Reichsarbeitsminister Braun mit, daß eine entsprechende Vorlage in Kürze fertig ist an den Reichstag gelangen soll. Für die Opfer in Döppau vollständig gerettet. Die nötigen Mittel sind vorhanden. Der Antrag, weitere 10 Millionen für Döppau zu bewilligen, wird genehmigt. Die Beratung des Antrages auf Erhöhung der Renten wird zurückgestellt.

Das Gesetz über die Börsen-Umsatzsteuer wird dem Steuer-Ausschuß überwiesen. — Das Haus verläßt sich.

Der Präsident wird ermächtigt, die nächste Sitzung nach dem Stande der Steuerberatung einzuberufen, mit der Maßgabe, daß diese nicht nach dem 3. November erfolgen darf.

Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche im Landtag.

Die Sonnabend-Sitzung des Preussischen Landtages wies eine nur sehr schwache Beteiligung des Hauses auf. Die meisten Abgeordneten waren es wohl vor, sich in den Wandlungen dem Kombinationspiel darüber hinzugeben wie die neuen Regierungen im Reich und in Preußen auszuweisen werden. Die Weiterberatung des sozialdemokratischen Antrages über die Abhebung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften brachte nach einer Jungferrede des Kommunisten Schneider, der sich jede Wirkung dadurch verbat, daß er von vornherein erklärte, es komme ihm nicht darauf an, den Landtag zu überzeugen, eine kräftige Abwehr der deutschnationalen Sphärentänzer auf die Republik durch unsere Genossen König-Schwimmende. Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag, leider mit einigen abweichenden Zusätzen der D. Sp., angenommen. Darauf begründete der Deutschnational Herrmann-Friedrichsbock langatmig und langweilig einige Anträge, mit denen die Deutschnationalen die Wählerstimmen der Lehrerschaft zu laugen suchen. Offenbar hatte Herr Herrmann das Haus so in Schlaf geredet, daß es nach einer kurzen Regierungserklärung in die Sonntagsruhe ging.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Spekulation in Devisen. — Steigen der Industriekursen. — Zur Bekämpfung der Börsenspekulation. — Die Regelung der Ueberproduktion im Kalibergbau.

Die Treiberen auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kurschwankungen des Dollars zu, der von 110 Mark vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte. Es kann nicht bestritten werden, daß außer der Spekulation, die an der Börse sich ausbreitet, um aus dem Sinken der Mark einen Gewinn zu ziehen, auch Handel und Industrie ein Interesse an einer weiteren Entwertung der Markta haben, besonders gilt das von der Exportindustrie. Im Ausland erhebt man deshalb gegen uns bereits den Vorwurf, daß wir uns gar nicht ernstlich bemühen, unsere Markta zu stabilisieren, sondern im Gegenteil recht zufrieden seien, daß die Markta im Wert sinkt, weil damit unsere Ueberlegenheit im Export gestärkt wird. Das wäre eine sehr kurzfristige Politik, um die Erlangung eines augenblicklichen Vorteils verlieren wir den Blick für die Zukunft. Nein, wir müssen mit bangender Sorge einer derartigen Entwertung unserer Markta entgegengehen.

Die Preissteigerung, die allgemein auf dem Warenmarkt einsetzt, ist nicht zuletzt auf die Entwertung unserer Markta zurückzuführen und damit ist für Millionen, die ihr Einkommen aus ihrer Arbeitsleistung beziehen, die wirtschaftliche Bedrängnis verschärft. Für das Angehörige unserer Verhältnisse ist es bezeichnend, daß in derselben Zeit, wo die Lebenshaltung von Millionen von Menschen zurückgeschraubt wird, das Anwachsen der Kapitalien riesenhafte Schritte macht. Die großen Industrieunternehmen sind mit ihren Aktien in einem Kursstand getrieben, der über 1000 hinausgeht und an einigen Tagen waren sogar Kurssteigerungen von 500 und mehr Prozent für einige Gesellschaften zu verzeichnen. Das Unerhörteste in dieser Beziehung bietet wohl das Hinansteigen der Aktien der Gewerkschaft Wintershall, die an einem Tage um 80 000 Mark stiegen und mit 525 000 Mark bezahlt wurden.

Was bedeuten diese enorm aufwärtsgehenden Börsenkurse für die Besitzer dieser Aktien? Nach den Ermittlungen, die die „Frankfurter Zeitung“ über die Kurssteigerungen von 25 Aktien bedeutender Industrieunternehmen regelmäßig anstellt, ergibt sich eine Indexzahl im Januar 1920 von 7696; Mitte September 1921 ist diese Indexzahl gestiegen auf 19 964; d. h. diese Industrieaktien sind in verhältnismäßig kurzer Zeit um rund das 1 1/2 fache im Werte gestiegen. Gegenüber diesen Feststellungen nimmt es sich eigenartig aus, wenn immer wieder behauptet wird, den Kaufweiss zu führen, daß die Herren Aktionäre, gemessen an dem Wert der Aktien, ja nur eine Verzinsung von 3, höchstens 3 1/2 % zu verzeichnen haben, mithin eine sehr mäßige Rendite. Daß sich aber der Vermögenswert dieses Aktienbesitzes um das 1 1/2 fache erhöht hat, davon ist in der Berechnung nichts enthalten. Wäre die Treiberen der industriellen Werte vernünftig, würde der Aktienbesitzer sich mit einer gleich hohen Verzinsung zufriedengeben wie der Gläubiger, der fest verzinsliche Werte im Besitz hat, so hätten wir die enormen Gewinnquoten im Produktionsprozess nicht herauszuholen und die Preisgestaltung im Warenmarkt würde eine größere Beschränkung erfahren.

Unter der allgemeinen Mißstimmung über diese wüsten Treiberen an der Börse werden wiederum Vorschläge ventiliert, die darauf hinausgehen, durch die Bekämpfung dieser Treiberen ein Ende zu bereiten. In der Tat, ist es möglich, diese Auswüchse der kapitalistischen Herrschaft auszurotten, so sollte es gelingen, je eher, je besser. Allerdings darf man sich darüber nicht im Unklaren sein, daß es Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise sind, gegen die es kein Allheilmittel gibt. Dennoch ist es möglich, dem Uebelstand, Treiberen vorzuziehen.

Wochen vielfach geschehen ist, bei einem Kursstand seiner Aktien von 800 resp. 900 neue Aktien zum Kurs von 100 aus gibt, so entwertet es den Aktienbesitzer zu dem Zweck, die Gewinnquoten kleiner erscheinen zu lassen, denn es handelt sich in solchen Fällen nicht darum, Betriebskapital zu gewinnen, sondern große Profite zu verschleiern. Wir müssen das Erbeben der Aktiengehaltigen unter staatliche Kontrolle nehmen, damit dieses spekulative Treiben, das auch der Steuerhinterziehung dient, verhindert werden kann. Daß es gelingen könnte, restlos diese Gewinnstreben zu unterdrücken, ist nicht anzunehmen, denn es gibt leider Mittel und Wege genug, um auch der strengsten Kontrolle ein Schnippchen zu schlagen.

Für den Devisenmarkt wird es gleichfalls ohne einen Eingriff in das freie Spiel nicht gehen. Hier müssen diejenigen vom Devisenkauf zurückgehalten werden, die nicht den Nachweis führen können, daß sie für eine im Warenverkehr eingegangene Verpflichtung die Summe ausländischer Devisen bedürfen. Beschränkt man den Devisenhandel auf die Zahl derjenigen, die den Ankauf aus ihren Geschäftsunternehmungen nachweisen können, so würde sicherlich ein großer Teil der Spekulanten ausscheiden. Die Voraussetzung wäre, daß die Banken die Kontrolle ausüben und daß Einrichtungen getroffen werden, die die Durchführung einer solchen Kontrolle an der Hand einer vorzulegenden Einfuhrbescheinigung ermöglichen. Allerdings wird es nicht zu vermeiden sein, daß dann die Spekulation sich der Auslandsbörse zuwendet. Sollte es dann dieser nicht möglich sein, mit den hauptsächlichsten hier in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung anzubahnen, damit dort im gleichen Sinne die Spekulation gehindert wird? Das wäre um so eher zu erreichen, als auch das Ausland ein Interesse daran hat, daß wir aus dem unsicheren Stand unserer Markta herauskommen.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, für unsere Warenausfuhr anzuordnen, daß die Bezahlung in ausländischer Markta erfolgen muß und die eingehenden Werte an die Reichsbank abzuliefern sind, damit von dieser Stelle aus die Devisen nach Bedarf verwendet werden. Die Durchführung dieses Planes stößt auf größere Schwierigkeiten, als bei einer oberflächlichen Betrachtung anzunehmen ist. Eine Ausfuhr von 69 Milliarden in Papiermark, wie wir sie im Jahre 1920 zu verzeichnen hatten, läßt sich schwer kontrollieren. Es wäre für eine gute Kontrolle ein riesen-Berichtungsapparat notwendig, nicht nur um den tatsächlichen Eingang an Devisen zu beaufsichtigen, sondern auch, um nacheinander zu prüfen, daß diejenigen, die Rohstoffe vom Ausland einführen, nur auf diese Einfuhr die Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Wie bekannt, hat eine solche Verpflichtung, ausländische Devisen an die Reichsbank abzuliefern, eine Zeit lang bestanden, sie ist wieder aufgehoben, weil die Kontrolle ungenügend war. Mit Recht wird aber weiter eingewendet, daß nicht in jedem Fall die Zahlungspflichtigkeit für den Exporteur lauten kann, daß er den Wert in ausländischer Markta einbringt. Vielfach wehren sich die ausländischen Geschäftshäuser dagegen, in der Markta ihres Landes Kaufabschlüsse in Deutschland zu machen. Es ist nicht ihnen vorteilhafter, die Marktbeträge im Ausland zu erheben, oder ihre Guthaben in Deutschland flüssig zu machen. Natürlich befinden wir uns auch nicht in jedem Fall in der Position, um die Bedingungen den Abnehmern reitlos vorzuschreiben, sondern Handel und Industrie sind gezwungen, die Chancen auszunutzen, die sich ihnen bieten. Im übrigen ist seit langem vom Reichswirtschaftsministerium bei den Außenhandelsstellen darauf gedrängt, da, wo es möglich ist, in Auslandswährung zu fakturieren. Diesem Verlangen ist in immer größerem Umfang nachgekommen. Geringer wird unser Interesse natürlich den Ländern gegenüber, die in ihrer Markta noch ungenügend gegen die Devisen sind. Hier wird im Gegenteil die Fakturierung in Markta vorteilhafter sein, als eine Zahlung in minderwertiger Markta. Es ergibt sich somit, daß die Mittel, um die Spekulation auf dem Devisenmarkt zu unterbinden, von sehr zweifelhaftem Wert sind und einen sicheren Erfolg nicht versprechen.

Die vielgerühmte freie Entfaltung im Wirtschaftsgetriebe, die uns als rettende Tat so oft gepriesen wird, kommt recht hart in Miskredit, wenn wir uns einmal die Entwicklung im Kalibergbau näher ansehen. Der Kalibergbau steht seit geraumer Zeit vor einer Ueberproduktion, die zu einer schweren Krise ausgeartet ist. Wir hatten im Jahre 1913 bei 161 Kalitwerken in Deutschland eine Gesamtproduktion von 11,1 Millionen Doppelzentner Kalk. Diese Produktion ist im Jahre 1920 nach Abgang der 17 stillgelegten Werke auf 9,2 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Aber wir sind in derselben Zeit nicht zu einem Rückgang der Kalkunternehmungen gekommen, sondern die Zahl der Kalkwerke hat sich auf 201 erhöht. Der Auslandsabsatz im Jahre 1913 umfaßte die Hälfte der Gesamtproduktion, während im Jahre 1920 nur noch 25,37 v. H. zur Ausfuhr gelangten. Diese Auslandsquote konnte zwar zu hohen Preisen abgesetzt werden, brachte den Werken reichen Gewinn, führte aber schließlich doch zu einer weiteren Verdrängung vom Auslandsmarkt, so daß Mitte dieses Jahres nur noch 8,82 % des Gesamtabsatzes nach dem Ausland gingen. Die Werke waren deshalb genötigt, zum Teil ihre Produktion vollständig einzustellen oder doch erheblich zu vermindern. Die Interessenten, die früher schon in ihren Sandkitten vergeblich den Versuch gemacht hatten, zu einer Produktionsverengung zu kommen, verlangten nunmehr, daß auf Grund des Kalkwirtschaftsgesetzes, das im Jahre 1919 erlassen wurde, eine Restriktion in der Produktion herbeigeführt wird. Diesem Verlangen entsprechend hat das Reichswirtschaftsministerium dem Reichstag eine Verordnung unterbreitet, wonach die Neuanlage von Schächten verhindert wird, sofern sie nicht aus technischen Gründen notwendig sind. Ferner soll eine freiwillige oder auch zwangsweise Stilllegung der Werke herbeigeführt werden. Bemerkenswert ist, daß die Interessenten sehr eifrig bemüht waren, diese Maßnahme zur Durchführung der Stilllegung der Werke unbedenklich in Händen zu behalten. Es sind auch, noch ehe die Verordnung bekannt gegeben war, drei Konzerne entstanden, die darauf hinausgingen, schwache Werke aufzunehmen, um die Betriebsquoten zu erlangen. Dann will man die technisch und in der Ausbeute am besten gestellten Unternehmen mit Hochdruck arbeiten am besten gestellten Unternehmen mit Hochdruck arbeiten lassen. In der Verordnung hat sich aber das Reichswirtschaftsministerium das Recht vorbehalten, diese Uebertragung von Betriebsquoten an andere Unternehmen zu prüfen, damit nicht erst, solche stillgelegten Betriebe ihre Aktionäre noch mit hohen Dividenden heucheln können. Um dieses Recht der freien Gestaltung kapitalistischer Konzerne ist im Reichswirtschaftsministerium und auch im Reichstag sehr hart gekämpft worden, aber schließlich sind die Unternehmer mit ihren Anträgen abgewiesen. Der freie Wettbewerb muß im Kalibergbau keinen Bankrott erklären. Die Fortsetzung der freien Wirtschaft hätte dazu führen müssen, daß eine große Anzahl von Werken vollständig zu Bruch gegangen wäre und nur noch die bestgestellten lebensfähig blieben. Man wäre und nur noch die bestgestellten lebensfähig blieben. Man wäre und nur noch die bestgestellten lebensfähig blieben. Man wäre und nur noch die bestgestellten lebensfähig blieben.

Wenn man die zum Zusammenbruch reifen Unternehmen ihrem Schicksal überlassen, so würden die Kapitalisten erkaufen und damit wertvoller Besitz verloren gehen.

Wenn aber die Gegner der Sozialisierung ihre hohen Töne antimmen, um wieder zu zeigen, daß nur die private kapitalistische Produktionsweise regelnd und ordnend in den Produktionsprozess eingreife, so wird man ihnen mit Recht und Recht dieses Beispiel aus der Kalkindustrie entgegenhalten können, das beweist, daß

Die Rückzahlung der belgischen Kriegsanleihen durch Deutschland.

Ein tisser Schiedsspruch gegen Deutschland.

Der Friedensvertrag von Versailles legt Deutschland die Pflicht der Rückzahlung in Goldmark der von Belgien im Laufe des Krieges aufgenommenen Anleihen auf. Diese Rückzahlung ist den 132 Milliarden Goldmark der Reparationssumme zuzurechnen. Da die Belgien geleisteten Vorküsse von dem einzelnen Ländern in der Währung des betreffenden Landes, das heißt von Frankreich in Franks, aufgenommen wurde, so wurde die Frage aufgeworfen, ob für die Rückzahlung die Umrechnung in Goldmark vorgenommen werden soll. Frankreich ist in weit höherem Maße als England oder Amerika an der Umrechnung interessiert infolge der Wertverminderung des Franks gegenüber dem Gold, die seit der von den Alliierten vorgeschlagenen Art verteidigt wurde, daß Frankreich die gleiche Anzahl Franken, die es Belgien vorschob, zurückhalten würde, so würde der Kursverlust mehr als die Hälfte der belgischen Schuld betragen. Frankreich erhob Einspruch gegen diese Lösung der Frage, die der Finanzkonferenz am 18. September vorgelegt wurde.

Nach langen Debatten schlugen die französischen Delegierten vor, die Meinungsverschiedenheiten dem Schiedsspruch des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Bowden, vorzulegen. Der Vorschlag wurde angenommen. Es gelang, den englischen Schlichter zu überzeugen, daß sich England der französischen These anschloß und sie vor dem Schiedsrichter vertrat. Bowden hat jetzt seinen Schiedsspruch gefällt und ist Frankreichs Standpunkt beigetreten. Die Rückzahlung der belgischen Schuld durch Deutschland, wie sie im Friedensvertrag vorgesehen ist, wird auf der Grundlage von Goldmark zum Wechselkurs vom 1. November 1918, dem Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, umgerechnet. Frankreich erhält eine Summe, welche 2 Milliarden übersteigt. Wäre die Umrechnung, so wie sie die Alliierten vorschlugen, erfolgt, so hätte es einen Betrag von weniger als einer Milliarde erhalten.

Die parlamentarische Genehmigung des deutsch-amerikanischen Friedens.

Nach einer vorgestern spät abends zustande gekommenen Bereinbarung beschränkt der Senat bei den Verhandlungen über die Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Ungarn die Redezeit für jeden Senator auf eine Stunde. Die Debatte beginnt am 14. Oktober.

Deutsche Wiedergutmachungslieferungen an Rumänien.

Deutschland hat eingewilligt, Rumänien einen Teil des zum Wiederaufbau nötigen elektrischen Materials auf Reparationskonto zu liefern. Eine rumänische Kommission wird die Menge des zu liefernden Materials auf Grund des deutschen Marktpreises feststellen.

Der frühere König von Württemberg ist im Alter von 73 Jahren verstorben.

Gebt für Döppau!

Spendenannahme: Alle Reichsbankankassen alle Banken, alle Postankassen
Postkassenkonten: Ludwigsplatz Nr. 15 000
Frankfurt a. M. Nr. 55 000, Berlin Nr. 117 000
Geschäftsstelle
des Reichsbankauschusses für Döppau
Reichsarbeitsministerium Berlin
Scharnhorststr. 35

Eingekandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die präzise Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

An die Eisenbahndirektion.

Im Amtszimmer des Herrn Güterinspektors Brauner, Güterabfertigung, hängt das Bild des Delektors Lehmann, zurzeit auf Urlaub Amerongen, nebst Gemahlin. Wir fragen an, ob eine derartige Ausschmückung von republikanischen Amtszimmern noch zeitgemäß ist. Vielleicht bequemt sich Herr Brauner dazu, die beiden Bilder ins Museum zu überweisen oder einen Altwarenhändler zu verkaufen. Jedenfalls beweist uns diese Zimmerhübschheit die Geminnung desjenigen, der in dem Zimmer amtiert. Es lebe die Reaktion!

Wasserstand vom 30. September 1921.

Rathbor	2,07	Neße (Unter-Regel)	1,87
Kampff	2,07	Breslau (Ober-Regel)	4,06
Wesl	1,35	(Unter-Regel)	2,40
Wesl (Mastentran)	1,11	Treßden	0,84
Katwitz	1,11	Wipplitz	0,80
Neße (Ober-Regel)	3,78		
Wallerdämme	12,10		

Bereinstalender.

Verband freireligiöser Gemeinden, Süd-Ost-Deutschland. Montag, den 3. Oktober, abends 7 Uhr, in den Zentralhallen, Westendstraße 50/52: Öffentlicher Vortrag mit Diskussion. Redner: Herbert Ruchmann aus Waldenburg. Thema: Die heiligen Knochen und der Staatsanwalt. Alles Nähere siehe Infertat am 28. September und 1. Oktober.

Deutscher Banarbeiter-Verband. Mittwoch, den 5. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Heiner Saale des Gewerkschaftshauses wichtige Mitgliederversammlung. Die Ortsverwaltung.

DUNLOP Gummibereifung

Die Weltmarktschicht für Gummibereifung

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. Oktober.

Bundestag deutscher Bodenreformer.

Nach Erstattung des Jahresberichts sprach Prof. Dr. Bühler-Münster über die Bewertung des Bodens in der modernen Steuer- gesetzgebung.

Aus einem Vortrage des Oberregierungsrates Dr. Menzel-Berlin, Akademische Jugend und Bodenreform, sei besonders die Stelle erwähnt, in der er einem Teile der Jugend den Vorwurf machte, daß sie sich parteipolitisch gesplittete und so bitter bekämpfte.

Geheimer Admiralitätsrat Dr. Schramm-Berlin, ehemaliger Kommandant des Kaiserlich-maritimen Museums, spricht nun über ein sehr interessantes Thema: Die Bodenfrage in der großen Umwälzung unserer Zeit.

Entles ich die Lippe der Länder, in denen sich jetzt neue Agrarverhältnisse bilden. Überall verlangt das Volk, daß es am Boden Anteil habe.

Dann schilderte Oberregierungsrat Köppler die Tätigkeit der schlesischen Landgesellschaft und des schlesischen Heims.

Als nächster Redner sprach Hillmann, Geschäftsführer des schlesischen Kleinbauernbundes: Siedlungsarbeiten in Schlesien, Geschichtliches und Tatsächliches.

Dann sprach Hillmann über Selbstmachung der Landwirtschaftlicher Arbeiter. Der Landlieferungsverband in Oberschlesien ist noch nicht geschäftsfähig.

Dann sprach Falkenberg-Berlin: Die Notlage der Beamten und die Bodenreform. Er hat nicht deshalb das Thema so gewählt, weil er für die Beamten eine Sonderpolitik treiben wollte.

Angeheuften und Beamte 10 Prozent Steuern ohne Murren gezahlt hätten. Wir begrüßen es, daß die Regierung dieses anerkannt hat.

Reitung aus Wohnungsnot, Teuerung und Verelendung. Unter diesem Motto fand als Abschluß der Tagung des Bundes der deutschen Bodenreformer am Sonntag im vollbesetzten „Dom der Demokratie“ eine öffentliche Volksversammlung statt.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Breslau des Bundes deutscher Bodenreformer, Lehrer Benter, begrüßte die Erschienenen und erteilte dann dem Bundesvorsitzenden der D. B., Dr. Damajche, das Wort.

In entscheidungsvoller Stunde ergeht aus Breslau der Ruf: „Gedbt uns ein neues Bodenrecht!“ Schwere Fehler in der Aufteilung, Verteilung und Verteuerung des deutschen Bodens wurden unter dem Vorzeichen des Verhängnisses.

Wenn eine zeitlang infolge der Niedrighaltung der Mieten und durch die Entwertung des Geldes eine Gesundung der Verhältnisse näher gerückt wären, so treten jetzt die alten Mißstände auf dem Lande bei Veräußerungen und Verpachtungen wieder hervor.

Wir, zu vielen Tausenden in der Breslauer Jahrhunderthalle Versammelten vom Bunde deutscher Bodenreformer und den Gewerkschaften der Arbeiter, Angeheuften und Beamten aller Richtungen.

Zu 1. Die schnelle Verwirklichung des vom „Ständigen Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ aufgestellten Entwurfs eines Bodenreformgesetzes zum Segen des deutschen Bodens gegen jeden Mißbrauch durch in- und ausländisches Spekulationskapital.

Zu 2. Die entschlossene Anwendung des Siedlungs- und Heimstättengesetzes und eine christliche Durchführung des sozialen Schutzes der Mieter, Pächter, Kleinbauern und Kleingärtner.

Zu 3. Eine durchgreifende, den Kleinbesitz schonende, aber den Großbesitz gerecht erfassende Grundrentensteuer, die aufräumt mit allen noch immer geübt, ja geradezu geförderten Steuerbegünstigungen.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen trug Oberregierungsrat Köppler u. a. ein von Dr. Damajche verfaßtes Lied „Land“ vor.

An Stelle des verhinderten Reichstagspräsidenten Loh sprach Landtagsabg. Reus-Deßau. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es in Zukunft keine Mietskämpfe, nur Einmietenhäuser geben wird und führte England an, das in dieser Hinsicht vorbildlich sei.

Als Vertreter Oberschlesiens sprach der katholische Pfarrer, Dr. Fronaber, der darauf hinwies, daß die ober-schlesische Bewegung eine soziale Bewegung ist, und wenn die Bodenreform dort nicht bald durchgeführt werde, dann müsse mit dem Ausbruch kommunistischer Unruhen gerechnet werden.

Nach einstimmiger Annahme obigen Aufrufs hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die Preise gehen sprunghaft in die Höhe und trotzdem künden Plakate an den Schaufenstern, daß die Waren noch teuer werden. Ganz erheblich fühlbar macht sich die Teuerung beim Gemüse.

Der Obstmarkt ist sehr gut versorgt, sowohl mit gewöhnlichem, als auch mit Tafelobst. Die Pfleumeinen stellen sich bereits auf 4 Mark das Pfund; die hiesigen Weintrauben auf 6 Mark, während ausländische 9 und 10 Mark kosten.

Eier kosten bereits 2,20 Mark das Stück. Der Preis der Tafelbutter kann wohl nicht mehr in die Höhe geschraubt werden; denn sie wird ja jetzt schon nicht mehr viel gekauft.

Aus dem politischen Sumpf.

Ein Reinfall der Breslauer politischen Polizei.

Ein großer Prozeß beschäftigte am Freitag und Samstag das Breslauer Schwurgericht. Angeklagt ist der unter dem Namen Josef Klein bekannte Kommunist, der Ende 1920 in Breslau viel von sich reden machte.

Diesmal handelt es sich um die Verammlung, die von der kommunistischen Partei am 27. Dezember 1920 nach dem Schloßplatz einberufen worden war. Redner war Scherer. Nach Beendigung der Rede forderte er zu einer Demonstration nach dem Rathaus auf.

Scherer sagt nun, daß ihm das Demonstrationsverbot erst in dem Augenblick vom Kriminalkommissar Loh überreicht wurde, als sich der Zug bereits in Bewegung befand; er also keinen Einfluß mehr auf die Menge hatte.

Als erster Zeuge wurde Kriminalkommissar Loh vernommen. Zur Antrag der Verteidigung blieb er unvereidigt, da er des Landfriedensbruchs verdächtig sei. Seine Vernehmung war sehr eingehend und es wurde ihm manche Frage vorgelegt, die ihm nicht unangenehm war.

Über die Verammlung auf dem Schloßplatz befragt, erklärt er, daß er die ganze Rede des Scherer gehört habe, er habe sie aufreißend empfunden; überhaupt habe er das Gefühl gehabt, daß alles zu Gewalttätigkeiten vorbereitet war.

Die Frage der Verteidigung, ob er den Auftrag hatte, den Zusammenstoß zu provozieren, beantwortete er mit nein. Trotzdem bleibt unerkündlich, warum Loh das Verbot, das er doch in der Tat hatte, dem Redner, über der Leitung nicht vor, oder während der Rede überreichte, sondern erst zur Demonstration aufreißend ließ.

In der stundenlangen Vernehmung kam noch manches aus der Tätigkeit des Herrn Loh zur Sprache, das, wenn dafür die Beweise erbracht werden können, es geradezu skandalös für einen republikanischen Beamten wäre.

Oberpräsident Zimmer verweigerte als Beamter die Auskunft und verweigerte auch die Vernehmung seiner Beamten. Als Privatmann ist ihm nichts bekannt, daß er beipflichtet wird.

Polizeipräsident a. D. Liebermann wird ebenso wie Kriminalkommissar Loh unvereidigt vernommen. Auf Grund seiner vielen einseitigen Maßnahmen stellt die Verteidigung fest, daß er parteiisch handelte, wogegen er sich zu vermahnen verweigert. Er wird schließlich verurteilt, da er sich selbst, nach Auffassung des Gerichts, nicht als Häufelstörer strafbar gemacht habe.

Die Sonabend-Verhandlung begann mit der nochmaligen Vernehmung des Kriminalkommissars Loh, der von Verteidigung und Angeklagten in ein neues Kreuzfeuer genommen wurde. Die Frage, ob er (Loh), außer seinem Gehalt noch andere Gelder gezogen habe, verneinte er, dagegen lehnte er die Beantwortung der Frage, ob er Gelder zur Bekämpfung der kommunistischen Partei bekommen habe, als nicht zur Sache gehörig ab.

Polizeioberbeamter Niren sagte, der Angeklagte habe in seiner Rede gehandelt; auch habe sich der Zug erst in Bewegung gesetzt, als der Angeklagte gejagt hatte: „Entreten, los, los!“, und zwar habe er dies erst gesagt, nachdem er das Demonstrationsverbot gelesen habe. Zeuge habe nur die Papiere des Angeklagten verlangt, sie lauteten auf den Namen „Klein“ und sie haben sich nicht eingezogenen Erfindungen als gefälscht ergeben.

Nun wurden eine Reihe Entlastungszeugen, Angehörige der kommunistischen Partei, vernommen, die nichts wesentliches auslegen konnten. Nur der Parteisekretär Gruschewitz bezeugte, daß ein Demonstrationsverbot weder schriftlich noch telephonisch auf dem Parteibüro eingegeben sei.

Ein Stenographenbeamter bezeugte, daß er von den Demonstranten hart bedrängt worden sei, so daß er zur Waffe greifen mußte und einen Luftschuß abgegeben habe.

Nachdem nach einer abermaligen Vernehmung Polizeipräsident a. D. Liebermann verurteilt worden war, wurde als Sachverständiger Landtagsabgeordneter Genosse Theodor Müller-Breslau vernommen. Nach seiner Ansicht ist das Verhalten der Polizei an dem fraglichen Tage geradezu ungeheuerlich gewesen. Hier habe die Polizei nicht vorbeugend, sondern im gegenteiligen Sinne gewirkt. Eine Verammlung oder eine Demonstration könne nur während eines Belagerungszustandes verboten werden; mit Kommunisten könne man keine Ausnahme machen; denn sie seien genau so gut Staatsbürger wie alle übrigen. Wäre das Demonstrationsverbot nicht im letzten Augenblick ergangen, so wäre es gewiß zu keinem Zusammenstoß gekommen. Ein Einreißer der Polizei ohne Grund, wie es geschah, könne die Polizei nicht ohne Grund nicht auf dem Schloßplatz abgeben haben.

Etwas von der Bedeutung der Gewerkschaften.

Durch alle deutschen Gauen hallt der Ruf nach Wiederaufbauarbeit. Und überallhin ist dieser Ruf auch gedrungen, nur noch nicht restlos in die Arbeiterbewegung. Betrachten wir uns die Wirksamkeit der Gewerkschaften in den Vorkriegszeiten, so kommen wir zu der Ueberzeugung, daß diese trotz ihrer zahlenmäßig geringeren Stärke als heute, doch wohl beweglicher waren und heftigere Aktionen durchzuführen verstanden.

Die Gewerkschaften ungeheuer mehr Berufsangehörige, als jeher Zeit, wenn auch noch nicht die Berufsgruppen vollständig. Aber doch sind die Gewerkschaften noch nicht das, was sie sein wollen und sein sollten. Es ist dies ein Mangel, der in den Differenzen der Arbeiterparteien begründet, setzen einem Arbeiter Zeit zur Vertiefung in die gewerkschaftlichen Ideen und überhaupt in den Gedanken der Arbeiterbewegung übrig lassen. Noch wagen die Meinungen hin und her. Noch hat sich nicht die Revolution abgeklärt und doch, wie notwendig ist gerade hier aufbauende, vertiefende Arbeit!

Wächte die beginnende Rubrik „Gewerkschaftliches“ zur Erreichung des Zieles recht viel beitragen.

Den Titel dieses Aufsatzes beantwortete ich mit einigen Hinweisen auf kleine, dem Einzelnen „unscheinbare“ Erfolge der Gewerkschaften.

In einer Fabrik, für deren Arbeitnehmer ein zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitgeber-Verband getätigter Tarifvertrag gilt, werden einigen Leute nicht die richtigen Löhne gezahlt. Bei der Nachprüfung wird das festgestellt und ein einziges Vorgehen des Gewerkschaftsvertreeters erbrachte den Beteiligten zusammen eine Lohnerhöhung von 600 Mark pro Woche, für den Einzelnen durchschnittlich 20 Mark.

In einem Handelsbetrieb mit einer größeren Anzahl Arbeitnehmer hatte sich der Chef geweigert, den allgemeinen rechtsverbindlichen Tariflohn zu zahlen. Was ihm einen Streit vor den zuständigen Instanzen brachte. 12 000 Mark Nachzahlung für die beteiligten 6 Handelsbillafter ergab. Eine ganze Reihe solcher Fälle könnten hier angeführt werden.

Der „Deutsche Transportarbeiterverband, D.-A. Breslau“, hat allein im zweiten Quartal des laufenden Jahres, in Anerkennung seiner Mitglieder diesen nahezu 80 000 Mark an zu wenig gezahlten Löhnen aus den Geldschränken der Handelsherren herausgeholt.

Eine resumierende Frage ist zurzeit die Einrichtung des Lohnamtes in Breslau. Ein Raum einer der Opponenten wird richtig die Dinge zu beurteilen verstehen. Sind doch von Monat zu Monat während der nunmehr 17 Monate seines Bestehens Schwankungen in der Lohnfrage hauptsächlich nach oben, das sind Streikereignisse, eingetreten und diese Streikereignisse fast ausschließlich kampfflos herbeigeführt worden. Wieviel Ärger und Verdruss ist Tausenden von Arbeitnehmern dadurch gepart worden? Es läßt sich nicht zahlenmäßig belegen, aber eins steht fest: Wenn die vielen kleinen Berufsgruppen z. B. des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes jede in Einzelbewegung eine Anpassung ihrer Löhne angestrebt hätte, kaum eine wäre so schnell in den Gemüch einer Aufbesserung gelangt, wie es mit Hilfe des Lohnamtes geschehen ist. Und wie steht es mit den Handwerkern, insbesondere in der Industrie, wo doch mehr als zwanzigttausende in Frage kommen? Auch sie haben mit Hilfe der „Anzeiger“ schnell und templos eine Erhöhung ihrer Löhne erreicht.

Das alles sind nur kleine Beweise für die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens. Aber sie mögen für heut hinreichen, um jeden Leser zu überzeugen, daß restlose Zusammenfassung aller Arbeitnehmer in den freien Gewerkschaften Lebensbedingung ist. Die christlichen und anderen Gewerkschaften sind schon auf Grund ihrer geringen Mitgliederzahlen bedeutungslos geworden in dem Kampf um Besserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Viel wichtigere Gründe zur Abgabe gegenüber diesen Verbänden liegen auf anderen Gebieten.

Eins zum Schluss: Ob es möglich sein wird, in absehbarer Zeit durch große Aktionsfähigkeit allumfassender Gewerkschaften den Klassen, d. h. den Lebensbedarf der Arbeiter, zu erleichtern, wird davon abhängen, daß alle Arbeitnehmer sich als Glied in der Kette der Arbeiterbewegung finden und den Weg zum bezeichneten Ziele beschreiten. Helfen wird uns hierbei das Verlangen aus der Masse, wie in den Vorkriegszeiten, aufläuternde, bildende und vertiefende Vorträge von den Gewerkschaften zu fordern.

Von der „Volkswacht“ soll an dieser Stelle zum Verständnis des gewerkschaftlichen Gedankens beigetragen werden.
Richard Sahn.

Konzerte.

Berner Quartett.

Selten ist einem Quartett gegenüber die Aufgabe des Kritikers so schwierig, wie gegenüber dem Berner Streichquartett, das am 26. September zum ersten Mal in Breslau spielte: in vielem hinreichend, in manchem zu lebhaftem Widerspruch herausfordernd.

Zurück das Programm: Am Anfang und zu Ende ein Mozart (e-dur) und ein Schubert (d-moll), die beide zu den bekanntesten Kammermusikwerken der beiden Komponisten gehören, beide von einem Gedankenreichtum und vor allem gefühlsmäßiger wie intellektueller Klarheit, wie sie eben für die Produkte des Gipfelpunktes einer Kulturreife eigentümlich ist. Dazwischen ein Claude Debussy (g-moll, op. 10). Es ist immer etwas riskant, eine ausgesprochen moderne Komposition neben zwei strengen Klassikern zu stellen. Ich finde jedoch, daß die große innere Distanz der Kompositionen zweier so verschiedener Epochen hier gar nicht für. Auch das Debussysche Quartett ist so klar, daß eine Umstellung des Hörers, wie sie sonst beim Übergang von Klassiker zu moderner Musik so oft nötig ist, und die völlige Auffassung der letzteren eine Weile erschwert, hier gar nicht erforderlich war. Was jedoch diese Nummer des Programms nach dem Abklingen des ersten Singspielens doch für mein Gefühl stark zurücktrieb, ließ, war zweierlei: einmal, daß diese Komposition dem in der deutschen Musik ausgewachsenen innerlich fremd ist. Menschen, für deren Innenleben diese Musik den Ausdruck bildet, erleben völlig anders als wir. Dies war, das die sofortige Erfassung erschwerende, was einen Zwang, gewissermaßen härterer, kritischer hinzuhören, um dem geistigen Gehalt näher zu kommen, und was um so unerträglich erlernter liegt, daß diese Musik einfach auf einem anderen Niveau steht, als Mozart und Schubert. Sie ist enorm schwungvoll, aber zu explosiv, zu sehr der Ausdruck bloß eines lebhaften Naturells und nicht so sehr tiefer, überwältigender Leidenschaft, um einen wirklich nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen. Man hätte wünschen mögen, daß diese keine Musik in einem Rahmen geboten worden wäre, wo man mehr auf ihre Schönheit, als darauf hingewiesen worden wäre, daß sie — wenigstens nach unseren Kriterien — keinen Höhepunkt bekennt.

Bei der Wiedergabe des Mozart mochten die Herren noch nicht so völlig eingepreist gewesen sein, wie in den beiden folgenden Quartetten. Es wurde sehr schön, aber nicht so gespielt, wie ich ihn schon von manchen anderen Quartett-Organisationen gehört habe. Er bietet gerade dem Berner Quartett wohl auch nicht so sehr Gelegenheit, seine ganz besonderen Eigenschaften zu entfalten, wie der darauf folgende Debussy, der einfach wunderbar gespielt wurde. So etwas von Jugendlichkeit und starrer Ueber-einknickung zwischen der Gemütsart der Spielenden — der erste

Die hiesige Tagespresse brachte vor einigen Tagen Berichte über den Buchbinderstreik, die von Arbeitgebern herrührten, die nicht unwiderprochen bleiben können. Es wird darin der Arbeitnehmerstreik glatter Tarifbruch zum Vorkauf gemacht und behauptet, daß der Streik unberechtigt und vom Jaune gebrochen ist. Wie verhält es sich in Wirklichkeit damit?

Der Deutsche Buchdruckerverein (Prinzipalverband) ist nach mehr als einjährigem Bestehen des Reichstages für das Deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige dieser Tarifgemeinschaft beigetreten. Doch wie steht es um die Tariftreue dieser Arbeitgebererschaft?

Obgleich die Erneuerung des Tarifvertrages im Juni d. Js. der Arbeitnehmererschaft keine weiteren materiellen Vorteile gebracht hat, als einzig und allein die Versicherung einzelner Orte Schlesiens in höhere Ortsklassen, hat die schlesische Prinzipalität, obgleich sie an den Tarifvertrag gebunden ist, denselben als für sie ungeeignet mehrfach abgelehnt. Erst am 29. September hat eine solche Kreisversammlung der Prinzipalität getagt, die wiederum zu dem gleichen Beschluß gekommen ist.

Dieser mehrfach gefasste Beschluß wirkt sich auch praktisch aus, indem man mehrfach der Arbeitnehmererschaft die ihnen tariflich zustehenden Löhne vorenthält. Klagen beim Tarifschiedsgericht führten bei Stimmengleichheit zur Abweisung der von den Arbeitnehmern angestrengten Klagen. In neuerer Zeit läßt man das Tarifschiedsgericht überhaupt nicht mehr zusammenrufen. So werden u. a. bei der Firma H. Hülsen an den Maschinen, an denen nach den tariflichen Bestimmungen nur männliche Arbeitskräfte beschäftigt werden dürfen, Arbeiterinnen beschäftigt. Das angerufene Tarifschiedsgericht wurde von der Prinzipalität sabotiert. Die Arbeiterorganisation wandte sich nunmehr an den Schlichtungsausschuß, der zweifelslos hätte tätig werden müssen, nachdem die Tarifinstanzen verjagt haben. Die Arbeitgeber suchten jedoch mit Erfolg die sachliche Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses an.

Bei den zentralen Reichstarifverhandlungen im Juni hat die Arbeitnehmererschaft unter anderem auch die Versicherung Breslaus als Großstadt von der 3. in die 2. Lohnklasse beantragt. Die Zentralvorstände der Arbeitgeberverbände stimmten dem Antrage zu. Sachlich war damit der Ortsklassenstreik erledigt. Doch formell konnte er nicht erledigt werden, weil keiner der Breslauer Arbeitgeber zu diesen Verhandlungen erschienen war. Der Empfehlung der Vorstände der Arbeitgeberverbände, die Arbeitnehmererschaft in Breslau vom 1. Juli ab nach der Tarifklasse 2 zu bezahlen, wurde nicht entsprochen.

Anfang September fanden neue zentrale Reichstarifverhandlungen statt. Diesmal nahm einer der Breslauer Arbeitgeber an den Verhandlungen teil. Doch wurde auch hier der Ortsklassenstreik noch nicht formell erledigt, weil der Herr angeblich auf telegraphischen Ruf aus seiner Sommerfrische an den Verhandlungstisch gewillt ist und sein Material nicht zur Stelle hatte. Er drückte es bei den Verhandlungen in Leipzig durch, daß die formelle Erledigung des Ortsklassenstreiks durch örtliche Verhandlungen in Breslau erfolgen soll. Das war am 4. September. Erst auf mehrfaches Drängen der hiesigen Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder wurden endlich Verhandlungen für den 26. September angesetzt. Bei diesen Verhandlungen wurde von allen Arbeitgebern übereinstimmend unter Führung der Innungsleiter der Arbeitnehmervertreter erklärt, daß man die Löhne der Tarifklasse 2 nicht zahlen könne. Ein weiteres Verhandeln war aussichtslos.

Schon im August hatte infolge der sonderlichen Haltung der Arbeitgeber die Arbeitnehmererschaft die Forderung erhoben, die derzeitigen Löhne der Gehilfen um 100 Mark pro Woche, die der Arbeiterinnen um 75 Mark pro Woche, zu erhöhen. Die Forderung wurde teilweise durch die Arbeitgeber. In der Annahme, daß die Arbeitgeber das Zentralverhandlungsergebn wiederum nicht anerkennen würden, entschloß sich die Arbeitnehmererschaft in Breslau zu diesem selbständigen Vorgehen. Das hat die Arbeitnehmererschaft mit Bezug auf die Leistung der Arbeitgeber nicht getuschelt hat, Bestätigung der Ausgang der Kreisversammlung der Prinzipalität am 29. September.

Die örtlichen Verhandlungen am 22. August forderten jedoch nur eine Notvereinarbeit, in der man der Arbeitererschaft für den Monat August eine geringfügige Wirtschaftsbefreiung zusprach und die Verhandlungen über die weiteren Forderungen bis nach Abschluß der zentralen Verhandlungen zurückstellte. Die Arbeitnehmererschaft ging, um einen Kampf zu vermeiden, noch einmal darauf ein. Bei den zentralen Verhandlungen wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne beschlossen, die bei den Gehilfen bis zu 80 Pfd. und bei den Arbeiterinnen bis zu 60 Pfd. die Stunde beträgt. Die Zulagen sollten von der 1. Septemberwoche bezahlt werden. Der Buchbinderstreik in den Buchdruckerzeilen wurden diese Zulagen nicht gezahlt. Die Arbeitgeber erachteten vielmehr diese Zulagen durch die Wirtschaftsbefreiung für abgegolten. Obgleich der Tarif ausdrücklich vorsieht, daß diese Stundenlohnzulagen auf die bisher gezahlten Löhne kommen soll. So ist denn durch die un-

Mal. Intelligenter, schwungvoller und im Klang schöner kann man sich die Wiedergabe dieses Quartetts gar nicht vorstellen.

Ganz eigenartige Empfindungen erregte die Auffassung, in welcher der Schubert gespielt wurde.

Schwung und Stimmung ließen noch von Debussy her in den Spielenden nachwirken. Aber das spezifisch französische Temperament, das in Debussy so schimmernd wirkte, weil es dort der Komposition entsprach, paßt nicht zu Schubert. Es brachte etwas Unruhiges in diese heitere, klare, auch in den lebhaftesten Sätzen immer ruhige Musik, hinein. Ein neuer Schubert — groß ausgedrückt — ist eigentlich ein Un Ding. Und doch ist eines auch hier das hin, was den alles entzweigenden Reiz schwungvoller Jugendlichkeit bildet: ihre Echtheit, ihre tiefe Verwurzelung in der künstlerischen Natur des Ausführenden.

Spontanität kommen die 4 Herren noch oft nach Breslau und machen uns weiterhin mit einer uns noch weniger bekannten Musik vertraut, die sie zweifellos besser spielen als unsere Musiker.
Dr. S.

„Kammermusikabend“ der freien Sängervereinigung „Vorwärts“.

Was ist ein Kammermusikabend? — Ein Kammermusikabend ist, das meint ein Gesangverein ein Tanzkränzchen entriert, dabei anstandslos ein paar Thüre singt und der Beschränktheit halber Kaffee, Kuchen und Bier von den Tonkünstlern einer ungelernt Bach, Mozart, Beethoven, Wagner, Kreisler, Godard, Schreiner nebeneinander verzapfen den Salonkapelle hinunterpipeln läßt, man ein für Inflationen zweckmäßiges Aushängeschild hat, das wenn es sich bei der Anpreisung nicht um geistige, sondern um leibliche Nahrung handelt würde, unfehlbar als Verzeihen wider das Lebensmittelgesetz das Geschäft beschaffen müßte. Daß ein Kammermusik-Abend um 3 1/2 Uhr nachmittags beginnt, wird höchstens jene gewissenhaften Bürokraten in Herlich bringen, die sich auch darüber mokieren, daß z. B. das 8 Uhr-Abendblatt schon um 7 Uhr oder am 6 Uhr geltend durch die Straßen schwärzt. Aber vielleicht sollte man diesen eigenartigen „Kammermusikabend“, dessen neugewonnene Definition eine Lüge mehr mangelhafter Bildung schließt, als interne Veranstaltung der freien Sängervereinigung „Vorwärts“ auf sich beruhen lassen? Wenn man jedoch auf der anderen Seite die mühseligen, planmäßigen, auf Übung und Pflege des Schönen, heilsamen hingelenkten Bestrebungen verfolgt, so muß man offensichtlich gegen die Vergiftung des Gesichts als Stellung nehmen, wenn diese Symptome aus offenkundig in Erscheinung treten. Wie soll man gegen Geschmacksverderbnis, gegen Verwilderung des Gefühls, gegen Kritik und Schund ankämpfen, wenn der Betrieb in den eigenen Reihen steht?

Ich weiß nicht, wer für diese großblöde Interpretation der öffentlichen Meinung verantwortlich ist, aber ich denke mir, daß ein Dirigent, der ein Führer sein will, so viel Autorität und so

kommen. Das schlug dem Fuß den Boden aus und es kam deshalb zum Streik.

Die Arbeitgeber riefen sofort den Schlichtungsausschuß an, dem sie lediglich die Aufgabe zuwiesen, festzustellen, ob der Streik ein Tarifbruch ist und demzufolge ungerechtfertigt wäre. Das hat der Schlichtungsausschuß denn auch gründlich bejagt. Er entschied nach mehr als dreistündiger Verhandlung und Beratung, daß er einen Tarifbruch der Arbeitererschaft nicht als vorliegend erachten könne und demzufolge auch den Streik nicht als unberechtigt erklären könne.

Wer nun glaubt, daß die Arbeitgeber nunmehr auch mit den Vertretern der Arbeitererschaft über die sachlichen Streitpunkte verhandeln würde, der laß sich gründlich täuschen. Darüber wurden Verhandlungen von ihnen rundweg abgelehnt mit der Behauptung, daß sie auf Grund einer mit Unrecht herangezogenen Tarifbestimmung örtlich nicht verhandeln dürften. So geht denn der Kampf weiter, der mit jedem Tage an Ausdehnung gewinnt.

Ausstand in der Großbäckerei des Breslauer Consum-Vereins.

Seite früh traten sämtliche Bäder des Breslauer Consum-Vereins in den Streik.

Die Ursache ist eine von Seiten der Direktion vorgenommene Arbeitszeitverkürzung von täglich 8 auf 5 1/2 Stunden. Durch diese Arbeitszeitverkürzung ist der Verdienst so niedrig, daß eine Existenzmöglichkeit für die dort beschäftigten Bäder nicht mehr gegeben ist. Nach dem Bericht des Verbandes der Bäder und Konditoren ist eine Begründung zu dieser Maßnahme nicht gegeben. Bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandler, wo daselbst beschäftigt war, konnte im letzten Augenblick die Angelegenheit noch beigelegt werden. Die Bäder in diesem Unternehmen arbeiten wieder volle acht Stunden.

Streik der Steingutwerke H.-G. Betrieb Breslau und Carlswitz.

Die gesamte Arbeitererschaft der Steingutfabrik, West Matthiasstraße und Carlswitz, befindet sich seit Sonnabend infolge negativen Resultats zentraler Lohnverhandlungen in Eisenach i. Th. im Streik.

Die Direktion der Werke weigerte sich beharrlich, mit der Lohnverhandlungskommission in örtliche Verhandlungen einzutreten, worauf die gesamte Belegschaft dieser Werke auf der Straße geschloßen die Arbeit niederlegte.

Die technischen Angestellten nehmen vorläufig abwartende Stellung ein. Vor Arbeitsaufnahme in beiden vorgenannten Werken warnt die Zahlstellungsverwaltung des Porzellanarbeiterverbandes. Die Streikleitung.

Der Streik der Tabakarbeiter

bei der Firma Barck & Wettermann, Kurtrasse, ist zugunsten der Arbeiter erledigt. Die Firma erklärte sich bereit, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Die Arbeit ist Montag früh wieder aufgenommen worden.

Aus der Provinz Schlesien.

Die „Schlesische Bergwacht“ 10 Jahre alt.

Unser Waldenburger Bruderblatt, die „Schlesische Bergwacht“, konnte am 1. Oktober auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Zunächst als Kopfblatt unierer „Volkswacht“ begründet, hat sich das Parteiblatt des wichtigen niederschlesischen Industriebezirks rasch zu voller Selbständigkeit entwickelt und ist heute eines der durch seine große Verbreitung auch wirtschaftlich mit am besten begründeten Blätter unserer Partei. Sachlich hat die „Bergwacht“ in scharfen Kämpfen gegen rechts sich immer wieder hervorgetan und zuletzt durch die Veröffentlichung des Waldenburger Aufmarschplans der Orgeß und anderes Orgeßmaterial, das nicht demontiert werden konnte, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie ist natürlich auch von links heftig angegriffen worden, ohne sich dadurch in ihrer Stellungnahme für Sozialismus und Demokratie anzusehen zu lassen. Wir wünschen dem zukunftsreichen Bruderblatt eine Entwicklung in den nächsten 10 Jahren, die der Entwicklung im ersten Lebensjahrzehnt entspricht.

Mit Gott für König und Vaterland.

Am 25. September fand in Buschta u unter großem Trara die Einweihung des Kriegerdenkmals für die Gefallenen des Feldzuges 1914—1918 statt.

Sieben Kriegervereine mit ihren Fahnen mit der Aufschrift: „Mit Gott für König und Vaterland!“ hatten sich aus den umliegenden Dörfern eingefunden. Die Großgrundbesitzer, „ehemalige Offiziere“ aus den umliegenden Dörfern, waren trotz dem Verbot des Herrn Reichspräsidenten in der alten Uniform mit den waldenburgerischen Abzeichen erschienen. Es fehlte auch an großen Reden nicht, worin mit allem Nachdruck betont wurde, wie 1914 „der König rief und alle kamen“, und wie die stolze Armee: „Mit Gott für König und Vaterland“ ins Feld zog. Die Opfer dieser Armee, die „Mit Gott für König und Vaterland“, (für wen?) hinausgeschickt wurden, nun dieses Kriegerdenkmal mit den 87 Inschriften auf.

Trotz alledem erdrückten sich diese Herren, wieder Stimmung zu machen für neues Blutvergießen.

Sirshberg. Warnung vor wilden Arbeitsgemeinschaften. Von antiker Seite wird dem „Sozialismus des Riesengebirges“ geschrieben: Ehemalige Führer und Angehörige des Selbstschutzes sammeln in manchen Gegenden Geld, um neue sogenannte „wilde Arbeitsgemeinschaften“ wieder zu gründen. Auch Hochstapler und Schwindler schließen unter dem Deckmantel „ehemaliger Selbstschutz“ ihr Unwesen zu treiben. Vornehmlich wird an Banken, Großindustrielle und Großgrundbesitzer, aber auch an Vertreter von Behörden, herangezogen. Vor dem Treiben vorerwähnter Personen kann demnach nur gewarnt werden.

Petersdorf. Ein entsetzlicher Tod. Der im 20. Lebensjahre stehende Sohn des Hausbesizers Julius Mann in Agnetendorf, der Arbeiter Hermann Rat, kürzte am Donnerstag in der Glanzfädenfabrik in einem Kessel kochender Lauge. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er am Freitag im Waidenbrunner Krankenhaus seinen schweren Qualen erlegen ist.

Reichenbach. Einturz eines Bergfels. Auf der Nordseite des Sulzgebirges in der Gegend von Reudorf bei Waldgrund hörten Waldarbeiter plötzlich ein eigenartiges Geräusch, das der polternden Bewegung größerer Erdmassen gleichklang, das zwischen den Bäumen von oben. Als sie dem Geräusch nachgingen, bot sich ihnen ein überwältigender Anblick. Der Fels des Reichenbachs war in Bewegung geraten, der Gipfel war gerutscht und polterte noch weiter in sich zusammen. Die Anfänge des gewaltigen Naturchauspiels mußten sich schon in der vorhergehenden Nacht abgespielt haben und jetzt handelte es sich nur noch um den fortgesetzten Nachschub weiterer Massen des Bergfelsens. Ein großes Trümmersfeld hatte sich hier angesammelt. Die Erklärung liegt darin, daß vor nahezu hundert Jahren in jenen Berg ein Kalkstein eingestürzt und lange betrieblen wurde, wobei der Berg auch seinen Namen verlor. Diese Länge nicht mehr betrieblen Untergrabung des Berges hat ihn nun in einem so gefährlichen Zustand gelassen. Die zusammengefallene Straße führt gegen

Kleine Breslauer Nachrichten.

Breslauer Schulfragen.

Die städtische Schulverwaltung hatte dieser Tage die Rektoren der Volksschulen, sowie die Vertreter der Lehrerschaft zu einer Aussprache über eine Reihe, das Breslauer Schulwesen berührender, wichtiger Fragen geladen. Als erster Punkt der Tagesordnung kam die Einziehung der 90 Volksschulklassen zur Sprache, die auch bereits in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 22. September abgehandelt worden war. Stadtschulrat Dr. Lauterbach führte hierzu aus, daß bei Aufrechterhaltung der bisherigen Klassenzahl für Vertretungslehrkräfte 2 1/2 Millionen Mark in den Haushaltsplan hätten einbezogen werden müssen, daß also schon von dem Gesichtspunkt der notwendigen Sparsamkeit aus an den Gedanken der Einziehung von Klassen hätte herangetreten werden müssen und daß vollends nach Erlaß des Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetzes die Beibehaltung der 90 Klassen nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Es schreibt nämlich dieses Gesetz vor, daß der Staat zur vollen Leistung an die Landesschulkasse nur verpflichtet sei, wenn auf eine Lehrkraft 40 Schüler entfallen. Bei uns waren es aber zu Ostern 1921 nur 38,4 Schüler. Wir hatten also 90 Lehrkräfte zu viel, deren Kosten mit 1 Million Mark zu Lasten der Stadt gefallen wären. Es mußte also unbedingt an die Einziehung von Klassen herangegangen werden, wobei noch zu bemerken ist, daß durch den Rückgang der Einschulungen zu Ostern 1921 um 1400 das Verhältnis von Schülern und Lehrkräften sich trotz der Aufhebung der 90 Schulklassen erst wie 39 zu 1 stellen wird. Es wird demnach, entwickelt sich die Verhältnisse in gleicher Richtung weiter, daß nicht vermeiden lassen, zu Ostern 1922 weitere Schul-

klassen einzuziehen. Man ersieht hieraus, daß die Wirkung des Volksschullehrer-Dienstvertragsgesetzes darauf hinaus läuft, daß diejenigen Städte, die, wie Breslau, etwas für ihre Schulen getan und die individuelle Erziehung nach Möglichkeit gefördert haben, gegenüber den anderen Städten ins Hintertreffen geraten, die sich auf Mindestleistungen beschränkt haben.


An diese Darlegungen schlossen sich Ausführungen über die durch das Grundschulgesetz notwendig gewordenen Neuregelung des technischen Unterrichts. Hier hat es sich durch Aufrechterhaltung des Nadelarbeitsunterrichts in der 4. und 5. Klasse mit der bisherigen Stundenzahl und durch Hinzutritt einer dritten Turnstunde in den Mädchenschulen ermöglichen lassen, eine Entlastung der auf Privatunterricht angelegten technischen Hilfslehrerinnen zu vermeiden.

Auch die Eröffnung einer deutschen Aufbau- schule in Breslau wurde zur Sprache gebracht. Der Stadtschulrat erwähnte, er habe bei den Rektoren der Knabenschulen eine Umfrage veranstaltet, wie hoch die Zahl derjenigen Schüler sei, die ab Ostern 1922 in die Aufbauschule einzutreten bereit wären. Es meldeten sich aus allen Schulen zusammen nur 8 Knaben, was vielleicht darin seinen Grund hat, daß der Unterricht an der Aufbauschule nicht kostenlos erteilt werden kann und daß in Breslau das Mittelschulwesen besonders hoch entwickelt ist. Es soll aber die Aufklärungstätigkeit in den Elternkreisen fortgesetzt und besonders darauf hingewiesen werden, daß ein Uebergang nach der Aufbauschule insofern von besonderem Vorteil ist, als er die Möglichkeit bietet, die Kinder noch einige Jahre länger in der Volksschule zurück- behalten und dort auf ihre Fähigkeit hin prüfen zu können.

Zu letzter Zeit sind an den Stadtschulrat Beschwerden aus Elternkreisen über angeblich reaktive Beeinflussung der Schüler eingegangen. Sie halten sich meist in allgemeinen Formen und lassen die Angaben bestimmter Tatsachen vermissen. Soweit aber tatsächlich eine Herabsetzung der Befähigung oder der Regierung durch einzelne Lehrkräfte vorgetommen sein sollte, warnte der Stadtschulrat vor Wiederholungen, die er unannehmlich ahnden werde.

Am Schluß der Sitzung machte die Hauptleiterin der städtischen Haushaltungsschulen, Fräulein Nowak, Ausführungen über den bedauerlichen Rückgang im Besuche dieser Schulen, in denen die Kinder - Saubere, Ordnung und Pünktlichkeit angelehrt, zum nachdenklichen Umrufen mit Geld und Lebensmitteln erzogen würden. Als Grund wurde angegeben die Erhöhung des Schulbesuches auf 4 Mark monatlich. Es soll jedoch in Elternkreisen darauf hingewirkt werden, Kenntnis über Art und Wert des Haushaltungsunterrichts zu verbreiten, um dadurch einem weiteren Rückgang nach Möglichkeit zu steuern. Es darf hierbei auch nicht übersehen werden, daß die Kinder die von ihnen bereiteten Speisen zum Verzehr erhalten, jedoch unter Berücksichtigung der heutigen Preise von den 4 Mark kaum mehr bestritten werden kann, als die Anschaffung der erforderlichen Lebensmittel.

* Frachttüdgüter nach Berlin-Schle. Bahnhof, Görlitz Ort, den Freistaaten Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg, Hessen, den Thüringischen Staaten, können außer bei der Güterabfertigung Breslau-West bis auf weiteres auch bei der Güterabfertigung Breslau-Oberdorf aufgegeben werden.



5000 Paar Segeltuch-Schuhe

kaufen wir unter sehr günstigen Bedingungen ein. Diese Schuhe gelangen zu äußerst billigen Preisen zum Verkauf in unseren Schuhwaren-Abteilungen

Kupferschmiedestraße 31 und Weinstraße 72.

Familiennachrichten

Am 29. September verschied nach mehrwöchigen Krankenlager unser **Krankensender Herr Paul Hennig** im Alter von 53 Jahren. 7213

Während seiner fast achtjährigen Tätigkeit im Kassendienst hat er sich durch seine Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit die Wertschätzung seiner Vorgesetzten und Mitarbeiter erworben. Wir bedauern seinen frühen Heimgang und werden sein Andenken in Ehren halten.

Breslau, den 1. Oktober 1921.

Der Vorstand und die Angestellten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau.

Am Freitag, den 30. September, 9 1/2 Uhr abends, verschied unser Mitglied der Freiwilligen Sterbekasse **Johann Muschalle** im Alter von 67 Jahren. 7225

Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder der Freiwilligen Sterbekasse der Zuckerfabrik Klettendorf.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Klettendorf, Garwickstraße, aus.

Vorstand der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am 30. September verstarb unser wertiger Kollege **Johann Muschalle** im Alter von 67 Jahren. 7226

Sein Andenken werden in Ehren halten.

Die Mitglieder der Zwickauer Fabrikarbeiter Deutschlands.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Klettendorf, Garwickstraße, aus.

Sozialdemokratie und Schule

Von Heinrich Schulz. — 134 ZH. — Die Schulverhältnisse werden von der Perspektive dieses Blattes sowie von ähnlichen Kolonnen ausgenommen.



Achtung, Mitglieder!

An den letzten Tagen der Woche ist der Andrang in unserer **Reklamations-Abteilung am Neumarkt** so stark, daß eine ordnungsgemäße Bedienung schwer möglich ist. Wir bitten deshalb diejenigen unserer Mitglieder, denen dies möglich ist, ihre Einkäufe an den ersten Tagen der Woche zu tätigen.

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“

5000 Mark Belohnung!

Am 29. September ist in der Zeit von 1—3 Uhr nachmittags in der Gießerei der Fabrikation eines **brannlebernen Gelbsteins mit 200 000 Mark** in neuer **Handwerkschleife** gestohlen worden.

Die Tat ist ohne Inhalt wiedergegeben worden.

Für Angaben, die zur Ermittlung des Täters oder zur Wiederherstellung des Geldes führen, wird Belohnung bis zu 5000 Mark ausgesetzt. Bei Beteiligung mehrerer an der Ermittlung entscheidet über die Verteilung unter Ausschluss des Rechtsweges die Eisenbahnverwaltung.

7214

Quadratische Angaben sind an die Überwachungsabteilung der Eisenbahnverwaltung, Hauptbahnhofstraße, Mittelportal, 1. Stock, Zimmer 6, zu machen.

In den meisten Fällen **Schmerzlos Zahnziehen!**

R. Barthel, Zahnarzt

11. Schützenstraße

Stolze-Schrey

Am 3. Oktober und Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im **Kriegsdenkmal-Kongresshaus** **Neuer Anfangsunterricht** für Damen und Herren. **Wahlungsbeginn** u. **Recht** **Strasburger** u. **182** **Jahrestage** 14. I.

Am 30. September verstarb unser wertiger Kollege **Johann Muschalle** im Alter von 67 Jahren. 7226

Sein Andenken werden in Ehren halten.

Die Mitglieder der Zwickauer Fabrikarbeiter Deutschlands.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause in Klettendorf, Garwickstraße, aus.

Stenographie! (Gabelberger). **Anfangs-Unterricht** 3. 10. 21, abends 8 Uhr **Konsumverein (Sitzst. 50 51).**

Abbitte!

Die Beleidigung gegen Herrn **M. Gorilla** nehme ich nach **schiedsmäßigem Vergleich** an.

7208

Josef Paschwitz.

Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober ab können **Kotschbretts** ohne Bezugscheine, also marktfrei, ausgegeben werden. Kotschbretts haben einen Heizwert von 6500 Wärmeinheiten und eignen sich insbesondere für Zentralheizungen und Kesselanlagen. Sie können aber auch als Streumittel für Stenofabriken Verwendung finden. Der Zentner wird als Kotschbretts frei zum Verkauf mit 19,00 Mark verkauft, bei größerer Abnahme wird Rabatt gewährt. Die Abnahme übernimmt auf Wunsch die **Stenofabrik** in den nördlichen Vororten. Bestellungen sind an die **Stenofabrik, Ostendstraße 3**, oder an das **Büro der Goswerke, Ostendstraße 28**, zu richten. — Lediglich für den Fremdenverkehr müssen Sonderbezugscheine, die auf das Kostentragende keinen Einfluss haben, beim **Kotschbretts** abgenommen beantragt werden, bei deren Beschaffung die **Stenofabrik** behilflich sein wird. 7211

Städtische Stenofabrik.

Edward Reinthal
Zahnarzt
Comptoir und Zahnkabinett
Eggenstraße 8, II.
Detailgeschäft:
Bismarckstraße 25,
Reichstraße 3,
Königsplatz 1, 1. Etage.
Königsplatz 1, 1. Etage.
Königsplatz 1, 1. Etage.

Erich Tautz
Trotzkistraße 2
und Mühlentstraße 16
Erich Tautz-Spezial-Geschäfte
für Zahnärztliche
Werkzeuge.

Vecita-Zigarren
In den besten Fabriken.
E. Grossberg, Leipzig
E. Grossmann, Leipzig
W. Meyer, Leipzig
E. Lichl, Leipzig
Preis: 1000 Stück für
1000 Stück für
1000 Stück für

Ergebnis 4 mal monatlich

Zöple
Lokal 2. d. Oder
Lokal 2. d. Oder
Lokal 2. d. Oder

II. Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis

Schiffahrt Lokale
Fürstengarten
M.H. Umgebung
Brockau
Softgarten
Carlowitz
Kinderhof
Cosel

Gastwirtschaften
Klein-Gandau
Kaiser-Friedrich-Park Klein-Gandau
Gröbschen
Klettendorf
Fritz Frey
Groß-Hochberg

Den Reforen bei Einläufen empfohlen

Hartlieb
Hünern
Hildebrandt's Gasthaus
Klein-Gandau
Schulz's Gasthaus
Klettendorf
Bürgergarten
Höring's Kaffee
Wollins
Festsäle
T.A.N.Z.

Kl.-Masselwitz
Ottaschin
Zentral-Gasthaus
Deutsches Haus
Oswitz
Bensch
Bürgergarten
Höring's Kaffee
Wollins
Festsäle
T.A.N.Z.

Utopia
Pyka's Glashaus
Pilsnitz
Gr.-Tschansch
Reichsbadler
Kolonialwaren
Bensch
Bürgergarten
Höring's Kaffee
Wollins
Festsäle
T.A.N.Z.